

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

RICHARD J. OVERY

„Blitzkriegswirtschaft“?

Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz
in Deutschland 1939–1942

IVAN PFAFF

Stalin und die tschechische Linkskultur

Die Kampagne gegen den „Formalismus“ in der Kunst 1936–1938

HANS-ALBERT WALTER

Das Pariser KPD-Sekretariat, der deutsch-sowjetische
Nichtangriffsvertrag und die Internierung deutscher Emigranten
in Frankreich zu Beginn des Zweiten Weltkriegs

WERNER BÜHRER

Der Marshallplan und die deutsche Rückkehr
auf die internationale Bühne 1948/49

DOKUMENTATION

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates
Porträtskizzen des britischen Verbindungsoffiziers Chaput de Saintonge
(Reiner Pommerin)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

Lamey

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz, Norbert Frei

Chefredakteur: Hermann Graml

Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 18 00 26, FAX 123 17 27

36. Jahrgang

Heft 3

Juli 1988

INHALT

AUFSÄTZE

Richard J. Overy

„Blitzkriegswirtschaft“? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in
Deutschland 1939–1942 379

Ivan Pfaff

Stalin und die tschechische Linkskultur. Die Kampagne gegen den „Formalismus“
in der Kunst 1936–1938 437

Hans-Albert Walter

Das Pariser KPD-Sekretariat, der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag und
die Internierung deutscher Emigranten in Frankreich zu Beginn des Zweiten Welt-
kriegs 483

Werner Bührer

Auftakt in Paris. Der Marshallplan und die deutsche Rückkehr auf die internatio-
nale Bühne 1948/49 529

DOKUMENTATION

Reiner Pommerin

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Porträtskizzen des britischen Verbin-
dungsoffiziers Chaput de Saintonge 557

NOTIZEN 589

ABSTRACTS 592

BIBLIOGRAPHIE 145

RICHARD J. OVERY

„BLITZKRIEGSWIRTSCHAFT“?

Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland
1939–1942

Am Ende des Zweiten Weltkrieges glaubte die „United States Bombing Survey“ einen bemerkenswerten Widerspruch aufgedeckt zu haben. Ausgerechnet Deutschland, der Staat mit einem totalitären Herrschaftssystem und massiver Aufrüstung, hatte seine Wirtschaft in den frühen Stadien des Konflikts offenbar nur in sehr begrenztem Maße mobilisiert, dazu in erheblich geringerem Grade als seine Gegner, namentlich Großbritannien. „Die Deutschen haben einen langen Krieg weder geplant noch waren sie darauf vorbereitet“, hieß es im „Overall Report“. „Gemessen am Standard der anderen kriegführenden Mächte hatte es keine ‚totale Mobilmachung‘ gegeben . . . Die Produktion nichtmilitärischer Güter war nur in bescheidenem Ausmaß eingeschränkt, es kam nicht zu einer weiteren Mobilisierung von Frauen und zu keinem größeren Arbeitskräfte-Transfer von den nicht-kriegswichtigen zu den kriegswichtigen Industrien.“¹

Als Grundlage dieser Einschätzung diente die Arbeit Rolf Wagenführs vom Statistischen Reichsamt, dessen Niederschrift über die deutsche Kriegswirtschaft nicht allein für die Bombing Survey, sondern auch für einen großen Teil der folgenden wissenschaftlichen Studien viel Material lieferte. Wagenführ behauptete, charakteristisches Merkmal der deutschen Wirtschaft in den Jahren 1939 und 1940 sei die Parole „business as usual“ in einer „friedensmäßigen Kriegswirtschaft“ gewesen². Belege für den niedrigen Stand der tatsächlichen deutschen Rüstungsproduktion vor 1942 und die Kenntnis des hohen Produktionsniveaus bei Kriegsende stützten

¹ United States Strategic Bombing Survey, Overall Report (European War), Sept. 1945, S. 31.

² Imperial War Museum (IWM), FD 3057/49, FIAT Report 1312, Economic History of the Second World War, Dr. R. Wagenführ, S. 6 ff. Dieses Manuskript wurde später in einer bearbeiteten Fassung publiziert: Die deutsche Industrie im Kriege, Berlin 1963. Es muß freilich berücksichtigt werden, daß die Mitarbeiter am Bombing Survey unter schwierigen Bedingungen arbeiteten. Ein großer Teil des Materials wurde am Ende des Krieges sehr rasch durchgesehen, und binnen Monaten entstanden dann Berichte, verfaßt von Nachrichtenoffizieren, die keine Historiker und vor allem an der Feststellung der Wirkung des Bombenkrieges interessiert waren. Das „Beweismaterial“ zur Stützung ihrer Folgerungen zur deutschen Wirtschaft war sehr begrenzt, und man verließ sich oft auf mündliche Auskünfte. Es ist bemerkenswert, daß Schlüsse, die unter solchen Umständen gezogen wurden, zur Basis einer breiten historischen Literatur werden konnten und so wenig kritische Aufmerksamkeit fanden.

Wagenführs Urteil. Obwohl Albert Speer in seinen Vernehmungen stets betonte, daß sein Erfolg mehr auf schärferer Rationalisierung und besserer Organisation beruht habe als auf der Umlenkung substantieller Ressourcen von der zivilen zur militärischen Produktion, wurde also der Schluß gezogen, daß die Anfänge der Ära Speer den Beginn einer tieferen wirtschaftlichen Mobilmachung markierten, welche sich deutlich von dem begrenzten Einsatz während der „Blitzkriegs-Phase“ abhob³.

Die Schlüsse der Bombing Survey sind seit dem Krieg von Wirtschaftswissenschaftlern und Historikern fast fraglos akzeptiert worden. So meinte, im Jahr 1946, der Wirtschaftler Nicholas Kaldor, Deutschland habe „keinen ernsthaften Versuch gemacht, sein Kriegspotential voll auszuschöpfen . . . , und es gibt keinen Beweis dafür, daß der deutschen Bevölkerung um des Sieges willen grausame Opfer abverlangt worden wären“⁴. Die gleiche Ansicht vertrat Burton Klein in seiner Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft. Nach Klein war die Strategie des Blitzkriegs „nicht mit einer ausgedehnten Nutzung von Ressourcen verbunden“, und sie erlaubte der NS-Regierung die Aufrechterhaltung einer „prosperierenden Zivilwirtschaft“⁵. Die systematischste Analyse der ganzen Frage bot jedoch Alan Milward, der die These entwickelte, daß der niedrige Mobilisierungsgrad im politischen System Deutschlands begründet gewesen sei. Hitler habe kurze und wirtschaftlich limitierte Kriege angestrebt, um die politischen Kosten einer durch die Senkung des Lebensstandards bewirkten Entfremdung der Bevölkerung zu vermeiden und um der polykratischen Konfusion im NS-Staat Rechnung zu tragen. Die Strategie des Blitzkriegs sei ein „System der Kriegführung ohne Reduzierung des zivilen Konsums“ gewesen. „Es gibt kaum einen Zweifel daran“, so schrieb Milward, „daß sich der Krieg in den Jahren 1939 bis 1941 nur geringfügig auf die deutsche Bevölkerung auswirkte.“⁶ Andere Studien hoben hervor, daß es vor 1942 nicht gelungen sei, die Arbeitskräfte wirkungsvoll zu mobilisieren, vor allem – und wiederum in scharfem Kontrast zu den entsprechenden Maßnahmen der anderen kriegführenden Staaten – die weiblichen Arbeitskräfte⁷. Die Konzeption des eingeschränkten Krieges ist inzwischen

³ IWM, Box S 368, Interrogation reports, Report 56, Speer interrogation, 31.10. 1945, Report 54, Speer interrogation, 13.7. 1945, bes. S. 5 f.

⁴ N. Kaldor, *The German War Economy*, in: *Review of Economic Statistics XIII* (1946), S. 20.

⁵ B. H. Klein, *Germany's Economic Preparations for War*, Harvard U.P. 1959, S. 27.

⁶ A. S. Milward, *Could Sweden have Stopped the Second World War?*, in: *Scandinavian Economic History Review XV* (1967), S. 195; ders., *The German Economy at War*, London 1965, S. 29. Vgl. auch ders., *Hitlers Konzept des Blitzkrieges*, in: A. Hillgruber (Hrsg.), *Probleme des Zweiten Weltkrieges*, Köln 1967, S. 19–40.

⁷ Zur „Blitzkriegs-Phase“ der deutschen Wirtschaft vor allem D. Petzina, *Die Mobilisierung deutscher Arbeitskräfte vor und während des Zweiten Weltkrieges*, in: *VfZ* 18 (1970), S. 449–452; E. R. Zilbert, *Albert Speer and the Nazi Ministry of Arms*, London 1981, bes. S. 33–39; L. Herbst, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft*, Stuttgart 1982, S. 95–174; S. Salter, *Class Harmony or Class Conflict? The Industrial Working Class and the National Socialist Regime 1933–1945*, in: J. Noakes (Hrsg.), *Government, Party and People in Nazi Germany*, Exeter 1980, S. 89–91; L. Burchardt, *The Impact of the War Economy on the Civilian Population of Germany during the First and Second World Wars*, in: W. Deist (Hrsg.), *The German Military in the Age of Total War*, Leamington Spa 1985, S. 40–70; B. Kröner, *Squaring the Circle. Blitzkrieg Strategy and*

auch in umfassendere Analysen des NS-Staats und seines Herrschaftssystems inkorporiert worden. Kurze Beutekriege, unternommen zur Abwendung innerer politischer Unruhe, können als ein charakteristischer Zug populistischer autoritärer Regime gedeutet werden, die sich in dem Dilemma finden, wirtschaftliche Vorteile und zugleich eine nationalistische Außenpolitik offerieren zu müssen⁸.

Eine solche Analyse ist aber, so plausibel sie im Hinblick auf das NS-System auch zu sein scheint, doch in nahezu jeder Hinsicht irreführend. Zwischen 1939 und 1941 war die Auswirkung des Krieges auf die deutschen Verbraucher keineswegs „geringfügig“. Der zivile Konsumstandard wurde erheblich stärker beschnitten als in Großbritannien. Die Arbeitskräfte waren schon eine gute Weile vor der Ära Speer zu kriegswichtigen Aufgaben dirigiert worden; im Sommer 1941 standen bereits fast zwei Drittel der Industriearbeiten im Dienste der militärischen Versorgung und kriegsbedingter Vorhaben. Der Anteil von Frauen an der Arbeiterschaft blieb in Deutschland während des ganzen Krieges höher als in Großbritannien. Direkte Vergleiche zu ziehen ist gewiß schwierig, da die arbeitende Bevölkerung in den einzelnen Ländern höchst unterschiedliche Strukturen aufwies. Die zentrale Folgerung, daß Deutschland sich zwischen 1939 und 1942 keiner „friedensmäßigen“ Kriegswirtschaft erfreute, verglichen mit seinen Gegnern, steht indes außer Frage. Es ist der Zweck der hier vorgelegten Studie, durch eine genauere Untersuchung der drei wichtigsten Elemente der Blitzkriegs-Argumentation – Finanzierung des Krieges wie Höhe der Ausgaben für den Konsum, Beschäftigung der Arbeitskräfte in kriegswichtigen Sektoren, Rolle der Frauen in der deutschen Kriegswirtschaft – die Legende von Deutschlands leichtem Krieg zu widerlegen.

I.

Zur Bindung beträchtlicher finanzieller Mittel für den Krieg und zu Einschränkungen des Konsums kam es bereits vor 1939; beides folgte aus der Natur der deutschen Kriegsvorbereitung und der deutschen Strategie. Hitler und die Streitkräfte betrieben eine umfassende Remilitarisierung Deutschlands. Mit einem erweiterten Flottenprogramm, mit der anvisierten Expansion der Luftwaffe um 500 Prozent und

Manpower Shortage 1939–1942, in: ebenda, S. 282–303, wo von einem „Blitzkrieg plan with a precisely calculated use of resources“ (S. 295) die Rede ist. Mit teilweise anderen Ergebnissen, aber noch ohne ernstliche Neubewertung: F. Grube/G. Richter, Alltag im Dritten Reich: so lebten die Deutschen 1933–1945, Hamburg 1982, S. 169 ff.; W. F. Werner, Bleib übrig! Deutsche Arbeiter in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Düsseldorf 1983. Vgl. auch S. Bajohr, Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945, Marburg 1979, S. 251 ff., und J. Stephenson, War and Society in Württemberg 1939–1945: Beating the System, in: German Studies Review 8 (1985), S. 89–105. Die einzige neuere Studie, die den herkömmlichen Standpunkt in Frage stellt, ist W. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930–1945, Düsseldorf 1983, S. 253 ff.

⁸ Vgl. vor allem T. W. Mason, Intention and Explanation. A Current Controversy about the Interpretation of National Socialism, in: G. Hirschfeld/L. Kettenacker (Hrsg.), The Führer State: Myths and Realities, Stuttgart 1981, S. 23–40.

mit zusätzlicher Produktion von Geräten und Munition, die im Sommer begann, erreichten die damit verbundenen Anforderungen 1938 neue und extravagante Höhen⁹. Doch schon geraume Zeit davor hatte Hitler erkannt, was von den führenden Militärs seit den zwanziger Jahren behauptet worden war, nämlich daß ein künftiger Krieg nicht mehr ohne die vollständige Mobilisierung der Kampf- und Arbeitskraft der Nation geführt werden konnte. Daraus folgte, daß die Wirtschaft so weit wie möglich auf die langfristigen militärischen Bedürfnisse eingestellt werden mußte, insbesondere durch den Aufbau jenes Grundstocks hinsichtlich der Produktion von Eisen und Stahl, Chemikalien, Maschinen, Nichteisenmetallen und Treibstoff, wie er für einen Krieg zwischen Großmächten notwendig geworden war. Hitler zeigte sich, wie die Generäle, besessen von den Lehren des Krieges 1914–1918. Es galt, Deutschland gegen eine Blockade zu immunisieren, und die deutsche Wirtschaft durfte kein zweites Mal so unvorbereitet in den Krieg gehen wie 1914. So wurde 1935 ein Bevollmächtigter für die Kriegswirtschaft eingesetzt und 1936 der Vierjahresplan eingeführt. Die ökonomische Strategie hinter dem Plan ging von der Prämisse aus, daß Deutschland genügend autark werden müsse, um auch allein einen größeren Krieg führen zu können, und daß große finanzielle und industrielle Ressourcen kurzfristig darauf zu konzentrieren seien, eine dem totalen Krieg gewachsene Wirtschaft zu schaffen¹⁰.

Im Jahr 1939 diente bereits ein erheblicher Teil – rund 23% – der deutschen Erzeugung militärischen Zwecken, und zugleich steckte das Reich enorme Investitionen in die synthetische Produktion von Treibstoff und Gummi, in die einheimische Förderung von Eisenerz und in die österreichische (bald auch tschechische) Eisen-, Stahl- und Rüstungsproduktion. Zwischen 1937 und 1939 gingen mehr als 60% der deutschen Kapitalinvestitionen in jene Sektoren, weitere 10% in den Flugzeug- und Schiffsbau¹¹. Das alles ergab, sofern lediglich an einen begrenzten Ein-

⁹ Zur Aufrüstung allgemein vgl. M. Geyer, Rüstungsbeschleunigung und Inflation. Zur Inflationsdenkschrift des OKW vom November 1938, in: MGM 23 (1981); W. Deist, *The Wehrmacht and German Rearmament*, London 1981; A. Bagel-Bohlan, *Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung 1936 bis 1939*, Koblenz 1975. Zur Marine vgl. J. Dülffer, *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920–1939*, Düsseldorf 1973. Zur Luftwaffe R. J. Overy, *The German Pre-war Aircraft Production Plans*, in: *English Historical Review* XC (1975). Zum größeren Rahmen der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen 1938 vgl. Bundesarchiv (BA), R 25/84-5, Reichsamt für Wirtschaftsausbau, Wehrwirtschaftlicher Neuer Erzeugungsplan, 12. Juli 1938, R 26 I/18, Vierjahresplan, Zentrale, Ergebnisse der VJP-Arbeit.

¹⁰ IWM, EDS AL 2652/1, Dr. Tomberg, Deutschlands gegenwärtige wehrwirtschaftliche Lage, 7.8. 1944, S. 1–4; B. A. Carroll, *Design for Total War. Arms and Economics in the Third Reich*, The Hague 1968, S. 54–71; G. Förster, *Totaler Krieg und Blitzkrieg*, Berlin 1967, S. 67–82; A. Schröter/J. Bach, *Zur Planung der wehrwirtschaftlichen Mobilmachung durch den deutschen faschistischen Imperialismus vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Teil I 1978, S. 42 ff.

¹¹ D. Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich*, Stuttgart 1968; R. J. Overy, *Göring. The Iron Man*, London 1984, S. 60. Zum synthetischen Treibstoff W. Birkenfeld, *Der synthetische Treibstoff 1933–1945*, Göttingen 1963, S. 25–61; G. Plumpe, *Industrie, technischer Fortschritt und Staat. Die Kautschuksynthese in Deutschland 1906–1944/45*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983).

satz für kurze Kriege gedacht war, keinen rechten Sinn, und Hitler selbst machte denn auch bei zahlreichen Gelegenheiten klar, daß seine Konzeption weit darüber hinaus reichte und einem großen Krieg galt, der etwa 1943/45 zu führen sei, wenn die Aufrüstung ihren Höhepunkt erreicht habe und die wirtschaftlichen Ressourcen Mittel- und Südosteuropas mit denen Deutschlands zu einer breiten ökonomischen Plattform für den Krieg integriert sein würden¹². Göring erklärte, der Vierjahresplan habe „die Aufgabe, die deutsche Wirtschaft innerhalb 4 Jahren auf den totalen Krieg vorzubereiten“¹³, und Hitler setzte Oberst Thomas 1939 auseinander, „daß eine Mobilmachung eine totale sein muß, und daß die 3 Säulen Wehrmacht, Wirtschaft und Partei im Kriege eigene große Aufgaben haben“¹⁴. Als im September 1939 der europäische Krieg tatsächlich kam, wurde die Strategie der totalen wirtschaftlichen Mobilmachung auf Grund von Instruktionen Hitlers sogleich aktiviert¹⁵.

Eine offenkundige Konsequenz dieser ökonomischen Strategie, in der die Aufrüstung Priorität vor jeder anderen Erwägung hatte, bestand in der bewußten Drosselung des Verbraucherbedarfs. Handels- und Lohnkontrollen, dazu eine fortschreitende Abschneidung des Verbrauchsgütersektors von Rohstoffen und Arbeitskräften, brachten eine Wirtschaft hervor, deren Charakter sich erheblich von dem der Weimarer Wirtschaft unterschied. Die Investitionen in der Konsumgüterindustrie erreichten nie mehr das Niveau von 1929. Die Realeinkommen blieben, unter Berücksichtigung der schärferen Besteuerung und der Abgaben an die Partei und ihre Gliederungen, ebenfalls hinter den Einkommen der späten zwanziger Jahre zurück, obwohl 1939 das reale Bruttosozialprodukt pro Kopf um 31% gewachsen war. Der Anteil des privaten Verbrauchs am Nationaleinkommen fiel von 71% im Jahre 1928 auf 59% im Jahre 1938, was für eine so kurze Zeitspanne einen bemerkenswert starken Rückgang darstellt. Zur gleichen Zeit waren 68% der industriellen Belegschaft in der Produktionsgüterindustrie beschäftigt und erhielten 75% der in

¹² Vgl. R. J. Overy, *Hitler's War and the German Economy: a Reinterpretation*, in: *Economic History Review*, 2nd Ser. XXXV (1982), S. 276 f.

¹³ BA-MA, Wi I F 5.412, Ergebnis der Besprechung bei Generalfeldmarschall Göring am 16.7. 1938, S. 1.

¹⁴ IWM, EDS Mi 14/377 (file 2), Thomas-Memorandum, 28.3. 1939, Gesichtspunkte für die Änderung der Mob.-Vorbereitungen der Wirtschaft, S. 2.

¹⁵ IWM, EDS Mi 14/328 (d), OKW Wehrmachtteile Besprechung, 3.9. 1939, S. 1 f. „Die Lage ist bekannt“, schrieb Thomas. „Die Gesamtmobilmachung der Wirtschaft ist angeordnet.“ Wehrwirtschaftsstab an Wehrwirtschaftsinspektionen, 7.9. 1939. Nach Klein, *Economic Preparations*, S. 186, hat das OKW am 2. September nur eine Teilmobilmachung befohlen. Die wird auf die Notizen und die spätere Erinnerung von Thomas gestützt, bezieht sich aber klarerweise allein auf einen lokalisierten Feldzug gegen Polen. Als die Westmächte am 3. September in den Krieg eintraten, befahl Hitler sofort die allgemeine wirtschaftliche Mobilmachung, und am folgenden Tag wurde die Kriegswirtschaftsverordnung erlassen. Ignoriert man diese zweite Instruktion, kann der Eindruck erweckt werden, daß Deutschland 1939 nur einen begrenzten Krieg begann. Indes machen alle OKW-Dokumente ab September 1939 klar, daß die zweite Instruktion, die für die „Gesamtmobilmachung der Wirtschaft“, der strategischen und wirtschaftlichen Planung zugrunde lag.

sämtlichen Industriezweigen verdienten Einkommen¹⁶. In dieser Hinsicht befand sich Deutschland bereits vor Ausbruch des Krieges in einem anderen wirtschaftlichen Zustand als Großbritannien und die USA. In Großbritannien nahmen die Verbraucherausgaben, auch auf Grund billigerer Importe, in den dreißiger Jahren beträchtlich zu. In Deutschland wurden die Verbraucherausgaben gedrosselt und die in der Wirtschaft erzeugten zusätzlichen Ressourcen für die Aufrüstung und für größere Investitionsprojekte abgezweigt¹⁷. Als der Krieg kam, waren die nun einzuschränkende Konsumgüterproduktion und die Verbraucherausgaben ohnehin schon niedriger als in Großbritannien.

Hierin ist ein Faktor von entscheidender Bedeutung zu sehen. Deutschland war in den dreißiger Jahren kein „reiches“ Land im Sinne Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten. Krieg, Inflation und Rezession hatten weitverbreitet Armut und Vermögensverlust hinterlassen. Die Ziele und Methoden der Erholungspolitik förderten eine Wiederbeschäftigung zu niedrigen Löhnen. Lohnkontrollen hielten die Lohsätze auf Depressionsniveau. In den meisten anderen Industriestaaten sind die Reallöhne zwischen den Kriegen kräftig gestiegen; in Deutschland war dieser Anstieg viel schwächer. Von 1913 bis 1938 stiegen die Reallöhne in Deutschland um 9%, in den USA hingegen um 53%, in Großbritannien um 33% und in Frankreich um 28%. Im Jahr 1939 beliefen sich die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland auf zwei Drittel der britischen und nur auf 46% der amerikanischen, obwohl in Deutschland die Preise für viele Produkte höher lagen oder die Qualität schlechter war als im Westen¹⁸. Dauerhafte Konsumgüter fanden in Deutschland einen schlechteren Markt, während bei den Lebensmitteln der Verbrauch einfacherer Nahrung (Roggenbrot, Kartoffeln) zu- und der Verbrauch höherwertiger Nahrung abnahm. Der Pro-Kopf-Konsum von Fleisch betrug 75% des britischen¹⁹. Ein britischer Geschäftsmann, der Deutschland 1937 besuchte, notierte: „Im Lande selbst scheint der Lebensstandard niedrig zu sein im Vergleich mit dem unseren . . . Wie schwer es die ärmeren Schichten haben, das zu bekommen, was man ‚kleinere Luxusartikel‘ nennen könnte, also Dinge, die über das absolut Notwendige etwas

¹⁶ BA, R 7 XVI/7 (IWM, Reel 145), Professoren-Ausschuß an Reichswirtschaftsminister Funk, 16. 12. 1939, S. 3; R. Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933–1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958, S. 100, 111, 177 f.

¹⁷ 1938 lag die Erzeugung von Produktionsgütern in Deutschland um 35% höher als 1928, während die Produktion von Konsumgütern nur um 7% gestiegen war, welcher Anstieg gänzlich von der Zunahme der Bevölkerung zwischen 1928 und 1938 (von 64,3 auf 68,4 Millionen) absorbiert wurde. In Großbritannien war zwischen 1925/29 und 1935/39 ein Anstieg der realen Konsumausgaben pro Kopf um 14% zu verzeichnen.

¹⁸ C. D. Long, The Labor Force under Changing Income and Employment, Princeton U.P. 1958, S. 369; zu den Reallöhnen (wöchentliche Einkommen) I. Svennilson, Growth and Stagnation in the European Economy, London 1954, S. 235.

¹⁹ O. Nathan/M. Fried, The Nazi Economic System, London 1944, S. 358. In Arbeiterfamilien nahm der Verbrauch von Roggenbrot zwischen 1927 und 1937 um 20% zu, von Kartoffeln um 4%, während der Konsum von Fleisch um 18% zurückgegangen war, der von Fetten um 37%, der von Weizenbrot um 44%.

hinausgehen, ist sehr auffallend.“ Ein amerikanischer Journalist berichtete, der Standard in Deutschland sei so nieder, daß er von amerikanischen Arbeitern nicht toleriert werden würde: „Wir haben es folglich mit zwei Lebensstandards und mit zweierlei Einstellungen zum täglichen Leben zu tun, die sich voneinander so grundlegend unterscheiden, daß sie nicht leicht miteinander verglichen werden können.“²⁰ Natürlich war Deutschland nicht arm im Vergleich zu weniger entwickelten Ländern in Europa und anderswo, aber nach den letzten ökonomischen Krisen fehlte einfach die Tiefe des Wohlstands, wie es sie in Großbritannien und den USA gab. Folglich verzerrt es die Perspektive, wenn man die deutsche Kriegsanstrengung mit der reicherer und mehr am Konsumbedarf orientierter Wirtschaften vergleicht. Die während des Krieges in Deutschland eingetretenen Veränderungen, so real sie auch waren, verschärften nur eine bereits bestehende Situation.

Die außergewöhnlich hohen militärischen Anforderungen, die 1938 wie 1939 gestellt und nach Kriegsausbruch von Hitler persönlich bekräftigt wurden, erzwangen immer größere Beschneidungen der zivilen Sektoren der Wirtschaft²¹. Dabei handelte es sich nicht um eine Situation, die bloß auf Grund überspannter und unkoordinierter Ansprüche der einzelnen Wehrmachtteile entstand, sondern erklärtermaßen um die Politik der Regierung Hitler, wie sie in der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 zum Ausdruck kam und wie sie durch zahlreiche Weisungen, die 1939 zur wirtschaftlichen Mobilmachung an die lokalen Wirtschaftskammern ergingen, umgesetzt wurde²². Am 9. September proklamierte Göring, als Vorsitzender des Reichsverteidigungsrats, die vollständige wirtschaftliche Mobilisierung aller Kräfte der Nation für die Dauer des Krieges. Thomas teilte der Reichsgruppe Industrie mit, die politische und die militärische Führung wünschten „eine Kraftanstrengung der deutschen Wirtschaft, die in ihren Ausmaßen und in ihrem schlagartigen Einsatz das Hindenburg-Programm [des Ersten Weltkriegs] weit hinter sich lassen muß“²³. Besprechungen zwischen Hitler, Göring und den

²⁰ Bank of England, file S. 89 (2) Germany, R.L. Barclay an Montagu Norman, 8.7. 1937. Der Verf. dankt der Bank of England für die Erlaubnis, aus diesem nicht geheimen Akt zu zitieren. Vgl. auch L. Stoddard, *Into the Darkness: Nazi Germany Today*, London 1941, S. 81.

²¹ IWM, Speer Collection, FD 1434/46 169, X-Fall für die Wirtschaft; Dokumente der deutschen Politik, Berlin 1940, Bd. 7, S. 403 ff., Kriegswirtschaftsverordnung, 4. September 1939; IWM, EDS Mi 14/328 (d), OKW, Wehrwirtschaftsstab an Wehrwirtschaftsinspektionen, 7. 9. 1939: „Der Führer hat am 3. 9. 1939 mit der Gesamtmobilmachung der Wirtschaft auch den planmäßigen Anlauf des Fertigungsplans ‚Wehrmacht‘ befohlen.“

²² Zum Beispiel National Archives (NA) Washington, Microcopy T 71, Roll 45, frames 439440-54, Wirtschaftskammer Sachsen, Ein Ausschnitt aus der kriegswirtschaftlichen Tätigkeit der Wirtschaftskammer Sachsen und ihrer Gliederung; frames 439455-7, Wehrwirtschaftsbericht, Dez. 1939.

²³ IWM, Case XI background documents, book 118-A, doc. PS-3524, Rede von Wirtschaftsminister Funk, 14. 10. 1939; IWM, Speer Collection, FD 5454 d/45, Rede von Thomas vor Reichsgruppe Industrie, 29. 11. 1939. Thomas erinnerte seine Zuhörer an frühere Fehler: „Gerade auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges auf diesem Gebiet ergibt sich, daß äußerste Konzentration der Kräfte auf die Produktion des unmittelbaren und mittelbaren Kriegsbedarfs zwingendes Gebot ist.“

Chefs der Streitkräfte führten im November 1939 zu einer erneuten Bekräftigung des Ziels der „Zusammenfassung aller Kräfte zur Steigerung der Fertigung für die Wehrmacht ... Der Krieg verlangt die größten Anstrengungen zum Ausbau der Rüstung. Das Oberkommando der Wehrmacht hat ... Richtlinien vorgeschlagen, die den stärksten Einsatz aller Wirtschaftskräfte im Dienste der Landesverteidigung zum Ziel haben.“²⁴ Im Dezember informierte das OKW über Hitlers Befehl, daß „die Umstellung der Wirtschaft mit aller Energie zu betreiben ist“, um, wie der „Führer“ sich ausdrückte, „ein Programm mit möglichst hohen Zahlen“ zu bekommen²⁵. Keine dieser Äußerungen deutet auf eine Strategie, die auf begrenzter Mobilmachung beruht hätte. Die Vorbereitungen der Streitkräfte selbst basierten auf der Annahme, daß die wirtschaftliche Mobilmachung umfassend und gründlich sein werde, und Hitler, der als Oberbefehlshaber in der besten Position zur Steuerung einer solchen Politik war, hat sie nicht nur gebilligt, sondern eigene Produktionspläne aufgestellt, die eine weitgehende Umstellung der Wirtschaft auf Kriegszwecke unvermeidlich machten.

Die Ende 1939 formulierten Pläne für die Rüstungsproduktion zeigen klar die Richtung des Hitlerschen Denkens. Hitlers Ziel bestand darin, Waffen und Gerät in solchen Quantitäten fertigen zu lassen, daß für Deutschland kein Risiko mehr bestand, den Krieg abermals zu verlieren. Hinter der britischen und der französischen Bedrohung, die er mit einer mächtigen Steigerung der Rüstungsproduktion zu eliminieren hoffte, dräuten ja die Gefahren, die künftig von weniger neutralen Vereinigten Staaten im Westen und von einer weniger freundlichen Sowjetunion im Osten ausgehen mußten²⁶. Die Rüstungsprogramme, die im Dezember 1939 ver-

²⁴ IWM, Speer Collection, FD 5454 a/45, OKW, Kriegswirtschaftlicher Lagebericht, 1.12. 1939; FD 5454/45, OKW, Richtlinien zur Zusammenfassung aller Kräfte zur Steigerung der Fertigung für die Wehrmacht, 29.11. 1939.

²⁵ Ebenda, FD 5454 d/45, Kriegswirtschaftlicher Lagebericht, 1.12. 1939; BA-MA, Wi I F 5.412, Aktenvermerk über Besprechung am 11. 12. 1939 über das neue Pulver- und Sprengstoffprogramm, die Mineralöl-Erzeugung und Aluminium-Herstellung, S. 1: „In der Reichskanzlei steht zur Zeit die Munitionsfrage im Vordergrund des Interesses. Der Führer drängt auf Klarheit und verlangt ein Programm mit möglichst hohen Zahlen.“

²⁶ Es ist evident, daß Hitler seit Ende 1939 glaubte, Deutschland werde selbst nach raschen Niederlagen von Frankreich und Großbritannien auf dem europäischen Kontinent mit den Problemen Rußland und USA konfrontiert sein, wofür bedeutende militärische und wirtschaftliche Ressourcen erforderlich seien. Der Krieg um Weltmacht mochte hinausgeschoben werden können, konnte aber nicht vermieden werden. Zu Hitlers Einstellung zu Rußland und USA vgl. H. Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers, Stuttgart 1970, S. 414. IWM, EDS AL 1571, Aktennotiz, 4.12. 1939, Chef WiRüAmt; OKW, Inspekteur-Besprechung, 24.3. 1940; Aktennotiz über die Entwicklung der Rüstungslage im Sommer 1940, S. 3: „Diese neue Weisung (das Rüstungsprogramm von August 1940) der obersten Führung scheint sich aufzubauen aus der Erkenntnis, daß 1) mit dem Zusammenbruch Englands im Jahre 1940 unter Umständen nicht mehr zu rechnen ist, 2) im Jahre 1941 ein Eingreifen Amerikas in Frage kommen kann, 3) das Verhältnis zu Rußland im Jahre 1941 eine Änderung erfahren kann.“ Letzteres Dokument sollte zusammen gelesen werden mit Chef WiRüAmt, Aufzeichnung einer Besprechung am 13.9. 1940, in der Hitler die verschiedenen Optionen im Hinblick auf Rußland und Amerika erörterte. Es ist klar, daß das OKW die Vereinigten Staaten schon im September 1939 bei Diskussionen über das „feindliche“ Kriegspotential einbezog. Vgl.

kündet und im Sommer 1940 nach der Niederlage Frankreichs wiederholt bzw. noch erweitert wurden, waren für den großen Krieg um Weltmacht bestimmt. Hitler sagte, es sei notwendig, sich auf den Krieg so vorzubereiten, als werde er fünf, sieben oder sogar dreißig Jahre dauern²⁷. Wollte man allen Lagen der Zukunft gewachsen sein, sei in der Gegenwart die totale Mobilmachung der Wirtschaft unumgänglich²⁸. In Hitlers Augen verlangte schon die Natur des modernen Krieges äußerste wirtschaftliche Anstrengungen, ob sich der zu führende Krieg nun als lang oder kurz erwies. Den Militärs suchte er das im Mai 1939 klarzumachen:

„Die Ansicht, sich billig loskaufen zu können, ist gefährlich; diese Möglichkeit gibt es nicht . . . Jede Wehrmacht bzw. Staatsführung hat den kurzen Krieg anzustreben. Die Staatsführung hat sich dagegen jedoch auch auf den Krieg von 10 bis 15jähriger Dauer einzurichten. Es war immer in der Geschichte so, daß man an kurze Kriege glaubte. 1914 war man noch der Ansicht, lange Kriege nicht finanzieren zu können. Auch heute spukt diese Auffassung in vielen Köpfen. Dagegen wird jeder Staat so lange wie möglich aushalten.“²⁹

Hier liegt die einzige befriedigende Erklärung für das Ausmaß der Rüstungspläne Hitlers, die 1939 schon die Produktionsziffern des letzten Kriegsjahres antizipierten, Ziffern, die seine besorgten Minister und Beamten selbst bei einer auf totalen Krieg umgestellten Wirtschaft für unerreichbar hielten. Das Problem kann durch einen Blick auf die Zahlen illustriert werden, die das Heereswaffenamt zusammenstellte, als es die Produktion von 1918 mit dem neuen „Fertigungsplan 1940/41“ für die Rüstung verglich, der auf die von Hitler im Dezember 1939 festgelegten Anforderungen zurückging. Die Armee berechnete auch, was bei der gegebenen Kapazität erfüllbar war³⁰:

EDS AL 1942, WiRüAmt, Aktenvermerk, 26.9.1939, und Mi 14/441, WiRüAmt, Lagebericht West – 37, Anlage, Die Leistungsfähigkeit der USA – Flugzeugindustrie, 25.11.1939.

²⁷ BA-MA, Wi I F 5.412, Aktenvermerk, Besprechung am 17.11.1939 betr. Erhöhung der Eisen- und Stahlkontingente zur Durchführung des Krauch-Plans, S. 12: „Andererseits sollen aber wieder alle Vorbereitungen so getroffen werden, um einen 5jährigen Krieg durchzuführen.“ Ferner DGFP, Ser. D, VIII, London 1954, S. 193, Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Hitler und Graf Ciano, 1.10.1939, und S. 141, Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Hitler und B. Dahlerus, 26.9.1939.

²⁸ Dieser Punkt wird oft übersehen. Hitler wollte eine möglichst intensive wirtschaftliche und militärische Rüstung, um größere politische Flexibilität zu gewinnen. Vgl. z. B. IWM, EDS AL 1571, Aktennotiz über die Entwicklung der Rüstungslage im Sommer 1940, S. 2f. Nach der Niederlage Frankreichs befahl Hitler die Schaffung viel größerer und stärker bewaffneter Streitkräfte, weil „man sich für das Jahr 1941 für jede möglich werdende politische Situation vorbereiten müsse“.

²⁹ Nazi Conspiracy and Aggression, Washington 1946, VII, S. 851 ff., Bericht über eine Konferenz mit Hitler, 23. Mai 1939.

³⁰ IWM, EDS Mi 14/487, OKW, WiRüAmt, Vom Führer am 17.12.1939 genehmigtes Programm; Chef OKW an von Brauchitsch, 19.1.1940, betr. Denkschrift über die Steigerung der Munitionsfertigung auf Grund der Führerforderung vom 12.12.1939; Mi 14/521 (part I), Heereswaffenamt (Waffenstab Ic), Die personelle Leistungsfähigkeit Deutschlands im Mob-Fall, o.D. (Frühjahr 1939). Das HWA rechnete damit, daß der Fertigungsplan 1938/39 7,4 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte erfordern und daß man für Hitlers „Endziel“ 21 Millionen brauchen werde. Der Bericht schloß: „Es bleibt so oder so ein ungeheueres Mißverhältnis zwischen Ist und Soll bestehen.“

Tabelle 1: Fertigungspläne für die Rüstung, Dezember 1939

(pro Jahr)	1918	1940/2	Hitlers „Endziel“	derzeit erfüllbar
Leichte Artillerie (einschl. Flak)	15 550	110 893	151 780	36 290
Schwere Artillerie	1 903	3 334	3 334	887
Gewehre und Maschinengewehre	196 578	2 179 449	2 179 449	603 350
(Tonnen pro Monat)				
Pulver	12 100	18 000	18 100	14 000
Sprengstoff	14 000	17 700	19 700	16 000

Quelle: IWM MI 14/521 (Teil 1), „Munitionslieferung im Weltkrieg“.

Für die Produktion anderer Rüstungsgüter war 1940 und 1941 eine Steigerung um 200 oder 300% vorgesehen³¹. Die Erzeugung von Flugzeugen sollte im ersten Kriegsjahr um 100% zunehmen, und bei Pulver und Sprengstoffen wollte Hitler auf eine Fertigung von mehr als 60 000 Tonnen pro Monat hinaus, welche Zahl auch im „Schnellplan“ genannt war, den Carl Krauch 1938 aufgestellt hatte³². Angesichts der Verhältnisse im Jahr 1939 waren diese Ziele gewiß unrealistisch, wie ja auch aus den Zahlen hervorgeht, die in Tabelle 1 unter „derzeit erfüllbar“ aufgeführt sind. Aber sie zeigen, daß Hitler auch hier charakteristischerweise in den Kategorien kolossaler Planung und äußerster Anstrengung dachte. Man muß sich zudem vor Augen halten, daß viele der Rüstungs- und Materialprogramme verwirklicht gewesen wären, wenn der Krieg, wie die Führer Deutschlands hofften, später ausgebrochen wäre; Hitlers Produktionsziele hätten sich dann weniger überspannt ausgenommen, als das jetzt der Fall ist.

II.

Die militärische und ökonomische Strategie, die Deutschland in den frühen Phasen des Krieges verfolgte, war mit einer enormen Beanspruchung der finanziellen Ressourcen des Reiches verbunden. In Regierungskreisen dominierte die Auffassung, daß die Finanzpolitik ein entscheidendes Element der Kriegswirtschaft sei, eine jener Methoden, mit denen die Regierung die makro-ökonomische Struktur direkt zugunsten der Kriegsanstrengung beeinflussen könne. Dabei herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Fehler des Krieges von 1914–1918 vermieden werden muß-

³¹ IWM, Speer Collection, FD 1934/46, 169, Vergleichende Übersicht über die Munitionsprogramme 1938–1942.

³² IWM, Case XI documents, book 118 a, doc. NI-7835, Development of the production plans for gunpowder and explosives, 15.7. 1940; EDS Mi 14/521 (part 1), OKW, Pulver-, Sprengstoff- und Kampfstoffherstellung, 12.12. 1939. Zur Flugzeugproduktion vgl. NA, T 177, Roll 31, frame 3719681, Nachschubzahlen für Luftfahrzeug, 1.4. 1938.

ten. Die Abhängigkeit von freiwilligen Krieganleihen, die Unfähigkeit, hohe Inflationsraten zu verhindern, dazu die Entstehung eines Schwarzen Marktes und die Anhäufung immenser Kriegsgewinne hatten damals Deutschlands Kraft zur Fortsetzung des Krieges untergraben und weitverbreitete soziale Unzufriedenheit erzeugt³³.

Mit dem Kriegsausbruch 1939 nahmen die Ausgaben der Reichsregierung für militärische wie zivile Zwecke erheblich zu. 1939/40 lagen die militärischen Ausgaben doppelt so hoch wie im letzten Friedensjahr, und bis 1941/42 hatten sie sich abermals verdoppelt. Die größte absolute Steigerung der Ausgaben ist ebenso in den Jahren vor 1942 – nicht danach – zu verzeichnen wie die höchste Zuwachsrate:

Tabelle 2: Militärische und zivile Ausgaben der Reichsregierung 1938/39–1943/44 (Mrd. RM)

	Militär	Zivil	Gesamtsumme	Bruttosozialprodukt*
1938/39	17,2	22,2	39,4	115
1939/40	38	20,0	58	129
1940/41	55,9	24,1	80*	132
1941/42	73,3	28,2	100,5*	137
1942/43	86,2	37,8	124*	143
1943/44	99,4	30,6	130*	160

* einschließlich der Beiträge aus besetzten Ländern

Quelle: W. Boelcke, Kriegsfinanzierung im internationalen Vergleich, in: F. Forstmeier/H.-E. Volkmann (Hrsg.), Kriegswirtschaft und Rüstung, Düsseldorf 1977, S. 55 f.; B. H. Klein, Germany's Economic Preparations for War, Harvard Univ. Press 1959, S. 256.

Die 1939 getroffene Entscheidung für die volle Mobilmachung der Wirtschaft stellte außerordentliche Anforderungen an das deutsche Finanzsystem. In den ersten vier Monaten des Krieges beliefen sich die militärischen Kosten auf 12 Milliarden RM, und die Streitkräfte rechneten für das ganze erste Kriegsjahr mit Kosten in Höhe von 40 bis 45 Milliarden RM³⁴. Wenn das hohe Niveau der Militärausgaben und der Kriegsproduktion weiterhin ermöglicht, gleichzeitig aber eine finanzielle Krise – einschließlich einer Inflation – vermieden werden sollte, war es notwendig, vor allen anderen die Frage der Kriegsfinanzierung zu lösen.

Der Regierung standen mehrere Wege offen. Minister und Beamte stimmten im allgemeinen darin überein, daß der Konsum drastisch eingeschränkt werden müsse. „Es ist notwendig“, so hieß es in einem Bericht des Finanzministeriums vom Februar 1940, „den Verbrauch an Waren für den privaten Bedarf auf das geringste Maß einzuschränken.“³⁵ Als zweiter Schritt ging es darum, die Kaufkraft, die durch die

³³ C.-L. Holtfrenrich, The German Inflation 1914–1923, Berlin 1986, S. 102 ff.; W. A. Boelcke, Die Kosten von Hitlers Krieg, Paderborn 1985, S. 83 ff.; L. Graf Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott. Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1920/45, Göttingen 1974, S. 295 f.

³⁴ BA, R 7 xvi/7 (IWM Reel 145), OKW an GBW betr. Geldbedarf der Wehrmacht im Kriege, 7. 10. 1939; RWM, Aktenvermerk, Staatssekretärsbesprechung im RFM, 3. 1. 1940, S. 1.

³⁵ NA, T 178, Roll 15, frames 3671791-3, RFM. Denkschrift über Kaufkraft und Kriegsfinanzierung

Reduzierung der Kaufmöglichkeiten frei wurde, „möglichst bald und möglichst weitgehend abzusaugen“ und zur Finanzierung des Krieges heranzuziehen³⁶. Der private Verbrauch war durch Rationierung auf ein *Existenzminimum* zu senken, auf „soviel ... wie zur Befriedigung des unerläßlichen Verbrauchs und zur Erfüllung unabwendbarer finanzieller Verpflichtungen erforderlich ist“ (Mieten, Versicherungen usw.)³⁷. Rationierung schien die wirksamste Methode, diese Ziele rasch zu erreichen, und man versprach sich von ihr auch die Vermeidung der Ungleichheiten im Verbrauch, die sich im Ersten Weltkrieg ergeben hatten. Zur Rationierung gehörte aber nicht nur die Kontrolle über die Nachfrage nach Waren, indem eine gleichmäßige Obergrenze für den Einkauf von Lebensmitteln und Kleidung geschaffen wurde, sondern auch die Kontrolle über die Versorgung mit Waren. Man nahm an, daß die Menschen versuchen würden, ihr überschüssiges Einkommen in Luxusgüter oder nicht-rationierte Waren zu stecken. Nachdem die Lager im Herbst und Winter 1939 durch die sogenannten Hamsterkäufe geräumt worden waren, kam es daher zu einer strikten Begrenzung der Herstellung und des Verkaufs nicht-rationierter Waren, was den einzelnen Konsumenten lediglich den Erwerb einer limitierten Anzahl zugelassener Produkte erlaubte³⁸.

Die zweite Möglichkeit der Konsumkontrolle bestand in einer schärferen Besteuerung. Wiederum gab es kaum Meinungsverschiedenheiten darüber, daß eine gewisse Erhöhung der Steuern angebracht sei, und mit Kriegsbeginn wurde allen deutschen Steuerzahlern ein „Kriegszuschlag“ auferlegt³⁹. Auch stiegen die indirekten Steuern, und im Januar 1940 autorisierte Hitler persönlich eine höhere Besteuerung des Kino- bzw. Theaterbesuchs und der Benutzung von Verkehrsmitteln⁴⁰. Die Bier- und die Tabaksteuer wurden erhöht, dazu die Kategorie der umsatzsteuerpflichtigen Produkte erweitert. Obwohl eine stärkere Steuerbelastung der Industrie auf heftige Opposition stieß, die sich unter anderem des Arguments bediente, daß so

1940, 13.2. 1940. Vgl. auch frames 3671852-6, Preiskommissar Wagner an von Krosigk, 21.12. 1939, und frame 3671873, Funk an von Krosigk, 19.1. 1940.

³⁶ NA, T 178, Roll 15, frame 3671816, von Krosigk an Funk, 21.11. 1939.

³⁷ BA, R 7 xvi/7, RFM (F.Reinhardt), Die Möglichkeiten der Kriegsfinanzierung, 22.7. 1939, S.3. Diese Auffassung fand weithin Unterstützung. Vgl. z.B. ebenda, Posse (GBW) an Landfried (RWM), 7.8. 1939; DAF an Landfried, 19.12. 1939, S.1f.; NA, T 178, Roll 15, frames 3671805-7, Ley an Funk, 13.12. 1939.

³⁸ Zur Rationierung BA, R 7 xvi/7, Deutsche Arbeitsfront an RWM, 19.12. 1939, Anlage, Aufstellung der Lebensmittelkarten pro Woche; Popitz an Funk, 26.10. 1939, S.1f.; Reichswirtschaftskammer an Lange, 21.10. 1939, dabei Ansprache Präsident Pietzsch bei der Besprechung mit Minister Funk am 20. Oktober 1939, S.5ff., 14; Reichsbank, volkswirtschaftliche Abteilung, Zur inneren Währungslage, 14.9. 1939, S.2: „... haben die Konsummöglichkeiten durch die Rationierungsmaßnahmen bereits eine Verringerung erfahren. Diese Lage wird sich noch erheblich verschärfen, weil – von Hamsterkäufen ganz abgesehen – die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegs- bzw. Exportbedarf den Kreis der verfügbaren Konsumgüter beträchtlich einengen muß.“

³⁹ NA, T 178, Roll 15, frames 3672285-92, RFM, Die steuerlichen Maßnahmen während des gegenwärtigen Krieges, o.D.; von Krosigk, Staatsbankrott, S.298.

⁴⁰ BA, R 7 xvi/7, Staatssekretärbesprechung im RFM betr. Kriegsfinanzierung, 3.1. 1940, S.4.

die Investitionsneigung eingeschränkt werde, kletterten auch die Eingänge aus der Körperschaftssteuer von 2,4 Milliarden RM im Jahre 1938/39 auf 5,1 Milliarden RM im Jahr 1941/42⁴¹. Als Ergebnis all dieser Maßnahmen kam es zwischen 1939 und 1941 zu einer Verdoppelung der Steuereinnahmen und bei nur geringfügigen Preissteigerungen zu einer signifikanten Zunahme der realen Steuerlast:

Tabelle 3: Steuereingänge des Deutschen Reiches 1938–1943 (jeweiliges Steuerjahr; in Mill. RM)

	1938	1939	1940	1941	1942	1943
Einkommens-/Körperschaftsst.	8 186	12 227	14 790	19 185	21 808	21 954
Umsatzsteuer	3 356	3 734	3 929	4 184	4 160	4 177
Sonst. Verbrauchssteuern*	2 833	4 425	5 582	6 193	6 202	5 943
Zölle	1 818	1 696	1 413	1 121	833	639
Verschiedene	1 571	1 491	1 506	1 658	1 707	1 664
Insgesamt	17 710	23 573	27 220	32 305	34 710	34 377
(1938 = 100)	100	133	154	182	196	194
Insgesamt in Preisen von 1938	17 712	23 370	26 181	30 317	31 758	30 887

* einschließlich der Kriegssteuer auf Bier, Tabak, Reisen, Unterhaltung

Quelle: NA, T 178, Roll 15, frames 3671912-7, Reichsfinanzmin. „Statistische Übersichten zu den Reichshaushaltsrechnungen 1938 bis 1943“, Nov. 1944. Preisberichtigungen nach BA, RD-51 (IWM-Reel 168), Reichsbank, „Deutsche Wirtschaftszahlen“, März 1944, S. 2.

Wer zwischen 1500 und 3000 RM pro Jahr verdiente, hatte im Durchschnitt um 20% mehr Steuern zu zahlen, wer zwischen 3000 und 5000 RM verdiente, sogar um 55%⁴². So sind 1940 und 1941 die militärischen Ausgaben zur Hälfte mit Steuereinnahmen bestritten worden, zur anderen Hälfte mit Staatsanleihen und Kontributionen der besetzten Länder⁴³.

Aber weder die Rationierung noch die Erhöhung der Steuern lieferten eine vollständige Lösung, da genügend private Kaufkraft übrigblieb, für die es keine Waren gab. Unterstützt von einem im Herbst 1939 eingesetzten „Professoren-Ausschuß“, der bei den Problemen der Finanzpolitik unter den Bedingungen des Krieges als Beratungsorgan fungieren sollte, hoffte zwar der Reichsfinanzminister, Graf Schwerin v. Krosigk, die überschüssige Kaufkraft im Laufe des Jahres 1940 durch kräfti-

⁴¹ NA, T 178, Roll 15, frames 3671878-80, Funk an von Krosigk, 19. 1. 1940; BA, R 7 xvi/7, Ergebnis der Chefbesprechung am 1. Febr. 1940, S. 7; Aufzeichnungen einer Besprechung im RFM, 16. 1. 1940, S. 4 f., 8; Staatssekretärsbesprechung, 3. 1. 1940, S. 6 f.

⁴² BA, R 7 xvi/8, Statistisches Reichsamt an RWM (Josten), 3. 2. 1943, Anlage, Zur Frage der Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer. Für diejenigen, die mehr als 100 000 RM pro Jahr verdienen, erhöhte sich der Steuersatz von 38% im Jahr 1938 auf 54% im Jahr 1940.

⁴³ NA, T 178, Roll 15, frames 3671762-3, RFM Generalbüro, Finanzieller Überblick über die vergangenen vier Kriegsjahre 1. Sept. 39–31. Aug. 43; R. Lindholm, German Finance in World War II, in: American Economic Review XXXVII (1947), S. 123–127.

gere Erhöhungen der Einkommensteuer abschöpfen zu können⁴⁴. Doch traf diese Idee auf starke Widerstände. So wurde gesagt, ein weiteres Ansteigen der direkten Besteuerung könne die Moral der Bevölkerung erschüttern und Opposition provozieren. Im Frühjahr 1940 hat Hitler schließlich sein Veto eingelegt⁴⁵. Statt dessen entschied sich die Regierung für eine Politik der indirekten Kriegsfinanzierung durch die Förderung des privaten Sparens. Dabei war auch ein politisches Motiv im Spiel: Die Regierung ging von der Annahme aus, daß sich der durchschnittliche Deutsche nur dann mit der Kriegsanstrengung identifizieren werde, wenn er das Gefühl habe, etwas herausholen zu können⁴⁶. Wenn die überschüssigen Einkommen auf Sparkonten wanderten, war das Kaufkraftproblem gelöst und die Regierung erhielt Zugang zu beträchtlichen flüssigen Mitteln. Ein solches System befreite Hitler auch von der Sorge, am Ende wie im Ersten Weltkrieg auf öffentliche Kriegsanleihen zurückgreifen zu müssen⁴⁷. Seit 1939 sahen sich die deutschen Lohnempfänger und Einkommensbezieher mit Sparpropaganda bombardiert, und da sich in den Geschäften wenig fand, für das sie hätten Geld ausgeben können, steckten sie in der Tat große Summen in diverse Formen des Sparens⁴⁸.

Tabelle 4: Quellen privater Kreditschöpfung 1937–1941* (Mrd. RM)

	1937	1938	1939	1940	1941
Einlagen in Kreditbanken	1,2	2,2	4,2	8,7	8,1
Einlagen in Sparkassen	1,9	2,7	2,6	8,9	14,5
Private Versicherungen	1,4	1,7	1,7	3,3	4,2
Privater Wertpapierbesitz, Schatzwechsel und Steuerscheine	1,1	2,5	6,9	8,1	12,4
Insgesamt	6,2	10,9	19,2	31,3	44,6

* jährlicher Zuwachs

Quelle: BA, R 7 XVI/22 (IWM Reel 147), O. Donner, Die Grenzen der Staatsverschuldung, 1942, S. 4.

⁴⁴ BA, R 7 xvi/7, Brief von Krosigk an Göring, Frick, Funk und Wagner, 12. 1. 1940; Bericht des Professoren-Ausschusses an Funk, 16. 12. 1939, S. 14 ff. Auch die Reichsbank war für eine Erhöhung der Einkommensteuer; vgl. ebenda, Reichsbankdirektorium an RWM (Lange), 8. 11. 1939.

⁴⁵ von Krosigk, Staatsbankrott, S. 298 f. Popitz glaubte, daß höhere Steuersätze gleichbedeutend mit Bolschewismus seien, weil sie dem Staat zuviel Macht und Ermessen gäben. Vgl. BA, R 7 xvi/7, Ergebnis der Chefbesprechung, 1. Feb. 1940, S. 3. Zu Funks Einwänden vgl. ebenda, Aufzeichnung der Besprechung im RFM, 16. 1. 1940, S. 4 ff.

⁴⁶ Das war die vorherrschende Auffassung im Wirtschaftsministerium, nicht im Finanzministerium. Vgl. BA, R 7 xvi/7, RWM Denkschrift zur Kriegsfinanzierung, o.D. (Dez. 1939?), S. 2 f. („Das beste Mittel dazu ist das Sparen“); Staatssekretär Neumann an Posse, 1. 1. 1939, betr. Kriegsfinanzierung; Lange an Funk und Landfried, 7. 1. 1940, S. 5 ff.

⁴⁷ BA, R 7 xvi/7, Staatssekretärbesprechung, 3. 1. 1940, S. 3; von Krosigk, Staatsbankrott, S. 297; Holtfreich, S. 116 ff.

⁴⁸ BA, R 28/98, Deutsche Reichsbank, Entwurf einer Ansprache von Vizepräsident Kurt Lange in Budapest am 8. Juni 1943, Die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik im Kriege, S. 11 f.

Unter kleinen Anlegern war diese Entwicklung besonders ausgeprägt. Die Zahl der Postspargbücher stieg von 1,5 Millionen im Jahr 1939 auf 5,5 Millionen im Jahr 1941 und 8,3 Millionen im Jahr 1942⁴⁹. Indes wußten die Sparer nicht, daß alle Institutionen, bei denen sie sparten, gezwungen waren, ihre Einlagen der Regierung zur Verfügung zu stellen, indem sie Schatzwechsel kauften oder langfristige Schuldverschreibungen übernahmen; so wurden weitere Fonds für die Kriegsfinanzierung erschlossen, ohne daß die Öffentlichkeit beunruhigt worden wäre. Graf Schwerin-Krosigk beschrieb das System nach dem Krieg in seiner Geschichte der deutschen Finanzen: „Der Sparer wurde mittelbar, ohne es zu merken, Gläubiger des Reiches.“⁵⁰

Mit all solchen Mitteln wurde verhindert, daß die hohe Liquidität in der Wirtschaft zwischen 1939 und 1941 inflationären Druck erzeugte. Die Regierung erlangte direkten Zugang zu den finanziellen Ressourcen, die sie brauchte, und der Konsum nahm rapide ab. Das Vertrauen der Sparer, auf dem das ganze System beruhte, konnte jedoch nur erhalten werden, wenn Preise und Löhne unter ersichtlich wirksamer Kontrolle blieben. Sie war ein zentrales Merkmal der deutschen Politik während des Krieges und erforderte ein umfassendes Überwachungsnetz, zu dem die exemplarische Bestrafung derjenigen gehörte, die das Netz zu ignorieren suchten⁵¹. Obwohl die offiziellen Preis- und Lohnindizes die drastische Verschlechterung der Qualität vieler Produkte nicht berücksichtigen und die Preissteigerungen für nicht-rationierte Waren untertreiben, zeigen sie doch, daß sich die Situation von den während des Ersten Weltkriegs herrschenden Zuständen erheblich unterschied.⁵² Außerdem diente die weite Publizität, die der Preiskontrolle bei Brennstoff, Mieten und Grundnahrungsmitteln gegeben wurde, dazu, das Vertrauen in die Entschlossenheit der Regierung zur Verteidigung der Währung zu stärken und die nach dem Krieg unweigerlich zu erwartenden Schwierigkeiten zu verschleiern⁵³.

⁴⁹ BA, R 7/2496, RWM, Die Bayerische Wirtschaft an der Jahreswende 1942/43, S.75 f. (die Zahlen sind für das ganze Reich); R 2/31681, Reinhardt-Akten, Unterlagen für die Besprechung mit den Gauwirtschaftsberatern am 19. Feb. 1942, Anlage, Mehr an Sparanlagen; Boelcke, Kosten, S. 103 f.

⁵⁰ von Krosigk, Staatsbankrott, S.297. Vgl. auch Boelcke, Kosten, S. 104; J. J. Klein, German Money and Prices 1932–1944, in: M. Friedman (Hrsg.), Studies in the Quantity Theory of Money, Chicago 1956, S. 135 f.

⁵¹ BA, R 7 xvi/7, Wagner an von Krosigk, 3.2. 1940; RWM (Josten) an Posse, 24.8. 1939, S. 1: „Um die zersetzende Wirkung, wie sie die hohen Industriearbeiterlöhne 1917/18 hervorgerufen haben, zu vermeiden, müssen Wehrmacht, Preiskommissar und Treuhänder der Arbeit auf das engste zusammenarbeiten, um die Stabilität der Löhne und Preise zu sichern.“ BA, R 2/31681, Reinhardt-Akten, von Krosigk an Fischboeck (Preiskommissar), Mai 1942; BA, R 28/98, Deutsche Reichsbank, Die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik (vgl. Anm. 48), S. 10, 15 ff.

⁵² Zu den offiziellen Indices Boelcke, Kosten, S.134 ff. Eine exzellente Studie zur Situation 1914–1918 bietet A. Kunz, Civil Servants and the Politics of Inflation in Germany 1914–1924, Berlin 1986, S.58–70, 101 ff. Vgl. auch G. Bry, Wages in Germany, Princeton U.P. 1960.

⁵³ Die größten Schwierigkeiten hätte die Kontrolle des Konsums nach Kriegsende gestellt, wenn die

Tabelle 5: Amtlicher deutscher Preis- und Lohnindex 1939–1943

Jahr	Lebenshaltungskosten (1913 = 100)	Nominelle Wocheneinkommen (1936 = 100)	Reale Wocheneinkommen (1936 = 100)
1939	116,2	112,6	111,1
1940	119,6	116,0	111,0
1941	122,3	123,6	116,0
1942	125,0	124,3	114,2
1943*	126,9	126,5	114,5

* Zahlen sind für Januar und Februar 1943

Quelle: BA, RD-51/21-3 (IWM Reel 168), Deutsche Reichsbank, Volkswirtschaftliche Ableitung, „Deutsche Wirtschaftszahlen“, Berlin, März 1944, S. 2.

Das indirekte System der Finanzierung und der Preiskontrollen war gewiß komplizierter als ein auf schärfster Besteuerung beruhendes System, doch hat es, vom Standpunkt der Regierung aus gesehen, gut genug funktioniert. Die riesigen Summen, die zur Bezahlung der Kriegskosten erforderlich waren, kamen aus heimischen Quellen, ergänzt durch erzwungene Kontributionen der besetzten europäischen Länder (12% der Gesamtausgaben), während die Inflation bis zur letzten Kriegsphase in Zaum gehalten werden konnte. Die Zeche zahlte der Konsument. Statt Waren und Dienstleistungen zu kaufen, fanden sich die Menschen gezwungen, höhere Steuern zu tragen und mehr zu sparen. Die Steuern und die öffentlichen Ausgaben haben sich zwischen 1939 und 1941 verdoppelt; die privaten Spareinlagen nahmen um über 130% zu, und der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt stieg von 32 auf 53%. Doch die Wirtschaft insgesamt expandierte lediglich um 6%⁵⁴. Mit anderen Worten: Das Steigen der Steuern und der Spareinlagen war nicht auf eine kräftige Expansion der Wirtschaft zurückzuführen, sondern auf eine Umverteilung zu Lasten des Konsums. Die finanzpolitische Strategie brachte mithin ganz klar zum Ausdruck, daß sich die Regierung 1939 auf eine umfassende Mobilisierung von Gesellschaft und Wirtschaft festgelegt hatte, zugleich lieferte sie den Rahmen, in dem die Umlenkung der produktiven Wirtschaftsressourcen auf die Kriegsanstrengung im Detail geleistet werden konnte.

Menschen das Geld, das sie gespart hatten, hätten ausgeben wollen, das Geld, das der Staat zur Kriegsfinanzierung verwendet hatte. In diesem Sinne waren die politischen Probleme der Kriegsfinanzen nur aufgeschoben und nicht einfach vermieden worden.

⁵⁴ NA, T 178, Roll 15, frames 3671912-7, RFM, Statistische Übersichten zu den Reichshaushaltsrechnungen 1938 bis 1943, Nov. 1944; frames 3671758-63, RFM Generalbüro, Finanzieller Überblick über die vergangenen vier Kriegsjahre, 15. 10. 1943

III.

An den eigenen Postulaten gemessen, war die Politik der Konsumdrosselung und der Absaugung überschüssiger Kaufkraft durchaus erfolgreich. Anfang 1940 schrieb „Die Bank“: „Von der Wareseite ist die Verbrauchsbeschränkung durch das Karten-, Punkt- und Bezugsscheinsystem in Deutschland bereits nahezu vollständig durchgeführt.“⁵⁵ Schätzungen zufolge sind 1940 annähernd 13 Milliarden RM Konsumausgaben verhindert worden, davon 5 Milliarden Ausgaben für Kleidung und 4 bis 5 Milliarden Ausgaben für Nahrungsmittel, während die Regierung weitere Gelder gewann, indem die Auffüllung der Lager des Groß- und Einzelhandels drastisch eingeschränkt und häufig die Genehmigung für Unterhalt und regelmäßige Reparaturen verweigert wurde⁵⁶. Als Folge flossen aus dem Überschuß zwischen Nettoeinkommen und Nettokonsumausgaben – der sich 1939 auf 14 Milliarden RM belief, 1940 auf 23 und 1941 auf 31 Milliarden – große Summen auf Sparkonten und in Investitionen⁵⁷.

Es gibt einige Methoden, die Reduzierung der Konsumausgaben in den Jahren 1939 bis 1941 noch genauer zu bestimmen, und zwar durch die Ermittlung der realen Pro-Kopf-Ausgaben für den Konsum oder durch die Feststellung der Pro-Kopf-Verkäufe des Einzelhandels. Für die Behandlung dieser Periode ist es notwendig, Pro-Kopf-Zahlen zu benutzen, da es zu größeren Änderungen der Bevölkerungsstärke kam. Zahlen für den Verbrauch, die nur auf Angaben über die gesamten Konsumausgaben gestützt sind, können in die Irre führen, wenn man jene Veränderungen nicht im Blick behält. Vor dem „Anschluß“ Österreichs zählte die deutsche Bevölkerung 69 Millionen. Ende 1938 waren es 79 Millionen, Ende 1940, nach der Annexion weiterer Territorien im Osten und Westen, 92 Millionen⁵⁸. Ohne die Berücksichtigung einer Zunahme, die in drei Jahren immerhin ein Drittel betrug, zeigen die Statistiken naturgemäß einen langsameren Rückgang des Konsums. Ebenso wichtig ist es, statt der Konsumgüterproduktion – des von Wagenführ und Milward favorisierten Maßstabs – die Konsumausgaben zugrunde zu legen, da, wie noch zu zeigen sein wird, ein beträchtlicher Teil der übriggelassenen Konsumgüter-

⁵⁵ BA, R 7 xvi/7, Auszug aus „Die Bank“, 10. 1. 1940, S. 1.

⁵⁶ BA, R 7 xvi/28, (IWM Reel 147), Vortrag von Dr. E. W. Schmidt, Direktor der Deutschen Bank, vor der Auslandspresse, 7. 2. 1941, betr. Die deutsche Kriegsfinanzierung, S. 2f. Nach Schmidt war „das Angebot an Konsumgütern verkleinert, da im Kriege die gesamte Produktionskraft auf die Erzeugung der für die Kriegsführung notwendigen Güter konzentriert werden muß“.

⁵⁷ BA, R 7 xvi/28, Statistiken zum Nationaleinkommen, o. D.

⁵⁸ BA, NSD/51 (IWM Reel 168), DAF, Die Rohstoffbasis des großdeutschen Wirtschaftsraumes, Juni 1941, nennt folgende Zahlen für die deutsche Bevölkerung (in 1000):

Altreich	68 474	Danzig	391
Saarland	843	Ostgebiete	10 043
Ostmark	6 650	Eupen/Malmedy	69
Sudetenland	3 408	Elsaß-Lothringen	1 915
Memel	155	Luxemburg	301
Vorkriegsgebiet	79 530	Großdeutschland	92 249

produktion von der Wehrmacht beansprucht wurde. Ein Hindernis für eine genaue Berechnung der Verbraucherausgaben ergibt sich aus der Tatsache, daß während der Kriegszeit vollständige nationale Wirtschaftsdaten nicht veröffentlicht wurden; die Bombing Survey kalkulierte auf der Basis von Berichten und Statistiken, die im Wirtschaftsministerium zusammengestellt worden waren, im Statistischen Reichsamt, in der Reichswirtschaftskammer und im Wagemann-Institut. Zwar sind diese Zahlen, wie alle nationalen Wirtschaftsdaten, notwendigerweise recht grob, doch weisen sie alle auf eine entschieden fallende Tendenz der Verbraucherausgaben hin⁵⁹. Tabelle 6 bietet die Daten für die Kriegsjahre, und zwar auf der Basis der kompletten Pro-Kopf-Ausgaben der Verbraucher (also einschließlich der Ausgaben für Wohnung und Dienstleistungen) und der Einzelhandelsverkäufe. Zum Vergleich sind die britischen Zahlen aufgeführt. Sie zeigen, daß während des ganzen Krieges, einschließlich der Jahre 1939 bis 1941, der tatsächliche Konsum in Großbritannien auch auf relativ höherem Niveau gehalten wurde als in Deutschland:

Tabelle 6: Konsum und Einzelhandel in Deutschland 1938–1944

	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Verbraucherausgaben (in Mrd. RM, Gebiet von 1939, Altreich 1938)	70	71	66	62	57	57	53
Index des realen Pro-Kopf-Konsums (Gebiet von 1939, Altreich 1938)	100	95	88,4	81,9	75,3	75,3	70
Index des realen Pro-Kopf-Konsums (jeweils deutsches bzw. großdeutsches Gebiet)	100	98	80,2	74,4	68,0	67,2	—
Index des realen Pro-Kopf-Konsums in Großbritannien	100	97,2	89,7	87,1	86,6	85,5	88,2
Einzelhandel (in Mrd. RM)	33,1	37,8	35,7	35,4	33,7	33	31,5
Index der Einzelhandelsverkäufe pro Kopf (lfd. Preise)	100	97,3	79,5	77,8	74,2	72,7	69,5
Amtlicher Index der Lebenshaltungskosten (1913 = 100)	125	126	130	133	136	138	139

Quelle: IWM, FD 3058/49, „Volkswirtschaftliche Bilanz für Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika“, zusammengestellt von Dr. Grünig, 14.12. 1944. Die Zahlen für Deutschland werden bestätigt bei BA, R 11/11 (IWM Reel 152), Reichswirtschaftskammer, Brief von Grünig an Albert Pietzsch, 17.11. 1944, Anlage 2 „Die Entwicklung von Erzeugung und Nettoeinkommen seit 1936“. Ferner: BA, RD 51/21-3, „Deutsche Wirtschaftszahlen“, Deutsche Reichsbank, März 1944; BA, R 7 XVI/28, Akte Josten, Statistiken zum Nationaleinkommen und zum Einzelhandel; Klein, Economic Preparations, S. 256 f.; zu den britischen Zahlen vgl. R. Stone/D. Rowe, *The Measurement of Consumers' Expenditure and Behaviour in the United Kingdom*, Cambridge 1966, Bd. 2, S. 125 f., 147.

⁵⁹ Diese Berichte dienten als Basis für die Zahlen im USSBS Special Paper no. 1, *The Gross National Product of Germany 1936–1944*, S. 4 ff. Die ausgewählten Zahlen deuten auf einen langsamen Rückgang der Ausgaben für Konsumgüter während der frühen Kriegphasen, doch sind die Bevölkerungsveränderungen nicht berücksichtigt; andererseits enthalten sie auch die privaten zivilen

Die Tabelle verdient einige Kommentare. Die erste Berechnung stützt sich auf Zahlen, die Stein gibt und die aus den bei Kriegsende von der Bombing Survey benutzten Dokumenten stammen. Dabei handelt es sich um Statistiken zum deutschen Vorkriegsterritorium einschließlich Österreichs, der Sudetengebiete und des Memellandes⁶⁰. Weit davon entfernt, Kleins These vom begrenzten Krieg zu belegen, zeigen seine Zahlen vielmehr, daß der Konsum pro Kopf bereits 1939 zurückzugehen begann und bis 1942 um 25% zurückgegangen war, also annähernd um den Prozentsatz, den das Finanzministerium im Herbst 1939 empfohlen hatte. Tatsächlich zeigen Kleins Zahlen sogar, daß der Rückgang zum größten Teil vor und nicht nach 1942 erfolgte. Wenn dann noch der Zuwachs an Bevölkerung und Territorium berücksichtigt wird, wie während des Krieges von Dr. Grünig, der für die Reichswirtschaftskammer arbeitete, ergibt sich ein noch deutlicheres Absinken der Pro-Kopf-Ausgaben, wie in Zeile 3 der Tabelle nachgezeichnet. Der Unterschied ist vornehmlich dadurch zu erklären, daß die 1940 neu zum Reich gehörenden Gebiete im Osten um einiges ärmer waren als das übrige Deutschland⁶¹. Jedenfalls decken sich diese Zahlen mit den Belegen für eine stärkere Spartätigkeit und den Abfall des Einzelhandelsverkaufs im gleichen Zeitraum. Der Einzelhandelsverkauf (Zeilen 5 und 6 der Tabelle) zeigt in mancher Hinsicht die Konsumtendenzen noch besser an, da sich in ihm der tatsächliche Verkauf in den Läden spiegelt und feste Ausgaben wie die Miete (die während des Krieges nicht sinken konnte), Heizung und notwendige Dienstleistungen aus der Berechnung ausgeschlossen bleiben. Abermals beweisen die Zahlen, daß der Einzelhandelsverkauf zwischen 1939 und 1941 schneller

Investitionen, statt einfach die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen. In dem Special Paper ist keine Quelle für die Zahlen genannt, sie entsprechen aber fast genau, für die frühen Jahre, den während des Krieges von Dr. Grünig (Reichswirtschaftskammer) vorgelegten Zahlen. Die Zahlen beziehen sich für 1938 auf das Altreich, für 1939 ff. auf das größere Vorkriegsgebiet. Auf solcher Basis lauten die tatsächlichen Zahlen, die nach den USSBS-Angaben für den Konsum und die privaten Investitionen in der Periode 1938 bis 1944 zu errechnen sind (pro Kopf):

1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
100	93,2	86,2	83,9	75,9	74,8	67,9

Dies zeigt einen wesentlich stärkeren Rückgang des Konsums als die unberichtigten Zahlen.

⁶⁰ Klein, *Economic Preparations*, S. 256 f. Die Zahlen bei Wagenführ, *Deutsche Industrie*, S. 36 f., auf die sich so viele Autoren stützen, stammen in Wahrheit aus Kaldor, *The German War Economy*, S. 25, und Kaldor wiederum hat die in Anm. 59 erörterten Zahlen der Bombing Survey benutzt. Weder Wagenführ noch Milward nennen Zahlen, die aus Originalquellen zu einer Berechnung der nationalen deutschen Bilanzen geschöpft wären, und keiner bietet eine Kalkulation der Konsumausgaben pro Kopf.

⁶¹ IWM, FD 3058/49, Referat Dr. Grünig vor dem Beirat der Reichswirtschaftskammer am 14. 12. 1944, *Volkswirtschaftliche Bilanz für Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika*. Vgl. auch BA, R 11/11 (IWM Reel 152), Dr. Grünig an Albert Pietzsch, 17. 11. 1944, Anlage 2, *Die Entwicklung von Erzeugung und Nettoeinkommen seit 1936*, S. 2 f.; Dr. Grünig an Pietzsch, 16. 6. 1941, *Kriegswirtschaftliche Bilanz*. Die Zahlen in dieser Einlage zeigen, daß 1940 die Ausgaben pro Kopf für alle Nahrungsmittel, Bekleidung, dauerhafte Konsumgüter, Brennstoff und Dienstleistungen auf 87,4% des Standes von 1938 gefallen waren (Vorkriegsgebiet).

schrumpfte als in irgendeiner anderen Phase des Krieges und 1942 nur noch 74% des Ergebnisses von 1938 erreichte.

Die Zahlen zum Rückgang des tatsächlichen Konsums entsprechen den von 1939 bis 1942 zu beobachtenden Veränderungen in der Besteuerung und in den Staatsausgaben. Keineswegs die leichtesten Jahre des Krieges, sahen diese Jahre vielmehr die rapideste Reduzierung der zivilen Wirtschaft. Die überlieferten dokumentarischen Quellen bestätigen das ebenso wie die statistischen Angaben zur Industrieproduktion und zu den Verkäufen pro Kopf der Bevölkerung. Die ökonomische Strategie der Regierung zielte seit Herbst 1939 sowohl auf die Beschränkung der zivilen Produktion zugunsten der Produktion für die Wehrmacht und sonstige kriegsbedingte Zwecke wie auch auf die Reduzierung des zivilen Imports. Mittel dazu waren die Stilllegung oder die Drosselung ziviler Produktionsbetriebe. Der Staat verfolgte die Absicht, „die kriegswichtige Fertigung auf bestimmte, besonders geeignete Betriebe zu konzentrieren und große Teile der gewerblichen Wirtschaft *planmäßig* stillzulegen bzw. deren Kapazität für andere kriegswichtige Zwecke bereitzustellen“⁶². Das Wirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium wurden von Göring angewiesen, dieses Programm im Laufe des Winters 1939/40 durchzuführen, und im Mai 1940 stand es auch, trotz der offenkundigen Abneigung vieler Unternehmer gegen Stilllegung oder Umstellung, vor dem Abschluß⁶³. Die Reichswirtschaftskammer machte während der entsprechenden Periode, gestützt auf detaillierte Unterrichtung durch die lokalen Wirtschaftskammern, regelmäßige Berichte über die Entwicklung der Wirtschaft, die zeigen, daß auf örtlicher Ebene die Vorschriften über Stilllegung und Umstellung hart durchgesetzt wurden. So hieß es im Bericht für Januar 1940: „Die Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsproduktion ist nach Auffassung sämtlicher berichtender Stellen in allen wesentlichen Teilen vollzogen“, die Produktion ziviler Güter sei „weiter eingeschränkt“. Den zivilen Sektoren wurden Rohstoffe, Transportgenehmigungen und Arbeitskräfte versagt. Im Juli 1940 konnten die Wirtschaftskammern melden: „Die Umstellung auf die Kriegsproduktion dürfte allgemein soweit durchgeführt sein, daß die Erzeugung für anderen als Kriegs- und lebenswichtigen Bedarf so gut wie ganz stillgelegt ist.“ Im November 1940 begann sich die direkte und indirekte Kriegsproduktion auch in die Kapazitäten und Ressourcen für die Erzeugung rationierter Waren einzufressen⁶⁴.

Die Berichte machen im übrigen klar, daß die Umstellung auf den Krieg nicht nur seit September 1939 energisch betrieben, sondern mit gleicher Energie nach der

⁶² BA-MA, Wi I F 5.412, Aufzeichnung einer Konferenz im RWM, 3.10. 1939, S.1; vgl. auch BA, R 41/64, Handakten Hultig: Stilllegung von Betrieben.

⁶³ IWM, Speer Collection, FD 4809/45, VJP-Bericht, 3.5. 1940. Zum Problem, die Firmen zur Befolgung zu bringen, vgl. IWM, EDS Mi 14/294 (file 5), OKW, WiRüAmt, Dr. Tomberg, Die Probleme der deutschen Rüstungswirtschaft im Kriege, Sept. 1940, S.56ff.; BA-MA, Wi I F 5.412, Konferenz mit General Thomas, 13.11. 1939.

⁶⁴ BA, R 11/77, Reichswirtschaftskammer, Wirtschaftsberichte, 24.1. 1940, 18.6. 1940, 13.7. 1940, 22.11. 1940.

Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 fortgesetzt wurde. Viele Beamte und Geschäftsleute, ebenso große Teile der übrigen Bevölkerung, nahmen im Augenblick des Triumphs natürlich an, daß nun die zivile Produktion wieder aufgenommen und daß Frankreich wie Großbritannien ein Straffrieden oktroyiert werde. Doch war der Kriegswirtschaft im Sommer 1940 keine „Pause“ vergönnt. Binnen eines Monats nach dem französischen Kollaps entschloß sich Hitler, das Heer auf 180 Divisionen zu bringen, mit einem Kern von 20 motorisierten und Panzerdivisionen (doppelt so viele wie im Mai 1940), um das nächste Stadium des „großen Krieges“ im Osten vorzubereiten⁶⁵. Um die neuen Programme zu ermöglichen, befahl er eine neue Serie von Einschnitten in die zivile Wirtschaft, „zur völligen Zurückstellung aller nicht vordringlichen Aufgaben sowohl seitens der Wehrmacht als auch auf dem zivilen Sektor“⁶⁶. Görings Antwort, als sich das Wirtschaftsministerium zunächst noch um eine gewisse Entlastung des zivilen Bereichs bemühte, lautete scharf und pointiert: „Sagen Sie den Leuten: Jetzt wird erst gerüstet!“⁶⁷ Späteren Vorwürfen des OKW, das Wirtschaftsministerium habe die Umstellung auf den Krieg nicht enthusiastisch genug betrieben, begegnete Landfried mit einem langen Memorandum, in dem er ausführlich darlegte, wie 1939 und 1940 die zivile Produktion eingeschränkt worden war, wie man Arbeitskräfte und Betriebskapazitäten für kriegswichtige Aufgaben herangezogen, wie man Listen verbotener Konsumgüter aufgestellt und die Rohstoffe zum militärischen Bedarf dirigiert hatte⁶⁸.

Im Frühjahr und Sommer 1941, als sich die Streitkräfte auf den Einfall in die Sowjetunion vorbereiteten, brachten Anstrengungen, der zivilen Wirtschaft noch

⁶⁵ IWM, Speer Collection, FD 5447/45, Notiz über die Besprechung bei Chef Heeresrüstungsamt, 19.7. 1940: Hitler wolle eine Armee, so stark, wie alle Feindarmeen zusammen. Thomas schätzte, daß diese Programme beim gegenwärtigen Stand der Panzerproduktion sieben Jahre beanspruchen würden, bei einer Verdoppelung der Panzerfertigung 3½ Jahre. IWM, EDS AL 1571, Chef WiRu-Amt, Notizen für eine Besprechung am 13.9. 1940, S. 1 f.; Mi 14/463 (file 1), Chef OKW an Oberbefehlshaber, 27.9. 1940, Steigerung der Rüstung, S. 1 ff. Diese Programme stellten eine signifikante Verschiebung in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsanstrengung dar, da Hitler nicht allein ein neues motorisiertes Heer wünschte, sondern zugleich eine höhere Fertigung für Marine und Luftwaffe, eine Steigerung der Erzeugung von Flakgranaten (von 400 000 auf 1 Million pro Monat) und erheblich mehr militärische Stoffe wie, vor allem, Aluminium. Sowohl Todt wie Thomas glaubten, daß die Wirtschaft bereits so weit auf militärische Aufgaben umgestellt worden sei, daß die neuen Programme nicht erfüllt werden könnten. Milwards Argument (German Economy, S. 41), die neuen Programme hätten durch die simple Verlagerung von Ressourcen, weg von der existierenden militärischen Produktion, realisiert werden können, ignoriert den schieren Umfang der neuen Anforderungen und die Tatsache, daß alle drei Wehrmachtteile existierende Programme abzuwickeln und zugleich den von Hitler im Juli formulierten neuen Forderungen gerecht zu werden hatten.

⁶⁶ IWM, EDS Mi 14/433 (1), WiRuAmt, Steigerung der Rüstung, 25.9. 1940.

⁶⁷ IWM, EDS Al 1471, WiRuAmt, Amtschef Besprechung am 15.8. 1940, betr. Dringlichkeit, S. 1; vgl. auch Ba-Ma Wi I F 5.118, Teil 2, Göring an RWM, 22.7. 1940.

⁶⁸ IWM, EDS Mi/463 (file 2), Landfried (RWM) an Keitel, 14.11. 1940. Vgl. auch Mi 14/463 (file 3), OKW WiRuAmt, 19.3. 1941, Vortragsnotiz, Zusammenstellung der Maßnahmen zur Durchführung der materiellen Rüstung von 1.7. 1940–10.3. 1941; Boelcke, Deutsche Wirtschaft, S. 255 f., mit Einzelheiten verbotener Waren.

schärfer zu Leibe zu rücken, wesentlich geringere Ergebnisse als zuvor. Der Umstellungsprozeß war zu einem großen Teil abgeschlossen, wenn auch die Anforderungen der Wehrmacht nach wie vor stiegen. Im Juli 1941 intervenierte Hitler erneut: auf der einen Seite autorisierte er weitere beträchtliche Steigerungen der Fertigung für Luftwaffe, Marine und Heer, auf der anderen Seite eine abermalige Reduzierung der Produktion wichtiger ziviler Waren⁶⁹. Für Hitler kam ein Nachlassen in der wirtschaftlichen Anstrengung noch keineswegs in Frage, da der Krieg nach der Niederlage Rußlands ja weitergehen würde. Die im Spätsommer angeordnete Drosselung der Erzeugung bestimmter Rüstungsgüter, die von einigen Historikern als Beweis für eine in Erwartung des baldigen sowjetischen Zusammenbruchs eingelegte zweite „Pause“ angesehen wird, muß neben der für andere Programme geplanten erheblichen Expansion gesehen werden. Die Drosselung war bereits im vorhergegangenen Winter ins Auge gefaßt worden, und zwar für den Fall, daß ausreichende Vorräte angelegt sein würden und die freigewordenen Ressourcen für andere dringliche Produktionen verwendet werden könnten. Tatsächlich sind die betroffenen Arbeitskräfte, von denen ein Teil zu Luftwaffen- und Marinefertigungen abgestellt werden sollte, am Ende allesamt weiterhin für das Heer tätig geblieben, im Dienste der neuen Hitlerschen Heeresprogramme. Ihre Rückkehr zum zivilen Sektor hatte nie zur Debatte gestanden⁷⁰.

Ist die „Pause“ im Sommer 1940 von den Historikern oft falsch verstanden worden, so haben sie die gewaltigen neuen Programme, die Hitler im Sommer 1941 für die Zeit nach der erwarteten Niederlage Rußlands in Gang setzte, fast ganz ignoriert. Im Juli 1941 erläuterte Hitler seine Absicht, auch nach dem Ende der russischen Kampagne eine überaus starke und hervorragend ausgerüstete stehende Armee zu unterhalten. Diese Armee sollte noch umfassender motorisiert werden als die im Sommer 1940 geplante Armee von 180 Divisionen, was an die Industrie, wie Fritz Todt bemerkte, exzeptionelle Anforderungen stellen mußte. Statt der zwanzig motorisierten und Panzerdivisionen waren nach Hitlers Befehl Vorbereitungen für 36 Panzerdivisionen und 18 weitere motorisierte Divisionen zu treffen, was eine Ausweitung der Kapazitäten für die Panzer- und Fahrzeugfertigung um 80% bedeutete, ein Ansteigen der Panzerzahlen von den vorhandenen 4000 auf 15 400⁷¹. Die

⁶⁹ IWM, EDS Mi 14/433 (2), WiRuAmt, Umstellung der Rüstung, 17.7. 1941. Hitler befahl ferner die weitere Expansion von Grundstoffindustrien, von Aluminium, Öl, chemischen Produkten. Diese Art von Expansion konnte offensichtlich nur für die künftige Kriegführung nach 1941 bestimmt sein, nicht für den Angriff auf Rußland

⁷⁰ IWM, EDS Mi 14/463 (file 3), OKW, Vortragsnotiz, Neue Fertigungszahlen Heer für Waffen und Munition. Die Herabsetzung der Munitionsfertigung vom April 1941 sollte 192 671 Arbeiter frei machen, von denen 67 260 für andere Heeresaufträge verfügbar sein, 125 411 für sonstige „kriegswichtige Aufgaben“ bestimmt sein sollten. Am Ende behielt alle das Heer.

⁷¹ IWM, EDS Mi 14/451 (1), Aktennotiz über die Besprechung am 17.7. 1941 zu Richtlinien des Führers vom 14.7. 1941; Rü II, Aktenvermerk über die Sitzung des Panzerausschusses am 17.7. 1941. Die Zahlen für die vorgesehene neue Panzertruppe lauteten: Panzer II 4608, Panzer III 7992, Panzer IV 2160, insgesamt 15 444. Pläne wurden entworfen, die Monatsproduktion von 600 auf 900 und schließlich auf 2000 zu steigern. Ohne die Luftangriffe wäre dieses Ziel 1943 erreicht worden.

sehr reale Aussicht auf einen Krieg mit beiden angelsächsischen Mächten verlangte überdies auch nach mehr Stärke in der Luft und zur See, und dies mußte die Ressourcen und Kapazitäten der Industrie noch viel mehr beanspruchen als die Ausrüstung des Heeres. Die Luftwaffe legte im Juli 1941 Pläne vor, die Produktion im Jahre 1942 um 50% zu steigern, und die Marine, die bis zu einem gewissen Grade die 1940 verlorenen Prioritäten zurückgewonnen hatte, präsentierte die umfanglichsten Schiffsbauprogramme des ganzen Krieges⁷². Gewiß wurde die Produktion bestimmter Waffen gedrosselt, dafür stieg die Erzeugung vieler anderer Waffen und Geräte, so insbesondere auch im Bereich der Flak, wo die neuen Pläne eine Verdoppelung der im Sommer 1941 für die Fertigung von Flakgranaten zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte vorsahen⁷³. Insgesamt stellten die Forderungen von Heer, Marine und Luftwaffe nach großen Mengen technisch komplizierter und teurer Waffen die Wirtschaft vor Aufgaben, die jene des Ersten Weltkrieges weit übertrafen.

Von 1939 bis 1941 wurde mithin keineswegs eine Strategie der begrenzten wirtschaftlichen Anstrengung verfolgt, vielmehr ging es um eine ständige Eskalation der Forderungen nach Waffen und Ressourcen zur Führung eines globalen Krieges. Selbst im Sommer 1940 oder im Herbst 1941, als Rußland dem Zusammenbruch nahe schien, fuhr Hitler damit fort, für eine ununterbrochen steigende Rüstungsproduktion immer größere Opfer vom zivilen Sektor zu verlangen. In der Praxis waren die Eingriffe in den zivilen Konsum noch härter als unbedingt nötig, da Regierung und militärische Führung die Absicht verfolgten, aus der laufenden deutschen Produktion oder aus den Beständen der besetzten Gebiete Vorräte an Lebensmitteln und sonstigen wichtigen Gütern anzulegen, um so ein gerechtes Minimum für alle auch auf lange Sicht gewährleisten und den Streitkräften weiterhin eine Versorgung auf hohem Standard bieten zu können. Die deutsche Politik bestand nicht darin, einen hohen Lebensstandard oder die Verhältnisse der Friedenszeit aufrechtzuerhalten, sondern in der Bewahrung des *Existenzminimums*, unter das der Lebensstandard nicht sinken dürfen sollte. Unter allen Umständen mußten Erscheinungen wie der „Steckrübenwinter“ des Ersten Weltkrieges vermieden werden. Hitlers wahre Priorität war gleichmäßige Verteilung, nicht hoher Konsum. Es galt sicherzustellen, daß kein Teil der deutschen Bevölkerung mehr zu leiden hatte als andere, daß die Anteile an den zu bringenden Opfern gleich groß ausfielen.

Hitler wollte Streitkräfte in dieser Größenordnung, um seine Gewinne in Europa behaupten und nach der Niederlage der Sowjetunion den angelsächsischen Mächten entgegenzutreten zu können.

⁷² Zur Flugzeugproduktion: IWM, Speer Collection, FD 5450/45, Vortragsnotiz für Chef OKW, Erweitertes Luftrüstungsprogramm, 6.7.1941; BA-MA, RL 3 146, Liefer-Plan 20/2, Göring-Flugzeug-Lieferplan, 15.9.1941. Zur Marine: Mi 14/451 (1), Marinewaffenamt an WiRüAmt, 30.7.1941. Das neue Flottenprogramm sah 25 Schlachtschiffe vor, 8 Flugzeugträger, 50 Kreuzer, 150 Zerstörer und 400 U-Boote.

⁷³ IWM, EDS Mi 14/451 (2), Besprechung Chef OKW mit den Wehrmachtteilen, 16.8.1941, S.9. Todt berichtete, falls Hitlers Forderung nach einer Monatsproduktion von 2 Millionen Flakgranaten bestehen bleibe, würden 66 000 weitere Arbeiter gebraucht, zusätzlich zu den bereits neu zugeleiteten 19 000.

Die reale Pro-Kopf-Produktion sämtlicher Konsumgüter – einschließlich jener für die Streitkräfte – fiel zwischen 1939 und 1941 um 22%. Der zivilen Wirtschaft wurden Rohstoffe und Anlagen versagt. Die Streitkräfte erhielten 1940 eine Eisen- und Stahlquote, die höher lag als 1918, und selbst das befriedigte ihren Bedarf nur zu 70%. Die Zuteilung von Eisen und Stahl an Fertigungsbetriebe, die nicht unmittelbar für die Rüstung produzierten, wurde um 75% gekürzt, obwohl viele dieser Firmen andere Bestellungen der Streitkräfte ausführten. Bei sämtlichen unentbehrlichen zivilen Gütern betrug die Kürzung der Metallzuteilung 50% im September 1939, und im Juni 1940 folgte ein erneuter Eingriff. Solche Beschränkungen brachten schon in den ersten Wochen des Krieges ein drastisches Absinken der Erzeugung⁷⁴. Der Verbrauch an Nahrungsmitteln, Kleidung und Haushaltswaren ging danach stetig zurück, in Übereinstimmung mit den geplanten Limitierungen. Nachdem die Lager an nicht rationierten Waren von Hamsterern leergekauft worden waren, in einem wilden Gerangel um alles Kaufbare, das in den Läden zu finden war, fiel auch hier die Belieferung jäh ab. Das bedeutete überdurchschnittliche Verkäufe in den ersten Kriegsmonaten und dann einen plötzlichen Rückgang. So lag der Verkauf an Textilien aller Art im Januar 1940 um 10% höher als ein Jahr zuvor, im Juni mehr als 20% darunter. Der Möbelverkauf übertraf im Januar 1940 das Vorjahrsergebnis um 11% und verzeichnete im Juni einen Abfall um 40%. Für Metall- und Haushaltswaren lauteten die Zahlen 5% Plus im Januar, 20% Minus im Juni 1940 – und so weiter⁷⁵. Dauerhafte Konsumgüter wie Autos wurden praktisch nur

⁷⁴ IWM, EDS AL 1905, General von Hanneken, Überblick über die Lage auf dem gewerblichen Sektor der Wirtschaft, Sitzung des Generalrats der Wirtschaft, 3. 1. 1940, S. 4 ff. Die Reduzierungen bei der Stahlzuteilung sahen folgendermaßen aus:

Sektor	Prozentuale Reduzierung
Konsumgüterindustrie	75
Eisenbahnen	45
Partei- und Straßenbauten	94
Bauwesen	85
Vierjahresplan	83,5
Grundstoffindustrien	55

Zu Einzelheiten der Rohstoffzuteilung für die Streitkräfte von 1939 bis 1942 vgl. EDS Mi 14/261, OKW, Rohstoffbilanzen, Stand vom 1. 3. 1942, 6. 3. 1942. Bei Beginn des zweiten Quartals 1940 erhielten die Streitkräfte tatsächlich die folgenden Quantitäten im Monatsdurchschnitt (ihre Forderungen lagen noch erheblich höher):

Rohstoff	Prozent für Militär und OKW	Rohstoff	Prozent für Militär und OKW
Eisen und Stahl	69	Wolfram	64,4
Kupfer	62,4	Nickel	73,3
Blei	60,9	Zinn	58,5
Chrom	61,8	Aluminium	78,5
Molybdän	87,5		

⁷⁵ BA, R. 11/11, Grüning an Pietzsch, 16. 6. 1941, Anlage 7, Entwicklung der Umsätze des Facheinzelhandels Januar bis Juni 1940; vgl. auch BA, R 7 xvi/7, Wagner an von Krosigk, 3. 2. 1940, mit Einzelheiten zur Kaufwelle im Herbst 1939. Die Nachfrage nach Pelzen war um 420% gestiegen, nach Lederwaren um 76%, nach Radios um 80% nach Teppichen um 260%. Das Ergebnis mußte laut

noch für die Streitkräfte produziert, den Wohnungsbau reduzierte man auf ein bares Minimum⁷⁶. Schon 1940 gab es auf lokaler Ebene zahlreiche Klagen, daß Nahrungsmittel und Kleidung zu knapp seien, um die festgelegten Rationen zuteilen zu können, und daß es an Stiefeln und Schutzanzügen für Arbeiter fehle. 1941 war es bereits schwierig, ausgebombten Familien Ersatz für ihre Verluste zur Verfügung zu stellen, während die Zuteilung der Nahrungsmittelrationen und der Kleidung unregelmäßig und qualitativ schlecht wurde⁷⁷. Im Jahr 1943 mußte die Produktion bestimmter Konsumgüter sogar wieder über das niedrige Niveau von 1941/42 angehoben werden, damit die Opfer der Luftangriffe wenigstens mit dem allerdringlichsten Haushaltsbedarf versorgt werden konnten. In den frühen Jahren des Krieges war der Konsum jedoch auf eine begrenzte Quantität von Nahrungsmitteln, auf die unbedingt notwendige Kleidung – sofern vorhanden – und auf eine bescheidene Auswahl zugelassener Haushaltswaren beschränkt.

Für eine lange Liste von Waren wurde im September 1939 die Rationierung eingeführt; einige, vor allem Butter, waren freilich schon vorher rationiert gewesen. Brot und Kartoffeln blieben ausgenommen, doch unterlag später auch Brot der Rationierung. Die Brotationen waren relativ hoch angesetzt, so daß in den frühen Phasen des Krieges die Kalorienaufnahme relativ stabil gehalten werden konnte, obwohl viele Nahrungsmittel verschwanden oder knapp wurden. Das Resultat war aber eine monotone, auf Getreide basierende Diät⁷⁸. Fleisch gab es pro Kopf nur noch 500 Gramm in der Woche, Butter 125, Margarine 100, Zucker 250 und Käse 62,5 Gramm; die Eierration betrug ein Stück pro Woche. Wer körperlich schwer arbeiten mußte oder Nachtschicht hatte, erhielt Sonderzulagen. Die Standardration an Fleisch und Fetten war nicht viel anders als in Großbritannien, aber in Deutschland kam die Lebensmittelrationierung viel früher und erfaßte mehr Produkte⁷⁹.

Wagner darin bestehen, daß „die Kaufkraft sehr bald ins Leere stoßen“ werde. Vgl. Boelcke, Deutsche Wirtschaft, S. 254 f.

⁷⁶ Die Autoproduktion fiel vom Höhepunkt 1938, von 176 592, auf 67 592 im Jahre 1940 (davon 42% fürs Militär) und auf 15 195 im Jahre 1941 (davon 77% fürs Militär). Vgl. USSBS Report 77, German Motor Vehicles Industry Report, S. 8. Die Zahl neuer Wohneinheiten fiel von 303 000 im Jahre 1938 auf 80 000 im Jahre 1941, von denen die meisten für kriegsbedingte Zwecke gebaut wurden. Vgl. Wagenführ, Deutsche Industrie, S. 37, 56.

⁷⁷ IWM, EDS Mi 14/521 (pt. 1), OKW, WiRuAmt, Bemerkenswerte Punkte aus dem zum 15. Juli erstauteten Lagebericht der Rüstungsinspektionen über die wehrwirtschaftliche Lage, 2.8. 1941, S. 6f., z.B. Rü In XVIII: „Die Deckung der Reichskleiderkarte wird immer schwieriger!“ Rü in XXI: „Die Schuhversorgung ist völlig unzureichend!“ Rü in XIII: „Starkes Absinken von Stimmung und Zuversicht der Stadtbevölkerung. Ursache ist der aufreibende tägliche Kampf um Lebensmittel!“

⁷⁸ USSBS Special Paper no. 4, Food and Agriculture, Exhibit D, E. Vgl. auch W. Russell, Berlin Embassy, London 1942, S. 136 ff.

⁷⁹ BA, R 26 IV/vord. 51, VJP Geschäftsgruppe Ernährung, 11.3. 1942, S. 2ff., und Anlage, Rationen in den europäischen Ländern. Die Rationen in Großbritannien und Deutschland Anfang 1942 sahen folgendermaßen aus (Gramm pro Woche):

Milch erhielten nur Kinder und Säuglinge, während sich Erwachsene mit Extrakten oder Ersatz behelfen mußten. Zur Rationierung der Lebensmittel kam im übrigen noch eine rapide Verschlechterung der Qualität zahlreicher Produkte, was ebenfalls einen Prozeß fortsetzte, der bereits vor Kriegsbeginn begonnen hatte. Die meisten Nahrungsmittel wurden als standardisierte und verdünnte oder versetzte *Einheits*-produkte hergestellt, einschließlich Mehl, Marmelade, Margarine, Pudding- und Milchpulver⁸⁰. Tee und Kaffee bestanden hauptsächlich aus *Ersatz*, Tee aus vielerlei Pflanzen und Beeren, Kaffee aus gerösteter Gerste. Bohnenkaffee war für Soldaten an der Front zwischen ihren Einsätzen, für Verwundete und für die obdachlosen Opfer des Bombenkriegs reserviert⁸¹. Frisches Obst und Gemüse oder Fisch tauchten, obschon nicht rationiert, nur selten und nur in schlechter Qualität in den Geschäften auf. In einem Witz, der 1940 in Berlin kursierte, wurde die Frage gestellt, was denn der Unterschied zwischen Indien und Deutschland sei. Antwort: „In Indien hungert einer für alle, in Deutschland hungern alle für einen.“⁸²

Zu den *Einheits*produkten gehörten auch Waschmittel, die auf ein Stück Ersatzseife pro Monat und ein Stück Rasierseife alle fünf Monate rationiert wurden. Selbst die Versorgung mit warmem Wasser war auf zwei Tage in der Woche beschränkt, sofern dies durchgeführt und kontrolliert werden konnte, also in Wohnblocks, Logierhäusern und Bürogebäuden⁸³. Kleidung war nicht nur rationiert, sondern nach Erschöpfung der Vorräte auch schwer zu bekommen. Die Verkäufe der Textilindustrie gingen in den ersten Kriegsmonaten um 40 bis 50% zurück, die der Bekleidungsindustrie um 70%. Am 1. November 1939 trat an die Stelle der im September verfügbaren temporären Verkaufskontrollen die Rationierung der Bekleidung⁸⁴. Jeder Mann und jede Frau erhielt eine Kleiderkarte mit 100 Punkten pro Jahr. Für ein Kleid waren 40, für ein Kostüm 45 und für eine Bluse 15 Punkte fällig. Männer hatten für einen Anzug oder für einen Mantel 60 Punkte zu opfern und mußten außerdem – wie bei Schuhen – die bisher getragenen Sachen abgeben⁸⁵. Das reduzierte den durchschnittlichen Verbrauch an Bekleidung 1940 um die Hälfte und nach Einführung einer noch strengeren Rationierung im Oktober 1941 auf ein Viertel des

	Brot	Fleisch	Fette
Großbritannien	nicht rationiert	440	226
Deutschland	2000	300	206

Zur Rationierung in Großbritannien A. Calder, *The People's War. Britain 1939–1945*, London 1969, S. 81 f., 275 f., 318 ff.

⁸⁰ W. D. Bayles, *Postmarked Berlin*, London 1942, S. 18 ff., 24. Vgl. auch Stephenson, *War and Society*, S. 90 ff.

⁸¹ Stoddard, *Into the Darkness*, S. 102 ff.; Bayles, *Postmarked*, S. 20.

⁸² Russell, *Berlin Embassy*, S. 140 ff.

⁸³ W. Frischauer, *Nazis at War*, London 1940, S. 43; Bayles, S. 20.

⁸⁴ F. Wunderlich, *Farm Labor in Germany 1810–1945*, Princeton U. P. 1961, S. 267 ff. Im August 1943 waren dann alle Verkäufe von Bekleidung ausgesetzt, ausgenommen an Bombengeschädigte und Kinder.

⁸⁵ Bayles, *Postmarked*, S. 40 f.; Russell, *Berlin Embassy*, S. 144 f.; Stoddard, *Into the Darkness*, S. 77 f.; Wunderlich, *Farm Labor*, S. 268.

Vorkriegsniveaus (Großbritannien verzeichnete 1940 einen Rückgang von lediglich 16%). Mit der oktroyierten Verwendung synthetischer Stoffe verschlechterte sich auch die Qualität⁸⁶. Unterstützende Vorschriften sollten außerdem bewirken, daß Kleidung möglichst lange hielt. So durften Schuhe oder Stiefel, die zur Arbeit ausgegeben wurden, nicht außerhalb des Büros oder der Fabrik getragen werden. Viele Familien behelfen sich mit Holzsohlen oder Holzschuhen, und die Propaganda des Regimes betonte denn auch die Wichtigkeit von Notbehelfen und von Ausbesserungsarbeit⁸⁷. Jeder Haushalt hatte seinen Abfall nach fünf Kategorien für die regelmäßige Abfuhr, für Wiederverwendung oder für Futterzwecke zu sortieren⁸⁸.

Es fällt schwer, dieses Bild vom Leben in Deutschland mit dem behaupteten „business as usual“ zu vereinbaren. Ein amerikanischer Kommentator, der über das Berliner Leben im Winter 1939 berichtete, charakterisierte es als „spartanisch durch und durch“⁸⁹. Viele Deutsche lebten seit Beginn des Krieges in einer Welt knappster Angebote, des Schlangestehens, der Ersatzstoffe, der Verschlechterung des Gesundheitszustands. Die Regierung war sich der Opfer, die der Bevölkerung damit abverlangt wurden, wohl bewußt und machte daher diverse Anstrengungen, um zu zeigen, daß die Opfer von allen gleichmäßig gebracht werden mußten. So erhielten die Familien von Eingezogenen Wohlfahrtsunterstützung, die zum Teil von der Wehrmacht, zum Teil von den Gemeinden bezahlt wurde und 60% des bisherigen Einkommens betrug, jedoch hauptsächlich in Gutscheinen für Kohlen, Kartoffeln, Milch, Brot, Miete und Schulgeld bestand. Diese Politik vermied die bitteren Probleme, vor denen die Familien Eingezogener im Ersten Weltkrieg gestanden hatten, doch waren die unterstützten Familien nicht besser dran als die anderen auf ihre Rationen angewiesenen Haushalte⁹⁰. Die Strafverfolgung von Verletzungen der strengen Vorschriften zur Konsumgüterproduktion und zur Rationierung wurde in der Presse gebührend gewürdigt, und Schwarzhändler, ob Verkäufer oder Käufer,

⁸⁶ Der Rückgang des Verkaufs von Bekleidung wird durch die im Herbst 1939 verfügten kräftigen Preiserhöhungen etwas verschleiert. Bis August 1942 waren die Preise für Bekleidung um durchschnittlich 30% gestiegen; BA, R 7 2496, RWM, Die Bayerische Wirtschaft an der Jahreswende 1942/43, S. 81; Wunderlich, *Farm Labor*, S. 267 f.

⁸⁷ J. Stephenson, *Propaganda, Autarky and the German Housewife*, in: D. Welch (Hrsg.), *Nazi Propaganda*, London 1983, S. 117–138.

⁸⁸ Stoddard, *Into the Darkness*, S. 90 f.

⁸⁹ Ebenda, S. 80 und 181.

⁹⁰ Einzelheiten bei Bayles, *Postmarked*, S. 109. Für Wohlfahrtszahlungen gab das Deutsche Reich während des Krieges aus (in Mrd. RM):

1939	1,6	1942	5,2
1940	3,9	1943	5,9
1941	4,7		

Einzelheiten dazu in NA, T 178, Roll 15, frame 3671912, Statistische Übersichten zu den Reichshaushaltsrechnungen 1938 bis 1943. Im übrigen gab es ähnliche Wohlfahrtsunterstützungen für die Familien eingezogener Soldaten auch in Großbritannien. Es handelte sich hier also nicht, wie oft impliziert wird, um ein einzigartiges Element der deutschen Kriegsanstrengung.

hatten saftige Geldbußen, Haft oder in schweren Fällen sogar die Todesstrafe zu gewärtigen.

Trotz des Mangels kam es aber nicht zu einer Wiederholung jener spontanen Selbsthilfefaktionen des Ersten Weltkriegs, als Städter in Scharen durch die Dörfer streiften und Schwarzmarktwaren zu ergattern suchten. Zwar mußten vielfache Hinweise auf weit verbreitetes Gemurre registriert werden, doch offen gezeigte Unzufriedenheit blieb selten. Auch machte das Regime kleine Geschenke, die vor dem Hintergrund monotoner Ernährung und knappster Warenversorgung besonders hervorstachen. So gab es in der Weihnachtswoche 1939, unter der Parole „Deutschland wird Weihnachten genießen“, 250 Gramm Süßigkeiten oder 150 Gramm Kekse für Kinder, dazu für Erwachsene zusätzliche 100 Gramm Fleisch (wo vorhanden, auch Geflügel) und die Chance, ohne Abgabe von Punkten eine Krawatte oder ein Paar Strümpfe zu kaufen⁹¹. Auch inszenierte Goebbels im Dezember ein Propagandamanöver, als er bekanntgab, daß die Butterration erhöht werde, gleichzeitig wurde aber die Margarineration um die entsprechende Quantität gekürzt und die Butter auch noch mit Margarine gestreckt. Die Regierung bestand ferner darauf, daß die Geschäfte und Kaufhäuser in ihren Schaufenstern selbst jene Artikel auslegten, die es für die Dauer des Krieges überhaupt nicht mehr gab; auch konnten etliche Illustrierte und andere Zeitschriften weiterhin erscheinen und an deutlich sichtbarer Stelle angeboten werden. All dies hat seinerzeit offenkundig nicht vermocht, der deutschen Öffentlichkeit etwas vorzumachen, aber vielleicht nicht verfehlt, einige Historiker zu beeindrucken⁹².

Natürlich waren nicht alle Deutschen so harten Einschränkungen unterworfen. Bauern konnten für ihre eigene Ernährung mehr erzeugen, und die Risiken des Schwarzhandels waren in der Tat so hoch, daß viele einen guten Teil ihrer Überschüsse selbst verzehrten. Doch gab es für die Kleinbauern Probleme beim Kauf von Futtermitteln für Tiere, von Benzin für Traktoren oder Lieferwagen und von Ersatzteilen; auch waren sie oft nicht in der Lage, das Angebot an rationierten Lebensmitteln voll auszuschöpfen. Daß für Nahrungsmittel Festpreise galten, brachte für die Bauern eine erhebliche Verschlechterung der Handelsbedingungen, was die Güterknappheit noch drückender machte⁹³. Wohlhabendere Deutsche wiederum waren, jedenfalls für kurze Zeit, imstande, sich nicht rationierte Produkte zu verschaffen, während hochgestellte Funktionäre des Regimes bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten die Freihafenzone in Hamburg nutzen konnten, wo auch ausländische Diplomaten Produkte aus Übersee einkauften. Doch gibt es keinen Zweifel daran, daß das qualitative Beweismaterial das generelle quantitative Bild für diese Periode nur bestätigt. Der deutsche Lebensstandard war vor dem Krieg niedrig gehalten worden und sank schon 1939 weiter ab. Minderung von Qualität, Knappheiten aller

⁹¹ Bayles, *Postmarked*, S. 103 f.; Stoddard, *Into the Darkness*, S. 182 f.

⁹² Bayles, *Postmarked*, S. 26; Frischauer, *Nazis at War*, S. 22.

⁹³ Z. B. BA, R. 26 IV/vorl. 51, Bericht über die Lage der Landwirtschaft im Wehrkreis XIII/Nürnberg, S. 10 f.

Art, Einschränkungen der Versorgung – dies alles setzte sich in verschärften Formen fort, als sich die Bevölkerung nach dem September 1939 erst recht gezwungen sah, innerhalb eines Limits zu existieren, das von den Bedürfnissen eines rapide expandierenden und überaus kostspieligen Militärapparats diktiert wurde.

IV.

Nun kann gewiß gefragt werden, wie es denn eigentlich kommt, daß die bei Kriegsende angestellten Untersuchungen und die auf diese Untersuchungen gestützten historischen Arbeiten die wahre Auswirkung des Krieges auf das zivile Leben ebensowenig erkannten wie die tatsächliche Richtung der Finanz- und Rüstungspolitik des Reiches. Ein Grund ist sicherlich darin zu sehen, daß die Rüstungsproduktion in den ersten Kriegsjahren relativ niedrig war, was auf eine erst teilweise mobilisierte Wirtschaft deutet. Doch muß hier stets im Bewußtsein gehalten werden, daß dies ein Problem der Erzeugung und nicht ein Problem der Nachfrage war. Tatsächlich stellte Hitler Forderungen auf, die nach Meinung von Experten wohl auch von einer voll mobilisierten deutschen Wirtschaft nicht erfüllt werden konnten. Die Lücke zwischen Plänen und realer Produktion hatte viele Ursachen. Der Krieg kam früher als erwartet, weshalb in seinen Anfangsstadien wichtige Programme zur industriellen Expansion, zur Entwicklung von Rohstoffersatz und zur Schaffung zusätzlicher Rüstungskapazität noch im Gange waren. Solche Projekte, die noch nicht unmittelbar zur Rüstungsproduktion zählten, beanspruchten einen erheblichen Teil der Ressourcen und dürfen bei einer Erörterung des Grades der wirtschaftlichen Kriegsanstrengung nach 1939 nicht außer acht gelassen werden. Die reine Rüstungsproduktion war ja nur ein Teil des ökonomischen Kriegseinsatzes, weshalb die Wirtschaft in zwei verschiedene und miteinander konkurrierende Richtungen gezerzt wurde: einerseits sollten die großen Kapitalprojekte durchgeführt, zugleich aber Waffen produziert werden⁹⁴. Ein weiteres fundamentales Problem war die überraschend geringe Effizienz der militarisierten Wirtschaft. Die ineffiziente Nutzung von Ressourcen ergab sich zum Teil aus dem Fehlen einer formellen, zentralisierten Kontrolle der Kriegswirtschaft und der Industrieproduktion, zum Teil aber auch aus der

⁹⁴ IWM, EDS Mi 14/463 (file 3), OKW, WiRüAmt, Bericht über die Leistungen auf dem Gebiet der materiellen Wehrmachtrüstung in der Zeit von 1.9. 1940 bis 1.4. 1941, 10.7. 1941, S. 1 ff. Zur Substruktur der Wirtschaft BA, R 26 I/18, Ergebnisse der Vierjahresplan-Arbeit, S. 20–49. Nicht vor Juni 1941 hat Hitler erkannt, was diese doppelte Anstrengung im Hinblick auf die wirtschaftliche Mobilmachung bedeutete, und dann den Entschluß gefaßt, sich weniger auf Investitionen in der eigenen Schwerindustrie als auf Eroberungen zu verlassen. Laut Keitel sagte Hitler: „Der Verlauf des Krieges zeigt, daß wir in unseren autarkischen Bestrebungen zu weit gegangen sind . . . Diese ganzen autarkischen Bestrebungen nehmen einen riesen Menschenbedarf in Anspruch, der einfach nicht gedeckt werden kann. Man muß einen anderen Weg gehen und muß das, was man benötigt und nicht hat, erobern.“ Thomas hatte dies schon ein Jahr früher gesehen: „Wir sind überladen! Zu viele und zu große Programme!“ Vgl. IWM, EDS AL 1471, Chef WiRüAmt, Aktennotiz, 20.6. 1941; Aussprache mit Industriellen über Verkehrsprobleme, 16.2. 1940, S. 2.

erstickenden Wirkung militärischer Kontrolle und Einnischung, die der Fähigkeit der Industrie höchst abträglich war, Waffen in den Quantitäten zu produzieren, wie sie Hitler haben wollte und wie sie Speer, mit einer flexibleren zivilen Organisation, gegen Ende des Krieges zu erreichen vermochte. Albert Speer selbst sagte seinem Vernehmer 1945, das OKW habe „die Notwendigkeit der totalen Mobilmachung bei Kriegsbeginn gesehen“; es seien auch entsprechende Vorbereitungen getroffen worden, doch habe man Fehler bei der Ausführung gemacht⁹⁵.

Indes gibt es auch eine statistische Erklärung. Zumindest einige der Angaben, auf die man sich bei Kriegsende stützte, vor allem die Statistiken, die aus dem Wagemann-Institut stammten, nahmen das Kriegsjahr 1939/40 als Ausgangspunkt, verfehlten also völlig den kräftigen Rückgang des Konsums bei Ausbruch der Feindseligkeiten und schienen daher auf ein relativ bescheidenes Absinken des Konsums im weiteren Verlauf des Krieges zu deuten. Hingegen zeigten 1941 Zahlen der Reichswirtschaftskammer, daß der Pro-Kopf-Verbrauch 1940 unter den Verbrauch von 1939 gefallen war⁹⁶.

Das vielleicht wichtigste statistische Problem entsteht jedoch durch ein übergroßes Vertrauen in die aggregierten Zahlen der Konsumgüterproduktion. Sie machen den Kern der Argumentation Wagenführs aus, da sie zu zeigen scheinen, daß der Lebensstandard 1940 leicht stieg und danach nur langsam sank. Solche Schlüsse sind jedoch höchst irreführend, da die Konsumgüterproduktion, wenn man sie in Pro-Kopf-Zahlen ausdrückt, zwischen 1938 und 1941 um 22% zurückging, in Übereinstimmung mit dem bereits beschriebenen Abfall der Ausgaben pro Kopf⁹⁷. Selbst

⁹⁵ IWM, Box S 368, report no. 56, Speer interrogation, 31. 10. 1945, EF/AM/21, S. 8. Allgemein zu den Problemen der Wirtschaft in jener Periode Overy, Göring, S. 150–163, 180f.

⁹⁶ IWM, Speer Collection, FD 3058/49, Wagemann Institut, Volkseinkommen, 5.7. 1945. Die darin genannten Zahlen beziehen sich auf die Kriegsjahre 1939/40 bis 1942/43 und lauten für die jährlichen Verbraucherausgaben pro Kopf (laufende Preise):

1939/40	863 RM
1940/41	756 RM
1941/42	773 RM
1942/43	784 RM

Aber die Verbraucherausgaben pro Kopf beliefen sich im Jahr 1938 (dem letzten ganzen Friedensjahr) auf 1014 RM. Wenn man das als Basis nimmt, weisen die Zahlen des Instituts einen viel schärferen Abfall des Konsums aus. Preisbereinigt kommen die Zahlen des Wagemann-Instituts den Zahlen in Tabelle 5 ganz nahe.

⁹⁷ Zu der Zahl 22% vgl. IWM, Speer Collection, FD 5454b/45, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Die deutsche Industrieproduktion im Kriege und ihre Messung, Juni 1942. Die Zahlen für die Konsumgüterproduktion pro Kopf lauten (1928 = 100):

1936	93	1939	103
1937	104	1940	91
1938	110	1941	86

Aus ihnen ergibt sich also ein Rückgang von 22%, gemessen an 1938, dem letzten ganzen Friedensjahr. Die Zahlen schließen aber die Produktion für die Streitkräfte ein, so daß der Rückgang der Produktion für den zivilen Bedarf beträchtlich größer war. Die von Wagenführ, Deutsche Industrie, S. 36f., genannten Zahlen sind wiederum den USSBS Reports entnommen und kalkulieren weder

diese Zahlen verbergen aber noch eine Tatsache, die sich aus allen überlieferten Quellen ergibt, nämlich daß ein sehr großer Teil der Konsumgüterproduktion 1940 und 1941 nicht an die zivilen Verbraucher ging, sondern an die Streitkräfte. Die Wehrmacht hatte in Bekleidung und Ausstattung einen sehr hohen Standard, fast sicher den höchsten in Europa, und sie hatte schon vor dem Krieg fühlbare Ansprüche an die Kapazität der Konsumgüterindustrie geltend gemacht. Nach dem September 1939 vervielfachten sich solche Ansprüche, als sich die Produzenten mit Bestellungen von Konsumgütern überschwemmt sahen, die als militärische Notwendigkeiten ausgegeben wurden, oder mit Zulieferverträgen für militärische Ausrüstungsgegenstände aus Holz, Keramik, Leder und Textilien.

Die Priorität militärischer Forderungen war ein zentrales Prinzip der deutschen Kriegführung, von Hitler selbst gebilligt. Soldaten brachten ein besonderes Opfer, das in der Kriegspropaganda ebenso Anerkennung fand wie Berücksichtigung in der ökonomischen Strategie: „Den höheren Anspruch auf Kleidung, Ernährung, vor allem auf Genußmittel, hat der Frontsoldat.“⁹⁸ Der Verpflegungsstandard war in den Streitkräften viel höher als in der Zivilbevölkerung. So betrug der Pro-Kopf-Fleischkonsum der Wehrmacht 1940/41 das Dreifache des zivilen Verbrauchs und 1941/42 das Vierfache. Zur gleichen Zeit lag der Rohzuckerverbrauch in der Armee um 70% höher, der Verbrauch an Brotgetreide um 250%⁹⁹. Soldaten erfreuten sich einer relativ sicheren Versorgung mit Zigaretten, Tabak, Schokolade, Alkohol und sogar Bohnenkaffee. In den besetzten Ländern war es ebenfalls das Militär, das den größten Nutzen aus den erbeuteten Vorräten zog. Die Presse brachte immer wieder Einzelheiten über die gute Versorgung der Soldaten, zum Teil wohl deshalb, weil den Familien mit Angehörigen bei den Streitkräften dargetan werden sollte, daß es sich bei der Forderung nach Opfern der Heimat und nach bestmöglicher Beliefe-

die Veränderungen pro Kopf ein noch die Tatsache, daß große Quantitäten der Produktion an die Streitkräfte gingen, obwohl Wagenführ selbst (S. 49) sagt, daß mindestens 30% der gesamten Konsumgüterproduktion für das Militär bestimmt war. Dem gleichen Problem begegnet man bei Milward, *German Economy*, S. 28, der die Bruttonproduktion einer Reihe von Konsumgütern nennt, als sei dies ein ausreichender Beweis, daß ein hoher Stand des zivilen Verbrauchs aufrechterhalten wurde. Das Statistische Reichsamt klassifizierte weiterhin Firmen nach ihrem Vorkriegsstatus als Konsum- oder Kapitalgüterproduzenten, nicht danach, ob sie für zivile oder kriegsbedingte Aufträge arbeiteten. In der Praxis bedeutete das, daß die Erzeugung der Konsumgüterindustrie während des ganzen Krieges als Konsumgüterproduktion eingestuft wurde, ohne Rücksicht darauf, was und für wen die Betriebe tatsächlich produzierten. Das trägt zur Erklärung der seltsamen USSBS-Behauptung bei, der zivile Konsum sei bis 1944 auf Friedensstand gehalten worden (*Effects of Strategic Bombing on the German War Economy*, S. 8). Für die Kriegsjahre darf „Konsumgüterproduktion“ nicht mit „zivilem Konsum“ verwechselt werden. Daß der USSBS-Bericht dies nicht berücksichtigte, wurde zur Quelle aller folgenden Behauptungen, die deutsche Wirtschaft sei nicht auf Krieg umgestellt worden.

⁹⁸ BA, R 7/xvi 7 (IWM Reel 145), RWM, Zur Kriegsfinanzierung, o. D. (Okt. 1939).

⁹⁹ USSBS Special Paper no. 4, Food and Agriculture, Exhibits G, J, M; BA, R 26 IV/vorl. 51, VJP Geschäftsgruppe Ernährung, 11. 3. 1942, S. 6: Die Brotration der Wehrmacht war „das Doppelte der Normalversorgungsberechtigten, bei Fleisch sogar das Dreieinhalbfache“.

¹⁰⁰ Bayles, *Postmarked Berlin*, S. 25 f.

rung der Front um eine Realität handelte; dabei steht freilich nicht fest, daß sich die Arbeiter im Reich wirklich erhoben fühlten, wenn man ihnen den Schinken, die Butter, die Marmelade, den Frischfisch oder das Büchsgemüse vor Augen führte, die an die Armee gingen¹⁰⁰.

Sehr hoch, nämlich 1941 bei 40 bis 50%, lagen die militärischen Ansprüche an andere Bereiche der zivilen Produktion¹⁰¹; in einigen Fällen war der Prozentsatz noch größer. Im Januar 1941 wurde eine Konferenz der wichtigsten Wirtschaftsgruppen des Konsumsektors einberufen, auf der Einzelheiten des Beitrags einer jeden Gruppe zur Kriegsanstrengung zur Sprache kamen. Die zentrale Schlußfolgerung der Konferenz lautete: „Die Wirtschaft außerhalb des engeren Rüstungsbereichs arbeitet bereits ganz überwiegend für die Wehrmacht oder andere kriegswichtige Stellen.“¹⁰² Die von den Gruppenleitern mitgeteilten Zahlen unterstützten diesen Schluß. Der Anteil der männlichen Arbeiter, die für direkte und indirekte Bestellungen der Streitkräfte tätig waren, betrug in der Bekleidungsindustrie 55%, bei Lederwaren 47,5%, bei Textilien 43,6%, in der Glasindustrie 34,5% und in der Keramischen Industrie 27,3%. So war die Situation nach dem ersten vollen Kriegsjahr, im September 1940, und es handelte sich um die prozentualen Anteile an einer Arbeiterschaft, die stetig schrumpfte, weil ständig Arbeitskräfte zur Rüstungsindustrie abwanderten oder eingezogen wurden. Daher war es mittlerweile schwierig, selbst den „kriegswichtigen Wirtschaftsbedarf“ zu befriedigen oder die Erfordernisse des Exports zu erfüllen bzw. die etwa von der Organisation Todt oder dem Arbeitsdienst benötigten Artikel zu liefern; am wenigsten blieb naturgemäß für den gewöhnlichen Verbraucher¹⁰³.

Zur Illustration einige Details aus etlichen wichtigeren Konsumgüterindustrien. Die Holzverarbeitende Industrie lieferte im September 1940 mehr als 50% der Produktion direkt an die Streitkräfte, während der Rest „auf kriegswichtigen zivilen Bedarf, insbesondere Bedarf der Behörden“, entfiel. Im Januar 1941 waren es 60%, bei der Möbelherstellung jedoch schon 80 bis 90%. Rund 60% der Sperrholzerzeugung waren für die Wehrmacht bestimmt (der übrige Teil für die kriegswichtige Industrie), 60% der Pinsel, 60% aller Holzkisten, 60% aller Fässer, 70% aller Holzwerkzeuge und 50% aller Schreibtische (von denen die zivilen 50% an die zivile Verwaltung gingen). Die Textilindustrie verkaufte im Mai 1940 34% ihrer Produkte an die Streitkräfte; zählt man die Uniformen für Reichsbahn, OT, Arbeitsdienst, SS und Polizei mit, klettert die Zahl auf 50%. Die verbleibenden 50% wurden von

¹⁰¹ IWM, FD 5444/45, Protokoll über die Inspekturbesprechung am 22. 2. 1941 bei OKW, Die Ersatzlage der Wehrmacht, S. 42. Diese Größenverhältnisse waren noch 1943 annähernd die gleichen. Vgl. Wagenführ, Deutsche Industrie, S. 174. Im Februar 1942 nehmen die Streitkräfte bereits 40% der Textilerzeugung, 44% der Bekleidung, 44% der Lederwaren usw.

¹⁰² IWM, EDS AL 1571, WiRuAmt, Niederschrift einer Besprechung, 9. 1. 1941, Arbeitseinsatz und Einziehungen in der nicht zum engeren Rüstungsbereich gehörenden Wirtschaft, S. 1.

¹⁰³ Ebenda, S. 2–8. Ein Sprecher der Reichsgruppe Industrie: „Die Belegung durch die Wehrmachtfertigung ist in allen Zweigen der Verbrauchsgüterindustrie wesentlich größer als man es sich im allgemeinen vorstellt.“

anderen Industrien beansprucht, die für kriegswichtige Zwecke arbeiteten, oder dienten zur Erfüllung der Kleiderkarten-Quoten. Lediglich 0,75% der Textilerzeugung fielen nicht unter eine dieser Kategorien. In der Druckindustrie konnte festgestellt werden: „Fast alle Aufträge sind in irgendeiner Beziehung kriegswichtig geworden.“ Dabei war das Propagandaministerium nicht mehr imstande, sein Material anständig binden zu lassen, und das OKW hatte Probleme mit dem Druck seiner Rundschreiben. Die Papierindustrie war fast vollständig auf die Herstellung spezieller Papierprodukte umgestellt worden, die für die unterschiedlichsten kriegswichtigen Artikel und Geräte gebraucht wurden, von Gasmasken bis zu U-Booten. Dem Konsumsektor der Chemischen Industrie nahm die Wehrmacht 80% der Erzeugung ab, einschließlich Zahnpasta und Schuhcreme. Andererseits hatten selbst die Streitkräfte so große Schwierigkeiten, genügend Süßigkeiten hergestellt zu bekommen, daß den auf diesem Felde für die Wehrmacht arbeitenden Betrieben schließlich „Dringlichkeitsstufe I“ bei der Zuteilung von Arbeitskräften zugebilligt wurde¹⁰⁴. Alle Konsumgüterindustrien klagten über zunehmenden Mangel an Arbeitskräften und exzessive Anforderungen des Militärs. Aber Hitler war, wie General Thomas den Repräsentanten der Konsumsektoren sagte, entschlossen, die neuen militärischen Programme um jeden Preis zu verwirklichen: „Daher interessiert ihn die Notlage anderswo nicht.“¹⁰⁵

Im Laufe der Kriegszeit verschlimmerte sich die Situation. Als Speer zum Rüstungsminister ernannt wurde, hatten die wichtigeren Konsumgüterindustrien noch mehr Arbeitskräfte eingebüßt, und die unentwegten Steigerungen des militärischen Bedarfs begannen selbst jene Produktionskapazitäten anzufressen, die zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung noch übrig geblieben waren. Die Ausplünderung der besetzten Länder kam vornehmlich der Wehrmacht und einer kleinen Funktionärsschicht zugute oder wurde, wo immer Engpässe entstanden, zur Aufrechterhaltung der bestehenden Rationen genutzt. Ohne landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland wären die Lebensmittelrationen beträchtlich geringer gewesen. Auch so wurde jedoch das Rationierungssystem zunehmend unbefriedigender, verringerten sich die Chancen, selbst die Bekleidung oder die Haushaltswaren aufzutreiben, auf die sowohl die Gesamtbevölkerung wie vor allem Mütter mit kleinen Kindern oder ausgebombte Familien einen Anspruch hatten¹⁰⁶. Auffallend ist, wie rasch und wie umfassend die Kontrolle des Konsums installiert wurde, ebenso bemerkenswert, wie hoch die Anforderungen der Wehrmacht an die Konsumgüterproduktion waren. Im Frühjahr 1941 näherte sich Deutschland jedenfalls dem Zustand vollständiger Mobilmachung für den Krieg.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 5–32.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 48. Thomas räumte in der Besprechung ein, daß ihn das Ausmaß, in dem die Konsumgüterindustrie für das Militär produzierte, überrascht habe, erklärte aber, Hitlers Programme für die Kriegswirtschaft seien „unabänderlich“ und machten eine noch weitergehende Umstellung auf den Krieg erforderlich.

¹⁰⁶ Werner, Bleib übrig, S. 216 f. Als letzte Behandlung der „Heimatfront“ in den späteren Kriegsjahren E. Beck, *Under the Bombs. The German Home Front 1942–1945*, Kentucky U.P. 1986.

V.

Das gleiche Bild ergibt sich, wenn die Arbeitsmarktpolitik und die Verteilung der Arbeitskräfte betrachtet werden. Tatsächlich konnten die bisher beschriebenen Erscheinungen, von der straffen Kontrolle des Konsums über die enorme Höhe der militärischen Ausgaben und der militärischen Anforderungen an die Industrie bis zur Erhöhung der Steuern und zum Ansteigen der Sparleistungen, nur den Effekt haben, die Arbeitskräfte von den zivilen Sektoren in die Kriegswirtschaft abziehen. Dies entsprach natürlich auch ziemlich genau dem Kurs der Regierungspolitik. Die Behauptung mancher Historiker, in Deutschland sei die Arbeiterschaft bis 1942/44 nicht umfassend für die Kriegsanstrengung mobilisiert oder die Masse der Industriearbeiter erst nach 1942 für die Kriegsproduktion eingesetzt worden, steht in einem so schroffen Gegensatz zum verfügbaren Beweismaterial, daß schwer zu sehen ist, wie sie je aufgestellt werden konnte¹⁰⁷. Ironischerweise sind die Belege dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft schon vor 1942 weitgehend für den Krieg mobilisiert worden ist, im statistischen Anhang sowohl von Wagenführs Buch wie des „Bombing Survey Overall Report“ enthalten, nur wurden die aus ihnen zu ziehenden Folgerungen im Text ignoriert¹⁰⁸.

Vor dem September 1939 war die deutsche Arbeitsmarktpolitik an dem Erfordernis orientiert, eine große Anzahl deutscher Arbeiter umzuschulen, damit sie in der Wirtschaft dort Aufgaben übernehmen konnten, wo bei Ausbruch eines Krieges erkennbar Mangel herrschen mußte, und an der Notwendigkeit, in Kriegszeiten entbehrliche Produktionen stillzulegen und möglichst viele Arbeitskräfte zu kriegswichtigen Aufgaben zu dirigieren¹⁰⁹. Göring betraute mit der Aufgabe das Wirtschaftsministerium, das dabei eng mit der Arbeitsfront und dem Arbeitsministerium zusammenarbeiten sollte. Listen, die im September 1939 freilich nicht komplett vorlagen, wurden aufgestellt, die festhielten, wieviel Arbeitskräfte verfügbar waren, wo es an Facharbeitern fehlte und mit welchem Potential für Umstellungen im Kriegsfall gerechnet werden durfte¹¹⁰. Im September 1939 begann die Exekution dieser

¹⁰⁷ Vgl. insbesondere Petzina, *Mobilisierung*, S. 452ff.; Klein, *Economic Preparations*, S. 142ff.; Herbst, *Totale Krieg*, S. 118 ff.

¹⁰⁸ Wagenführ, *Deutsche Industrie*, S. 159; USSBS, *Effects of Strategic Bombing*, S. 213, wo gezeigt wird, daß im Mai 1942 in der metallverarbeitenden Industrie und im Maschinenbau 70% für direkte militärische Bestellungen arbeiteten, in der gesamten Industrie 54,5% gegen 21,9% im Mai 1939.

¹⁰⁹ Vgl. z. B. IMT, Bd. XXXIII, S. 151, Zweite Sitzung des Reichsverteidigungsrats, 23. 6. 1939; IWM, EDS Mi 14/478, Heereswaffenamt, *Die personelle Leistungsfähigkeit Deutschlands im Mob.-Fall, März 1939*. Vgl. auch J. Gillingham, *The „Deproletarianisation“ of German Society. Vocational Training in the Third Reich*, in: *Journal of Social History* XVIII (1984/85), S. 427f.; E. Homze, *Foreign Labor in Nazi Germany*, Princeton 1967, S. 11 ff. Bis 1938/39 waren unter den Auspizien des VJP und der DAF 513 000 Arbeiter umgeschult worden, die Industrie selbst hatte schätzungsweise 500 000 ausgebildet, und 213 000 wurden in diversen kleineren amtlichen Programmen umgeschult oder ausgebildet.

¹¹⁰ Overy, *Goering*, S. 84; H. Vollweiler, *The Mobilization of Labor Reserves in Germany, Parts I und*

Politik. Im Frühjahr 1940 kamen bereits von allen Seiten Klagen, daß die Arbeitskräfte zur Erfüllung der Verträge mit den Streitkräften nicht ausreichten¹¹¹. Göring leitete besondere „Auskämmaktionen“ in den zivilen Sektoren, im Handwerk und in der Verwaltung ein, um Arbeitskräfte für kriegsbedingte Aufgaben freizumachen. Solche Aktionen gab es im ganzen Jahr 1940. Abermals machen die Berichte der lokalen Wirtschaftskammern klar, wie schnell Arbeitskräfte zu wichtigen kriegsbedingten Produktionen umgelenkt wurden. Im Mai 1940 hieß es: „Durch Stilllegung und Auskämmung der Betriebe, die nicht kriegs- und lebenswichtige Waren herstellen, wird der dringende Bedarf an Arbeitskräften in den Rüstungsbetrieben zu decken versucht.“ Im Juli meldeten die Kammern „die Heranziehung fast aller geeigneten Arbeitskräfte für die unmittelbar oder mittelbar kriegswichtige Fertigung“. Aber selbst das genügte noch nicht „zur Bewältigung der Produktionsprogramme“. So reduzierte man im Jahr 1940 Monat für Monat die in der zivilen Konsumgüterproduktion beschäftigten Belegschaften sogar auf Kosten der Erzeugung unentbehrlicher rationierter Waren¹¹².

Um den militärischen Bedarf zu decken, wurden strikte Kontrollen über den Einsatz aller Arbeitskräfte für die „totale Kriegsführung“, wie Göring das nannte, eingerichtet¹¹³. Viele Arbeiter erhielten nach ihrer Einberufung, sofern es sich um geschulte Kräfte handelte, kurzfristige Arbeitsurlaube¹¹⁴. Aber schon Anfang 1941 wirkten derartige Aushilfen nicht mehr recht. Die Streitkräfte holten sich für die Arbeiter, die sie freigaben, einfach Ersatz und hielten damit viele Firmen in einer unverändert angespannten Lage, sogar Betriebe mit Sonderstatus, die einen gewis-

II, in: *International Labour Review* XXXVIII (1938); T. W. Mason, *Sozialpolitik im Dritten Reich*, Opladen 1977, S. 214 ff.

¹¹¹ BA-MA, Wi I F 5.3352, Göring-Erlaß betr. Facharbeitermangel, 28.9.1939; IWM, EDS Mi 14/478, Göring-Erlaß, 29.5.1940; RAM, Mangelberufliste, 24.4.1940; Speer Collection, FD 5078/45, Beitrag für die RülN Besprechung, 5.1.1940, betr. Auskämmaktionen; FD 5446/45, Aktenvermerk über Arbeitseinsatzlager, 15.2.1940.

¹¹² BA, R11/77, Reichswirtschaftskammer, *Wirtschaftslageberichte, Bericht* 18.6.1940, S. 1, Bericht 13.7.1940, S. 2, 7. Im November berichteten die Kammern: „Die Betriebsauskämmungen zum Zwecke der Freistellung von Arbeitskräften für Aufträge der Sonder- und Dringlichkeitsstufen werden weiter fortgesetzt ... Verschiedene Berichtersteller weisen jedoch darauf hin, daß die Abziehung weiterer Arbeitskräfte aus Betrieben, die für die zivile Versorgung arbeiten, die Grenze des Tragbaren schon ganz erheblich überschritten hätte“ (22.11.1940, S. 1). „Fast alle zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Kräfte sind durch die Anforderungen der Kriegswirtschaft aufs stärkste in Anspruch genommen. Die Betriebe sind entweder unmittelbar in der Rüstungsproduktion eingeschaltet, oder sie müssen einen sehr erheblichen Teil ihrer Arbeitskräfte der Rüstungsindustrie zur Verfügung stellen“ (21.3.1941, S. 1). Ferner IWM, EDS Mi 14/294 (file 5), OKW, Dr. Tomberg, *Die Probleme der deutschen Rüstungswirtschaft im Kriege*, Sept. 1940, S. 18 f.: „Im August (1940) wurde die Stilllegungsaktion endgültig eingestellt, denn es hatte sich mehr und mehr herausgestellt, daß die meisten Metallbetriebe, um deren Arbeiter es in der Hauptsache ging, schon in irgend einer Form für die Wehrmacht arbeiteten.“

¹¹³ IWM, EDS Mi 14/478, Entwurf eines Göring-Erlasses, 29.5.1940.

¹¹⁴ IWM, EDS Mi 14/433 (1), OKW, Führerbefehl, 28.9.1940; Speer Collection FD 5078/45, Aktenvermerk über die Staatssekretärbesprechung, 24.6.1940; FD 5444/45, Konferenz Thomas-Todt, 10.1.1941.

sen Schutz gegen Einberufungen besaßen. Tatsächlich erstreckte sich dieser Schutz nur auf 4,8 Millionen Arbeiter im ganzen Land¹¹⁵. Im Frühjahr 1941 lagen Anforderungen nach mindestens einer weiteren Million Arbeitskräften vor, und zwar zusätzlich zu den 1,5 Millionen, die Hitler für die vergrößerten Streitkräfte haben wollte. Die neuen Auskammaktionen erbrachten aber lediglich 100 000. General Thomas zog den Schluß, daß die zivile Wirtschaft einfach nicht weiter geschröpft werden konnte, wenn man die lebenswichtige Konsumgüterproduktion nicht ernstlich in Gefahr bringen wollte: „Über Drosselung der zivilen Fertigung, Verlagerung und Stilllegung ist nichts mehr zu sagen.“¹¹⁶

Im Sommer 1941 kamen das OKW und die Vierjahresplan-Behörde zu dem Ergebnis, daß nun annähernd 60% der Industriearbeiter direkt für die Wehrmacht und ihre Einrichtungen beschäftigt waren¹¹⁷. Die Reichsgruppe Industrie legte bereits im August 1940 Material vor, mit dem sie zeigen wollte, daß 57% für kriegsbedingte Aufträge arbeiteten¹¹⁸. Beide Zahlen lagen weit über der gleichzeitigen Arbeitskräfte-Mobilisierung in Großbritannien¹¹⁹. Später im Krieg stellte die Reichsgruppe Industrie vollständigeres Material zusammen, aus dem ebenfalls hervorging, daß die Mobilmachung der Arbeiterschaft für unmittelbare Kriegsaufgaben überwiegend vor und nicht erst nach 1942 stattfand. Dieses Material liegt der folgenden Tabelle zugrunde:

Tabelle 7: Prozentsatz der mit Aufträgen der Streitkräfte beschäftigten deutschen Industriearbeiterschaft 1939–1943

	1939	1940	1941	1942	1943
Insgesamt	21,9	50,2	54,5	56,7	61,0
Rohstoffe	21,0	58,2	63,2	59,3	67,9
Verarbeitende Ind.	28,6	62,3	68,8	70,4	72,1
Bauwesen	31,5	57,6	53,8	45,2	46,2
Konsumgüter	12,2	26,2	27,8	31,7	38,3
Index (1939=100)	100	229	249	256	278

Quelle: IWM, FD 3056/49, „Statistical Material on the German Manpower Position during the War Period“, FIAT EF/LM/1, 31.7. 1945, Tabelle 7; die Zahlen sind für den 31. Mai eines jeden Jahres.

¹¹⁵ IWM, Box S 368, Fritz Schmelter (Amtsgruppe Arbeitseinsatz) interrogation, 20. 12. 1945, Appendix 1, The Call-up of Workers from Industry for the Armed Forces, S. 7 f.

¹¹⁶ IWM, Speer Collection, FD 5444/45, Protokolle über die Inspekteurbesprechung am 22. 2. 1941 bei OKW, Die Ersatzlage der Wehrmacht, S. 34–67. Dazu auch Landfrieds Kommentar zu Keitel im November 1940 (IWM, EDS Mi 14/463, file 2): „Ich aber davon überzeugt bin, daß eine Freigabe von Arbeitskräften in größerem Umfange nicht mehr möglich ist.“

¹¹⁷ IWM, Speer Collection, FD 5450/45, Thomas an Keitel, 6. 7. 1941, mit einer Angabe von 68%; Case XI, Pros. Doc. Book 112, Neumann-Vertrag 29. 4. 1941, der 60% nennt. Thomas berichtete, daß im Februar 1941 bereits 55% aller Industriearbeiter direkt für militärische Aufträge arbeiteten; IWM, Speer Collection, FD 5444/45, Die Ersatzlage der Wehrmacht, S. 34.

Nimmt man diese Angaben als Minimum und Thomas' Zahlen als Maximum, so ist klar, daß im Juni 1941 zwischen 55 und 60% der Industriearbeiterschaft direkt mit militärischen Aufträgen beschäftigt waren; für Großbritannien lautet die ungefähr vergleichbare Zahl 50%. Dabei darf nicht unterstellt werden, daß der Rest der Arbeiterschaft in der „zivilen“ Produktion tätig war, da ja in den genannten Zahlen die für den ebenso kriegswichtigen Bedarf der Bahn, der Treibstoffhersteller und der Energieproduzenten tätigen Arbeiter nicht enthalten sind. Auch stützen die Zahlen mitnichten die These, nach 1942, als Deutschland in den totalen Krieg eingetreten sein soll, sei es zu einer größeren Umverteilung der Arbeiterschaft gekommen. In den verarbeitenden Sektoren, wo die Rüstungsproduktion konzentriert war, liegt die Zahl für 1943 nicht viel über der für 1941. Der größte Teil der Industriearbeiterschaft Deutschlands ist in den beiden ersten Kriegsjahren für Zwecke des Krieges mobilisiert worden; war zwischen 1939 und 1941 eine Steigerung von 149% zu verzeichnen, so zwischen 1941 und 1943 nur von 11%.

Das gleiche Muster ergibt sich bei der Verteilung der Arbeitskräfte. Die bisher angeführten Prozentsätze bringen noch nicht die Tatsache zum Ausdruck, daß im Bauwesen und in den Konsumsektoren die absolute Zahl der Beschäftigten zurückging, hingegen in der Schwer- und Maschinenindustrie – namentlich in den rüstungsorientierten Bereichen – beträchtlich stieg. In der Konsumgüterproduktion sank die Zahl der Arbeiter zwischen 1939 und Mai 1942 von 3,58 Millionen auf 2,54 Millionen. Diese Veränderungen sind in Tabelle 8 wiedergegeben. In der Tabelle wird die Vorkriegsklassifizierung der hauptsächlichen Industriezweige verwendet, doch muß im Auge behalten werden, daß ein erheblicher Teil der zu den Konsumgüterindustrien gerechneten Belegschaften in Wahrheit für militärische und nicht für zivile Auftraggeber arbeitete. Außerdem bedeutete die Umstrukturierung der Arbeiterschaft vor 1939, in welchem Jahr ja bereits fast 70% der Industriearbeiter in den Produktionsgütersektoren beschäftigt waren, daß die Umverteilung weitgehend schon in Friedenszeiten stattgefunden und die Zahl der realistischweise von den zivilen Sektoren abzuziehenden Arbeiter entsprechend reduziert hatte. In den Gesamtzahlen spiegelt sich auch nicht die Umverteilung zwischen einzelnen Firmen innerhalb der Sektoren. So nahm die Belegschaft der Krupp-Werke 1939–1940 dreimal so schnell zu wie die Gesamtbeschäftigung in der Schwerindustrie¹²⁰. Auch verdient vermerkt zu werden, daß 1943, gegen den Trend, die Zahl

¹¹⁸ IWM, EDS Mi 14/463 (file 2), Landfried an Keitel: „Von den männlichen Arbeitskräften in der Gesamtindustrie ist dennoch der Anteil der in der Wehrmachtfertigung eingesetzten Kräfte von 25,5% auf 57,6% im Verlaufe des ersten Kriegsjahres angestiegen, in den besonders kriegswichtigen Industriezweigen (Bergbau, Eisen- und Metallindustrie und chemische Industrie) von 28,5% auf 64%.“ Selbst wenn weibliche Arbeitskräfte mitgezählt würden, so Landfried, ergäben sich immer noch 55,2%.

¹¹⁹ Im Juni 1941 waren in Großbritannien 50% erreicht. Vgl. Parker, *Manpower*, S. 112, 483; P. Inman, *Labour in the Munitions Industry*, London 1957, S. 5.

¹²⁰ Foreign & Commonwealth Office Library, Krupp collection, file Fr. Krupp AG 1, Gefolgschaft der Fried. Krupp AG einschl. Tochterunternehmungen 1932–1942. Der Verf. dankt Dr. Fox für seine freundliche Erlaubnis, dieses Material vor der Rückgabe an Deutschland konsultieren zu dürfen.

der in den Konsumsektoren Beschäftigten sogar wieder stieg. Das erklärt sich zum Teil aus der weiterhin gegebenen Nachfrage der Streitkräfte nach Produkten der leichtindustriellen Sektoren, zum Teil aus der Notwendigkeit, ausgebombte Familien mit einem Minimum an Kleidung und Ausstattung zu versorgen.

Tabelle 8: Ausgewählte Angaben zu den Beschäftigtenzahlen in der deutschen Industrie Mai 1939–Mai 1943 (Millionen)

	Mai 1939	Mai 1940	Mai 1941	Mai 1942	Mai 1943
Industrie insgesamt	10,9	10,1	10,3	9,9	10,6
Eisen und Stahl	0,35	0,33	0,36	0,36	0,41
Bergbau	0,59	0,58	0,61	0,62	0,69
Metalle, Maschinen	1,97	2,08	2,31	2,44	2,67
Elektroind.	0,51	0,50	0,55	0,58	0,61
Chemische Ind.	0,59	0,58	0,62	0,63	0,69
Metallwaren	0,46	0,51	0,52	0,53	0,62
Verarb. und Schwerind.					
insgesamt	3,75	3,87	4,21	4,36	4,81
Bauind.	0,91	0,71	0,72	0,51	0,44
Konsumgüter insges.	3,58	2,94	2,84	2,54	2,59
Textilind.	1,24	0,98	0,94	0,83	0,84
Bekleidung	0,34	0,28	0,28	0,26	0,27
Holzprodukte	0,30	0,25	0,24	0,23	0,28
Lederwaren	0,25	0,18	0,18	0,17	0,19
Nahrungsmittel	0,57	0,48	0,45	0,42	0,42

Quelle: Berechnet nach R. Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege, Berlin 1963, S. 140f.

Die Einzelbefunde stützen wiederum die generellen Schlussfolgerungen zur Mobilmachung der Arbeitskräfte vor 1942. Die Flugzeugindustrie z. B., schon vor 1939 der größte Teilbereich der verarbeitenden Industrie, erhöhte die Zahl der Beschäftigten zwischen 1939 und 1941 von 900 000 auf 1,8 Millionen¹²¹. Die Belegschaft der hauptsächlich Junkers-Werke wuchs in dieser Periode von 30 000 auf 45 000, expandierte dann aber bis 1944 nur noch um weitere 7 000. Für die Flugzeugmotorenwerke in Dessau lauten die Zahlen 22 000 im Jahre 1939 und 40 000 im Jahre 1941¹²². Zum Teil wurde der Zuwachs durch den Transfer von Arbeitern aus

¹²¹ BA-MA, RL3/33, Beschaffungslage der Luftfahrtgeräte, 5.6.1941; IWM, Milch documents, vol. XIII, S. 1018. Das sind die Zahlen für alle, die direkt oder indirekt für den Flugzeugbau arbeiteten, nicht nur für die in der Endproduktion.

¹²² IWM, Speer Collection, FD 5665/45, History of Junkers: V, General Statistical Data, Chart 3; FD 5504/45, Junkers Motorenbau Dessau, statistical survey, Chart C. Auch die Arbeitszeiten wurden länger, was in den rohen Zahlen über die Größe von Belegschaften nicht zum Ausdruck kommt. In den BMW-Betrieben für Flugzeugbau stieg der prozentuale Anteil der Überstunden an der Gesamtarbeitszeit folgendermaßen:

Anfang 1939	1,4	Ende 1941	23,0
Ende 1939	7,1	Ende 1942	23,1
Ende 1940	9,2		

anderen Industriezweigen (etwa der Automobilindustrie) erreicht, zum Teil durch die Beschäftigung von Zulieferfirmen, die zuvor für den Konsum produziert hatten, zum Teil durch die Heranziehung von Handwerkern. Örtliche SD-Berichte über die Auskämmaktionen zeigen ein gleiches Bild. In Leipzig war bis zum Mai 1940 die Zahl der in weniger oder gar nicht kriegswichtigen Stellen Beschäftigten von 124 000 auf 90 000 zurückgegangen, und weitere 10 000 sollten gerade zur Kriegsproduktion transferiert werden. Für die Auskämmaktionen war Leipzigs Quote an Facharbeitern von den Rüstungsinspektoren auf 12 600 festgesetzt worden, aber bis Mai 1940 hatten sich erst 3 500 gefunden, da so viele eingezogen worden oder bereits in kriegswichtigen Betrieben beschäftigt waren¹²³.

Es steht außer Zweifel, daß die Schwierigkeiten bei der Mobilmachung der Arbeiterschaft zu einem guten Teil von der Einberufung vieler Arbeiter zur Wehrmacht verursacht wurden. Bis Juni 1941 hatten die Streitkräfte 6,6 Millionen Mann aus den folgenden Sektoren herausgeholt:

Tabelle 9: Berufliche Herkunft der eingezogenen Deutschen Juni 1941

Wirtschaftssektor	Zahl der Eingezogenen
Landwirtschaft	1 114 986
Metallarbeiter	827 363
Bauarbeiter	584 588
Transportarbeiter	485 897
Ungelernte und sonstige Arbeiter	604 928
Angestellte	907 974
Alle übrigen (z. B. Schulabgänger)	2 121 944
Insgesamt	6 647 680

Quelle: IWM, EDS Mi 14/433 (2), „Die Lage auf dem Arbeitseinsatzgebiet“ für Chef OKW, 30.6. 1941.

Als das OKW sich beim Arbeitsministerium über den Mangel an Arbeitern für die Rüstungsindustrie beschwerte, wies das Ministerium nach, daß es vom Februar bis zum August 1941 zwar weitere 737 000 Arbeiter zur Rüstungsindustrie transferiert hatte, die Streitkräfte aber zwischen Februar und Juni erneut 1,3 Millionen aus anderen vitalen Wirtschaftsbereichen herausgeholt hatten. Das Ministerium mußte schließlich Arbeitskräfte nicht nur für die Rüstungsproduktion finden, sondern auch für die Landwirtschaft, für Instandsetzungsbetriebe, für den Bergbau und für die Bahn, wo 1941 bereits überall ein ernster Mangel an Personal herrschte, wie es zur Erfüllung der Kriegsaufgaben gebraucht wurde¹²⁴. Daß die Wehrmacht 1940 und 1941 eine so große Zahl von Arbeitskräften einzog, macht es an sich schon schwer,

Auch die Belegschaft von BMW nahm zu, von 25 800 im September 1939 auf 53 600 im Jahre 1942; vgl. Speer Collection, Privatfirmen, FD 927/46, BMW, Kriegsleistungsbericht, 10.3. 1943.

¹²³ BA, NS 29/775, Sicherheitsdienst-Berichte für Leipzig, 16.5. 1940, S. 12 ff.

¹²⁴ IWM, EDS BL 1775, RAM an OKW (Warlimont), 24. 10. 1941, S. 1 f.

die Auffassung zu akzeptieren, die Auswirkung des Krieges auf die zivilen Sektoren sei begrenzt gewesen, da vor 1942 lediglich ein Teil der Einbußen durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden konnte, namentlich im Bauwesen und in der Landwirtschaft.

Diese Spannung zwischen der militärischen Einberufungspraxis, den militärischen Anforderungen an die Industrie und dem Angebot an Arbeitskräften, eine Spannung, die in endlosen administrativen Rangeleien und Streitereien, in Sabotagevorfällen, in rücksichtslos wildernder Jagd nach Arbeitskräften usw. zum Ausdruck kam, ist mit dem konventionellen Bild vom begrenzten Krieg einfach nicht zu vereinbaren. Tatsächlich wären ja schon die verzweifelten Bemühungen, Facharbeiter von der Wehrmacht wieder freizubekommen – 600 000 schickte Hitler im Herbst 1940 in einen kurzen Arbeitsurlaub –, ganz unnötig gewesen, hätte es in den zivilen Sektoren noch größere unerschlossene Reserven gegeben¹²⁵. Die Entwicklung der Konsumgüterindustrien selbst belegt, daß dies eben nicht der Fall war. Seit Beginn des Krieges sahen sie sich massivem Druck seitens der Wehrmacht, der Rüstungsinspektorate und des Arbeitsministeriums ausgesetzt, Arbeitskräfte für kriegswichtige Betriebe freizugeben oder ihre eigene Produktion auf den militärischen Bedarf umzustellen. Ende Juni 1940 war in der Konsumgüterindustrie ein Rückgang der Zahl männlicher Beschäftigter erreicht, wie in Tabelle 10 dargestellt. In der Nahrungsmittelindustrie war dieser Rückgang deshalb viel geringer, weil hier die Masse der Beschäftigten aus Frauen bestand, während sich die Männer überwiegend in technischen, kontrollierenden und leitenden Positionen befanden, folglich nicht so ohne weiteres freigegeben werden konnten. In der Alkoholindustrie nahm die Zahl

Tabelle 10: Rückgang der Zahl männlicher Beschäftigter in der Konsumgüterindustrie im ersten Kriegsjahr

Industriezweig	vor dem Krieg	1.6. 1940	Rückgang in Proz.
Lederindustrie	126 515	87 437	30,9
Textilindustrie	424 795	294 819	30,6
Bekleidungsindustrie	54 302	40 598	25,2
Holzverarb. Industrie	217 833	167 351	23,2
Keramische Industrie	57 013	44 202	22,5
Brauerei u. Mälzerei	71 742	56 720	20,9
Papierverarbeitung	43 987	35 047	20,3
Metallwaren	116 371	94 991	18,4
Glasindustrie	70 909	58 492	17,5
Druck	149 300	125 019	16,3
Lebensmittelindustrie	169 478	151 015	10,9
Zuckerindustrie	24 926	24 432	2,0
Spiritusindustrie	17 571	21 891	+24,6

Quelle: IWM, EDS AL 1571, „Arbeitseinsatz und Einziehungen in der nicht zum engeren Rüstungsbereich gehörenden Wirtschaft“, OKW-Bericht, 9.1. 1941, S.2.

¹²⁵ IWM, EDS Mi 14/433 (1), Führerbefehl vom 28. 9. 1940; Mi 14/463 (file 2), Der Führer: Personelle Maßnahmen für Rüstungsindustrie und Bergbau, 20. 12. 1940.

der Beschäftigten sogar zu, da während des Krieges Alkoholprodukte auch als Brennstoff verwendet wurden¹²⁶. Wenn man auch jene Arbeiter abzieht, die in diesen Sektoren für Aufträge der Streitkräfte beschäftigt waren, kann der tatsächliche Schwund der für die zivile Produktion verfügbaren männlichen Belegschaften sichtbar gemacht werden. Die entsprechenden Zahlen – in Tabelle 11 – zeigen einen Schwund, der sich weitgehend mit der Abnahme der für die Zivilbevölkerung tatsächlich zur Verfügung stehenden Menge an Konsumgütern deckt, gut über 50% bei der Bekleidungs-, der Leder-, der Textil- und der Holzverarbeitenden Industrie.

Der Prozeß setzte sich nach dem Juni 1940 fort, wie das Material einzelner Industriezweige beweist. Die Glasindustrie hatte bis zum Oktober 1940 bereits 30% ihrer männlichen Arbeiter verloren, von denen drei Viertel Facharbeiter waren; wer zurückblieb, war für den Militärdienst entweder schon zu alt oder, als Lehrling, noch zu jung. Die geforderte Höhe der Produktion, die zum großen Teil vom Militär abgenommen wurde, konnte nur „durch zahlreiche Überstunden der verbleibenden Belegschaft“ erreicht werden¹²⁷. Die Holzverarbeitende Industrie hatte bis Oktober 1940 ebenfalls mehr als 30% ihrer männlichen Arbeiter verloren, wiederum unter Einschluß vieler Spezialisten und Handwerksmeister, die man für Metallarbeiten rekrutierte, ob ihre Fähigkeiten paßten oder nicht. Die Lebensmittelindustrie wurde besonders hart getroffen, weil die männlichen Arbeitskräfte oft bei der Bedienung der Maschinen oder als Techniker Verwendung fanden und dann naturgemäß schwer zu ersetzen waren. Auch bedeutete die Entwicklung mechanisierter oder technisch komplizierter Formen der Nahrungsmittelverarbeitung in den dreißiger Jahren, etwa bei Milcherzeugnissen, daß viele der Facharbeiter noch relativ jung waren, jedenfalls zu Altersgruppen gehörten, an denen sich die Wehrmacht mit Einberufungsbefehlen besonders interessiert zeigte. Die Wirtschaftsgruppe „Nahrungsmittel“ beklagte sich darüber, daß ihre Betriebe in den Gegenden am stärksten heimgesucht würden, in denen Rüstungsindustrie konzentriert sei, und daß ihre Facharbeiter, wenn sie zu Rüstungsbetrieben versetzt würden, dort häufig in Stellungen Verwendung fänden, für die man auch Hilfsarbeiter oder angelernte Arbeiter hätte ausbilden können. Selbst eine Industrie wie die chemische, die in den Jahren 1939 und 1940 die Zahl der Beschäftigten relativ konstant halten konnte (585 000 im Juli 1939, 583 000 im November 1940), verlor 79 000 Arbeiter an die Wehrmacht, erhöhte den Anteil der weiblichen Arbeitskräfte auf 33%, ersetzte drei 8-Stunden-Schichten durch zwei 12-Stunden-Schichten und mußte entscheidende Lücken mit ungelerten weiblichen und älteren männlichen Kräften füllen. Die Landwirtschaft schließlich büßte im ersten Kriegsjahr 30% der Lohnarbeiter und 45% aller männlichen Beschäftigten ein. „In einzelnen Betrieben“, so hieß es in dem Bericht, „sind nur noch Verstümmelte, Alte und Kranke vorhanden.“¹²⁸

¹²⁶ IWM, EDS AL 1571, Niederschrift der Besprechung, 9. 1. 1940, Arbeitseinsatz und Einziehungen in der nicht zum engeren Rüstungsbereich gehörenden Wirtschaft, S. 11–19.

¹²⁷ Ebenda, S. 5 ff.

¹²⁸ Ebenda, S. 7 ff., 25 ff., 44 ff. Die Textilindustrie litt ebenfalls unter dem raschen Abzug ihrer besten

Eine zentrale Erscheinung in der Entwicklung der Beschäftigungsstruktur zwischen 1939 und 1941 war die rapide Umverteilung der Arbeitskräfte, sowohl innerhalb der verschiedenen Sektoren wie zwischen ihnen, zugunsten der Kriegsproduktion und des Militärdienstes. Die Gesamtzahl der zivilen deutschen Beschäftigten ging von 1939 bis 1942 durch Einberufungen zur Wehrmacht um 8 Millionen zurück, dann bis 1944 nur noch um weitere 2,2 Millionen. Die Bereiche, aus denen die Kräfte für Wehrmacht und kriegswichtige Industrien hauptsächlich genommen wurden, waren der Handel, die Landwirtschaft und das Handwerk. Letzteres gewann als Quelle von Arbeitskräften eine ganz besondere Bedeutung, da ältere Handwerker Rüstungsbetrieben zugeteilt und weibliche Kräfte in handwerklichen Beschäftigungen für kriegswichtige Arbeiten in der lokalen Industrie oder für kriegswichtige Zulieferarbeiten herangezogen wurden. Bis zum Januar 1940 hatte die Zahl männlicher Handwerker um fast eine Million abgenommen, und insgesamt lag die Beschäftigung im Handwerk um 20% unter dem Stand vom September 1939, eine bedeutende Reduzierung eines traditionell mit Konsumgüterproduktion befaß-

Tabelle 11: In der Konsumgüterindustrie für zivile Aufträge beschäftigte Arbeitskräfte, Juni 1940

Industriezweig	Vor dem Krieg	Juni 1940	Absoluter Rückgang	Prozentualer Rückgang
Lederindustrie	98 515	45 437	53 078	53,9
Textilindustrie	360 795	165 819	194 976	54,0
Bekleidungsindustrie	44 302	18 598	25 704	58,0
Holzverarbeitende Industrie	178 833	71 351	105 482	59,7
Keramische Industrie	47 013	32 202	14 811	31,5
Brauerei und Mälzerei	70 742	48 720	22 022	31,1
Papierverarbeitung	39 987	26 047	13 490	34,9
Metallwaren	94 371	49 991	44 380	47,0
Glasindustrie	59 909	38 492	21 417	35,7
Druck	143 300	103 019	40 281	28,1
Lebensmittelindustrie	166 478	124 015	42 463	25,5
Zuckerindustrie	24 427	20 432	3 995	16,4
Spiritusindustrie	14 571	15 891	+ 1 320	+ 9,1
Insgesamt	1 343 243	760 014	583 229	43,4

Quelle: Wie bei Tabelle 10, S. 3.

Facharbeiter (gewöhnlich Männer), die zur Instandhaltung der Maschinen gebraucht wurden. So wurde es noch schwieriger, die Effizienz der + -rbleibenden Belegschaften zu halten. Dies wird bestätigt im EDS Mi 14/463 (file 2), Landfried an Keitel, 26. 11. 1940, S. 3 f. Die Zahl der männlichen Beschäftigten war in der Textilindustrie von 424 000 auf 294 000 zurückgegangen, während der Anteil der für kriegsbedingte Aufträge arbeitenden Beschäftigten von 15% auf 43,6% stieg. Die Wirtschaftsgruppe Textilindustrie berichtete, daß militärische Aufträge nicht mehr garantiert und das durch die Kleiderkarte zugesagte Minimum für die Zivilbevölkerung einfach nicht mehr erbracht werden könnten: „Ähnliche Berichte liegen aus allen Verbrauchssektoren vor ... Neuerdings liegen Berichte aus den verschiedenen Teilen des Reiches vor, daß die durch die Reichskleiderkarte garantierte Versorgung der Bevölkerung ins Stocken geraten ist.“

ten Sektors¹²⁹. Daneben gab es auch in der Verwaltung einen leichten Rückgang der Beschäftigtenzahl, wenngleich dies durch das Anwachsen der riesigen Militärbürokratie, die vor allem viele weibliche Arbeitskräfte absorbierte, mehr als ausgeglichen wurde. Die allgemeine Verteilung der Beschäftigten wird in Tabelle 12 gezeigt. In dem Maße, in dem die jungen Männer zur Wehrmacht einrückten, hatten die Betriebe entweder, wenn sie zu einem weniger wichtigen Sektor gehörten, einen absoluten Rückgang ihrer Belegschaft zu verzeichnen oder aber Ersatz zu finden (Frauen, ältere bzw. sehr junge Männer). Arbeitskräfte zu den zentralen Bereichen der Kriegswirtschaft zu dirigieren, war eine mühsame administrative Aufgabe, eine fortwährende Anstrengung, einerseits mit dem zunehmenden Appetit der Streitkräfte Schritt und andererseits jene Teile der Beschäftigtenarmee intakt zu halten, die für die Rüstungsproduktion gebraucht wurden.

Tabelle 12: Verteilung der deutschen Beschäftigten nach Berufsgruppen 1939–1944 (1000)

(Zahlen für jeweils 31.5.)	1939	1940	1941	1942	1943	1944
I. Landwirtschaft	11104	10007	9262	9252	9008	8708
II. Industrie und Transport	18482	15857	15206	13836	13324	12489
a) Industrie	10836	9551	9200	8370	8170	7640
b) Handwerk	5307	4112	3730	3207	2957	2745
c) Transport	2109	1982	2072	2064	2010	1927
d) Energie	230	202	204	195	187	177
III. Handel	4595	3719	3358	3124	2933	2679
IV. Verwaltung und Dienstleistungen	2670	2605	2626	2373	2340	2228
V. Verwaltung der Wehrmacht	689	710	804	1184	1292	1294
VI. Hauspersonal	1575	1505	1460	1388	1370	1307
VII. Heimarbeit	—	—	—	—	—	279
Insgesamt	39115	34403	32716	31157	30267	28984

Quelle: IWM, FD 3056/49, „Statistical Material on the German Manpower Position during the War Period 1939–1944“, FIAT EF/LM/1, 31.7. 1945. Diese Zahlen basieren auf der jährlichen „Kräftebilanz“ des Statistischen Reichsamts.

¹²⁹ BA, R 11/11, Reichswirtschaftskammer, Kriegswirtschaftliche Bilanz, 16.6. 1941, Anlage 6, Die Beschäftigung im Handwerk. Die Zahlen für die männlichen Beschäftigten entwickelten sich folgendermaßen:

	1.7. 1939	1.1. 1940 (in 1000)
Handwerkssektor		
Eisen- und Metallhandwerk	877	737
Bauhandw. und Holzverarbeitung	1972	1370
Papierverarbeitung	31	27
Bekleidungs- und Reinigungshandwerk	702	596
Nahrungsmittel	594	499
Insgesamt	4176	3229

Wagenführ, *Deutsche Industrie*, S.47f., gibt irreführende Quellen, indem er 1941 als Basisjahr nimmt und nicht 1939. Daß die Beschäftigung im Handwerk zwischen 1941 und 1944 um 20% zurückging, wird von Wagenführ als Anzeichen für die deutliche Wende in der Arbeitspolitik nach 1941 angesehen. Aber die großen Veränderungen in der Beschäftigung im Handwerk geschahen zwischen Mai 1939 und Mai 1941, nämlich ein Rückgang um 30%. Fast zwei Drittel des gesamten

Deutschland hätte seine Arbeitskräfte sicherlich effizienter mobilisieren können, doch ist schwerlich zu behaupten, daß die deutsche Verwaltung nicht versucht habe, ab 1939 die Arbeitskräfte so umfassend wie möglich für die Kriegsanstrengung einzusetzen. Wie in Großbritannien, so war das auch in Deutschland kein glatter und kein kurzer Prozeß, sondern ein Vorgang, der in mehreren Schritten erfolgte und sich über zwei Jahre hinzog. Anders als in Großbritannien begegnete aber die Mobilisierung in Deutschland Schwierigkeiten, die sich aus der eigenartigen Beschäftigungsstruktur ergaben. Eine große Anzahl von Arbeitskräften war in der Landwirtschaft beschäftigt: 11,1 Millionen im Jahr 1939, noch 9,2 Millionen im Jahr 1942. Dabei handelte es sich um eine direkte Folge der Arbeitsintensität und der geringen Betriebsgrößen, wie sie in der deutschen Landwirtschaft dominierten. Es ist oft gesagt worden, daß darin eine verschwenderische Diversion von Arbeitsreserven erblickt werden müsse; solche Argumente ignorieren jedoch die Tatsache, daß angesichts der Blockade die Nahrungsmittelerzeugung in Deutschland oberste Priorität besaß. Die deutsche Landwirtschaft während des Krieges zu transformieren und weniger arbeitsintensiv zu machen, hätte eine soziale und ökonomische Revolution von solchem Ausmaß erfordert, daß die Lebensmittelversorgung womöglich ernstlich beeinträchtigt worden wäre. Deutschland litt ferner unter Zufällen der Geographie. Die Bevölkerung war gleichmäßiger über Kleinstädte und Dörfer verteilt und weniger in städtischen Ballungsräumen konzentriert als in Großbritannien, was in Deutschland eine breitere Streuung der Beschäftigten auf die Dienstleistungsbereiche und auf ein mit mehr Einzelhandelsgeschäften arbeitendes Verteilungsnetz erzwang. Zwar beschäftigten Landwirtschaft und Einzelhandel eine wachsende Anzahl von Frauen, als aus beiden Sektoren selbständige Bauern oder Geschäftsinhaber und die jungen Männer rasch verschwanden, doch war es schwierig und sogar politisch unerwünscht, in das Geflecht der lokalen Betriebe allzu scharf einzugreifen.¹³⁰

Indes gab es bei der Mobilisierung der Arbeitskräfte ernste Probleme, die hausgemacht waren. Wenn das Militär dem Grundsatz, bestimmte Berufe sollten von Ein-

Rückgangs sind in der Zeit vor dem Beginn des Feldzuges in Rußland. Wenn die Zahlen für die beiden ersten Kriegsjahre weggelassen werden, entsteht ein verfälschtes Bild für den Rest des Krieges. Nimmt man das Jahr 1941 als Basisjahr für die gesamte Kriegszeit, bekommt man ein sehr viel anderes Bild:

	1941 = 100	1939 = 100
Mai 1939	142,3	100,0
1940	110,5	77,6
1941	100,0	70,3
1942	85,9	60,4
1943	79,2	55,7
1944	73,6	51,7

Im Mai 1942 waren also bereits 82% des Beschäftigungsrückgangs im Handwerk erreicht.

¹³⁰ Vgl. z. B. IWM, EDS AL 1571, Besprechung, 9.1. 1940, S. 35 ff., Bericht der Wirtschaftsgruppe Handel.

berufungen bewahrt bleiben, auch Lippendienst zollte, so behielten die Forderungen der Streitkräfte doch stets Priorität, vor allem in Bereichen, in denen die schützenden Sondereinstufungen nicht zu erhalten waren, obwohl auch dort die Arbeit vitale Bedeutung für die industrielle Kriegsanstrengung hatte. Solche Probleme wären durchaus zu vermeiden gewesen, wenn es eine einzige und zentrale Autorität für die Verteilung der Arbeitskräfte gegeben hätte, aber in der Praxis waren an der Arbeitspolitik mehrere Stellen beteiligt, von denen es keine fertigbrachte, ihre eigene Linie den anderen oder gar dem Militär aufzunötigen. Als zu Beginn des Frühjahrs 1941 Göring befahl, Arbeitskräfte aus der Produktion für das Heer zu Fertigungsprogrammen für die übrigen Wehrmachtteile zu transferieren, hat sich das Heer einfach geweigert, die Arbeitskräfte freizugeben, weil die vorgesehene zusätzliche Panzer- und Waffenerzeugung alle etwa vorhandenen Arbeitsreserven beanspruchen werde¹³¹. Firmen, die ausschließlich für einen bestimmten Wehrmachtteil arbeiteten, wurden darin bestärkt, ihre Belegschaft auch dann zu halten, wenn sie durch Rüstungsaufträge nicht voll ausgelastet waren, weil sonst die Gefahr bestand, daß abgegebene Arbeitskräfte auch bei veränderter Auftragslage nicht mehr zurückzubekommen waren. Vor allem aber bestanden die Streitkräfte ständig auf einem hohen Niveau der Facharbeit und häufig auf Modifikationen oder auch auf einem Wechsel von Waffen- und Gerätetypen, was den Bedarf an Fachkräften über das notwendige Maß hinaus steigerte¹³².

Nach 1939 war die Produktivität der deutschen Arbeitskräfte in den kriegswichtigen Sektoren zunächst gering im Vergleich zum Vorkriegsstandard und zu den in späteren Kriegsphasen mit Mechanisierung, Serienproduktion und rationalerer Verteilung der Arbeitskräfte erreichten Erfolgen. So stellte die Flugzeugindustrie 1944 nahezu viermal so viel Flugzeuge her wie 1941, ohne daß ein nennenswerter Zuwachs der Belegschaften zu verzeichnen gewesen wäre, und das, obwohl gegen Ende des Krieges der Anteil weniger produktiver Zwangsarbeit wesentlich höher lag¹³³. Der administrative Wirrwarr, die Konkurrenz zwischen den Wehrmachtteilen um Fachkräfte, dazu die niedrige Produktivität eines nicht unbeträchtlichen Teils der Industriearbeiterschaft, dies alles in einer Situation, in der die Nachfrage nach

¹³¹ IWM, EDS Mi 14/463 (file 3), OKH, Chef Heeresrüstung an OKW, 11. 4. 1941: „Mit einer Abgabe von Arbeitskräften aus dem Sektor Heer ist somit nicht zu rechnen.“

¹³² Overy, Göring, S. 159 ff., 190 f. Vgl. IWM, EDS Mi 14/433 (3), Vortrag Oberst Neef (OKW), 21. 1. 1942: „... daß unsere Wirtschaft viel mehr nach handwerklichen Methoden besonderer Qualitätsarbeit als nach maschinellen Methoden der Massenfertigung orientiert war und im wesentlichen auch heute noch orientiert ist.“

¹³³ Im Sommer 1944, auf dem Höhepunkt der Kriegsanstrengung, waren 2,3 Millionen Arbeiter in der Flugzeugproduktion beschäftigt, gegen 1,85 Millionen im Herbst 1941, doch wurden 1944 39 000 Flugzeuge produziert und 1941 lediglich 11 700. Vgl. IWM, Milch documents, vol. liii, S. 6018. Die Zuteilung von Aluminium war in den zwei Jahren ebenfalls nahezu gleich geblieben. Interessanterweise folgert Klein (Economic Preparations, S. 216 ff.), daß die Ära Speer ab 1942 durch Rationalisierung und größere Effizienz charakterisiert gewesen sei, nicht durch die Erschließung zusätzlicher großer Ressourcen. Damit ist die andere These Kleins von der „friedensmäßigen Kriegswirtschaft“ vor 1942 nur schwer zu vereinbaren.

Rüstungsgütern unentwegt stieg, machten Arbeitskraft zu einer ständig knapper werdenden Ware. Die Mängel zwangen die Regierung 1941 schließlich dazu, neue Strategien für den Einsatz der Arbeitskräfte zu entwickeln. Die wichtigste Änderung war ein neuer Nachdruck auf Rationalisierung, Massenproduktion und moderne Methoden in den Betrieben, ferner auf Vereinfachung und Standardisierung von Geräte- und Waffentypen. Während der nach dem 30. Januar 1933 geschlagenen „Arbeitsschlacht“ und während der hektischen Anstrengungen zur Steigerung der Rüstungsproduktion in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre hatte man den Fragen des zweckmäßigsten Einsatzes der Arbeitskräfte zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt und zu sehr in Zahlenkategorien gedacht. Diese Situation wurde von General v. Hanneken, Görings Bevollmächtigtem für Eisen und Stahl, in einem Rundschreiben zur Rationalisierung beleuchtet, das im Dezember 1941 an die Leiter der Wirtschaftsgruppen ging¹³⁴:

„Seit 1933 waren die Hauptaufgaben der deutschen Wirtschaft die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der schnelle Aufbau der Rüstung. Die Erfüllung dieser vorrangigen Aufgaben hatte zwangsweise zur Folge, daß die Rationalisierung der Fertigung dem gegenüber zurücktrat. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit war direkt rationalisierungsfeindlich und die verstärkt anlaufende Rüstung führte zu einem weitgehenden Ausschluß der hiermit beschäftigten deutschen Rüstungsindustrie aus dem Konkurrenzkampf des Weltmarktes und damit zum Ausschluß einer wesentlichen Antriebskraft für die Rationalisierung. Diesem schon in der Vorkriegszeit entstandenen Mangel ... konnte in den ersten Kriegsjahren nicht entgegengetreten werden. Die Notwendigkeit, dem Reich zunächst die nötige Bewegungsfreiheit zu verschaffen, zwang zu einer *schnellen* Umstellung der deutschen Wirtschaft auf eine durchweg artfremde Fertigung von Kriegsgeräten. Bei der Belegung der Firmen mit diesen Fertigungen spielte der Gesichtspunkt der rationellen Ausnutzung der vorhandenen Fertigungseinrichtungen und Menschen vielfach eine untergeordnete Rolle gegenüber der Notwendigkeit der schnellen Steigerung des Ausstoßes.“

Daß Hitler im Frühsommer 1941 die Notwendigkeit der Konzentrierung aller Bemühungen auf eine breite Produktivitätskampagne akzeptierte, bezeichnete einen Wendepunkt in der deutschen Kriegsanstrengung. Dennoch waren bei der Verteilung von Arbeitskräften Engpässe nicht zu vermeiden, solange die Rationalisierung noch nicht gewirkt hatte. Daher genehmigte Hitler im Mai 1941 eine stärkere Heranziehung von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern, während die Streitkräfte für eine vermehrte Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte und für eine allgemeine Arbeitspflicht eintraten¹³⁵.

¹³⁴ BA, R 7/2229, von Hanneken (RWM) an Wirtschaftsgruppen und Reichsstellen, 24. 12. 1941, betr. Richtlinien für die Gestaltung der Fertigung in der Eisen- und Metallverarbeitenden-Industrie, S. 1f.

¹³⁵ IWM, EDS Mi 14/463 (file 3), OKW, Aktennotiz über die Besprechung bei Chef OKW, 19. 5. 1941. Dies war ein Bericht über ein Treffen zwischen Hitler und Todt am 18. Mai in Berchtesgaden. Das Treffen markiert den Beginn von Hitlers Drängen auf mehr Effizienz und Rationalisierung, das

VI.

Gewöhnlich wird gesagt, daß es die deutsche Wirtschaft in diesem Stadium des Krieges nicht fertigbrachte, die großen Reserven noch ungenützter weiblicher Arbeitskraft zu erschließen, und zwar im Gegensatz zur umfassenden Mobilisierung der Frauen in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Wäre das auch in Deutschland geschehen, so wird impliziert, hätten erheblich größere Produktionsleistungen erreicht werden können. Das Hindernis sei die NS-Ideologie gewesen, die für die Frauen das Ideal der Hausfrau und Mutter gepredigt habe, ein weiteres Hindernis die Furcht, daß eine allzu schwere Belastung der deutschen Bevölkerung zu allgemeiner Unzufriedenheit führen würde. Als Basis dient die Feststellung, daß die absolute Zahl der beschäftigten Frauen während des Krieges kaum gestiegen, in den frühen Stadien sogar leicht zurückgegangen ist.

Aber diese Argumentation stellt, wie die Beschreibung der generellen Entwicklung auf dem Arbeitssektor, eine beträchtliche Entfernung von der Realität dar. Sie stellt die Tatsache nicht genügend in Rechnung, daß Deutschland bereits in den späten dreißiger Jahren eine ungewöhnlich hohe Zahl weiblicher Beschäftigter aufwies und daß mit dem Ausbruch des Krieges auch bei den weiblichen Arbeitskräften eine Verlagerung von zivilen Feldern zu kriegsbedingten Aufgaben stattfand. Der erste Punkt ist von großer Bedeutung. Schon seit 1935 stieg die Zahl weiblicher Arbeitskräfte rapide, teils als Ergebnis staatlicher Lenkung des Arbeitsmarktes, teils bedingt durch die strikten Lohnkontrollen, die für die Haushalte einen Anreiz schufen, die Anzahl der Lohnempfänger zu vermehren¹³⁶. In etlichen Industriezweigen nahm der Anteil weiblicher Arbeitskräfte auffallend zu: bei Eisen und Stahl und Maschinenbau von 13% auf 19%, in der Elektrotechnischen Industrie von 12% auf 29%, bei der Herstellung von optischen und Präzisionsgeräten von 18% auf 25%¹³⁷. Bis 1939 stieg die Gesamtzahl der weiblichen Arbeitskräfte auf 14,8 Millionen bzw. 37,4% (in Großbritannien nur 26,4%). Während des Krieges erhöhte sich der Prozentsatz in Deutschland auf 51%, während er in Großbritannien lediglich 37,9% erreichte¹³⁸. In die britischen Belegschaften konnten mehr Frauen eingereiht werden, weil in Groß-

dann das ganze Jahr 1941 andauerte. Hitler verlangte „die Vereinfachung in der Ausstattung der Truppe sowie in der Konstruktion der Waffen und Geräte ... Überspannte Anforderungen in dieser Hinsicht belasten die Industrie übermäßig und schädigen damit die Gesamtrüstung im Hinblick auf die Arbeitseinsatzlage ... Rückgang auf primitivere, robuste Konstruktionen ist daher bei allen 3 Wehrmachtteilen in vielen Fällen dringend erforderlich.“

¹³⁶ C. W. Guillebaud, *The Economic Recovery of Germany 1933–1938*, London 1939, S. 190; D. Winkler, *Frauenarbeit im Dritten Reich*, Hamburg 1977, S. 196. Vgl. auch BA, R 7/2496, RWM, *Die Bayerische Wirtschaft an der Jahreswende 1942/43*, S. 7, wo für Bayern eine Zunahme der Beschäftigung von Frauen um 40% zwischen 1933 und 1940 gezeigt ist, von 533 000 auf 749 000.

¹³⁷ A. Tröger, *Die Planung des Rationalisierungsproletariats. Zur Entwicklung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und des weiblichen Arbeitsmarkts im Nationalsozialismus*, in: A. Kuhn/J. Rüsen (Hrsg.), *Frauen in der Geschichte II*, Düsseldorf 1982, S. 260 f.

¹³⁸ Bajohr, *Frauenarbeit*, S. 252; Parker, *Manpower*, S. 482.

britannien erheblich mehr arbeitslose oder noch nicht berufstätige Frauen verfügbar waren als in Deutschland. Dennoch lag in Deutschland der prozentuale Anteil der Frauen während des ganzen Krieges höher als in Großbritannien. Auch muß vermerkt werden, daß die deutsche Zahl für 1939 rund 6,4 Millionen verheiratete Frauen einschließt (36% aller verheirateten Frauen) und daß zum gleichen Zeitpunkt bereits 88,7% der unverheirateten Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren berufstätig waren, also ein bemerkenswert hoher Prozentsatz, der zu dem behaupteten Widerstand der Nationalsozialisten gegen weibliche Berufstätigkeit nicht recht passen will. Die „Partizipationsrate“ der Frauen zwischen 15 und 60 belief sich in Deutschland schon 1939 auf 52%, wogegen sie in den Vereinigten Staaten selbst 1944 nur 36% und in Großbritannien einen Höhepunkt von lediglich 45% erreichte¹³⁹.

Tabelle 13: Der Anteil der Frauen an der Zahl der einheimischen zivilen Beschäftigten

Deutschland		Großbritannien		USA	
Mai 1939	37,3%	Juni 1939	26,4%		
Mai 1940	41,4%	Juni 1940	29,8%	1940	25,8%
Mai 1941	42,6%	Juni 1941	33,2%	1941	26,6%
Mai 1942	46,0%	Juni 1942	36,1%*	1942	28,8%
Mai 1943	48,8%	Juni 1943	37,7%*	1943	34,2%
Mai 1944	51,6%	Juni 1944	37,9%*	1944	35,7%

* einschließlich der teilzeitbeschäftigten Frauen

Quellen: Für Deutschland: S. Bajohr, *Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945*, Marburg 1979, S. 252; für Großbritannien nach H. M. Parker, *Manpower*, London 1957, S. 482; für die USA: L. Rupp, *Mobilizing Women for War*, Princeton 1978, S. 188.

Indes war nicht allein der Anteil der beschäftigten Frauen sehr hoch, nach internationalem Standard, es gab daneben auch noch eine deutliche Umverteilung der weiblichen Arbeitskräfte – in den frühen Kriegsjahren – zugunsten der Rüstungsproduktion. Diese Umverteilung wird natürlich durch die rohen Zahlen zur Frauenarbeit verschleiert, die nur das Ganze zeigen, aber keine derartigen Verschiebungen. Die Umverteilung erfolgte in zwei klar definierbaren Formen. Erstens kam es zu einer Verlagerung innerhalb der Industrie, und zwar weg von den Konsumgütersektoren zu den kriegswichtigeren Sektoren. Der Vorgang war am ausgeprägtesten zwischen Mai 1939 und Mai 1942: (siehe Tabelle 14)

Dabei muß im Gedächtnis behalten werden, daß ein beträchtlicher Teil der im Konsumgüterbereich beschäftigten Frauen für Aufträge des Militärs arbeitete, so daß die Zahl der für den zivilen Markt tätigen Frauen in Wahrheit noch geringer war, als aus der Tabelle hervorgeht. Abermals werden diese Verschiebungen von den

¹³⁹ Winkler, *Frauenarbeit*, S. 198; L. Rupp, *Mobilizing Women for War*, Princeton U. P. 1978, S. 186; *Statistical Digest of the War*, London 1951, S. 8.

Tabelle 14: Die Verteilung weiblicher Arbeitskräfte in der deutschen Industrie 1939–1943 (in Tausend)

	Mai 1939	Mai 1940	Mai 1941	Mai 1942	Mai 1943
A) Produktionsgüter					
Chemische Industrie	184,5	197,4	204,7	215,8	255,9
Eisen und Stahl	14,7	18,4	29,6	36,3	64,9
Maschinenbau	216,0	291,3	363,5	442,0	603,0
Elektroindustrie	173,5	185,0	208,1	226,3	264,7
Optische und Präzisionsgeräte	32,2	37,0	47,6	55,6	67,2
Metallwaren	139,1	171,3	172,0	192,2	259,5
Insgesamt	760,2	901,3	1025,7	1168,4	1515,4
B) Konsumgüter					
Druck	97,2	88,8	92,6	73,9	60,1
Papierwaren	89,5	84,3	79,2	71,9	73,1
Leder	103,6	78,7	85,0	81,8	95,6
Textilien	710,1	595,4	581,3	520,9	546,3
Bekleidung	254,7	226,5	225,3	212,8	228,9
Keramik	45,3	41,4	39,5	37,1	42,8
Nahrungsmittel	324,6	273,5	260,9	236,8	238,0
Insgesamt	1625,3	1388,7	1364,0	1235,4	1284,5

Quelle: R. Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege, Berlin 1963, S. 145 ff.

Unterlagen einzelner Firmen bestätigt, die außerdem auch den hohen Stand der Frauenarbeit schon in der Vorkriegszeit belegen¹⁴⁰. Das Material lokaler Arbeitsämter im ganzen Land, das 1939 und 1940 dem Arbeitsministerium vorgelegt wurde, deckt sich ebenfalls mit dem Bild, das sich aus der Statistik ergibt. Rüstungsbetriebe forderten regelmäßig weibliche Arbeitskräfte an, und die Arbeitsämter taten ihr Bestes, um Frauen von weniger wesentlicher Arbeit zu kriegswichtiger Fertigung zu transferieren¹⁴¹.

Die zweite Form der Umverteilung war weniger direkt, aber gleichwohl von erheblicher Bedeutung. Viele Frauen arbeiteten in der Landwirtschaft; tatsächlich nahm die Zahl der weiblichen Beschäftigten auf dem Lande zwischen 1933 und

¹⁴⁰ Winkler, Frauenarbeit, S. 197, wo die folgenden Zahlen zur Beschäftigung von Frauen bei Siemens gegeben werden, die den rapiden Anstieg in den beiden letzten Vorkriegsjahren zeigen:

Sept. 1937	10 265	März 1941	17 453
Dez. 1938	15 112	Juni 1941	17 772
Dez. 1939	17 443	Okt. 1941	19 082
Sept. 1940	17 264	Dez. 1941	19 335

¹⁴¹ BA, R 41/158, Reichsarbeitsministerium, betr. Fraueneinsatz in der Rüstungsindustrie 1939–1940. Dabei muß im Auge behalten werden, daß im Herbst und Winter 1939/40 viele Frauen in den Konsumsektoren auf Kurzarbeit gesetzt oder entlassen wurden, als die Konsumsektoren schrumpften, und daß es dann einige Zeit dauerte, bis diese Frauen wieder voll beschäftigt wurden. Als sie schließlich wieder zurückkehrten, wurden sie zunehmend in der Rüstungsproduktion und in der sonstigen kriegsbedingten Fertigung beschäftigt bzw. in der Konsumgüterproduktion für die Streitkräfte. Solche Bewegungen finden in den Bruttozahlen zur Frauenarbeit keinen Ausdruck.

1939 um 230 000 zu, während die Zahl der männlichen Beschäftigten um 640 000 zurückging. 1939 machten Frauen 54,5% der deutschen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft aus, im Mai 1942 nicht weniger als 61,6% und 1944 dann 65,5%¹⁴². In dem Maße, in dem Bauern und Landarbeiter zum Militärdienst eingezogen wurden – bis Juni 1941 über eine Million –, waren mehr und mehr Frauen gezwungen, die Bewirtschaftung des kleinen Familienbetriebs selbst zu übernehmen; auch wenn sie, wo immer das möglich war, Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene beschäftigten, hatten sie doch eine weit größere Last zu tragen als zuvor, namentlich in den ersten Kriegsjahren¹⁴³. Kaldors Behauptung, bei der Untersuchung der Mobilisierung des deutschen Arbeitskräftepotentials könnten die Frauen in der Landwirtschaft unberücksichtigt bleiben, ist mithin unangebracht, denn die deutsche Kriegsanstrengung hing von der Einbringung der Kartoffelernte ebenso ab wie von der Fertigung von Granaten. Die Landwirtschaft war ein vitaler Bereich der Erzeugung, und ein Großteil der physischen Belastung lag während des Krieges auf Frauen, nicht auf Männern. Die zusätzliche Hilfe, die in der Landwirtschaft zu Erntezeiten gebraucht wurde, stellten überwiegend evakuierte Mütter, Schulkinder und Studenten, daneben Frauen, die durch die Schließung eines Betriebs der zivilen Produktion vorübergehend arbeitslos geworden waren. Im Sommer 1942 zum Beispiel waren von einer Million Arbeitskräften, die 58 660 Kommunen für Landarbeit (permanent und temporär) rekrutiert hatten, 948 000 Frauen. Viel von dieser Teilzeitbeschäftigung – Erntehilfe, Entlastung der Bäuerinnen von Haushaltspflichten zugunsten der Feldarbeit – fand in den Zahlen für Vollzeitbeschäftigung keinen Niederschlag und war dennoch für die Landwirtschaft von größter Wichtigkeit¹⁴⁴.

Die besondere Natur der deutschen Landwirtschaft trägt im übrigen auch zur Erklärung der hohen Zahl sogenannter „Hausangestellter“ in Deutschland bei. Gewöhnlich wird auch diese Zahl als Beweis dafür genommen, daß Deutschland seine Arbeiterschaft den Kriegserfordernissen nicht genügend angepaßt habe. Dabei wird jedoch ignoriert, daß es sich bei einer beträchtlichen Anzahl solcher Dienstboten um Hilfsarbeiter auf dem Feld oder in kleinen Geschäften handelte, keineswegs um Hauspersonal im konventionellen Sinn des Wortes. Bereits 1933 hat das Internationale Arbeitsamt geschätzt, daß von den 1,2 Millionen, die in Deutschland als „Dienstboten“ registriert waren, lediglich 44 000 tatsächlich als Hauspersonal gelten konnten¹⁴⁵. Ähnliches gilt auch für andere Bereiche. Im Einzelhandel, von dem bis Juni 1941 mehr als 600 000 Mann eingezogen worden waren, sahen sich nun die Frauen gezwungen, das Geschäft so gut wie möglich in Gang zu halten, wobei als

¹⁴² Wunderlich, *Farm Labor*, S. 297 ff.; Kaldor, *War Economy*, S. 28 ff.

¹⁴³ BA, R 26 IV/vol. 51, Bericht über die Lage der Landwirtschaft im Wehrkreis XIII (Nürnberg), S. 10 f.: „Eine Bauersfrau, deren Mann im Felde ist, muß bis zur letzten Stunde vor ihrer Entbindung arbeiten und ihre Kinder betreuen, sie hat von 4 Uhr morgens bis nachts 9 Uhr keine ruhige Minute.“

¹⁴⁴ Wunderlich, *Farm Labor*, S. 339 f.

¹⁴⁵ M. Thibert, *The Economic Depression and the Employment of Women. Part II*, in: *International Labour Review* XXVII (1933), S. 622.

Bürde jetzt noch die mit viel Schreibarbeit und bei größeren Ungenauigkeiten mit harten Geld- oder Haftstrafen verbundene Rationierung hinzukam. Daß hier Anfang 1940 ein leichter Rückgang der Zahl weiblicher Beschäftigter zu verzeichnen war, ist mindestens zum Teil damit zu erklären, daß eine bestimmte Anzahl von Frauen ihre Lohnarbeit aufgab und auf den Hof oder ins Geschäft ihrer Familie zurückkehrte, um dort die eingezogenen Männer zu ersetzen¹⁴⁶. In manchen Sektoren der Lohnarbeiterschaft kam es zur Abwanderung der Frauen von weniger wichtigen zivilen Stellungen zu Beschäftigungen etwa als Postbotinnen, Eisenbahnerinnen und Busfahrerinnen. Bei Angestellten bedeutete dies ebenfalls den Wechsel zu einer anderen Tätigkeit, die z. B. enger mit der industriellen Kriegsanstrengung zu tun hatte, mit dem Rationierungssystem oder mit der Flut neuer Ämter und Dienststellen, die von der ungeheuren Vermehrung der Streitkräfte ausgelöst wurde (und zwischen 1939 und 1942 zu einer Verdoppelung der militärischen Bürokratie führte)¹⁴⁷. Da ein so bedeutender Teil der verheirateten und der unverheirateten Frauen bereits 1939 im Arbeitsleben stand, konnte diese Art der Neubestimmung ihrer Funktion innerhalb der Beschäftigungskategorien ohne nennenswerten Anstieg der Gesamtzahl berufstätiger Frauen vor sich gehen. Aber jede Argumentation, die zu beweisen sucht, daß 14 Millionen berufstätige Frauen im Jahre 1941, 42% aller deutschen Beschäftigten, als Anzeichen einer mangelhaften Mobilisierung der Frauen in Deutschland gelten mußten, hat ein seltsames Verhältnis zur Realität. Vielleicht entsteht das Problem partiell durch die mangelnde Bereitschaft, die Leistungen der Bäuerinnen oder Geschäftsfrauen und ihrer Gehilfinnen als vollwertige „Arbeit“ zu akzeptieren, so wie Tätigkeit im Haushalt oft nicht als „Arbeit“ anerkannt wird. Aber das ist einfach falsch. Mit dem Verlust von mehr und mehr Männern an die Streitkräfte sahen sich die Frauen in Deutschland zwischen 1939 und 1942 zunehmend genötigt, neue Aufgaben zu erfüllen und zusätzliche Verantwortung zu übernehmen, während sie gleichzeitig schwer zu kämpfen hatten, um den Haushalt in Schuß zu halten und – in den Städten – rationierte Waren aufzutreiben.

Diese Situation hilft zu erklären, warum es so schwierig war, während des Krieges die absolute Zahl der berufstätigen Frauen zu erhöhen. Zwar hieß es in Schätzungen, die von der Vierjahresplan-Behörde und vom OKW angestellt wurden, daß weitere 3,5 bis 5 Millionen Frauen (fast alle verheiratet) für den Arbeitsprozeß rekrutiert werden könnten, und noch vor Kriegsausbruch entstanden Pläne, die Zahl der berufstätigen Frauen beträchtlich zu erhöhen, aber bei solchen Ziffern handelte es sich um ideale und optimale Werte, die unter Ignorierung einer Situation zustande kamen, in der bereits zahllose Frauen im Berufsleben standen, oft bei langen Arbeitszeiten und bei wesentlich schlechterer Bezahlung als Männer¹⁴⁸. Schon 1939 gab es allenthalben Anzeichen dafür, daß sich der Gesundheitszustand der

¹⁴⁶ IWM, EDS AL 1571, Besprechung, 9.1.1941, Bericht Wirtschaftsgruppe Handel; W. Williams, *Riddle of the Reich*, London 1941, S. 56 f.

¹⁴⁷ Stephenson, *Women*, S. 106 f.

¹⁴⁸ Bajohr, *Frauenarbeit*, S. 251; Winkler, *Frauenarbeit*, S. 86.

berufstätigen Frauen verschlechterte, daß sie Erschöpfungssymptome zeigten, daß sie zunehmend zu Absentismus neigten und daß sie auf ihre Unterbezahlung mit wachsender Feindseligkeit reagierten¹⁴⁹. 1940 und 1941 sahen sich viele Betriebe genötigt, vom Achtstundentag zu Zehn- und Zwölfstundenschichten überzugehen und auf mehr Überstunden wie auf Wochenendarbeit zu bestehen. Als Folge nahm sowohl die Produktivität wie die Arbeitswilligkeit weiblicher Arbeitskräfte ab. In den ersten Kriegsmonaten war vielfach ein rascher Wechsel von Arbeitskräften zu verzeichnen, da Frauen häufig die äußerste Erschöpfung erreichten, ihre Arbeitsplätze verließen und erst später wieder an sie zurückkehrten. Landarbeit stieß auf besondere Abneigung, weil die Arbeitszeit lang und die Bezahlung schlecht war; den Frauen aus den Städten erschienen die ländlichen Lebensverhältnisse als so primitiv, daß viele das Land wieder zu verlassen suchten, sobald sie nur konnten. „Nervöse Depressionszustände häufen sich“, schrieb ein Arzt in einem Bericht an den zuständigen Landrat; er sagte „ein rapides Sinken der Leistungsfähigkeit“ voraus¹⁵⁰.

Mehr als die Ideologie verhinderten Überlegungen solcher Art eine noch drakonischere Rekrutierung von Frauen. Tatsächlich stellte aber die Beschäftigung von Frauen ein Kernstück der staatlichen Arbeitsstrategie dar, und zwar vor wie nach dem September 1939. Die Propaganda suchte die Frauen zur Arbeit für die Kriegsanstrengung anzureizen. Die Frauen galten als die „Heimatarmee“, als ein vitaler Teil von Deutschlands totalem Krieg, ob ihre Arbeit nun freiwillig (Sammeln knapp gewordener Dinge, Besuch von Krankenhäusern und Lazaretten, Ausbesserung von Kleidung) oder bezahlte Lohnarbeit war¹⁵¹. Von 1939 bis 1941 zeigen der ganze amtliche Schriftverkehr und alle internen Diskussionen, daß Frauen als integraler Teil der wirtschaftlichen Kriegsanstrengung Deutschlands akzeptiert waren¹⁵². Wozu sich Hitler nicht verstehen mochte, das war die von den Streitkräften geforderte „Generalmusterung“ aller deutschen Frauen, da sie vornehmlich ältere Frauen und Frauen mit kleinen Kindern zur Annahme einer Vollzeitbeschäftigung zwingen mußte. Hitler glaubte ernstlich, daß eine derartige Maßnahme der Gesundheit gerade jener Frauen schaden würde, von denen die Aufzucht weiterer Söhne für das Vaterland zu leisten war. Hätte er die Generalmusterung tatsächlich befohlen, wäre die Folge eine weit umfassendere Mobilisierung der Frauen gewesen als in Großbri-

¹⁴⁹ IWM, EDS Mi 14/294 (file 5), OKW, Dr. Tomberg, Die Probleme der deutschen Rüstungswirtschaft im Kriege, Sept. 1940, S. 19 ff.; BA, R 41/158, Präsident des Landesarbeitsamtes Niedersachsen an RAM, 24. 11. 1939, der berichtete, daß manche Frauen 9–10-Stunden-Schichten arbeiten und dazu noch ein oder zwei Stunden für die Fahrt zum Arbeitsplatz auf sich nehmen mußten; Bajohr, Frauenarbeit, S. 259 f.; Stephenson, Women, S. 106 ff.

¹⁵⁰ BA, R 41/158, Staatliches Gesundheitsamt Genthin an Landrat Genthin, 23. 11. 1939, S. 1 f.: „Es ist besonders zu berücksichtigen, daß schon vor dem Kriege, und zwar schon jahrelang vorher, der Arbeitseinsatz der Frauen im hiesigen Bezirke infolge der mit großer Schnelligkeit sich entwickelnden Rüstungsindustrie außerordentlich intensiv war.“

¹⁵¹ Rupp, Mobilizing Women, S. 116 f.

¹⁵² BA, R 41/158, RAM Akten betr. Fraueneinsatz in der Rüstungsindustrie. Vgl. auch IWM, EDS Mi 14/307, OKW, Besprechung am 4. 2. 1941 mit den Wehrrersatzinspektoren, S. 21 f.; Mi 14/463 (file 1), Chef OKW an die Oberbefehlshaber, 22. 9. 1940, betr. Steigerung der Rüstung, S. 1 f.

tannien oder in den USA¹⁵³. Ohnedies übten 1944 mehr als 3,5 Millionen Frauen eine Teilzeitbeschäftigung aus (viermal soviel wie in Großbritannien), und wer nicht berufstätig war, schlug sich mit den Problemen der Evakuierung und der Kindererziehung unter einem ständig dichter werdenden Bombenhagel herum oder hatte sich zu irgendwelchen freiwilligen Aktivitäten verpflichtet¹⁵⁴. Gewiß hatte auch Deutschland seinen Teil an müßigen Frauen der Ober- und der Mittelklasse, an verwöhnten Gesellschaftsdamen, doch stieß die Rekrutierung von mehr Frauen für eine längerfristige Vollzeitbeschäftigung an feste Grenzen. Als später im Krieg die Bemühungen erneuert wurden, weitere Frauen zu mobilisieren, stellte sich heraus, daß nur noch 1,4 Millionen „einsetzbar“ waren, von denen überdies viele kaum für eine dauerhafte Beschäftigung verwendet werden konnten¹⁵⁵. Die deutschen Frauen erlebten also den Krieg nicht sehr viel anders als die Frauen der übrigen kriegführenden Länder, waren in vieler Hinsicht sogar wesentlich übler dran als die Frauen der Westmächte, namentlich nach Beginn der schweren Luftangriffe. Die überaus große Belastung, der die deutschen Frauen in den Krisenjahren 1945 bis 1947 ausgesetzt waren, als ein beträchtlicher Teil der männlichen Arbeitskräfte noch immer fehlte, reichte bis in die Anfänge des Krieges zurück. Vor allem für Arbeiterfrauen und Bäuerinnen hätte die Idee vom „leichten Krieg“ schon sehr merkwürdig geklungen.

Im übrigen wäre auch eine noch so rücksichtslose Mobilisierung weiblicher Arbeitskraft keine Lösung des deutschen Arbeiterproblems gewesen, das ja das Ergebnis der geringen Produktivität in den Rüstungssektoren und der hohen Anforderungen des Militärs war. Eben deshalb ist 1941 die Entscheidung getroffen worden, mehr Fremdarbeiter zu beschäftigen, die Kriegsgefangenen produktiver einzusetzen und Aufträge für weniger wichtige Fertigungen in den besetzten Ländern zu placieren. 1944 waren in Deutschland fast 7 Millionen ausländische Arbeitskräfte beschäftigt.¹⁵⁶ Ihre Arbeitsbedingungen, ihre Bezahlung und ihre Ernährung lagen

¹⁵³ IWM, EDS Mi 14/433 (2), Beitrag zum Vermerk über Steigerung der Luftwaffenfertigung, 27. 6. 1941: „Vorgeschlagen wird eine Generalmusterung aller männlichen und weiblichen Personen eines bestimmten Alters.“ BA-MA, Wi I F 5.2602, Fritz Sauckel, Das Programm des Arbeitseinsatzes, 20. 4. 1942, S. 10ff. Sauckel erklärte, daß sich Hitler gegen eine generelle Einberufung aller Frauen und gegen eine zusätzliche Belastung der Frauen mit kleinen Kindern und der Bäuerinnen wende, nicht gegen Frauenarbeit an sich.

¹⁵⁴ IWM, Box S 368, Report 69, interrogation Fritz Schmetter, 20. 12. 1945, EF/AM/5, S. 5. Dies ist ein wichtiger Punkt, da in den britischen Zahlen zur Beschäftigung von Frauen Teilzeitbeschäftigte auf der Basis von 2:1 eingeschlossen sind. Wenn man die Teilzeitbeschäftigten von den britischen Zahlen abzieht, ergibt sich eine kleinere Zahl für die Beschäftigung von Frauen, 375 000 weniger im Juni 1943 und 450 000 weniger im Juni 1944. Das reduziert den Anteil der vollbeschäftigten Frauen an der Gesamtheit der britischen Beschäftigten von 37,7% auf 36,4% im Jahre 1943.

¹⁵⁵ Bajohr, Frauenarbeit, S. 290.

¹⁵⁶ U. Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985, S. 270f.; Homze, Foreign Labour, Kap. 2. In Deutschland war das Arbeitsministerium schon Ende 1941 überzeugt davon, daß die Aussichten für die weitere Rekrutierung einer größeren Zahl von Frauen nicht günstig seien, daß die Beschäftigung von Frauen dicht vor ihrer Grenze stehe. Vgl. IWM, EDS AL 1775, RAM an Warlimont (OKW), 24. 10. 1941:

bekanntlich weit unter dem Standard deutscher Arbeiter, doch darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß der NS-Staat den deutschen weiblichen Arbeitskräften vom Beginn des Krieges an schwere Lasten aufbürdete.

VII.

Es steht mithin außer Zweifel, daß das konventionelle Bild von der deutschen Kriegsanstrengung umgezeichnet werden muß. Daß die Wirtschaft eine „Blitzkriegs-Phase“ gekannt habe, erweist sich als Täuschung. Wie die Feldzüge des Militärs auch enden mochten, die Höhe der militärischen Anforderungen und der staatlichen Ausgaben machte es jedenfalls notwendig, die Wirtschaft, entsprechend Hitlers Weisungen, von Anfang an so weit wie möglich auf Krieg umzustellen. Für die deutsche Kriegsanstrengung gab es weder 1941/42 noch später im Jahre 1943 einen größeren Wendepunkt. Die drastischsten Steuererhöhungen kamen zwischen 1939 und 1941. Im gleichen Zeitraum war das schnellste Wachstum der Militärausgaben zu verzeichnen. Der persönliche Konsum und die zivile Erzeugung gingen zwischen 1939 und 1941 rascher zurück als zu jeder anderen Zeit des Krieges, und die Mobilisierung wie die Umverteilung der Beschäftigten fand größtenteils vor dem Frühjahr 1942 und nicht danach statt. Natürlich verschlechterten sich die Verhältnisse laufend. 1944 waren viele rationierte Waren kaum noch zu bekommen, der Schwarze Markt nahm Gestalt an, und mehr als jeder andere Faktor machten die Luftangriffe das Leben der Zivilbevölkerung hart und schwer. Doch in den wesentlichen Zügen ist die Situation von 1944 lediglich als eine Fortsetzung und Intensivierung von Veränderungen anzusehen, die in den ersten Wochen des Krieges und teilweise bereits vor Kriegsausbruch eingeleitet worden waren.

Wenn es einen Unterschied zwischen der Periode 1939–1941 und den letzten Kriegsjahren gibt, so ist er psychologischer Natur. In den frühen Stadien des Krieges erzeugten die raschen Siege ein Gefühl der Erleichterung und die Bereitschaft, gewisse Opfer zu bringen. Ein großer Teil der Bevölkerung glaubte aber, daß der Krieg bald vorüber sein werde. Gegen Ende des Krieges konnte indes niemand mehr der Einsicht entgehen, daß Deutschland im Begriff war, von Feinden besiegt zu werden, die offenbar auf Rache sann. Daraus folgte eine psychologische Einlassung auf die äußerste Anstrengung. In diesem Sinne zumindest war der totale Krieg, die vollständige Mobilisierung der moralischen und materiellen Kräfte der Nation, wie sie Hitler und seine Generäle bereits 1939 ins Auge gefaßt hatten, endlich verwirklicht. In einem materiellen Sinne hingegen, also im Hinblick auf die Nutzung der materiellen Kapazität, die Reduzierung des zivilen Konsums, die Mobilisierung der personellen Ressourcen, ob männlich oder weiblich, wurde von Anfang an totaler Krieg geführt.

„Damit sind allerdings die bei der gegenwärtigen Rechtslage verfügbaren Reserven an weiblichen Arbeitskräften bereits sehr weitgehend in Anspruch genommen.“

Dies wird noch deutlicher, wenn man die deutsche mit der britischen Kriegsanstrengung vergleicht. Seit langem ist angenommen worden, daß Großbritannien seine Wirtschaft geraume Zeit vor Deutschland auf totalen Krieg umgestellt habe; 1941 seien die personellen Ressourcen gründlicher für Kriegszwecke erfaßt und sei der zivile Konsum wesentlich niedriger gewesen. Nun ist es sicherlich richtig, daß Großbritannien in vielen Bereichen Rüstungsgüter in größerer Zahl und obendrein noch billiger produzierte als Deutschland, doch war dies großenteils ein Ergebnis der Tatsache, daß die deutschen Ressourcen in den ersten Kriegsjahren schlecht verwaltet wurden¹⁵⁷. Wenn man die Verteilung und die Umorientierung der Ressourcen betrachtet, ergibt sich ein anderes Bild. Bis 1941 hatte Deutschland vollständiger mobilgemacht als Großbritannien, und das hat sich bis Kriegsende nicht mehr geändert (vgl. Tabelle 15). Speers große Erfolge bei der Steigerung der deutschen Kriegsproduktion bis 1944 beruhen nicht darauf, daß zusätzliche zivile Ressourcen erschlossen worden wären, sondern auf der rationaleren Nutzung bereits erschlossener Ressourcen. Zweifellos bekam die Führung Deutschlands in den frühen Stadien des Krieges von der Rüstungswirtschaft nicht das, was sie haben wollte. Hitler selbst hat später eingeräumt, daß von Anfang an eine Mobilisierung der Wirtschaft für den großen Krieg angestrebt worden sei, doch habe die Organisation nicht funktioniert¹⁵⁸. Die Frage, die von den Historikern nun zu beantworten ist, lautet daher, wie es denn kommt, daß ausgerechnet jener Staat, dessen politische und militärische Führung von der Wichtigkeit einer „Wehrwirtschaft“ durchdrungen war und Vorbereitungen für eine umfassende wirtschaftliche Mobilmachung getroffen hatte, es nicht fertigbrachte, Waffen in den erwarteten und erforderlichen Mengen zu produzieren. Die Antworten auf diese Frage sind im Wesen des NS-Staats zu finden, in der Rolle und in der Haltung der führenden Militärs und Funktionäre, in der Struktur und Leistung der deutschen Industrie.¹⁵⁹

Die Vorstellung von einer begrenzten „Blitzkriegswirtschaft“ muß durch eine andere Vorstellung ersetzt werden, nämlich durch die Vorstellung von einer „totalen Mobilmachung“, die in der ersten Kriegsphase elend scheiterte. Der totale Einsatz der Wirtschaft war nicht bloß Propaganda, sondern entsprach Hitlers Anschauung davon, wie die Wirtschaft in jedem Krieg zwischen Großmächten zu handhaben sei, einer Anschauung, die er sich nach den Erfahrungen des Krieges von 1914–1918 gebildet hatte und die sich auch in der wirtschaftlichen Transformation Deutschlands zwischen 1936 und 1941 widerspiegelte¹⁶⁰. Nach Hitlers Meinung, wie auch

¹⁵⁷ Die Details sind zu finden bei C. Webster/N. Frankland, *The Strategic Air Offensive against Germany*, London 1961, vol. IV, S. 469 f.

¹⁵⁸ A. Speer, *Inside the Third Reich*, London 1970, S. 202.

¹⁵⁹ Verf. hat das Problem der relativen Schwächen der Rüstungsproduktion in den Jahren 1939–1941 detailliert in einem Aufsatz untersucht, der unter dem Titel „Mobilisation for Total War in Germany“ demnächst in der *English Historical Review* erscheinen wird.

¹⁶⁰ In der Periode 1939–1941, und schon vor dem Krieg, war die NS-Propaganda keineswegs, wie man nach der These von der Blitzkriegs-Wirtschaft annehmen sollte, bestrebt, der Bevölkerung zu zeigen, wie erfolgreich die Führung den Lebensstandard aufrechterhalte. Im Gegenteil. Sie suchte die

Tabelle 15: Ausgewählte statistische Angaben zur deutschen und britischen Kriegsanstrengung 1939–1944

	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Index der Verbraucherausgaben (pro Kopf) (1938 = 100)						
Deutschland	95,0	88,4	81,9	75,3	75,3	70,0
Großbritannien	97,2	89,7	87,1	86,6	85,5	88,2
Beschäftigung in der Kriegsindustrie (in % aller Beschäftigten)						
Deutschland	21,9	50,2	54,5	56,1	61,0	—
Großbritannien	18,6	—	50,9	—	—	—
Prozentualer Anteil der Frauen an der Gesamtheit der einheimischen zivilen Beschäftigten						
Deutschland	37,3	41,4	42,6	46,0	48,8	51,0
Großbritannien*	26,4	29,8	33,2	34,8	36,4	36,2
Prozentualer Anteil der Kriegsausgaben am Nationaleinkommen (laufende Preise)						
Deutschland	32,2	48,8	56,0	65,6	71,3	—
Großbritannien	15,0	43,0	52,0	52,0	55,0	54,0

* ausgenommen Teilzeitbeschäftigte

Quellen: Für Verbraucherausgaben wie Tabelle 5; für die Beschäftigung in der deutschen Kriegsindustrie wie Tabelle 6, ferner H.M. Parker, *Manpower*, London 1947, S.112, 483; Anteil der Frauen wie Tabelle 13. Außerdem: Klein, *Economic Preparations*, S.257; NA, T 178, roll 15, frame 3671912, RFM Statistische Übersichten zu den Reichshaushaltsrechnungen 1938 bis 1943, Nov. 1944; W.K. Hancock/M.M. Gowing, *British War Economy*, London 1949, S.75, 199, 347.

Bevölkerung zur Akzeptierung der mit dem „Totalen Krieg“ verbundenen Opfer zu bewegen; dies wurde auch in einer Göring-Konferenz am 16.7.1938 festgestellt (BA-MA, W1 F 5.412, S.2). Dazu auch ein interessantes Zeugnis bei Stoddard, *Into the Darkness*, S.54: „Nazi spokesmen tell you frankly that they cracked down hard from the start and made things just about as tough as the civilian population could bear. Indeed, they say, that severe rationing of food and clothing from the very beginning was done not merely to avert present waste and ensure future supplies, it was done also to make people realise that they were in a life-and-death struggle for which no sacrifice was too great.“ Zur Propaganda J. Sywotek, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976, S.94 ff., 194 ff.; W. Wette, *Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches*, in: W. Deist u. a. (Hrsg.), *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*, Stuttgart 1979, S.121–136.

¹⁶¹ IWM, Box S368, Report 54, Speer interrogation, 13.7.1945, S.2: „He knew“, Speer continued, „the supply figures of the last war in detail and could reproach us with the fact that the output in 1917/18 was higher than we could show in 1942 ... I only knew that these were the requirements

nach der Meinung der militärischen Führung, hatte die Wirtschaft fähig zu sein, die größtmöglichen Quantitäten an Waffen und Ressourcen für jede politische und militärische Eventualität bereitzustellen, für kurze Feldzüge wie für lange Erschöpfungskriege. Hitler wollte nicht einfach Polen niederwerfen und dann Frankreich, vielmehr wollte er Weltmacht erringen und behaupten. Mit dieser Ambition im Sinn ordnete er im Herbst 1939 die Umstellung der Wirtschaft auf den Krieg an und steigerte er seine Anforderungen erneut in den Sommern von 1940 und 1941. Wie Speer berichtet, hat ihm Hitler 1942 gesagt, er habe eine Intensivierung des Krieges vorhergesehen und wiederholt auf die Gefahr der zweiten Front oder zusätzlicher Kriegsschauplätze aufmerksam gemacht¹⁶¹. Eine gewaltige Kriegsproduktion sollte ihm jene Handlungsfreiheit verschaffen, die den Generälen des Ersten Weltkriegs gefehlt hatte.

which had been fixed in his mind for a long time. They were in nearly every case three to six times the armament production of 1941.“

IVAN PFAFF

STALIN UND DIE TSCHECHISCHE LINKSKULTUR

Die Kampagne gegen den „Formalismus“ in der Kunst 1936–1938

Am 28. Januar 1936 erschien in der Moskauer Prawda ein „Chaos statt Musik“ überschriebener Artikel, der Šostakovičs Oper „Lady Mackbeth von Mzensk“ aufs schärfste verurteilte. Der anonyme Verfasser beschuldigte den Komponisten, statt natürlicher, menschlicher Musik ein „linksabweichlerisches“ Chaos kreiert zu haben, warf ihm verkrampftes Kleinbürgertum, Formalismus und „linke Grimassen-Schneiderei“ vor, ja bezichtigte ihn des groben Naturalismus, des Primitivismus und der Vulgarität. Die Oper – wie auch kurz darauf Šostakovičs Ballett „Der helle Bach“ – wurde umgehend auf Anweisung des Moskauer Politbüros und auf Stalins persönliches Eingreifen hin aus dem Repertoire der sowjetischen Bühnen gestrichen. Hiermit begann die von Stalin selbst inspirierte Kampagne gegen den „Formalismus“ in der Kunst. Es folgte die Entfernung zahlreicher Werke der russischen postimpressionistischen Malerei – als „Produkte des Formalismus“ abqualifiziert – aus der Tretjakov-Galerie in Moskau, das Verbot von Ejzenštejns Film „Die Běžin-Wiese“, Attacken gegen Tairovs „Staatliches Kammertheater“ und gegen „pseudo-innovatorische Tendenzen“ Mejercholds, des größten sowjetischen Theatermannes. Bald erscholl die vernichtende Kritik an der Poesie Pasternaks, die ebenfalls des „Formalismus“ bezichtigt wurde, Babel und Mandelštam wurden verfolgt und mundtot gemacht, die Zensur tobte in den Schriften Majakovskijs, es erfolgten Angriffe gegen die konstruktivistische Architektur, Rufe nach einer Säuberung im sowjetischen Schriftstellerverband wurden laut. Für die Kampagne zeichnete das im Februar 1936 auf Anordnung Stalins konstituierte „Allunions-Komitee für Angelegenheiten der Kunst“ verantwortlich – mit den fanatischen Dogmatikern P. Keržencev und B. Šumackij an der Spitze –, das für die bürokratische Gleichschaltung des gesamten künstlerischen Lebens in der UdSSR sorgte: Nichts sollte mehr Bestand haben, was sich der Stalinschen Interpretation des sozialistischen Realismus entzog oder auch nur Spuren einer als „formalistisch“ gebrandmarkten avantgardistischen Kunst aufwies¹.

¹ Bohumil Mathesius, Příčiny a následky (Ursachen und Folgen), in: Kritický měsíčník (Kritische Monatsschrift, künftig: KM), Jg. I (1938), S. 48; Karel Teige, Surrealismus proti proudu (Surrealismus gegen den Strom), in: Karel Teige, Zápasy o smysl moderní tvorby. Studie z třicátých let. Výbor z díla II (Kämpfe um den Sinn des modernen Schaffens. Studien aus den dreißiger Jahren. Auswahl

Diese Repressionen, die zur vollständigen Liquidierung der sowjetischen Avantgarde führten², werden in der tschechischen Fachliteratur teils positiv³, teils zwiespältig⁴ bewertet. Einer der wenigen, die letztlich doch zu einem negativen Urteil fanden, ist Květoslav Chvatík. Er erfaßte in einer scharfsinnigen ästhetischen Analyse sehr exakt die „offensichtliche Unwahrhaftigkeit literarischer und filmischer Werke, die in einer Zeit blutiger Tragödien einen stereotypen Optimismus propagierten“. In dem „Bestreben der Architektur, hochtrabende, phantastisch eklektische Symbole der Staatsmacht zu schaffen, [dem] Bestreben der Malerei, den Betrachter durch moralisierende Szenen zu erziehen, [dem] Bestreben der Literatur, stets dasselbe Geschehen zu wiederholen, an dessen Ende der sogenannte positive Held auf der ganzen Linie siegt“, sieht Chvatík den regressiven Kern dieser sowjetischen Kulturpolitik, die die Kunst „oft nur als die gewissermaßen anspruchsvollste Form der Agitation und Propaganda“ begriff⁵. Entsprechend betont Chvatík die Diskrepanz zwischen der unterdrückten Avantgarde und dem rein illustrativen sozialistischen Realismus in den sowjetischen Kampagnen: „In der Atmosphäre des dogmatischen, vulgären Denkens verwandelte sich die These von der progressiven Funktion der Kunst in eine leblose Karikatur ... Im Widerspruch zum ästhetischen Wesen der Kunst ... wurde die Sendung der gesamten Kunst der Vergangenheit auf eine Kritik der früheren Gesellschaftsformen, die Mission der gesamten Kunst der Gegenwart auf die Bestätigung der Vorzüge der neuen Gesellschaft reduziert ... Die Kunst wurde zu einem Instrument der Ideologie als eines falschen Bewußtseins.“ Weiter schreibt er: „Es war bestimmt kein Zufall, daß ein pathetischer Pseudonaturalismus ... zum künstlerischen Ausdruck jener Zeit wurde, eine Art monumentaler Superkitsch ... Die Entwicklung der Kunst sollte ebenso geplant und ‚gelenkt‘ werden wie die industrielle und landwirtschaftliche Produktion.“⁶

aus dem Werk, Bd. II), Prag 1969, S. 474 f.; Jiří Brabec, Neumannův zápas za socialistickou poesii v letech utváření protifašistické lidové fronty (Neumanns Kampf für sozialistische Poesie in den Jahren der Formung der antifaschistischen Volksfront), in: Česká literatura Jg. III (1955), S. 240; Milan Obst/Adolf Scherl, K dějinám české divadelní avantgardy (Zur Geschichte der tschechischen Theateravantgarde), Prag 1962, S. 258.

² Zum hohen Niveau der sowjetischen Avantgarde und ihrem bedeutenden Beitrag zur modernen Kunst vgl. C. Gray, Die russische Avantgarde der modernen Kunst, Köln 1963; Zdeněk Mauthauer, Umění románu (Die Kunst des Romans), Prag 1964; Květoslav Chvatík, Smysl moderního umění (Der Sinn der modernen Kunst), Prag 1965, S. 9 f., 30.

³ „Obgleich man mit brutalen bürokratischen Methoden vorging, enthielt die gesamte Kritik des Formalismus in der UdSSR viel richtiges: eine Kritik der zeitgenössischen, gegen das Volk zielenden Tendenzen, vor allem prinzipienloser Auswüchse mangelnder Verbundenheit mit dem sowjetischen Leben“. Obst/Scherl, S. 259.

⁴ „Dieser Welt der Revolution ... konnte nichts ferner liegen als der überfeinerte, kritische und skeptische Geist der modernen Kunst ... Die Werke eines Majakovskij, Pasternak, Mejerchold, Ejzenštejn, Prokofjev, Malevič und Tatlin waren freilich für die Bauernmassen, die allmählich in die ersten Fünfjahrespläne integriert wurden und vorerst noch mit dem ABC rangen, eine harte Nuß.“ Chvatík, S. 8 f.; ders., Strukturalismus und Avantgarde, München 1970, S. 10 f.

⁵ Chvatík, Smysl, S. 20 ff.

⁶ Chvatík, Strukturalismus, S. 93 f., S. 122 f., S. 125, S. 89.

Die neue, im Zeichen der Stalinschen Kampagne gegen den „Formalismus“ betriebene sowjetische Kulturpolitik fand in der tschechischen Linkskultur ein ungewöhnlich großes und zugleich kontroverses Echo⁷. Die unabhängige linke Presse reagierte auf die sowjetischen „Diskussionen“ überwiegend mit Ablehnung⁸. Vor allem Karel Teige, der kommunistisch orientierte führende Theoretiker der Surrealisten, warnte in seinen 1936 publizierten Studien „Der Jahrmarkt der Kunst“, „Vladimír Majakovskij“ und „Die Entwicklung der sowjetischen Architektur“ vor einem neuen Akademismus und eklektischen Klassizismus und verurteilte die bürokratischen, gegen die Avantgarde gerichteten Eingriffe in die schöpferische Freiheit⁹. Die orthodox ausgerichtete kommunistische politische und kulturelle Presse unterstützte dagegen in vollem Umfang die sowjetische Gleichschaltung der Kunst und eröffnete in deren Fahrwasser eine breit angelegte vulgäre Kampagne gegen die künstlerische und wissenschaftliche Avantgarde der ČSR. Der Journalist Julius Fučík etwa stellte den berühmten Ästhetiker Šklovskij – der vor den „Formalismus“-Angriffen kapitulierte – als leuchtendes Beispiel dar, der nach langen Jahren begriffen habe, daß er „seine Begabung vergeudete, weil er auf mürbem Boden arbeitete, statt Brachland in Neuland zu verwandeln“. Fučík betonte denn auch die „Hilfe, die den sowjetischen Künstlern gerade seitens ihrer kritischen Konsumenten zuteil“ werde¹⁰ – mit anderen Worten: seitens der Partei und des Staates.

Der politisierende Dichter Stanislav K. Neumann, ansonsten ein Lyriker ersten Ranges, verteidigte gleichfalls vehement die sowjetische Kulturpraxis, indem er im Frühjahr 1936 jene „Revolutionäre“ angriff, „die eifertig die Sowjetunion verfluchen, weil sie angeblich nicht genug Sinn hat für die verschiedenen Avantgarden aus Paris oder Prag . . . Es wäre eine Schande für die Sowjets und paßte wie die Faust aufs Auge, wollten sie in den Räumen der Kolchosen surrealistische Bilder aufhängen.“¹¹ Noch 1962 lobte eine ansonsten verdienstvolle Studie diese Art der Reaktion auf die sowjetische Kampagne in der tschechischen kommunistischen Presse¹². Dabei hatte Teige bereits im Frühjahr 1938 das zutiefst retardierende Moment der sowjetischen Rückkehr zu einem längst überholten eklektischen Klassizismus – und

⁷ Diesbezüglich stellte die Tschechoslowakei einen Sonderfall in Mittel- und Osteuropa dar: Da sich die Linkskultur ab 1936 weder im nationalsozialistischen Deutschland noch unter den autoritären bis halbfaschistischen Regimes in Österreich, Polen, Ungarn, Rumänien usw. öffentlich artikulieren konnte, war die Tschechoslowakei der einzige Staat in dieser Region, in dem die Linkskultur (und die Linke überhaupt) frei zu Worte kam.

⁸ *Nová švejkovina* (Ein neues Schwejkentum), *Rudé právo* 12. 2. 1936; Jiří Weil, *Sovětská literární diskuse* (Die sowjetische Literaturdiskussion), Praha-Moskva Jg. I (1936), S. 53 u. a.

⁹ „Teige gebührt das Verdienst, daß er sich als vielleicht einziger derart konsequent und entschieden gegen den drohenden Bruch zwischen Sozialismus und moderner Kunst wandte, sich der tragischen Relevanz dieses Problems bewußt wurde und nicht der Versuchung erlag, es aus wohlmeinenden taktischen Erwägungen heraus zu bemänteln.“ Chvatík, *Smysl*, S. 11; ders., *Strukturalismus*, S. 13.

¹⁰ Julius Fučík, *Umění v sovětském večerníku* (Die Kunst im sowjetischen Abendblatt), *Rudé právo* 1. 4. 1936.

¹¹ S. K. Neumann, Nachwort zur zweiten Auflage der „*Nové zpěvy*“ (Neue Gesänge), in: S. K. Neumann, *Umění a politika* (Kunst und Politik), Bd. I, Prag 1953, S. 84.

¹² Vgl. Obst/Scherl, S. 259.

damit auch den Hintergrund der Hetzkampagne der tschechischen Kommunisten gegen die Avantgarde – aufgezeigt¹³.

Besonders markante und militante Bundesgenossen fand die Stalinsche Gleichschaltungspolitik in der Brünner Künstlergruppe „Blok“ und deren den sozialistischen Realismus propagierenden Zeitschrift „U-Blok“. Im Mai 1936 veröffentlichte sie nicht weniger als vier einschlägige Artikel, deren erster in Übereinstimmung mit der sowjetischen Seite „formalistische Krämpfe, Originalitäts-Sucht, Grimassen-Schneiderei, linksabweichlerische Degenerierung und Naturalismus in gröbster Form“ in der tschechischen Avantgarde anprangerte¹⁴. In einer – offensichtlich von Bedřich Václavek inspirierten – redaktionellen Anmerkung räumte man zwar ein, die sowjetische Kulturpolitik könne von den linksorientierten Künstlern unterschiedlich beurteilt werden, doch bezichtigte man ihre Kritiker gleichwohl der Intoleranz¹⁵. Diesen dogmatischen und zugleich subjektivistischen Standpunkt vertrat Václavek pointiert in zwei weiteren Beiträgen, die gegen unabhängige, kritische Linksintellektuelle zielten. Zunächst entrüstete er sich über die Avantgarde: „Wir können die falsche Einstellung unserer linken Künstler zur künstlerischen Produktion der Sowjetunion nicht länger mit Schweigen übergehen ... Inzwischen gehen sie sogar so weit, daß sie die sowjetische künstlerische Produktion nur noch beschimpfen. Einst waren sie von der Sowjetunion überaus begeistert, weil die formalen Ergebnisse ihrer Arbeit und jener der sowjetischen Künstler in einem bestimmten Entwicklungsstadium große Übereinstimmungen zeigten. Seit jedoch der unterschiedliche Trend der sozialen Basis zu einem Auseinanderstreben der formalen Ergebnisse führte, verstehen sie nichts mehr und lehnen alles ab ... Sie erkennen die dialektische Beziehung zwischen Inhalt und Form an, akzeptieren aber niemals den Primat des Inhalts ... Außer der Gefahr für das Verhältnis zur sowjetischen schöpferischen Arbeit erwächst jedoch aus dieser Verwirrung auch eine unmittelbare Gefahr für uns. Heute erlaubt sich jeder Snob, einen Künstler und Dichter niederzubrüllen, wenn er es wagt, sich vor allem an den Ausdruck seines ‚neuen Inhalts‘ zu klammern.“¹⁶

Seine simplifizierenden und verunglimpfenden Attacken konkretisierte Václavek in einer Rezension der Arbeit Teiges über Majakovskij. Sie habe das Niveau einer marxistischen Ästhetik der späten zwanziger Jahre, die im Surrealismus nur noch dahinsieche. Teiges Betrachtungsweise sei „unhistorisch und borniert“. Weil Václa-

¹³ Vgl. z.B. Teige, Zápas, S. 473 ff.

¹⁴ František Pišek, O lidovost a prostotu umění (Um die Volksnähe und Einfachheit der Kunst), U-Blok Jg. I, Nr. 2, 26. 5. 1936, S. 173 ff.

¹⁵ „Die Diskussion über schöpferische Methoden, die zur Zeit in der UdSSR geführt wird, weckt auch bei uns die Frage nach einer Diskussion über schöpferische Methoden in der linken Literatur und Kunst ... Bisher gab es bei uns keine derart gründliche Diskussion. Man kann allerdings nicht übersehen, daß es Unterschiede in den Ansichten linker Künstler wie Kritiker und Theoretiker gibt ... Leider entzünden sie sich bisher eher in haßerfüllten oder arroganten Angriffen, ja es gibt innerhalb der Linken viele, die Kritiken ihrer schöpferischen Methode und Diskussionen hierüber nicht einmal tolerieren.“ Anonym, Jednota a diskuse (Einheit und Diskussion), ebenda, S. 181.

¹⁶ Bedřich Václavek, „Avantgaristé“ a SSSR („Avantgardisten“ und die UdSSR), ebenda, S. 182 f.

vek Teiges Versuch einer „Annäherung von marxistischer und avantgardistischer Ästhetik“ mißfiel, konstruierte er einen Widerspruch zwischen Marxismus (authentischer, nicht stalinistischer Prägung) und Avantgarde und warf dem Autor vor, die Beziehung zwischen Poesie und Revolution falsch (d.h. nicht utilitaristisch) zu interpretieren. Schließlich demonstrierte er, worum es ihm eigentlich ging: „Insbesondere entstellt er [Teige] jedoch eine Reihe bedeutsamer Fakten und Perspektiven der sowjetischen Literaturentwicklung. Er übergeht die tatsächlichen Gründe für die Ablehnung der Futuristen seitens der KPR (B) und erfindet statt dessen Verleumdungen, als sei etwa deren Ablehnung auf den Einfluß kleinbürgerlich eingestellter Sowjetbürger zurückzuführen . . . Er verallgemeinert in unzulässiger Weise, wenn er die revolutionäre Sowjetkunst (ausgenommen die ‚Avantgarde‘) als reinen Akademismus, Eklektizismus und Passéismus bezeichnet . . . Das Schicksal Teiges und des tschechoslowakischen ‚Avantgardismus‘ wird dasselbe sein, das den russischen Futurismus ereilte.“¹⁷

Václavek verschwendete keinen Gedanken daran, daß weder der Staat noch gar die Partei legitimiert waren, eine Kunstströmung zu akzeptieren oder abzulehnen, ja daß gerade der von Teige behandelte Majakovskij von rüden Eingriffen der sowjetischen Zensur betroffen war. Überhaupt war Teige den Autoren des „Blok“ ein Ärgernis, wie ein sich als Studie über den Surrealismus gebendes Pamphlet von Herbst 1936 verrät – kein Wunder, mußte der Surrealismus die stalinistischen Kämpfer gegen den „Formalismus“ doch am meisten reizen. Der Artikel betraf allerdings nicht nur Teige, sondern auch Vítězslav Nezval, den größten surrealistischen Dichter. Diesem, so hieß es dort, sei „bis heute nicht eingefallen, auch nur ein einziges revolutionäres Lied des internationalen Proletariats zu übersetzen“. Den Kern des Beitrags bildete der Versuch einer „Klassen-Analyse“ des Surrealismus als kleinbürgerlicher Revolte gegen den Marxismus Stalinscher Prägung: „Welche Klassenbasis besitzt also die surrealistische Revolte? Sie ist ein durch kleinbürgerliches Klassenbewußtsein bestimmter und begrenzter Aufstand . . . Sie ist eine Revolte des triebhaften Kleinbürgers gegen eine starre Rationalität, die er in der herrschenden Bourgeoisie verkörpert sieht . . . Die Theorie des Surrealismus als Theorie der kleinbürgerlich-revoltierenden Antithese ist eine idealistische Theorie, die vor der dialektisch-materialistischen Theorie des Schaffens nicht bestehen kann, . . . eine reaktionäre idealistische Konstruktion.“¹⁸

¹⁷ Ders., Karel Teige: Vlad. Majakovskij. K historii ruského futurismu. Knihovna Levé fronty (Karel Teige: Vlad. Majakovskij. Zur Geschichte des russischen Futurismus. Bibliothek der Linksfrent), ebenda, S. 187 f. Bezeichnenderweise wagten jedoch weder Václavek noch andere Vertreter des „Blok“, die fast gleichzeitig erschienene Monographie Teiges „Die Entwicklung der Sowjetarchitektur“ zur Kenntnis zu nehmen, in der dieser die Wiederbelebung der akademischen, klassizistisch-eklektischen Architektur in der UdSSR als reaktionären Konservatismus abqualifizierte. Vgl. hierzu Jiří Brabec/Vratislav Effenberger/Květoslav Chvatík/Robert Kalivoda, Historická skutečnost a falešné vědomí aneb Karel Teige bez pověr a iluzí (Historische Wirklichkeit und falsches Bewußtsein oder K. Teige ohne Aberglauben und Illusionen), in: Orientace 1968, Nr. 1, S. 68.

¹⁸ Karel Jiříček, Otázka surrealismu (Die Frage des Surrealismus), U-Blok Jg. I, Nr. 3, 26. 10. 1936, S. 223–250.

Ihren Höhepunkt erreichte die Verteidigung der Stalinschen Gleichschaltung durch „U-Blok“ in einer groben Attacke auf Vladislav Vančuras Roman „Tři řeky“ (Drei Flüsse), den der obskure Kritiker Krigl als den Wechsel des Autors „auf die Seite der Bourgeoisie“, ja als „Bekennnis zur Großbourgeoisie“ abqualifizierte. Er begründete dies damit, der Held des Werkes (der der russischen Revolution desillusioniert den Rücken kehrt) sei ein „Menschewik und Reformist“, der das Feuer der Revolution zu löschen suche. Schließlich stellte er sogar Vančuras „schöpferische Kräfte“ dem „neuen Aufschwung der revolutionären Welle“ – d. h. der Volksfront in Frankreich – gegenüber, womit er die führende Stellung Vančuras als „magnus parens“ der modernen tschechischen Prosa vollends in Zweifel zog¹⁹. Ein solch vernichtendes Urteil brachte selbst Václavek in Verlegenheit. Im folgenden Heft der Zeitschrift distanzierte er sich – nicht ohne eine gewisse Unverfrorenheit – von der „falschen, zu sehr absolutisierenden Problematisierung der Zugehörigkeit des Dichters zu dieser oder jener Front der heutigen sozialen und politischen Realität“ und wies die Unterstellung zurück, Vančura habe mit seinem Roman „der Bourgeoisie gute Dienste erweisen wollen“²⁰. Inwiefern sich Václavek tatsächlich gegen die skandalöse Verketzerung einer der größten Gestalten der tschechischen Linkskultur wandte, zeigt seine Antwort auf den Protest des Dichters Jiří Mahen gegen das Vorgehen der Redaktion des „U-Blok“. Hierin sprach er von einer „Krise“ Vančuras, bagatellierte Krigls Attacke als „Mißverständnis“ und beklagte sich bitterlich, daß Vančura bisher eine Zusammenarbeit mit „Blok“ ablehne²¹.

Im gleichen Heft druckte die Redaktion kommentarlos einen umfangreichen Artikel eines sowjetischen Autors über den Formalismus in der Literaturwissenschaft ab. Dieser kritisierte die „Illusion des Formalismus, die künstlerische Form sei ein rein subjektives Phänomen“, seinen „abstrakt-schematischen Kunstbegriff“ und sein „in höchstem Maße negatives Erbe der bourgeoisen Soziologie“. Die formalistische Einstellung zu Fragen der künstlerischen Gestaltung erschien als „Abstraktion und Schematisierung, wobei eine allgemein ökonomische Phraseologie das konkrete Studium literarischer Phänomene ersetzt“. Den Formalisten selbst warf der Verfasser eine „immer größere künstlerische Isolation im Rahmen von Zunft-Interessen“ vor sowie eine „geistlose und verächtliche Beziehung zum Menschen, die notwendigerweise aus der Versklavung des vom Volk getrennten Künstlers erwächst“²². Die Redaktion des „U-Blok“ verteidigte durch den Abdruck dieses mehr an ein Manifest

¹⁹ Oldřich Krigl, Vladislav Vančura na druhé straně? (V.V. auf der anderen Seite?), ebenda, S. 271–276.

²⁰ Bedřich Václavek, Vlad. Vančura, O. Krigl, Blok a U, in: U-Blok Jg. I, Nr. 4, 5. 1. 1937, S. 373 f.

²¹ Vgl. Václavek an Mahen, Olmütz 16. 2. 1937, in: Josef Hek/Štěpán Vlašín (Hrsg.), Adresát Jiří Mahen, Prag 1964, S. 104.

²² G. Fridlender, Formalism a eklektičnost v literární vědě (Formalismus und Eklektizismus in der Literaturwissenschaft), in: U-Blok Jg. I, Nr. 4, 5. 1. 1937, S. 335–350.

als an eine Abhandlung erinnernden Beitrages die Stalinsche „Formalismus“-Kampagne und wiederholte das ein Jahr später, als ein Epigone Nejedlýs gereizt auf einige Bemerkungen von Bohumil Mathesius (des prominenten Übersetzers und Popularisierers sowjetischer Literatur) reagierte. Dieser hatte nämlich beklagt, daß bedeutende russische Formalisten wie Tynjanow angesichts des stalinistischen Druckes resignierten, ja Šklovskij zu einem Wahl-Agitator und devoten, peinlich niveau-losen Verseschmied Stalins degeneriert sei²³. „U-Blok“ beantwortete Mathesius’ maßvolle Ausführungen mit dem Vergleich linker Kritiker der sowjetischen Kulturpraxis mit Faschisten: „Mathesius griff aufs Geratewohl einige Sätze aus der ‚Literaturnaja Gazeta‘, jongliert mit den Wörtern und möchte mit solchem Kritikastertum die sowjetische Kritik diskreditieren“, hieß es dort. „Diese Literaten werden in ihrer Göttergleichheit stets gegen die Verbindung von Politik und Kunst sein . . . Daß es heute in Wahrheit darum geht, daß sich die Erfahrung der Pariser Kommune nicht in neuer Form wiederholt, begreifen unsere Literaten nicht . . . Sie gehen Hand in Hand mit unseren faschistoiden Literaten.“²⁴

Die Polemik zwischen den Verteidigern und den Kritikern der Stalinschen Kulturpolitik spitzte sich zu, als eine tschechische Übersetzung der berühmten Reportage André Gides „Retour de l’ U.R.S.S.“ erschien²⁵. Die stalinistisch orientierten Linksliteraten lehnten das Buch, das von der tiefen Enttäuschung eines ehemals kommunistischen Intellektuellen angesichts der sowjetischen Realität zeugt, als anti-sowjetisches Pamphlet scharf ab. Aber auch die Mehrheit der linken Kritiker der sowjetischen Kulturpolitik schwieg, um dem Vorwurf des Antisowjetismus zu entgehen. Es gab jedoch Ausnahmen, darunter Gides Übersetzer B. Mathesius, der in seinem Nachwort das Buch als „Resultante des Zusammenstoßes der Vorstellungen Gides mit der sowjetischen Realität“ vorstellte und als „Zeugnis eines heftigen Gefühls-Abenteuers ihres Autors“ bezeichnete, der „unbefangen übertreibt“. Auch wenn Mathesius bemüht war, Gides Kritik die Schärfe zu nehmen, indem er seine Interpretation der sowjetischen Verhältnisse für nicht angemessen erklärte, lobte er Gides Beobachtungen über die dortige „Unfreiheit, den Konformismus, den Stalin-Kult, den Überheblichkeits-Komplex, den Mangel an kritischem Geist“. Der „summarischen und naiven“ sowjetischen Zurückweisung der Kritik Gides als „Pamphlet, Klatsch, Verleumdung“ begegnete er mit einer vernichtenden Analyse der Phänomene der Unfreiheit in der UdSSR. Detailliert ließ er sich über die sowjetische Kulturpolitik aus, über ihre „breiten öffentlichen Diskussionen in Sachen Moral und Kunst (bis ins Mark vereinfachend)“, über die „Vulgarisierung“, die Gide der sowjetischen Kultur als Unterwerfung unter das Diktat Stalins vorhält, über die „unerträglichen Opfer“, die die Implantation der Kultur in breiteste Volksschichten erfor-

²³ Bohumil Mathesius, *Dlouho a statečně* (Lange und tapfer), in: *KM Jg. I* (1938), S. 46 f.

²⁴ Václav Pekárek, *Kritikáři sovětské uměnovědy* (Kritikaster der sowjetischen Kunstwissenschaft), in: *U-Blok Jg. III*, Nr. 1, 31. 3. 1938, S. 76.

²⁵ Gides Buch erschien in der Übersetzung von B. Mathesius ab Herbst 1936 in Fortsetzungen in den „*Literární noviny*“. Fast gleichzeitig kam eine Buchausgabe heraus, die binnen weniger Wochen sieben Auflagen mit insgesamt 50 000 Exemplaren erreichte.

dere. Abschließend sprach er sich beredt gegen die Übernahme der Stalinschen Kampagne durch die tschechischen Kommunisten aus: „Das Schicksal der Kultur hängt in unserem Denken nicht nur vom Schicksal der Sowjetunion ab, sondern auch vom Schicksal der Demokratien in Spanien, Frankreich und der Tschechoslowakei. „Und“, so fügt er wenig mißverständlich hinzu, „wir werden sie verteidigen – diese Kultur.“²⁶

Die zweite Ausnahme war der politisch außergewöhnlich gebildete Pariser Korrespondent des sozialdemokratischen Tagesblattes „Právo lidu“, Gustav Winter. Er betonte, Gide habe „ohne Zögern das beschrieben, was ihn abstieß“, und werde nach diesem Buch „aufhören, ein williges Werkzeug der kommunistischen politischen Propaganda zu sein“. Insbesondere habe er „den Mangel an Persönlichkeit jedes einzelnen“ in der UdSSR erfaßt, den „bewußten und gezielten Konformismus“, die „Aufgeblasenheit“ der einen und die „Servilität“ der anderen. Zudem wies Winter die tschechische Kulturgemeinde auf das „Wüten des Konformismus auch in der Literatur“ hin, der „befehle, den ‚Formalismus‘ als antirevolutionäre Abweichung zu verfolgen“²⁷.

Am 14. Januar 1937 veranstaltete der Klub „Přítomnost“ (Gegenwart) in der Rentenanstalt in Prag-Žižkov einen Diskussionsabend über Gides Buch. Hierbei sprachen Ladislav Štoll, Závěš Kalandra, Jan Slavík, Josef Gutman, Vlado Clementis sowie Teige, dessen Rede das größte Gewicht beigemessen werden muß. Teige nutzte die Gelegenheit zu einer grundlegenden Kritik der sowjetischen Kulturpraxis aus der Sicht der Linken. Zu Gides Reportage meinte er: „Es ist ein Buch sehender Liebe und kritischer Freundschaft . . . Die Kritik, die es an der Sowjetunion übt, ist die eines Genossen und Freundes . . . Die Sache des Sozialismus erfordert, gegen jene zu kämpfen, die Gides Kritik mißbrauchen, nicht aber gegen A. Gide, der mit seiner Kritik . . . der sozialistischen Sache nutzen und ihr einen guten Dienst erweisen will und kann . . . Wer sich auf das harte Verdikt beruft, das Gide über die offizielle künstlerische Arbeit in der UdSSR fällt – und die zweifellos durch und durch akademisch, konventionell, geistlos und kitschig ist –, sympathisiert sicherlich bei uns mit den Tendenzen der künstlerischen Avantgarde.“²⁸ Im zweiten Teil seiner Rede wandte sich Teige, „darüber entrüstet, daß man in der UdSSR diesen oder jenen Gedichtband oder Dramentext konfisziert habe“, gegen Tendenzen, die Kritik an der sowjetischen Kulturpraxis zu unterdrücken und sie als antisozialistisch hinzustellen: „Die Ansicht, jede Kritik an einem Land, das die Revolution vollzog, sei Blasphemie und ein konterrevolutionärer Akt, steht natürlich in grundsätzlichem Widerspruch zur wahren Natur des revolutionären Sozialismus . . . Das sozialistische Denken kann sich nur in der demokratischen Atmosphäre einer freien Kritik

²⁶ Bohumil Mathesius, *André Gide a Sovětský svaz (A. G. und die Sowjetunion)*, in: A. Gide, *Návrat ze Sovětského svazu (Rückkehr aus der Sowjetunion)*, Prag 1936, S. 67–73.

²⁷ Gustav Winter, *Rozčarování A. Gida (Die Ernüchterung des A. G.)*, *Literární noviny* Jg. IX, Nr. 9, 16. 1. 1937, S. 1 ff.

²⁸ Karel Teige, Rede auf dem Diskussionsabend im Klub „Přítomnost“ am 14. 1. 1937, in: Teige, *Zápisy*, S. 626–632.

entfalten . . . Zu glauben, die Unterdrückung von Kritik und das Verschweigen von Meinungsverschiedenheiten könne den erwünschten geistigen Konformismus innerhalb des sozialistischen Lagers herbeiführen, zu verkünden, Kritik und Diskussion schwächen Kraft und Autorität der Bewegung, hieße realiter, einen geschmacklosen Polizei-Standpunkt zu vertreten . . . In den Augen kleinmütiger Eiferer gilt heute die Nichtübereinstimmung mit dieser oder jener Direktive der sowjetischen Kulturpolitik als objektiv konterrevolutionärer Akt: Kritik an der Sowjetkunst und den blutarmen Früchten des sozialistischen Realismus bzw. Klassizismus betrachtet man als Sektierertum und hämisches Intellektualisieren . . . Die geistige Homogenität der sozialistischen Front, die das Gegenteil einer zwangsweisen administrativen Gleichschaltung ist, setzt die Möglichkeit der freien Äußerung aller Standpunkte voraus, die ständige Konfrontation aller Tendenzen, die vollständige intellektuelle Freiheit und Unabhängigkeit des Urteilsvermögens, ohne das Risiko eines Irrtums zu scheuen.“²⁹ Teige sprach hierbei nicht explizit die Kampagne der heimischen kommunistischen Presse gegen die tschechische Avantgarde an, was seinen Standpunkt ohne Zweifel etwas relativiert. Dennoch verurteilte er von allen unabhängigen Linksintellektuellen die sowjetische Kulturpolitik und den Niedergang der Sowjetkunst nach dem Eingreifen Stalins bis dahin am konsequentesten und schärfsten. Er reklamierte am entschiedensten das Recht auf eine kritische Distanzierung von der Gleichschaltung der Sowjetkultur und lehnte die Qualifizierung einer solchen Kritik durch Parteikreise als „antisozialistisch“ bzw. „antisowjetisch“ nachdrücklich ab.

S. K. Neumanns Antwort an Gide, sein Pamphlet „Anti-Gide aneb optimismus bez pověr a iluzí“ (Anti-Gide oder Optimismus ohne Aberglauben und Illusionen) vom Mai 1937 riß endgültig eine unüberbrückbare Kluft zwischen Befürwortern und Gegnern der Stalinschen Kampagne. Dabei spielte auch die vulgäre Wortwahl bei Neumanns Invektiven, die Überfülle an Beleidigungen und Beschimpfungen keine kleine Rolle. Sie haben die Diffamierungen eines Kopecký oder Štoll in den fünfziger Jahren gleichsam vorweggenommen.

„Die beleidigten Intelligenzler können der Sowjetunion nicht verzeihen, daß sie mit dem Surrealismus nichts gemein haben will . . . Ein Teil der [tschechischen] dekadenten Literaten und Künstler stellt sich schon ganz offen gegen das Volksregime in der Sowjetunion. Und einer der Gründe für die Intelligenzler-Revolt gegen die Sowjetunion ist, daß diese Herren sehen, wie sich das siegreiche Proletariat von allen dekadenten, modernistischen Spielereien distanziert . . . Die Sowjetunion hat die verbohnten Intellektuellen und kleinbürgerlichen Intelligenzbolzen enttäuscht, weil das Proletariat nicht mehr Interesse für ihre dekadenten Heiligen und subjektivistischen Spielereien zeigte als die Bourgeoisie . . . Selbst wenn die Intelligenzbolzen mit irgendeiner linken Ideologie kokettieren, bleiben sie doch entsprechend ihrer Lebensart und ihrem Schaffensgepräge eine mykologische ‚Flora‘ bürgerlicher Mistbeete . . . Ein gewisser Minderwertigkeitskomplex bei Arbeiterintellektuellen und -journalisten, Angst vor einem tönenden Teigetum, das bei uns einige Jahre sei-

²⁹ Ebenda.

nen Zauber mit marxistischen Zitaten trieb, der kindische Glaube, die sogenannte künstlerische Avantgarde sei ein Teil der revolutionären Vorhut des Proletariats und müsse um jeden Preis unterstützt und verehrt werden, all das führte zur Etablierung eines unkritischen und unmarxistischen Kurses in den Kolumnen der sozialistischen Presse . . . Die sozialistische Revolution hat nichts gemein mit den heutigen ästhetischen ‚Revolutionen‘ im intelligenzlerischen Wasserglas, das allenfalls eine großstädtische, Kaffeehaus-ähnliche, lauwarmer, schlecht gefilterte, kunterbunt gestüßte, parfümierte und gefärbte Flüssigkeit für den verdorbenen Magen einer isolierten Kaste enthält.“³⁰

Neumann attackierte die Vertreter der Avantgarde zudem als „Hysteriker und Hosenscheißer, aufgeblasene Protze und Originalitätshascher aus Kaffeehäusern und Elfenbeintürmchen, Intelligenzbolzen, die für irgendeinen ‚ismus‘ oder aus verletzter Eitelkeit zu jedem Verrat bereit sind“. Neumanns Pamphlet war ein Lehrstück Stalinschen Dogmatismus‘ hinsichtlich kompositorischer und formaler künstlerischer Verfahren. Keiner der kommunistischen Advokaten der „Formalismus“-Kampagne befürwortete die sowjetische Kulturpolitik derart vorbehaltlos und aggressiv, keiner von ihnen fällt ein so arrogantes und vulgäres Urteil über die gesamte Avantgarde, keiner verbannte sie mit derartigem Pomp aus der Linkskultur wie eben Neumann.

Neumanns Anti-Gide fand den frenetischen Beifall der kommunistischen Kritik, allerdings nur der zweiten und dritten Garnitur (Fučík, Štoll, Nejedlý, Jilemický, Václavek u. a.), wenn man Marie Pujmanová und Nezval ausnimmt³¹. Letzterer war im Grunde der einzige herausragende Dichter, der sich in die Neumann-Front einreihete. In einer geschmacklos devoten Ode apostrophierte er Stalin als „großen Klavierstimmer“, der die „vermoderten Saiten“ herausreißt³². Haupt-Trommler für den Anti-Gide war allerdings L. Štoll, der offiziöse Kulturtheoretiker der KPČ, der das größte Verdienst dieses „Buches von europäischem Rang“ darin sah, daß es „die Wurzeln dieser individualistischen, subjektivistischen, edel-anarchistischen Mentalität der ‚modernen‘ Literaten, der bürgerlichen, liberalistischen, pragmatistischen, formal demokratischen und vor allem der trotzkisierenden Intellektuellen aufzeigte“³³. Als der junge Dichter Kamil Bednár im Namen der Avantgarde gegen den

³⁰ S. K. Neumann, *Anti-Gide aneb optimismus bez pověr a ilusí* (Anti-Gide oder der Optimismus ohne Aberglauben und Illusionen), Prag 1937, S. 145–170; s. auch ders., *Sebrané spisy* (Gesammelte Schriften) Bd. 17, Prag 1951, S. 105–137.

³¹ Eine Apologie Václaveks und Pujmanovás druckt ab Ladislav Štoll, *Z bojů na levé frontě* (Aus den Kämpfen an der Linksfrent), Prag 1964, S. 452 f. Zu Václaveks Reaktion auf Neumanns Standpunkt vgl. Květoslav Chvatík, *Bedřich Václavek a vývoj marxistické estetiky* (B. V. und die Entwicklung der marxistischen Ästhetik), Prag 1962, S. 177.

³² Vítězslav Nezval, *Pohled na Leningrad s mostu u Zimního paláce* (Ein Blick auf Leningrad von der Brücke beim Winterpalais), in: *Haló-noviny* Nr. 262, 7. 11. 1937 (geschrieben am 3. 11. 1937). Nezval schämte sich nachträglich derart für diese Verse, daß er sie weder in seine Gedichtbände noch in seine Gesammelten Werke aufnahm.

³³ Ladislav Štoll, *Kniha optimismu bez pověr a ilusí* (Ein Buch des Optimismus ohne Aberglauben und Illusionen), in: *Tvorba* Jg. XII, Nr. 24, 11. 6. 1937, S. 369.

Anti-Gide protestierte³⁴, pflichtete Štoll Neumann nur um so nachdrücklicher bei, indem er die Avantgarde mit einem Produkt aus seiner eigenen Werkstatt verteuerte:

„Man sollte darauf hinweisen, wie sehr hinter diesen lyrischen ‚Seismogrammen‘ innerer Verwirrung, Labilität, Ignoranz, wie hinter der abgeschauten verbalistischen Routine, der kein Ausdruck zu ‚abschreckend‘, keine Metapher zu ‚teuflich quälend‘ und grotesk ist, wie hinter all diesem geliehenen Inventar simulierter Leidenschaft ein insgesamt anständiges, harmloses Philisterlein steckt.“³⁵ Solche billigen Formulierungen unterstellten der Avantgarde formale Verfahren und Ausdrucksmittel, die ihr nie eigen waren, und die Verweise auf ein bourgeois-demokratisches Milieu oder gar kleinbürgerliche Kultur waren vollends entstellend.

Unter den kritischen Linksintellektuellen reagierte der Dichter Jan Noha am markantesten auf den Anti-Gide. In einem offenen Brief an S.K. Neumann schrieb er: „Gide fragt zu Recht, weshalb [in der UdSSR] jegliche Kritik außer jener unterdrückt wird, die auf Denunziantentum basiert . . . Darf uns das Schicksal schöpferisch tätiger Menschen – Dichter, Schriftsteller, Theater- und Filmleute – gleichgültig sein, jener, die schon vernichtet worden sind oder denen jeden Augenblick die Vernichtung droht, jener, die der Welt die dichterische und künstlerische Lebenswahrheit des siegreichen Proletariats brachten? Rjazanow, Jasieński, Pilnjak, Ejszenštejn, Pasternak – und wer noch von all denen, die wir nicht kennen und von denen wir nie erfahren werden? . . . Vielleicht betäubst du mit Deiner Verbissenheit in Sachen ‚Aufruhr der Intellektuellen‘ ein Stück Deines Gewissens, das dennoch einen Bruchteil jener Realität erfaßte, die so vielen Kameraden ein für alle Mal den Kosmos über ihren Köpfen zerschlug.“³⁶

Nohas plastischer und suggestiver Brief übertrifft den Protest Bednárs noch, weil er die erschütternde Enttäuschung offenbart, die Neumanns Auftreten den unabhängigen Linksintellektuellen bereitete. Er verrät quälende Verzweiflung angesichts der von den Sowjets Verfolgten, angesichts des Weges, den die Sowjetkunst auf Befehl Stalins eingeschlagen hatte. Der offene Brief ist das Eingeständnis, daß für Noha und Gleichgesinnte eine Welt, an die sie geglaubt hatten, zusammengebrochen war. Er ist ein prägnantes Zeugnis der Reaktion aufrechter Linksintellektueller auf die sowjetische Kulturpolitik und ihre Übernahme durch Stalins tschechische Parteigänger.

In der Presse überwog allerdings das positive Echo auf den Anti-Gide. Die große Mehrzahl seiner erbitterten und entrüsteten Opponenten in den Reihen der Linken

³⁴ Kamil Bednář, Mladý člověk odpovídá S. K. Neumannovi (Ein junger Mensch antwortet S. K. Neumann), in: *Národní osvobození* Nr. 168 und 169, 20. und 21. 7. 1937.

³⁵ Ladislav Štoll, Mladý stařeček odpovídá S. K. Neumannovi (Ein junger Greis antwortet S. K. Neumann), in: *Tvorba* Jg. XII, Nr. 31, 30. 7. 1937, S. 495.

³⁶ Jan Noha, Otevřený list S. K. Neumannovi (Ein offener Brief an S. K. Neumann), in: *U-Blok* Jg. II, Nr. 3, 5. 10. 1937, S. 304 ff. Nohas Äußerungen wurden in der Sekundärliteratur nur von Chvatik, Bedřich Václavek, S. 177, und von Antonín Měšťán, *Geschichte der tschechischen Literatur im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln-Wien 1984, S. 243, S. 343, beachtet.

schwang lieber. Diese Diskrepanz zwischen öffentlicher und privater Kritik ist durchaus erklärlich: Gides Buch galt nun einmal als antisowjetisches Pamphlet, Neumanns Reaktion als „Verteidigung der Front zur Verteidigung der UdSSR“ (Pujmanová). So brachten viele Linksintellektuelle in der von Fučík und Štoll aufgeheizten Atmosphäre nicht genug Mut auf zu riskieren, als Feinde der Sowjetunion abgestempelt zu werden³⁷. Soviel wir wissen, wurden in der Öffentlichkeit nur vier herausragende Ausnahmen bekannt. Teige spottete ein Jahr später, daß sich „der Aufgabe, Gides Reisetagebuch zu dementieren, mit übergroßem Eifer ausgerechnet ein Schriftsteller unterzog, der nie eine Studienreise in die UdSSR unternahm“. Er geißelte die Tatsache, daß der Anti-Gide „gleichsam zum Kulturprogramm der KPČ erhoben“ wurde und brandmarkte Neumanns „Versuch, reaktionärste Kunstauffassungen in eine vulgär-marxistische Terminologie zu kleiden“³⁸. Auch der Literaturkritiker Bohumil Polan verfaßte eine vernichtende Kritik des Anti-Gide, wobei er Neumann offen des Stalinismus im Stile der katholischen Inquisition und des „geistigen Absolutismus“ bezichtigte³⁹. Schließlich meldete sich die sozialdemokratische Linke zu Wort, eine Gruppe von Parteintellektuellen, die in Opposition zur Parteiführung stand und um die „Arbeiterakademie“ und die Zeitschrift „Nová svoboda“ (Neue Freiheit) gruppiert war. Ihr Sprecher fand für den Anti-Gide nur Worte schärfster Verurteilung und demaskierte dessen stalinistischen Grundzug⁴⁰. Der Kulturtheoretiker dieser Gruppe verurteilte den Anti-Gide als „Credo des unerbitlichen Stalinisten“, dessen „heftiger Widerstand gegen die Intelligenz allen Diktaturen ausgezeichnet in die Hände spielt, der sowjetischen wie der faschistischen, die die Intelligenz ausrotten möchten“. Neumann verabscheute nämlich jedes Denken, das sich „nicht auf der Stalinschen Linie und entsprechend der letzten Taktik der Komintern bewegt“.

Auf das höchste empört reagierten die führenden Köpfe der tschechischen Linkskultur, als die sowjetischen Behörden im Oktober 1937 in Moskau eine offizielle Ausstellung tschechoslowakischer Kunst willkürlich zensierten. Sie entfernten alle Bilder Max Švabinskýs (wegen „Unsittlichkeit“), einige Exponate Václav Špálas, die

³⁷ Hierauf wiesen Brabec/Effenberger/Chvatík/Kalivoda, S. 69, hin.

³⁸ Karel Teige, Surrealismus proti proudu, in: Teige, Zápasy, S. 478 f.

³⁹ Im Anti-Gide „bestürzt in beinahe niederschmetternder Weise die tadellose Sicherheit des Gedankensystems“. Aus des Dichters „logischer Technik wird allerdings durch die extreme Vereinfachung der Betrachtungsweise selbst der geringste Rest an Skeptizismus ein für alle Mal ausgeschlossen. Was den Leser im Anti-Gide jedoch vor den Kopf schlägt, ist Neumanns absolute Identifizierung mit der Idee und vor allem der Praxis des Leninschen und insbesondere Stalinschen Marxismus, eine derartige Identifizierung, daß sich ein Vergleich mit dem katholischen Glaubensbekenntnis aus der Zeit der kirchlichen Weltherrschaft geradezu von selbst aufdrängt“. Bohumil Polan, S. K. Neumann v jarní sezóně (S. K. N. in der Frühlingssaison), in: Literární noviny Jg. IX, Nr. 20, 24. 7. 1937, S. 4.

⁴⁰ „Es ist peinlich und erbärmlich, Anti-Gide zu lesen, der jeden, der mit der Linie Stalins nonkonform ist, mit ‚Intellektuellentum‘, aber auch mit viel schlimmeren Ausdrücken abstempelt . . .“ Vladimír Kulhánek, Třídění duchů u komunistů? (Scheidung der Geister bei den Kommunisten?), Nová svoboda XIV, Nr. 42, 22. 10. 1937, S. 405 f. Das nachfolgende Zitat in: Václav Běhounek, Rezension des Anti-Gide, Dělnická osvěta XXIII, Nr. 7, 15. 9. 1937, S. 277.

meisten Werke Jan Zrzavýs und sämtliche Objekte der surrealistischen Maler Štyrský und Toyen. Weiterhin fielen ihrem Eingriff alle Gemälde František Muzikas und Skulpturen Vincenc Makovskýs zum Opfer, ebenso viele Bilder von Jan Preisler, Emil Filla, Vojtěch Sedláček und Ludovít Fulla. Ausgeschlossen wurden aus der Ausstellung zudem eine Karikatur Adolf Hoffmeisters, die den avantgardistischen Theaterregisseur E. F. Burian zusammen mit Mejerchold zeigte, und alle szenischen Entwürfe des Burianischen Theaters D 37, das von Kreisen der KPČ in Moskau als „trotzkistisch“ denunziert worden war⁴¹. Diese Zensurmaßnahmen erfolgten nach den gleichen Maßstäben, die ein Jahr zuvor bei der Säuberung der Tretjakov-Galerie gegolten hatten. Der tschechoslowakische Ausstellungsbeauftragte, Dr. Kamil Novotný von der Prager Nationalgalerie, ließ sich dies unverständlicherweise gefallen. Präsentiert wurde so nur ein Torso dessen, was als Leistungsschau der tschechoslowakischen Bildenden Kunst gedacht war. Aber die Bilderstürmer waren dilettantisch zu Werke gegangen, denn der russische Katalog verzeichnete sämtliche – auch die nicht ausgestellten – Werke. Die Veranstaltung geriet damit zu einem internationalen Kulturskandal, der ohne weiteres den Vergleich mit der Internationalen Karikaturen-Ausstellung im Prager „Mánes“ von 1934 aushält, als die Nationalsozialisten die Veranstalter ähnlich unter massiven Druck gesetzt hatten. Als Špála einige Angaben Krejcars über die Moskauer Vorkommnisse korrigierte, nutzte Štoll die Gelegenheit, Krejcars Bericht als „eine dieser zahllosen antisowjetischen Tratschereien“ zu diffamieren, „mit denen sich einige Kaffeehaus-Hysteriker gegenseitig bewirten“. Die Entrüstung in der unabhängigen tschechischen Linkskultur stigmatisierte er gar als „rätselhaftes Residuum von Charakterlosigkeit und Halbgebildetheit zweifelhafter Individuen“⁴². Štoll übertrieb bei seinen Attacken stark, denn die Empörung der linken Künstler in der Öffentlichkeit hielt sich in Grenzen. Sie verschaffte sich hauptsächlich in erregten internen Diskussionen Luft⁴³.

Diese Tatsache unterzog der Kunsthistoriker und -kritiker František Kovárna seiner beißenden Kritik. Er hielt der tschechoslowakischen Kulturgemeinde vor, sie schweige hartnäckig: „Auf den tschechoslowakischen Pfaden ist es menschenstill“, schrieb er: „Wollen wir ... erfahren, was tatsächlich mit unserer Kunst in Rußland geschah, und halten wir eine Vertuschung der Tatsachen für unmoralisch, dann handeln wir allein im Interesse unserer eigenen Freiheit, in der Sorge um unser eigenes kulturelles Schicksal. Das in diesem Falle überlaute Schweigen ist allmählich mehr als nur eine Folge alter tschechischer Illusionen über Rußland, deren Pflege sich von

⁴¹ Jaromír Krejcar, Bericht in *Přítomnost* Nr. 45 und 50, 10. 11. und 15. 12. 1937, S. 709 und S. 800. Zu Krejcars Enttäuschung über die sowjetischen Kulturverhältnisse vgl. Jana Černá, Milena Jesenská, Frankfurt 1985, S. 104 f.; Karl Teige, *Surrealismus proti proudu*, in: Teige, *Zápasy*, S. 476 f.; Václav Špála, *Otevřený list* (Offener Brief), in: *Přítomnost* Nr. 49, 8. 12. 1937, S. 784; E. F. Burian, *Pražská dramaturgie 1937* (Prager Dramaturgie 1937), Prag 1938, S. 89.

⁴² Ladislav Štoll, *Václav Špála odpovídá pomlouvači* (V. S. antwortet einem Verleumder), in: *Tvorba* Jg. XII, Nr. 51, 17. 12. 1937, S. 813 f.

⁴³ Vgl. E. F. Burian, *Pražská dramaturgie*, S. 89.

der Rechten auf die Linke verlagerte, wir beginnen vielmehr auch andere Dinge zu verschweigen, ... und wir beginnen in unserer geistigen Bequemlichkeit sogar, uns wie mein naiver Informant mit übergeordneten politischen, ja staatlichen Interessen zu entschuldigen.“⁴⁴ Die Bedeutung dieser Aussage liegt auch darin, daß ohne Umschweife nationalsozialistische und sowjetische Kulturgleichschaltung als identisch betrachtet werden. Darüber hinaus zeigt sie deutlich, wieviel Opportunismus es selbst unter kritischen Linksintellektuellen gab, wenn sich diese scheuten, allein aus Rücksicht auf das Bündnis zwischen Prag und Moskau ihre wahre Meinung über die Stalinsche Kulturpolitik offen zu äußern. Dies war keine neue Erscheinung – der Opportunismus war bereits anlässlich des Anti-Gide zutage getreten, als sich mancher Intellektuelle nicht die Finger verbrennen mochte und es vermied, öffentlich seiner Empörung Luft zu schaffen. Die Angst, des Antisowjetismus beschuldigt zu werden, lähmte weiterhin viele von ihnen.

Diese konflikträchtige und emotionsgeladene Krise wurde durch die Diskussionen über den sowjetischen Feldzug gegen Mejerchold und die Liquidierung seines Theaters noch weiter angeheizt. Mejerchold hatte Prag im Oktober und November 1936 besucht, Inszenierungen des Theaters D 36 und des „Befreiten Theaters“ gesehen und mit E. F. Burian sowie Voskovec und Werich diskutiert. Insbesondere Burian sah in Mejerchold nicht nur einen revolutionären sowjetischen Regisseur von Weltrang, sondern auch einen ihm wesensverwandten Künstler. Das „Programm des D 36“ veröffentlichte Berichte von Diskussionsauftritten Mejercholds in der UdSSR im April 1936, und im Herbst 1936 informierte Burian auch die tschechische Öffentlichkeit über seine Begegnungen mit Mejerchold⁴⁵. Hierbei dürfte sich Mejerchold eindeutig über den reaktionären Charakter der Stalinschen Kampagne gegen den „Formalismus“ geäußert und Burian darüber aufgeklärt haben. Als nämlich im Sommer 1937 in der UdSSR die Hetze gegen Mejerchold und den mit Burian ebenfalls geistesverwandten Tairov begann, publizierte Burian eine vernichtende Kritik der sowjetischen Theaterszene⁴⁶, die die kommunistische Presse zu wütenden Protesten veranlaßte⁴⁷. Ein übler Artikel des unrühmlich bekannt gewordenen Keržencev, mit dem dieser in der Prawda das Mejerchold-Theater scharf angriff⁴⁸, steigerte Burians Empörung noch. Diese Entrüstung wurde von Vertretern der unabhängigen tschechischen Kulturpresse geteilt, die Mejerchold ebenfalls verteidigten, seinen Beitrag

⁴⁴ František Kovárna, *Pěstování ilusí* (Pfleger von Illusionen), KM Jg. I (1938), S. 47 f.

⁴⁵ E. F. Burian, V. Mejerchold a Zinajda Rajchová hosty kolektivu D 37 (V. M. und Z. R. Gäste des Kollektives des D 37), in: *Rudé právo* 4. 11. 1936; gemeinsames Interview mit Mejerchold im D 37, in: *Programm der D 37*, Bd. 5, S. 74. Die Behauptung von Obst/Scherl, S. 259, Mejerchold habe Burian „durch einseitige Information über den Diskussionsverlauf in der UdSSR stark negativ beeinflusst“, ist absurd.

⁴⁶ E. F. Burian, *Škola základ života* (Die Schule, Basis des Lebens), in: *Čin* (Die Tat) Jg. IX, Nr. 14, 26. 8. 1937, S. 110 ff.

⁴⁷ Josef Rybák, *Kde je dnes ruské divadlo?* (Wo steht heute das russische Theater?), in: *Rudé právo* 28. 8. 1937.

⁴⁸ Pjotr Keržencev, *Čužoj teatr*, in: *Prawda* 17. 12. 1937, zit. nach Obst/Scherl, S. 265.

zur Entwicklung des modernen Theaters rühmten und die sowjetische Hetzkampagne anprangerten⁴⁹. Auf die amtliche Schließung des Mejerchold-Theaters reagierte Burian mit einem Zornesausbruch: „Ich habe keine Lust“, schrieb er, „jenen, die an meine rechtschaffene Arbeit glauben, vorzulügen, die Theaterverhältnisse in der UdSSR seien vorzüglich. Nur ein Lügner könnte aber dieser meiner kritischen Einstellung zu den Theaterverhältnissen in der Sowjetunion irgendwelche politischen, antisowjetischen Absichten unterstellen.“⁵⁰ Die bürokratischen Maßnahmen gegen Mejerchold inspirierten Burian ab Ende Januar 1938 zu dem Plan, zusammen mit dem Regisseur Jindřich Honzl und dem Theaterkritiker Josef Träger einen Sammelband über den großen Kollegen herauszugeben, um damit in aller Schärfe gegen das Berufsverbot für Mejerchold zu protestieren⁵¹. Er ließ diese Idee jedoch Ende Mai 1938 fallen, als die KPČ zur Jagd gegen Teiges „Surrealismus proti proudu“ (Surrealismus gegen den Strom) blies und Burian befürchten mußte, wieder – wie schon 1937 – des Trotzismus beschuldigt zu werden⁵².

Die kommunistischen Befürworter der Stalinschen Kulturpolitik begrüßten selbstverständlich die Liquidierung des Mejerchold-Theaters. Zu ihnen gehörte der sauer-töpfische, wenig informierte Vertreter antiquierter künstlerischer Konventionen, Prof. Z. Nejedlý⁵³, von Beginn an vor allem aber Julius Fučík. In einem wahrlich lesenswerten Traktat warf er Mejerchold „eine gewisse Entfremdung von der stürmisch wachsenden sowjetischen Realität“ vor, da er den „Konflikt zwischen der gereizten und äußerst empfindlichen künstlerischen Individualität und dem organisierten revolutionären Kollektiv“ gesucht habe. Er fand es mehr als entsetzlich, daß so viele tschechische Intellektuelle nach Keržencevs Artikel „ihre Gefühlsströme auf die Mühlen anisowjetischer Hochstapler“ gegossen hätten und daß bereits ein „Schwarm schmieriger Mißgeburten der Konterrevolution durch die Prager Kaffeehäuser schwirrt, schreibt, protestiert: ‚rettet‘ Mejerchold“. Der Protest gegen das Totschweigen eines der bedeutendsten Vertreter der Avantgarde erschien als antisowjetischer Akt. In den Augen Fučíks zeigte der Fall Mejercholds, „zu welchen

⁴⁹ „Mejercholds Arbeit bedarf wahrhaftig nicht unserer Verteidigung. Seine bahnbrechende Regietätigkeit stellt ein wichtiges Kapitel des Theaterwesens in der ganzen Welt dar . . . Die Beziehungen zwischen Regisseur und Schauspieler sind viel zu kompliziert, als daß man sie mit der neuen sowjetischen Methode aufschlüsseln könnte.“ Marie Bergmanová, *Zápas o Vs. Mejercholda* (Der Kampf um Vs. Mejerchold), in: *Literární noviny* Jg. X, Nr. 8, 29. 1. 1938, S. 4.

⁵⁰ Burian, *Pražská dramaturgie*, S. 87f. Sehr bezeichnend ist die nachfolgende Bemerkung des Verfassers: „Ich bewundere die fortschrittliche Politik in der UdSSR, die die Verwirklichung des Sozialismus anstrebt . . ., aber dies darf mich nicht daran hindern, als arbeitender Bürger meines Landes stolz zu sein auf das kulturelle Niveau unseres Volkes, und es darf mich nicht dazu verführen, daß ich mich derart erniedrige und die Bürger großer Staaten um Vergebung bitte, daß ich ‚nur‘ in der Tschechoslowakei geboren wurde.“ Ebenda.

⁵¹ Josef Träger, *Pocta V. S. Mejercholdovi* (Die Ehrung für V. S. Mejerchold), in: *Panorama* Jg. XVI (1938), S. 76 ff.

⁵² Ebenda, S. 151.

⁵³ Zdeněk Nejedlý, *Kolem Mejercholda* (Um Mejerchold), in: *Praha-Moskva* Jg. II, Nr. 2, 25. 1. 1937, S. 49f.

Absurditäten die Prager intellektuelle Hysterie hinsichtlich der Sowjetunion bereits führte ... Was immer Du gegen die Sowjetunion unternimmst, wendet sich gegen den Fortschritt überhaupt ... Hier kannst Du mit ‚guten Absichten‘ sowie einer gehörigen Portion Unkenntnis und politischer Ignoranz größeren Schaden anrichten als der verbissenste Feind ... Vergiftet es nicht die Sowjetunion, so vergiftet es wenigstens Dich, Du Linksintellektueller ... Nun, es ist eben schon mehr als ein trauriger Zug mancher tschechischer Intellektueller, daß sie die einstige sowjetophile Ängstlichkeit um das Gelingen des gemeinsamen Werkes leicht und rasch gegen eine antisowjetische Hysterie eintauschen.“⁵⁴ Fučík war augenscheinlich außerstande zu begreifen, daß sich nicht das Verhältnis der Linksintellektuellen zur sowjetischen Realität gewandelt hatte, sondern diese Realität selbst. Zudem gab er zu erkennen, wie sehr ihm das kritische Denken der linken Intelligenz mißfiel, deren Empörung über die Hetze gegen Mejerchold derartige Ausmaße erreichte, daß sich noch Jahre später ein stalinistischer Literaturhistoriker hierüber echauffierte⁵⁵.

Neumann ging noch weiter als Fučík, denn er verkündete, die Liquidierung des Mejerchold-Theaters sei „einhellig und vorbehaltlos zu begrüßen“. Mit seinem polemischen Temperament ließ er sich sogar zu einem von völliger Ignoranz geprägten Verdikt hinreißen: „Die ganze gesunde, nicht-bürgerliche und nicht-snobistische Kulturwelt hat schon die Nase voll von der selbstgefällig individualistischen Verstümmelung der Klassiker des Dramas, der Umwandlung von Schauspielern zu Clowns, des Theaters zu einem Zirkus. Ein Theater, das ein Regisseur durch Willkür und Anmaßung zu einem Zirkus gestaltet, ist eine Mißgeburt.“⁵⁶ Neumann, ganz von der Stalinschen Kulturpolitik eingenommen, ließ sich hier auch von seiner tiefen Abneigung gegen die Avantgarde und ihre künstlerischen Verfahren hinreißen. Er muß somit übersehen haben, daß Mejercholds Verdienste für das moderne Theater gerade darin bestanden, was ihm so provokant erschien.

Auf Fučíks Artikel reagierte B. Mathesius, Neumann antworteten Roman Jakobson und Teige. Mathesius zog die Abqualifizierung Mejercholds als eines „der Sowjetunion fremden Menschen“ ins Lächerliche und erblickte in seinem Sturz den „Abschluß eines großen Kapitels im Theaterwesen nicht nur Rußlands, sondern der ganzen Welt“. Sein Urteil, Mejerchold sei „dem Dank eines veränderten Tempos und einer sich ändernden Strukturierung der sowjetischen Gesellschaft erlegen“, klingt allerdings etwas seltsam. Gleichwohl reagierte er auf die Moskauer Propaganda-Phrase, das „Sowjetvolk brauche Mejerchold nicht“, mit dem kategorischen Argument, dies sei „dann ein Fehler des sowjetischen Zuschauers, keineswegs

⁵⁴ Julius Fučík, Mejerchold a pražská hysterie (Mejerchold und die Prager Hysterie), in: *Tvorba* Jg. XIII, Nr. 1, 7. 1. 1938, S. 17 ff., geschrieben noch vor der Schließung des Mejerchold-Theaters.

⁵⁵ Vgl. Jaromír Lang, S.K. Neumann a Bedřich Václavěk o „krizi československých intelektuálů“ 1936–1938 (S.K.N. und B.V. über die „Krise tschechoslowakischer Intellektueller“ 1936–1938), in: *Václavkova Olomouc 1962*, Ostrau 1964, S. 311.

⁵⁶ S.K. Neumann, *Zrušení divadla Mejercholdova* (Die Auflösung des Theaters Mejercholds), in: *Lidová kultura* (Volkskultur) Jg. II, 2. 2. 1938.

Mejercholds“. Im Namen der Freiheit des künstlerischen Ausdrucks hielt er der Sowjetunion denn auch vor: „Ein 170-Millionen-Volk könnte sich trotz allem – und sei es nur als Experiment – ein Theater und einen Regisseur à la Mejerchold erhalten“⁵⁷. Wesentlich schärfer drückte sich Jakobson aus, der auf den „schreienden Widerspruch“ zwischen der „vorbehaltlosen Billigung“ der Verfolgung eines Künstlers, der Blok wie Majakowskij als „genialer Schöpfer und größter moderner Regisseur“ galt, und der Mission von Neumanns Zeitschrift „Lidová kultura“ (Volkskultur) hinwies. Er betonte, hier schreibe ein Autor über Mejerchold, der dessen Theater im Leben nie gesehen habe und nicht einmal die Fachliteratur über ihn kenne. Neumanns Vorwurf, Mejerchold habe das Theater zum Zirkus gemacht, verglich er mit den zaristischen Angriffen auf Gogol. Entsprechend verbat sich Jakobson die unqualifizierten Äußerungen eines senilen Dichters über Dinge, von denen er nichts verstehe, und entlarvte so Neumanns Ignorantentum⁵⁸. In ähnlichem Sinne meldete sich Teige zu Wort: Neumann sei ein „Mensch, der nie Mejercholds Theater gesehen und über ihn nicht mehr gelesen hat als höchstens sein Todesurteil, ... und dennoch besitzt er die Dreistigkeit, bedingungslos einen der peinlichsten Akte von Kulturfeindlichkeit unserer Zeit zu billigen“⁵⁹.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Kontroverse um Mejerchold steht ein schwerwiegender Konflikt zwischen Emil F. Burian und der kommunistischen Presse. Bereits in einem Programmheft zur Premiere des „Eugen Onegin“ im D 37 am 26. Januar 1937 hatte Burian mit polemischer Schärfe auf die sowjetische „Formalismus“-Kampagne reagiert. Er fühlte wohl, daß die von den Stalinschen „sozialistischen Realisten“ in der ČSR übernommene Konzeption dieser Kampagne die Definition eben dieses Realismus' auf eine Burian gänzlich fremde und seiner Dramaturgie entgegengesetzte Strömung einengte, daß sie alles verdamme, was die Originalität seiner Kunst ausmache, und daß er von den „Naturalisten und Dilettanten“ bedroht wurde. Dementsprechend stellte er in den Mittelpunkt seiner Inszenierung des „Hamlet III.“, der am 31. März 1937 Premiere hatte, den Typus des schwankenden Intellektuellen, der zur Zielscheibe brutaler Angriffe gegen die Avantgarde wird; dadurch transponierte er Shakespeares Vorlage in ein „Manifest für die Rechte der kultivierten Menschen“, in einen „Akt, der die Kunst zum charakteristischen Besitz aller zukünftigen Gesellschaften erklärte“⁶⁰. Er bündelte in seiner Figur des Hamlet, eines zeitgenössischen Künstlers, die Grundproblematik gesellschaftlicher Beziehungen und mit aller ihm zu Gebote stehender szenischer Zauberei brachte er dabei das Gefühl der Entfremdung des avantgardistischen Künstlers gegenüber der Welt, die ihn umgibt und erstickt, zum Ausdruck. Diese

⁵⁷ Bohumil Mathesius, *Bezdětný genius* (Das kinderlose Genie), in: *KM Jg. I* (1938), S. 91 f.

⁵⁸ Roman Jakobson, *Diskussionsbeitrag*, in: *U-Blok Jg. III*, Nr. 1, 31. 3. 1938, S. 86 f.

⁵⁹ Karel Teige, *Diskussionsbeitrag für den U-Blok vom 2. 3. 1938* (unveröffentlicht), in: *Teige, Zápasy*, S. 667 f.

⁶⁰ Burian, *Pražská dramaturgie*, S. 87.

Interpretation wurde von der liberalen linken⁶¹ und der trotzkistischen Presse⁶² wohlwollend als Umsetzung der sowjetischen Diskussionen aufgefaßt.

Die Kommunisten überhäufte Burian mit harter Kritik. Štoll begründete sein Verdikt immerhin noch mit künstlerischen Argumenten, indem er das Stück als „formal schlecht gelungen“, als „unsaubere, verkrampfte Arbeit“ und als „offensichtlichen Ausrutscher“ ablehnte⁶³. Fučík dagegen zielte unverhohlen auf den kulturpolitischen Hintergrund der Inszenierung und diffamierte sie als „Tritt auf die Hühneraugen des Künstlers“, als „Ereignis, das den empörten Protest einer breiten Öffentlichkeit verdient“, als Burians Aufruhr „gegen irgendeinen imaginären Konformismus, der ihn realiter gar nicht beengt und nie beengte und dessen Gefühl ihm von außen insinuiert wurde“. Die Vorwürfe, er habe einen „Kaffeehaus-Hamlet“ präsentiert, der „läppische Künstlernöte“ verrate, münden in der Erkenntnis Fučíks, „gegen was alles E. F. Burian in seinem Hamlet protestiert, was er alles parodiert, wem er zu schaffen macht und wen er denn verteidigt“ – Protest nämlich gegen die sowjetische Kulturpolitik und Verteidigung deren Opfer einerseits, Protest auch gegen die Verketzerung der Avantgarde seitens der tschechischen Epigonen Stalins⁶⁴. Burian verschärfte den Konflikt durch seine temperamentvolle Verteidigung des Stückes noch, indem er erneut die „Dilettanten und Naturalisten“, die er in den Reihen der KPČ erblickte, heftig attackierte und seinerseits den ihm gemachten Vorwurf verspottete, er habe seine dramaturgische Absicht schematisch als „ästhetische Willkür“ zum Tragen gebracht⁶⁵. Noch ein halbes Jahr später verteidigte er seine Auffassung von dem Stück und dessen Hauptfigur mit einem Gegenangriff. Dabei ließ er deutlich werden, daß die scharfe Polemik gegen die Stalinsche Kulturpolitik für ihn eine wesentliche Motivation zu dieser Inszenierung gewesen war⁶⁶. Seiner Meinung nach habe den kommunistischen Kritikern des Stückes vor allem dessen Shakespearesches Motto aus „Wie es euch gefällt“ nicht gefallen: „Gebt mir mein buntes Narrenkleid, laßt frei mich reden, wie mirs dünkt, und durch und durch will ich den faulen Leib der Welt schon säubern.“ Und Burian fuhr fort: „Nie mand kann die traurige Tatsache hinwegdiskutieren, daß wirklich so viel im Staate Dänemark faul ist, daß schnellstens die berühmten Hamletschen Totengräber kommen sollten, um mit dem Beil die rings um uns so gewaltig aufgestellten despotischen Throne zu zerschlagen. ‚Hamlet III.‘ ist kein Stück, über das man so einfach ohne

⁶¹ Positive Rezensionen publizierten u. a. Jindřich Vodák, in: *České slovo* 1. 4. 1937 und 14. 4. 1937; Josef Träger, in: *A-Zet* 2. 4. 1937; Eduard Bass, in: *Lidové noviny* 2. 4. 1937.

⁶² Závěš Kalandra, *E. F. Burianův Hamlet III.*, in: *Světovzor* Jg. XXXVI (1937), S. 229. Dort (S. 217) findet sich auch eine Fotomontage, die Burians Verhaftung in Gottwalds zukünftiger Tschechoslowakei zeigt.

⁶³ Ladislav Štoll, *Dítě a Hamlet (Das Kind und Hamlet)*, in: *Tvorba* Jg. XII, Nr. 20, 12. 5. 1937, S. 319.

⁶⁴ Julius Fučík, *Burianův „Hamlet III.“*, in: *Rudé právo* 2.–3. 4. 1937. Vgl. ders., *Divadelní kritiky (Theaterkritiken)*, Prag 1956, S. 437–441.

⁶⁵ Auftritte Burians vor der Jugend im Kunstverein „Mánes“ am 9. 4. 1937 (Programm des D 37, Bd. 1, S. 27) und auf einem Diskussionsabend in YMCA am 28. 5. 1937 (*Studentský časopis/Studentenzeitung* Jg. XVI, Nr. 10, 10. 6. 1937, S. 228).

⁶⁶ Burian, *Pražská dramaturgie*, S. 86–91.

Berücksichtigung jener Umstände den Stab brechen kann, die einen heutigen Künstler zum Protest gegen ungerechte Angriffe auf sein Schaffen zwingen ... Die Folgen wie den Grund für die Konzipierung ‚Hamlets III.‘ können wir heute überall rings um uns sehen, hauptsächlich aber in der geistlosen Polemik um den Formalismus.“⁶⁷

Burian, der sein Stück als „Manifest für die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks“ begriff, als „Manifest der Kunst für jene Rechte, die ihr in der Gesellschaft unstrittig zustehen“, warf Štoll vor, „naive vulgärmarxistische Artikel“ verfaßt zu haben, und Fučík präsentierte er als „abschreckendes Beispiel“ der Degenerierung „auf das Niveau eines wildgewordenen Kleinbürgers, der imstande ist, ihm unverständliche Bilder zu zerschneiden oder Bücher zu verbrennen, die ihn stören“⁶⁸. Folglich sah Burian in seinem eigenen Vorgehen keineswegs eine „ästhetische Umkehr“ oder einen Verrat an seinen bisherigen, bahnbrechenden Prinzipien, erst recht kein „System insinuierter Ideen“, „eine untergeschobene Waffe gegen einen vermeintlichen Feind“, wie ihm Theaterwissenschaftler noch Anfang der sechziger Jahre vorhielten⁶⁹. „Das Klassenbewußtsein gestaltet das Werk weder inhaltlich noch formal“, betonte Burian, „es gleicht das Innere des Künstlers einer bestimmten Weltanschauung an, jedoch ohne Einwirkung auf den künstlerischen Ausdruck“⁷⁰. Die stalinistisch geprägte Parole von der „Volkstümlichkeit der Kunst“ erschien ihm deshalb als „Pseudo-Terminus von Kitsch-Interpreten“, mit dem die sozialistischen Kritiker stalinschen Zuschnitts allenfalls der Bourgeoise dienen⁷¹. Für Burians Verteidigung trat, wie erwähnt, die marxistische Opposition der Linksinтеллектуellen in der Sozialdemokratie auf, die Hamlet III. als „ein gewichtiges Werk, vielleicht eines der gewichtigsten, das auf seiner Bühne erschienen ist“, würdigte⁷².

Der Konflikt spitzte sich weiter zu, als Burian am 31. August 1937 eine Bühnenauffassung von Jaroslav Žák „Škola základ života“ (Die Schule, Basis des Lebens) zur Aufführung brachte. Hier warf ihm die kommunistische Presse vor, die kompromißlose Sozialkritik verlassen zu haben⁷³. Im Dezember 1937 kam es schließlich zum

⁶⁷ Ebenda, S. 86, S. 90.

⁶⁸ Ebenda, S. 87. „Speziell die Referenten der kommunistischen Presse“ machte Burian in seinem Stammbuch darauf aufmerksam, „daß sie für eine Beurteilung mehr benötigen als nur einige brauchbare Phrasen. Urteile so hopplahopp zu fällen, kann sich höchstens ein Redakteur mit einem Spatzenhirn erlauben, ein Redakteur jedoch, der verantwortungsbewußt eine fortschrittliche Leserschaft informieren soll, muß zumindest von sich selbst dasselbe Verantwortungsbewußtsein fordern, das er dem Künstler abverlangt.“ Ebenda, S. 91.

⁶⁹ Obst/Scherl, S. 261.

⁷⁰ E. F. Burian, Rede anläßlich der Eröffnung des ersten „salon na chodbě“ (Salon auf dem Gang), in: Programm des D 38, Bd. 2, 24. 9. 1937; auch ders., Pražská dramaturgie, S. 25.

⁷¹ Burian, Pražská dramaturgie, S. 31.1

⁷² „Vor uns wächst da ein wahres Werk heran, voll von tiefen Aufnahmen in die heutige furchtbare Welt, ein durchaus aktuelles und großes Werk, nicht nur was die Bühnenbewältigung angeht, sondern auch Absicht, Aufbau und Gedanken.“ Irena Schönbergerová, E. F. Buriana odmítaný Hamlet III. (E. F. Burians abgelehnter Hamlet III.), Nová svoboda XIV, Nr. 15, 17. 4. 1937, S. 180.

⁷³ Jan Krejčí, E. F. Burian a Žák, in: Tvorba Jg. XII, Nr. 37, 7. 9. 1937, S. 583.

Eklát, als im Gefolge der Hetzkampagne gegen Mejerchold auf Einschreiten sowjetischer Behörden auch die Szenenentwürfe des D 37 aus der Moskauer Ausstellung tschechoslowakischer Kunst entfernt wurden. Burian reagierte mit seiner „anregenden, aufrüttelnden und couragierten“ Buchstudie „Pražská dramaturgie 1937“ (Prager Dramaturgie 1937), die Mathesius mit den Worten kommentierte: Burian „will sich nicht von der Formel des Sozialrealismus einschnüren lassen, ja ihm geht der ständige Ruf nach Ordnung im Namen dieser, bisher im Grunde nicht konkret definierten Parole auf die Nerven“⁷⁴. Burians eindeutige Stellungnahme reinigte die von stalinistischen Tiraden muffig gewordene Luft, als er sich schroff von den sowjetischen ästhetischen Idealen distanzierte: „Das werktätige Volk der Tschechoslowakei muß sich bewußt sein, daß keine äußere Macht irgendeines Staates ein Recht besitzt, in die innere Kulturpolitik dieses Landes einzugreifen. Wir hier in der Tschechoslowakei werden unsere kulturellen und sozialen Probleme selbst lösen. Wir, Erben einer ruhmreichen, weit in das Mittelalter zurückreichenden Kulturtradition, werden unsere Probleme so lösen, wie wir es im Hinblick auf den allgemeinen sozialen Fortschritt für richtig halten. Wir dürfen uns deshalb von nirgendwo her und von niemandem in unsere kulturellen Belange hineinreden lassen ... Unter unseren Verhältnissen ist der sog. ‚sozialistische Realismus‘ ein theoretischer Bluff. Vor allem ist es ein irreführender Terminus. Es handelt sich hier um einen sowjetischen – und keinesfalls sozialistischen – Realismus. Als sowjetischer Realismus ist diese typisch sowjetische Kunstauffassung nicht zum Export in Länder geeignet, die eine andere als die sowjetische Realität besitzen. Nur ein Idealist oder ein mechanisches Gehirn kann glauben, die sowjetische Kunstpraxis ließe sich in Ländern exploitierten, in denen ein völlig anderes Gesellschaftssystem besteht und deren Verhältnisse einer eigenen, dem unannehmbaren sowjetischen Realismus gänzlich verschiedenen Entwicklung bedürfen. Beschwört S.K. Neumann heute hartnäckig im Namen des Sowjetrealismus Donner und Blitz auf jede Kunst herab, die in der Tradition unseres Landes schafft, sollte man diesem Barden des Dilettantismus und verkappten Naturalismus billigerweise in Erinnerung rufen, daß sich seine eigene dichterische Praxis keineswegs mit seiner seltsamen, von ihm als angeblichem Marxismus deklarierten Theorie deckt.“⁷⁵

Burians Generalabrechnung mit der Stalinschen Kunstvorstellung, in der er auch Fučík und andere kommunistische Rezensenten ironisch abkanzerte⁷⁶, erboste seine Gegner ungemein. Als er bei der hundertsten Reprise von „Škola základ života“ das Stück um einen Text Žáks ergänzte, der die Angriffe der Stalinschen Kritik satirisch aufs Korn nahm, beschuldigten seine Gegner kurzerhand das gesamte Ensemble D 38 des „Lakaiendienstes“ gegenüber Burian in einem „peinlichen Schauspiel“. Burian selbst warfen sie vor, seine „Schauspieler zu vergewaltigen und zu mißbrau-

⁷⁴ Bohumil Mathesius, *Tři knihy o divadle* (Drei Bücher über Theater), in: *KM Jg. I* (1938), S. 173 ff.

⁷⁵ Burian, *Pražská dramaturgie*, S. 11, S. 20.

⁷⁶ Ebenda, S. 87.

chen⁷⁷. Doch der Regisseur erhielt von zahlreichen Stellen Schützenhilfe, darunter von Peroutkas „Přítomnost“ (Gegenwart). Darin wurde hervorgehoben, die Kulturtheoretiker der KPČ ertrügen es nicht, daß sich „E. F. Burian die eindringliche Frage gestattete: Wo ist heute das sowjetische Theater, das sich einst der Leistungen eines Mejerhold und Tairov rühmte?“ Fučík galt ihr als „von Atem und Art der sowjetischen Kunstkritik umweht“⁷⁸. Der junge Pavel Tigríd wiederum nahm, obgleich er in einem anderen Lager stand, das D 38 mit dem Hinweis in Schutz, eine „ewige“ Kunst habe ein Anrecht darauf, apolitisch zu sein⁷⁹. Burian selbst wies die Vorwürfe ebenfalls kategorisch zurück: „Ich wiederhole die Losung aller ernsthafter Künstler: Kunst dient, aber sie ist nicht servil . . . Mir scheint, all dies Gerede über die Vergewaltigung von Autoren und Schauspielern, ja überhaupt von der Negierung jeglicher Individualität seitens moderner Regisseure ist ein Gerede für die Katz, und man redet nur deshalb so, um seine Bequemlichkeit zu übertünchen, seine Schlamperie zu entschuldigen.“⁸⁰

Vor allem aber nahm das gesamte Ensemble des D 38 in einem offenen Brief an die Zeitschrift „Tvorba“ (Das Schaffen) Stellung. Die 36 Unterzeichner protestierten gegen Krejčí's sie „alle beleidigenden Tonfall“ und stellten unmißverständlich klar: „E. F. Burian hat niemals und in keiner Inszenierung unser Talent mißbraucht . . . Wir erklären Ihnen ein für alle Mal – und halten eine Diskussion darüber für überflüssig –, daß unsere Erfolge auf einer gemeinsamen und zielstrebigem künstlerischen Aktivität beruhen . . . Ihr Redakteur konstruierte Differenzen zwischen uns und E. F. Burian. Derartige Methoden lehnen wir ab! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß solche Bestrebungen überflüssig und nutzlos sind! Eine derartige Form der ‚Kritik‘ betrachten wir als verantwortungslosen Angriff auf die künstlerische Einheit unseres Theaters, und wir sind überzeugt, daß sie einer sozialistischen Presse unwürdig ist . . . Da Ihr Redakteur versuchte, die *avantgardistische* Arbeit unseres Theaters ins Lächerliche zu ziehen, . . . weisen wir diese Art von Journalismus zurück und protestieren dagegen mit aller Entschiedenheit.“⁸¹

Die Zeitschrift „Tvorba“ druckte den Protest zwar ab, fügte ihm aber einen Kommentar Štolls bei, der den offenen Brief durch den Hinweis auf den „Mangel einiger Künstler an politischer Wachsamkeit“ und „Intrigen“ entwerten sollte. Beklagt wurde sogar die „künstliche Sperre zwischen uns und Euch“, die „unsere und Eure gemeinsamen Feinde seit gewisser Zeit bewußt zu errichten suchen“. Die politischen

⁷⁷ Jan Krejčí, Divadlo nemá posluhovat (Das Theater soll nicht Lakaiendienst leisten), in: Tvorba Jg. XII, Nr. 50, 10. 12. 1937, S. 797 ff.

⁷⁸ Vgl. Anonym, Komunisté a dvě divadla (Die Kommunisten und zwei Theater), in: Přítomnost Jg. XIV, Nr. 49, 8. 12. 1937, S. 773.

⁷⁹ Pavel Tigríd, Na okraj pražské divadelní avantgardy (Am Rande der Prager Theateravantgarde), Studentský časopis Jg. XVII, Nr. 12, 10. 1. 1938, S. 221 f.

⁸⁰ Burian, Pražská dramaturgie, S. 20, S. 57.

⁸¹ Kolektiv D 38 protestuje proti neodpovědnému psaní! (Das Kollektiv des D 38 protestiert gegen das verantwortungslose Schreiben!), in: Tvorba Jg. XII, Nr. 52, 22. 12. 1937, S. 831. Hervorhebung nicht im Original.

Motive Štolls – die Verteidigung der Stalinschen Gleichschaltung – klangen in seinen Zeilen nicht nur mit, sie traten auch offen zutage, als er dem gesamten Ensemble des D 38 „unkontrolliertes Herumschreien“ vorhielt und ihm die „Gefahr“ vor Augen führen zu müssen glaubte, „daß es schließlich bei der großen Problematik der Gegenwart nicht mehr mitreden könne“. Zudem machte er Burian nicht nur persönlich für „autoritäre Eingriffe in klassische Dramen“ verantwortlich, sondern auch für die Kritik an den Kommunisten in „Škola základ života“ (deren Verfasser Žák war), womit der Theatermann „die ehrliche und aufopferungsvolle Arbeit des gesamten D 38-Kollektivs vergeudet“ habe⁸².

Die systematischen Bestrebungen der kommunistischen Kritik, Burian zu vernichten oder ihn zumindest bei seinem Ensemble zu erledigen, fanden zwei Wochen später in der brutalen Attacke des Olmützer Regisseurs Oldřich Stibor ihren Niederschlag, der das D 38 als „Theater von Intellektuellen und Snobs“ beschimpfte, das die „müde gewordenen Prager Intellektuellen geradezu mit Jahrmarkts-Trommeln wachzurütteln suche“. E. F. Burian trete dabei als Obertrommler „trotzig, starrköpfig, großenwahnsinnig und göttergleich“ auf. Die Bemerkung, „in den Werkstätten des D 38 werden auf Befehl der Werkstattleiter die Rädchen eines mechanisierten und schlaffen Körpers in Gang gesetzt“, sollte einen Keil zwischen Regisseur und Ensemble treiben, aber hauptsächlich richteten sich Stibors Angriffe gegen Burians Kritik an der sowjetischen Kulturszene. Er ereiferte sich über Burians „Spott über den ‚roten Kitsch‘“ und warnte ihn eindringlich, „die Nase über den Zustand des zeitgenössischen Sowjettheaters zu rümpfen“. Stibors skandalöse Drohung „Dann werden wir wirklich die Bühne sauberfegen!“ verdeutlicht drastisch, daß man Burians avantgardistischem Theater, dessen einzigartige Stellung im tschechischen Kulturleben seinen stalinistischen Gegnern unbequem war, dasselbe Schicksal zudachte wie der Truppe Mejercholds⁸³. Burian antwortete seinen Feinden im Februar 1938 in „Kritický měsíčník“ (Kritische Monatsschrift). Darin verbat er sich den „rabiatischen Aufmarsch von Eklektikern und Dilettanten gegen die Theaterkultur“, die „vor Mittelmäßigkeit strotzten“. Die Unterstellung, er sei ein „gewalttätiger Regisseur“, wies er ebenso zurück wie die Anschuldigung, „keine Schranken und Grenzen politischer und künstlerischer Ideen zu unterscheiden“ (eine Anspielung auf den ständig wiederholten „Trotzkismus“-Vorwurf gegen ihn). Den Hauptgrund der Kritik seiner Gegner sah er in ihrem Mißbehagen, daß „das D 38 keinen Kitsch treibt“, um den Kern des Konfliktes in „Etiketten des Trotzkismus und Formalismus“, mit denen er versehen wurde, zu erfassen sowie in einer „Zeit, in der Dir der gestrige Freund in den Rücken fällt“⁸⁴. Als Burian gegen Stibor vor Gericht zog (was mit einem Vergleich endete), eilte Václavek letzterem mit grotesken Verdrehungen zu Hilfe: „Nur

⁸² Ladislav Štoll, Redakce Tvorby odpovídá kolektivu D 38 (Die Redaktion der Tvorba antwortet dem Kollektiv des D 38), ebenda.

⁸³ Oldřich Stibor, Ke genezi české divadelní avantgardy (Zur Genesis der tschechischen Theateravantgarde), in: U-Blok Jg. II, Nr. 4, 5. 1. 1938, S. 361–373.

⁸⁴ E. F. Burian, Tudy cesta nevede (Hier führt der Weg nicht hin), in: KM Jg. I (1938), S. 71–74.

eine allzu wörtliche Interpretation“ einiger Metaphern Stibors könnten „als ein ‚ungebührlicher Angriff‘ gedeutet werden“, während Stibor darin zuzustimmen sei, daß das Repertoire des D 38 zu einer „Abwendung des volkstümlichen Publikums“ von diesem Theater führe. Burian habe „auf himmelschreiende Weise den Vorwurf bestätigt, den wir unseren Freunden auf der Linken machen, soweit sie abweichende Kunstauffassungen vertreten, daß sie nämlich nicht bereit sind, ihre Differenzen mit uns in einer sachlichen Diskussion auszutragen“⁸⁵, schrieb Václavek. In Wahrheit waren es die stalinistischen Gegner der Avantgarde, die durch ihre Angriffe jegliche Diskussion von vornherein unmöglich machten, die diffamierten und nicht argumentierten.

Einige polemische Anspielungen in der „Prager Dramaturgie“ Burians, insbesondere die Hinweise auf die „Naturalisten und Dilettanten“ und die konventionelle Auffassung von Volkstümlichkeit in der Kunst, zielten wohl auch auf S.K. Neumann und dessen Aufsätze in der „Lidová kultura“ (Volkskultur). Neumanns Auffassungen wurden von Burian vehement verurteilt. So sei etwa der „volksnahe Künstler“, wie ihn Neumann sehe, „ein Kitschmaler, ein Lohnsklave, der nur das beschreibt, abmalt oder abtheatert, was bereits Allgemeingut ist . . . Die Volksnähe der Kunst ist ein irreführender Begriff der Kitsch-Interpreten, ein Pasquill auf den Geschmack des modernen Menschen und bestenfalls Ausschußware . . . Die ‚volksnahen Künstler‘ vergessen, daß die Wurzeln der Volkskultur woanders zu suchen sind als in einem dem Volk aufoktroierten und durch Erziehung eingepfachten Geschmack . . . Dieser volkstümliche Künstler dient dem Kapital, selbst wenn er es bekämpft, da er die Volkskultur durch volksfremde Symbole verfälscht.“⁸⁶ Burian erregte sich über Neumanns reaktionäre Auffassung von einer volksnahen Kunst umso mehr, als dieser im Dezember 1937 Maler wie Filla, Muzika und Wachsmann, die für Burians Theater arbeiteten, scharf angegriffen hatte. Er hatte es sogar abgelehnt, Kunstwerke nur nach künstlerischen Maßstäben zu beurteilen, und hatte in seine Ausfälle gegen die Avantgarde auch das D 38 eingeschlossen⁸⁷. Darüber hinaus mußte es Burian in Rage bringen, daß Neumann sich sehr abfällig über die Organisatoren einer Ausstellung von surrealistischen Bildern Toyens und Štyrskýs im Januar 1938 geäußert hatte. Burian selbst hatte für sie in seinem „Programm des D 38“ höchst anerkennende Worte gefunden, ja er trat sogar zusammen mit Schauspielern seines Theaters beim Abschlußabend der Ausstellung auf⁸⁸.

⁸⁵ Bedřich Václavek, *Kritika, diskuse a soudy* (Kritik, Diskussion und Urteile), in: *U-Blok* Jg. III, Nr. 1, 31. 3. 1938, S. 75 f.

⁸⁶ Burian, *Pražská dramaturgie*, S. 30 ff. Burian verspottet Neumanns Postulate durch das Wortspiel mit den Begriffen „lidová kultura“ (Volkskultur) und „Lidová kultura“ (Titel der obskuren Zeitschrift Neumanns).

⁸⁷ S. K. Neumann, *Dnešní Mánes* (Der heutige „Mánes“), in: *Tvorba* Jg. XII, Nr. 48–51, 26. 11., 3. 12., 10. 12. und 17. 12. 1937, S. 765 ff., 780 ff., 795 ff., 812 ff.; Ders., *Poznámka k boji s formalismem a ostatními směry úpadkovými* (Eine Bemerkung zum Kampf mit dem Formalismus und übrigen dekadenten Strömungen), in: *Kultura doby* (Kultur der Zeit) Jg. II, Nr. 6, März 1938, S. 189 ff.

⁸⁸ *Programm des D 38*, Bd. 9, S. 27 und Bd. 10, S. 23.

Burian wußte, daß sein Kampf gegen den vagen, rein ideologisch geprägten Begriff „Formalismus“ nicht nur ein Kampf in eigener Sache war, sondern daß er auch zahlreiche andere, mit ihm schöpferisch verwandte Künstler betraf, Mejerchold, Filla etwa, ja sogar Nezval (der bald darauf eine künstlerische Kehrtwendung vollzog). Ein weiteres Mal setzte sich der Regisseur dadurch zur Wehr, daß er in den Mittelpunkt seiner Inszenierung der „Leiden des jungen Werther“ erneut – wie im „Hamlet III.“ – die tragische Gestalt eines Individualisten rückte und wiederum den Typus eines avantgardistischen Künstlers präsentierte, dem die Gesellschaft mit Unverständnis, ja Feindschaft begegnet und ihn so in den Ruin treibt. Es wird ihn kaum gewundert haben, daß Fučík nach der Premiere am 12. April 1938 das Stück als Produkt der „sterilen Verwirrtheit eines ehemals bahnbrechenden Künstlers“ verriß, als ein Spiel, das „in unserem Jahrhundert nichts zu suchen hat“. Sein Verdikt gipfelte in der Behauptung: „Das ist reine Dekadenz, der E. F. Burian heute verfallen ist.“⁸⁹ Burian verbat sich die Diffamierung und Herabsetzung seiner Regie-Absichten⁹⁰ und wiederum verteidigte er in prinzipieller Weise die Avantgarde gegen alle Versuche, sie nach sowjetischem Muster zum Schweigen zu bringen: „Die gesamte heutige Welt durchzieht eine allgemeine Welle der Reaktion, wobei der schöpferisch tätige Mensch nicht einmal weiß, von welcher Seite sie ihn angreifen wird . . . Selbst in der kommunistischen Presse attackiert man immer unverhohlener zielbewußt die kulturellen Werte . . . Das werktätige Volk der Tschechoslowakei muß stets die Gewißheit haben, daß die modernen Künstler nicht einmal dann seine Feinde sind, wenn sie ihm vordergründig unverständlich erscheinen . . . Es ist endlich an der Zeit, ganz entschieden zu erklären, daß eine so komplizierte geistige Tätigkeit wie das Kunstschaffen nicht durch oberflächliche journalistische Phrasen abgefertigt und abgeschlachtet werden darf . . . Wenn sich die heutige Kunst in einem Kampf auf Leben und Tod der Unterdrückung erwehren muß, dann ist etwas faul im Staate Dänemark, nicht aber in der Kunst selbst.“⁹¹

Noch vor Burians endgültiger Abrechnung mit der kommunistischen Kritik erlebte die tschechische Kulturpresse eine heftige Zuspitzung der Kontroverse zwischen Neumann und den unabhängigen Linksintellektuellen. Zwischen Ende November und Mitte Dezember 1937 erschien in der „Tvorba“ in mehreren Folgen ein Aufsatz Neumanns mit dem Titel „Dnešní Mánes“ (Der heutige Mánes), der seine ein halbes Jahr früher im Anti-Gide getroffenen Behauptungen ad absurdum

⁸⁹ Julius Fučík, O Wertherovi v divadle E. F. Buriana (Über Werther im Theater von E. F. B.), in: Tvorba Jg. XIII, Nr. 20, 20. 5. 1938. Vgl. ders., Divadelní kritiky (Theaterkritiken), Prag 1956, S. 501–506.

⁹⁰ „Der Satz ‚Der heutigen Zeit sagt das nichts‘ (ist) eine allzu glatte und gefährliche Phrase. Für mich sind die ‚Leiden des jungen Werther‘ auch heutige Leiden.“ Burian, Pražská dramaturgie, S. 17.

⁹¹ Ebenda, S. 9 f., S. 19, S. 24. „Wer vom Dichter verlangt“, spezifizierte Burian seine Ausführungen, „daß er sich z. B. nur durch arme Schlucker an einer Straßenecke zu Versen inspirieren läßt . . . oder Politikern ins Handwerk pfuscht, indem er Leitartikel in Reimen zusammenschustert, ist ein Feind der Poesie . . . Wer der Bühne den charakteristischen, theateereigenen Ausdruck des Lebens austreiben will, ist ein Feind des Theaters . . .“ Ebenda, S. 16 f., S. 26.

führte. In scharfer Form griff er darin die Hauptvertreter der modernen tschechischen Bildenden Kunst an. Diesen Attacken schickte er einen allgemein gehaltenen „ideologischen Rahmen“ neuer Ausfälle gegen den Formalismus voraus, in dem er seine Vorstellungen über Konzeption und Verfahren künstlerischer Arbeit formulierte: „Der Marxist steht vor einem bis zur Gehaltlosigkeit und Entartung deformierten Inhalt, vor einer Form, die rein gar nichts mehr mit der objektiven Realität gemein hat, historisch ein dekadentes Phänomen und ideologisch extrem subjektivistisch ist . . . Grundlage jenes Realismus, dessen Bereich wir nicht verlassen dürfen, ist ein positives, klares, gesundes und aufrichtiges Verhältnis zur objektiven Realität, das alle läppischen Strömungen und ‚ismen‘ eines dekadenten Formalismus ablehnt . . . Deshalb ist der alte liberalistische und individualistische Aberglaube völlig falsch, man solle ein Kunstwerk nur nach künstlerischen Maßstäben beurteilen.“⁹²

Dann ging Neumann mit sämtlichen herausragenden tschechischen Malern ins Gericht. Dazu teilte er sie, um den Schein einer analytischen Gliederung zu wahren, willkürlich und vollkommen subjektivistisch in bestimmte Kategorien ein. Zunächst griff er den als vorgeblichen Meister der „Materialisten“ apostrophierten Emil Filla an, dessen „äquilibristische Produktionen“ auf dem „formalen kompositorischen Gleichgewicht eines subjektiv zerschlagenen und subjektiv wieder zusammengekiteten Materials“ beruhten. Er warf Filla eine „mechanisch-materialistische Konzeption der Malerei“, die „Verspottung der objektiven Realität“, „mechanischen Formalismus als Beleidigung der Wirklichkeit wie des Menschen und als Abtötung jeglichen ästhetischen Gefühls“ und „Reizen durch grausame Deformationen des menschlichen Körpers inmitten der technischen Raffinesse“ vor. Alois Wachsman und František Muzika klassifizierte er als „geschmeidige“ Jünger Fillas. Václav Špála hielt er dessen „postimpressionistischen Irrweg“ vor, der ihn bis „an den Rand des Abgrunds“ geführt habe. Unter den Karikaturisten tat er Adolf Hoffmeister als „leichtfüßig und unschädlich“ ab, während er Franta Bidlo mit seiner „geistigen Parterre-Akrobatik“ als Schöpfer einer „Lebensuntüchtigkeit in unreiner Luft und bizarrer Gesellschaft“ präsentierte, der „seine Interessensphäre auf Banalitäten oder noch unwichtigere Dinge reduziert“. In erster Linie rechnete er aber mit den Surrealisten Toyen und Štyrský ab. Deren „nichtssagende Kompositionen“ prangerte er wegen der Einbeziehung „sexual-pathologischer Literatur und erotischer Fotografien“ an. In ihren Werken fand er nur eine „willkürliche Kombination von Gegenständen (gelegentlich ganz naturalistisch traktiert), die allenfalls von fern ein Sujet andeuten“. Über die Malerin Toyen höhnte er gar, sie „übertünche offensichtlich mit ihrem surrealistischen Inventar ihre Schwierigkeiten mit der Komposition, mit dem menschlichen Akt“. In der ganzen künstlerischen Generation glaubte Neumann nichts als die „geistige Armut der einen und die leisetreterische Feigheit der anderen“ zu entdecken⁹³.

⁹² S.K. Neumann, *Dnešní Mánes* (vgl. Anm. 87).

⁹³ Ebenda, *passim*.

Die führenden Künstler der Linken lehnten diese Diffamierungen, insbesondere aber Neumanns überholten Begriff einer „wahrheitsgetreuen Beziehung zur objektiven Realität“ samt und sonders mit Entschiedenheit ab. Als erster verbat sich Jaromír Gočár, einer der renommiertesten tschechischen Architekten, solche autoritären, von Unkenntnis strotzenden Urteile⁹⁴. Der Romancier Vladislav Vančura glaubte bei Neumann einen gewissen Hang zur „Auflehnung bzw. zum Streit“ zu bemerken, „die ständig seine schönen Stilleben durchziehen, denn Neumann ist ein Idylliker, der gegen seine eigenen Idyllen revoltiert. Jugend, Liebe, Aufruhr, Satan des Kommunismus und Revolution sind sodann Requisiten, mit denen der gefesselte Dichter seine Gobelins durchwirkt. Diese Disproportionen zwischen einem stürmischen Willen und dem eigenen friedlichen Fühlen macht wohl den Reiz des Dichters aus, ja kann als titanischer Zug imponieren. Trotzdem schützt sie mit Sicherheit ihren Autor nicht vor dem Vorwurf des Formalismus, denn Formalismus findet sich wohl immer dort, wo der Wunsch der Vater des Gedankens ist“⁹⁵. Die eklatanten Widersprüche von Neumanns Gedankengängen erlaubten Hoffmeister, den bizarren „ästhetischen“ Theorien Neumanns eine empörte Absage zu erteilen⁹⁶. Filla polemisierte gegen Neumanns statische Kategorie der „objektiven Realität“: „Die Frage der Erscheinung und Manifestation einer objektiven Realität wird gerade für jeden Augenblick und jeden Lebensbereich stets von neuem durch die schöpferische Arbeit gelöst, und eine Lebensrealität stets von neuem zu sehen oder zu inkarnieren kennzeichnet eben das Werk und insbesondere die künstlerische Arbeit.“⁹⁷

Im Vergleich zu der vernichtenden Kritik des Dichters Laco Novomeský hatte all dies noch verhältnismäßig zahm geklungen: „Sollte sich . . . die Diskussion auf dieser Basis entwickeln, die der Genosse Neumann für das Kunstschaffen und dessen Verständnis absteckte, würde dies die Konfusion nur noch vermehren und den ohnehin recht breiten Graben vergrößern, der die heutige Kunst von seinem Publikum, das Werk von seinem Rezipienten trennt. Man darf nämlich (glücklicherweise) nicht erwarten, das Kunstschaffen werde seine zukünftigen Werke allein in jenen Boden einpflanzen, den ihnen Gen. Neumann kategorisch zuweist. Es ist undenkbar, etwas derartiges von einem Künstler zu fordern, von dem man erwartet, daß die Wahrnehmung und Sicht der Welt in seinem Werk den Kern seiner künstlerischen Existenz bilden. Verstünde er es jedoch, solchen Forderungen nachzukommen, würden die Werke uns als Künstler nicht interessieren. Man darf also keinen derartigen Wandel, wie ihn Gen. Neumann fordert, von der Kunst erwarten. Aber man muß (leider) davon ausgehen, daß Gen. Neumann den Widerstand gegen ein

⁹⁴ Jaromír Gočár, Útoky na Mánes (Angriffe auf „Mánes“), in: Přítomnost Jg. XIII, Nr. 51, 23. 12. 1937, S. 802 ff.

⁹⁵ Vladislav Vančura, K poznámkám S. K. Neumanna o Mánesu (Zu den Bemerkungen S. K. Neumanns über Mánes), in: Tvorba Jg. XIII, Nr. 2, 14. 1. 1938, S. 36 ff.

⁹⁶ Adolf Hoffmeister, Ne! (Nein!), ebenda Nr. 4, 28. 1. 1938, S. 63 ff.

⁹⁷ Emil Filla, Případ S. K. Neumanna (Der Fall von S. K. Neumann), in: Volně směry (Freie Richtungen) Jg. XXXIV, Nr. 5–6, 1. 3. 1938.

unverstandenes Werk zum Kanon erheben wird, ihn zu einem bedeutsamen Bestandteil, ja einer Prämisse der marxistischen Weltanschauung erhebt, selbst wenn die Weltanschauung wenig und die marxistische schon gar nichts mit ihm gemein hat.“⁹⁸

Kurz darauf analysierte der Ästhetiker Jan Mukařovský, der in Neumanns Äußerungen einen Angriff gegen seine strukturalistische Ästhetik sehen mußte, die begriffliche Nebulosität der Neumannschen Postulate. Er entlarvte sie als Mittel zur Verfälschung authentischer Werke und zur Irreführung des Kulturkonsumenten: „Man fordert heute oft und kategorisch, die Kunst solle der objektiven Realität entsprechen . . . Es hängt jedoch davon ab, wie jene heutige Realität – und gerade die ‚objektive‘ – beschaffen ist, die unabhängig von subjektiven Vorstellungen existiert und wirkt . . . Erwartet man allerdings von der Kunst, daß sie die Welt als unverkehrtes Raum-Zeit-Kontinuum zeigt, in dem sich die Geschehnisse nach herkömmlichen Gesetzen abspielen, muß man fragen, ob man hier nicht die Kunst – unter dem Vorwand der Übereinstimmung mit der objektiven Realität – auffordert, die tatsächliche Realität dem menschlichen Blick zu entziehen, um den Menschen damit zu trösten, aber auch zu täuschen.“⁹⁹

In knapper Form, zugleich am radikalsten, wies Teige Neumanns Ansichten zurück. In Anlehnung an Novomeskýs Kritik sah er in ihnen eine „ästhetische Verwandtschaft, die – ungeachtet des unterschiedlichen politischen Banners – den sozialistischen Realismus und den nationalsozialistischen Realismus verbindet“. Er bescheinigte dem Autor einen „Intellekt von kärglicher theoretischer Bildung und seichter Kultiviertheit, die klangvolle Phrasen einer präzisen Formulierung vorzieht“. Neumann habe „für seine Terminologie den Begriff der ‚entarteten Kunst‘ jenen Menschen abgehört, die nach dem Browning greifen“ – eine Anspielung auf eine Äußerung von Goebbels –, „wenn sie das Wort ‚Kultur‘ vernehmen.“¹⁰⁰

Die Mánes-Diskussion zeigt die breite Meinungsvielfalt innerhalb der tschechischen Linkskultur, sie zeigt aber auch, daß die erdrückende Mehrheit der Linksin-tellektuellen, und unter ihnen gerade die herausragenden Theoretiker, Neumanns Standpunkt rigoros ablehnte. Sogar ein hoher kommunistischer Parteifunktionär, das Politbüromitglied Viliam Široký, griff in die Debatte ein und kommentierte die Haltung der KPČ in dieser ästhetischen und kulturpolitischen Debatte ungewöhnlich tolerant: „Die Partei verordnet hier . . . keine bestimmte Kunstrichtung und in Respektierung der Meinungsfreiheit schätzt sie die antifaschistischen Kämpfer aus den Reihen der Schriftsteller, ohne in Fragen der Kunst eine Uniformität der Ansichten zu fordern. Wir haben niemals Vorschriften erlassen – und werden dies auch nirgends tun –, wie ein Künstler schaffen und welche Formen er wählen

⁹⁸ Ladislav Novomeský, Jak nelze (Wie es nicht geht), in: Tvorba Jg. XII, Nr. 52, 22. 12. 1937, S. 836 ff. Hervorhebung Novomeskýs.

⁹⁹ Jan Mukařovský, K poeie a noeice surrealismu v malřství (Zur Poetik und Noetik des Surrealismus in der Malerei), in: Slovenské směry Jg. V (1938), Nr. 6–7, S. 187–191. Zu allen diesen kritischen Stimmen vgl. im Detail Brabec/Effenberger/Chvatik/Kalivoda, S. 68 ff.

¹⁰⁰ Karl Teige, Surrealismus proti proudu, in: Teige, Zápasy, S. 483 f.

solle.¹⁰¹ Diese Auffassung war nicht nur eine Brüskierung Neumanns, sondern auch seiner politischen Freunde, etwa Václav Kopeckýs, hatte dieser – ebenfalls Politbüromitglied der KPČ – doch ein Jahr zuvor gegen „gewisse Kreise der linken Intelligenz“ gewettert, die „den giftigen Einflüsterungen der trotzkistischen Agitation erlegen“ seien. Den „dekadenten und krankhaften Elementen der linken Intelligenz“ hatte er vorgeworfen, sie hätten als „Opfer von Brunnenvergiftungen der Sympathien zur UdSSR entraten“, seien einem „impotenten subjektivistischen Sektierertum verfallen, um im trotzkistischen Haß auf die Sowjetunion ... zu Gehilfen der Reaktion zu werden“¹⁰². Leider überwog in der KPČ die Zahl der Mitstreiter Kopeckýs gegenüber jenen Širokýs, so daß man Milena Jesenská recht geben muß, die im Herbst 1938 feststellte: „Mit ihrem kulturellen Gewicht verlor die KPČ auch an moralischem Gewicht, denn es gedeiht keine Kunst, wo allein Unfreiheit herrscht, und es blühen keine Gedichte, wo keine Gedanken blühen.“¹⁰³

Diese kontroversen Äußerungen stimulierten den Streit um die Stalinsche Kulturpolitik, in den schließlich erneut Teige mit einer provokativen Geste eingriff. Teige schreckte nicht davor zurück, auf der Vernissage der Toyen-Štyrský-Ausstellung in der Prager „Mánes“-Galerie am 28. Januar 1938¹⁰⁴ sowjetische und nationalsozialistische Kulturpolitik miteinander zu identifizieren: „Inmitten des Kreuzzuges gegen die unabhängige Kunst und die internationale Avantgarde, zu dem man in Berlin und Moskau gleichzeitig aufrief, zu einer Zeit, da man in München unter ohrenbetäubendem rhetorischen Spektakel ... eine Ausstellung ‚Die entartete Kunst‘ organisiert, da man in einer gründlichen Säuberungsaktion die Werke von Vertretern der Linksfrent russischer Kunst aus der Tretjakov-Galerie in Moskau hinauswirft und da das bedeutendste Zentrum szenischer Poesie, das Theater Mejercholds, der Rücksichtslosigkeit der Kulturreaktion zum Opfer fällt, ... in dieser Situation glauben die Kunst-Pensionäre und Konservatoren verblichener Schönheit, ihre Zeit sei gekommen, ja es nahe der Tag, da man die ‚perversen und pathologischen -ismen‘, insbesondere das fiktive Ungeheuer des ‚Formalismus‘ und jenes ‚Produkt aus Kaf-

¹⁰¹ Viliam Široký, Politik do diskuse o Mánesu (Ein Politiker zur Diskussion über Mánes), in: Tvorba Jg. XIII, Nr. 5, 4. 2. 1938, S. 62 f.

¹⁰² Václav Kopecký, Odezva moskevského procesu v ČSR (Das Echo des Moskauer Prozesses in der ČSR), in: Tvorba Jg. XII, Nr. 6, 5. 2. 1937, S. 81–83.

¹⁰³ Milena Jesenská, Co zbývá z KSČ (Was bleibt von der KPČ übrig), in: Přítomnost Jg. XIV, Nr. 43, 26. 10. 1938, S. 681.

¹⁰⁴ Drei Wochen vor Teiges Angriff hatte sich der Schriftsteller K. J. Beneš, ein Vertreter der sozialdemokratischen, um die linke „Arbeiterakademie“ gruppierten intellektuellen Linken, zu Wort gemeldet: „Mir scheint, gerade wir auf der Linken sollten einen bedeutsamen Umstand nicht aus den Augen verlieren: daß es in der UdSSR keine Freiheit des Kunstschaffens gibt und auch nicht geben kann ... Die Feststellung der künstlerischen Unfreiheit in der UdSSR muß uns als Ausgangspunkt dienen, unsere Beziehung ... zu diesem Staatsgebilde kritisch zu durchleuchten ... Sympathien verwirren manchmal schlimmer als Antipathien. Natürlich ist uns die Sowjetunion sympathischer als Deutschland. Aber was hat das alles mit den Gesetzmäßigkeiten unserer Kunst zu tun?“ K. J. Beneš, Protivahou fašistických diktatur (Als Gegengewicht zu den faschistischen Diktaturen), in: U-Blok Jg. II, Nr. 4, 5. 1. 1938, S. 314 f.

feehaus-Abschaum und -Hysterie', sc. den Surrealismus, an den Pranger stellen werde.¹⁰⁵

Diese Gleichsetzung von faschistischer und kommunistischer Kulturpolitik führte natürlich zu wütenden Protesten der kommunistischen Presse¹⁰⁶; Nezval begründete hiermit noch zwei Monate später seinen Bruch mit Teige¹⁰⁷. Dieser aber blieb bei seiner Auffassung, ja er wiederholte und weitete die Begründung dafür noch aus. Darüber hinaus verstärkte Teige seine harte Kritik an der Stalins Diktat unterworfenen sowjetischen Kunst. Diese sei nichts als „kraftloser Dilettantismus und Vulgarismus“, der „in den stupiden und abstoßenden Kitsch einer bürokratisch verwalteten und zensierten Kunst münden mußte“ und der in einem „in jeder Hinsicht beschämenden Verfall der Kunst und einem erbärmlichen Kulturskandal“ geendet habe¹⁰⁸.

Zwischen Januar und April 1938 ließ sich Neumann zu einer weiteren Kampagne gegen die Avantgarde hinreißen. „Der ungleichen Ehe von Sozialisten mit dekadenten Schlampen der Kaffeehaus-Kaste entsprangen verratene Mißgeburten“, schrieb er, welche die „Verschwörung der nachrevolutionären Kostgänger jetzt gegen die Sowjetunion einsetzt“¹⁰⁹. Auf den Vorwurf, die tschechischen Stalinisten „imitierten alles, was man in der Sowjetunion mache“ und äßten in Fragen des sozialistischen Realismus das sowjetische Vorbild blind nach, erwiderte er: „Die weitere Entwicklung zeigte sehr plastisch, daß die dekadenten subjektivistischen und formalistischen Bewegungen . . . strikt alles bekämpfen, was der Volkskultur dient. Es zeigte sich auch, daß sie (die avantgardistischen Künstler) unter dem Mantel scheinbaren Revolutionsgeistes jenen Boden bilden, aus dem Verrat des Sozialismus wächst.“¹¹⁰ Er schreckte nicht einmal davor zurück, zu einem extrem vulgären Wortschatz zu greifen, und titulierte die Vertreter der Avantgarde als „unsere Haus-Renegätchen und rachsüchtige Intelligenzbolzen“, als „rachsüchtige Lumpen und Rüpel“, als „widerwärtigste Intellektuellen-Typen, die, läßt man ihnen nicht ihren Willen, (die UdSSR) verraten und verkaufen“, ja die „Verrat an den Gebildeten“ begingen¹¹¹. In seiner Pseudo-Studie über den „Formalismus“ schrieb er: „Erstens ist der Kampf gegen den Formalismus kein Kampf gegen die grundlegende Bedeutung der Form im Kunstwerk, sondern gegen die dekadente Hypertrophie der Form zum Schaden des Inhalts, . . . gegen die geistige Charakterlosigkeit. Zweitens vertiefen die Folgen

¹⁰⁵ Karel Teige, Vorwort zum Katalog der Štyrský-Toyen-Ausstellung, Prag 1938, in: Teige, Zápasy, S. 664. Vgl. Brabec/Effenberger/Chvatík/Kalivoda, S. 72. Das Vorwort ist mit Teiges Rede auf der Vernissage identisch.

¹⁰⁶ Z. B. Josef Rybák, Karl Teige zblízka (K. T. von der Nähe), in: Rudé právo 30. 1. 1938.

¹⁰⁷ Vgl. Vítězslav Nezval, Rede vom 24. 3. 1938 vor Studenten über das Auseinanderbrechen der Surrealisten-Gruppe, in: Tvorba Jg. XIII, Nr. 13, 1. 4. 1938, S. 150.

¹⁰⁸ Karel Teige, Od artificialismu k surrealismu. Nachwort zur Monographie „Štyrský und Toyen“, Prag 1938, S. 189–195 (ebenso in: Teige, Zápasy, S. 655). Der Aufsatz wurde im Oktober 1937 verfaßt.

¹⁰⁹ S. K. Neumann, Odporovati zlému (Sich dem Bösen widersetzen), in: Lidová kultura Jg. II, Nr. 1, 19. 1. 1938.

¹¹⁰ Ders., O socialistickém realismu, ebenda Nr. 4, 10. 3. 1938.

¹¹¹ Ders., Světci, zrádci a renegáti (Heilige, Verräter und Renegaten), ebenda Nr. 5, 24. 3. 1938.

der heutigen formalistischen Exzentrik in der Poesie, der Bildenden Kunst und teilweise auch auf dem Theater den Graben zwischen Kunst und Volk zum Schaden beider. Drittens ist der Formalismus in der künstlerischen Praxis die Folge der ungesunden Isolation der Künstler innerhalb der Klassengesellschaft ... Die Freiheit des Wortes wurde für die vorgeblichen Interessen einer Öffentlichkeit mißbraucht, die von einem Häuflein Dekadenzler und Snobs terrorisiert wurde ... Unsere Bourgeois und Kleinbürger nahmen sofort alle Formalisten, Surrealisten und Dekadenzler unter ihre Fittiche ... Also lustig mit dem Knüppel und mit Verleumdungen auf die marxistische Kritik und jeden, der glaubt, nicht einmal heute müßte man den Reaktionen (und seien sie auch ‚avantgardistisch‘ maskiert) schweigend alle möglichen ‚Silvesterschertze‘ oder andere Allotria eines destruktiven Individualismus dulden ... So wurde also angeblich der Kampf gegen den Formalismus zu einer Spezialität des Stalinschen ‚Khanats‘ und seiner tschechischen ‚Schmarotzer‘ ..., und die Gegner der formalistischen und dekadenten Produktion erhielten das Etikett der ‚Epigonen Stalins‘. Herrlich!¹¹² Sogar vor der stalinistischen „Tvorba“ machten Neumanns Attacken nicht halt, weil sie die Stimmen gegen seinen „Mánes“ abgedruckt hatte¹¹³.

Neumanns Angriffe, insbesondere ihr Ton, stießen in der Linkskultur auf fast einhellige Ablehnung. Schon im Februar 1938 schrieb Mathesius: „S.K. Neumann beginnt in letzter Zeit mit einer Generalsäuberung unserer Kultur. Er unternahm einen Feldzug gegen die Bildenden Künstler des ‚Mánes‘ und rüstet jetzt gegen die Literatur ... Wenn Säuberung, dann Säuberung, aber mit unseren Methoden, bitte schön!“¹¹⁴ Noch markanter verwies Jakobson darauf, Volksnähe oder Volkstümlichkeit dürfe nicht „Vulgarität bedeuten und Argumente durch Obszönität ersetzen. Aber schauen wir doch in den Wortschatz der ‚Lidová kultura‘: dekadente Schlampen aus einer Kaffeehaus-Kaste, verratene Mißgeburten, literarisches Pfeifenrohr, Blödiän, Arschkriecherei, preisgekrönter Hornochse ... Fatales Flagellantentum ist stets das Vorspiel der Reaktion. Die Begriffe ‚Intellektueller‘ und ‚Intellektualität‘ sind stets Pejorative, stets Zielscheiben haßerfüllten Spotts der Mitarbeiter der ‚Lidová kultura‘.“¹¹⁵ Der Architekt Jiří Kroha protestierte nicht nur gegen die „vulgären Beschimpfungen und Drohungen“ Neumanns, er lehnte es auch ab, „Methoden der Nachahmer heutiger sowjetischer Kulturmethoden zu dulden“, zumal Neu-

¹¹² Ders., Poznámka k boji s formalismem a ostatními směry úpadkovými, in: Kultura doby Jg. II, Nr. 6, März 1938, S. 189 ff. (vgl. Anm. 87).

¹¹³ Vgl. z. B. seinen Artikel „Z kulturní džungle“ (Aus dem Kulturdschungel), Lidová kultura Jg. II, Nr. 1, 19. 1. 1938, mit Beschimpfungen an die Adresse Roman Jakobsons. Bereits im Anti-Gide hatte Neumann die avantgardistischen Künstler als „Hosenscheißer“ tituliert. Innerhalb nicht einmal eines Jahres erweiterte er seinen Wortschatz noch um zahlreiche Kraftausdrücke, wie seine ordinären Ausfälle gegen Hora, Halas, Noha und schließlich sogar Václavek in der „Lidová kultura“ belegen.

¹¹⁴ Bohumil Mathesius, Čistka S. K. Neumanna (Die Säuberung S. K. Neumanns), in: KM Jg. I (1938), S. 94 f.

¹¹⁵ Roman Jakobson, Diskussionsbeitrag in: U-Blok Jg. III, Nr. 1, 31. 3. 1938, S. 86 f.

manns Kampagne die „naivste und durchsichtigste politische Liebedienerei sei, die je ein tschechoslowakischer Intellektueller betrieben“ habe. Neumanns „verbissenste Angriffe“ seien „gegen wirklich fortschrittliche und hochstehende Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler gerichtet, während er mit größtem Wohlwollen Werte übernimmt, die selbst in der bürgerlichen Welt längst überholt sind“. Schließlich ging Kroha zu einer grundlegenden Kritik der Sowjetunion nach den Stalinschen Eingriffen über: „Die triste Erscheinung des heutigen Kunstschaffens in der Sowjetunion ... ist gerade eine Folge des oktroyierten sozialistisch-realistischen Konzeptes ... Die Sowjetarchitektur uferte in ständigem Kampf gegen den ‚Formalismus‘ in die schauderhaftesten Formen eines längst überholten historischen Formalismus aus, während man alle fortschrittlichen sowjetischen Architektur-Ansätze und großen Entdeckungen liquidierte ... Das Mißtrauen gegenüber einer solch bürokratischen, antiformalistischen Bewegung ist nur natürlich, bedeutet es doch in der Tat die Liquidierung des freischaffenden, kritischen Intellekts ... und die größte geistige Erniedrigung des Menschen, die je in der Geschichte stattfand ... Wir müssen eine Verteidigung gegen jene Gleichschaltung organisieren, die den heutigen Kulturkurs der Sowjetunion nachahmt.“ Kroha bedauerte darüber hinaus zutiefst, daß „die Furcht vor politischen Angriffen und der Bezichtigung des ‚Trotzkismus‘, d.h. die Furcht vor terroristischem Denunziantentum, zu dem heutzutage gewisse Literaten unverfroren Zuflucht nehmen, die Furcht vor vulgären Ausfällen jener Literaten, die damit einem gewissen politischen Kurs unserer Kommunistischen Partei einen guten Dienst zu erweisen glauben, daß diese Furcht zur Folge hat, daß bis heute weder Einzelne noch gar eine größere Gruppe auf einige, in der ‚Lidová kultura‘ publizierte Abscheulichkeiten reagiert haben ...“ Er forderte deshalb den „Blok“ auf, seine „Kritik grundsätzlich von Methoden zu distanzieren, die nicht nur Parallelen zur faschistischen, sondern auch zur sowjetischen Gleichschaltung aufweisen“ und „denunziatorische Verdächtigungen des politischen Trotzkismus“ ein für alle Mal auszuschließen¹¹⁶.

Den wahren Charakter der Neumannschen Kampagne entlarvte endgültig Teige in einem Artikel vom 2. März 1938, den „U-Blok“ jedoch infolge der von Václav praktizierten Zensur nicht mehr veröffentlichte: „Es ist bedauernswert, daß die einst sachlichen Diskussionen ... heute in einer Zeitschrift, die sich ungeniert ‚Lidová kultura‘ nennt, zu tollwütigen, denunziatorischen Revolver-Invektiven degeneriert sind. Wer zustimmt, wenn man im Dritten Reich die avantgardistische Kunst als ‚entartet‘ an den Pranger stellt oder in Moskau die bedeutendste Bühne unseres Jahrhunderts – das Theater V. Mejercholds – behördlich liquidiert, wer zustimmt, wenn man Eizenštejns Filme in der UdSSR aus dem Verkehr zieht, wer keine Einwände dagegen hat, wie die ‚rote‘ Zensur die Werke Majakovskijs ‚kastriert‘ und verstümmelt – ein derartiger Schmock kann nicht in den Reihen jener geduldet werden, die sich bemühen, die kulturellen Werte gegen den Faschismus zu verteidigen ... Ein Mensch, der von der modernen Kunst im Stil eines Hinterhof-Tratsches

¹¹⁶ Jiří Kroha, Diskussionsbeitrag, ebenda S. 82 ff.

spricht, der die zeitgenössische Malerei wortwörtlich mit denselben Argumenten ‚kritisiert‘ wie das Organ der Hitler-SS ‚Das schwarze Korps‘ – dieser Mensch soll sich in der Boulevardpresse und in Revolverblättern tummeln ... Man muß aus der Linken vor allem jenes niedrige Schmierfinkentum verbannen, das sich in ein Gewand aus radikalen Beschimpfungen und linken Phrasen kleidet, jenes journalistische Schmierfinkentum, dem es gelang, alle Rekorde der Střibný-, Henlein- und Nazipresse zu schlagen.“¹¹⁷

Teige konstatierte nicht nur erneut die Übereinstimmung zwischen der sowjetischen und nationalsozialistischen Kulturpolitik, er machte auch deutlich, daß sich Neumann mit seiner Argumentation und seinem rüden Ton auf das Niveau der obskursten Revolverblätter der rechtsgerichteten, faschistoiden tschechischen Presse begeben hatte. Man braucht sich im übrigen nicht zu wundern, daß es Václavek angesichts der Philippika Teiges mit der Angst zu tun bekam und – um nicht den Argwohn seiner stalinistischen Weggefährten zu erregen – die Diskussion in seiner Zeitschrift lieber abbrach.

Teige selbst verschärfte zwei Monate später seine Kritik an Neumann gleichwohl noch einmal. Dieser habe, schrieb er, „mit der Obszönität und Trivialität seiner Phrasen alle Rekorde der Revolverzeitungen und faschistischen Abendblätter geschlagen ... Die Verfolgung von Künstlern und Wissenschaftlern wegen ihrer fachlichen, konzeptionellen und methodologischen Orientierung zu billigen, Polizei- und Zensureingriffen gegen die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks von Dichtern und Theaterleuten zuzustimmen, ja solche Repressalien zu verherrlichen – das ist Schmierfinkentum ... Neumanns Kritik an der neuen Kunst gleicht in Geist, Stil und Terminologie der nazistischen Ästhetik ... Eine Gegenüberstellung von Neumanns Worten und den Abhandlungen nazistischer ‚Kulturträger‘ würde eine fast wörtliche Übereinstimmung aufzeigen ... Der Ideologe der gegenwärtigen kommunistischen Kulturpolitik ist bereit, und sei es mit anderen Parolen, gemeinsam mit den Schreihälsen des Faschismus die Entehrung und Ausrottung progressiver Kunstbewegungen zu betreiben ... Die silber-grün-braunen Zeitungen würden darüber nicht anders schreiben.“¹¹⁸

Von besonderer Tragweite war auch der scharfe Angriff auf „die Symptome des Polizeigeistes in der (kommunistischen) Linken“, mit dem schon Mitte Februar 1938 der Kulturtheoretiker der sozialdemokratischen, um die linke „Arbeiterakademie“ gescharten Gruppe linker Intellektueller, Václav Běhounek, hervorgetreten war. Er

¹¹⁷ Karl Teige, Artikel vom 2. 3. 1938 für den U-Blok (nicht veröffentlicht), in: Teige, Zápasy, S. 667 f. Vgl. Brabec/Effenberger/Chvatík/Kalivoda, S. 71 f. Nachdem Jakobsons und Krohas Beiträge den Unwillen der Stalinisten erregt hatten, beendete Václavek abrupt die Diskussion und lehnte den Abdruck von Teiges Artikel ab (ebenda, S. 70).

¹¹⁸ Karl Teige, Surrealismus proti proudu, in: Teige, Zápasy, S. 479, 482, 484, 500. Silbern: Anspielung auf den Führer der faschistischen Partei „Nationale Vereinigung“, J. Střibný; grün: Agrarpartei; braun: Henleins SdP.

Das nachfolgende längere Zitat aus: Václav Běhounek, Policajtský duch komunismu (Der Polizeigeist des Kommunismus), Nová svoboda XV, Nr. 7, 18. 2. 1938, S. 84 f.

beschränkte sich nicht allein auf Neumanns Diffamierungskampagne, sondern unterzog den ganzen stalinistischen Kreuzzug gegen die Avantgarde seiner harten Kritik. Dabei stellte er besonders die Abhängigkeit der tschechischen Feinde der Avantgarde von den sowjetischen Kampagnen heraus: „Mit Abscheu haben wir gelesen, wie die hervorragenden tschechischen ‚Anpasser‘ der sowjetischen Kunstpolicisten Mejerchold zu erledigen halfen, den Mejerchold, den sie unlängst noch bewundert hatten und dessen künstlerische ‚Vergangenheit‘ ihnen nichts ausmachte, bevor sie für die politische Hinrichtung dieser Persönlichkeit nicht paßte. In einem Kulturblatt haben wir die erregte Bekundung irgendeines Literaten an die Adresse von Karel Nový gelesen, weil er sich einst für den Schriftsteller Tretjakov gegen den Polizeiterror eingesetzt hatte ... Warum, um Himmels willen, müssen wir dies bei uns verteidigen? ... Bei aller unserer Liebe zu der UdSSR und gerade bei ihr – ist die Aufgabe des tschechischen Intellektuellen, Schriftstellers, Journalisten nichts sonst, als eine unbewußte und naive Dienstmagd verschiedener bürokratischen Kurse in Moskau zu sein? ... Der Kurs des sowjetischen Schriftstellerverbandes ging unlängst scharf gegen die politischen ‚Abweichungen‘ der Schriftsteller vor. Die guten tschechischen Parteigänger gingen mit ... Sie möchten auch bei uns die stalinistisch gleichgeschaltete Führung durchsetzen, die in der UdSSR einen vollständigen literarischen Verfall installierte und die Parteipolitik in der Literatur in eine Sackgasse hinführte. Und bei uns melden sich dementsprechend alle Sekretärsseelen und halbschriftstellerische Nullen, um statt Literatur Intrigen gegen die Geistesfreiheit zu machen ... Wie erbärmlich ist diese totale Unfreiheit der Gesinnung, die sich unverschämt als radikal sozialistisch ausgibt!“ Dies ging an Schärfe noch weit über Teige hinaus. Eine schärfere Abrechnung mit der stalinistischen Kulturpolitik, als sie in dieser linkssozialistischen Kritik zum Ausdruck kam, ist kaum vorstellbar.

Inzwischen stand Teige selbst bereits im Mittelpunkt einer neuen Affäre, die das tschechische Kulturleben heftig bewegte. Am 7. März 1938 kam es auf einer Sitzung der 1934 gegründeten und international angesehenen Prager Surrealistischen Gruppe zu einem heftigen Streit zwischen Nezval und den anderen Mitgliedern, an ihrer Spitze Teige und Štyrský. Nezval verkündete daraufhin eigenmächtig die Auflösung der Gruppe der Surrealisten, obwohl er dazu nicht legitimiert war. Seine demonstrative Aktion – das Abrücken des tschechischen Surrealisten-Fürsten von seinem eigenen künstlerischen Ausgangspunkt – begründete er damit, in der Gruppe hätten sich „politische Ansichten durchgesetzt, die ich in der gegenwärtigen Situation im Hinblick auf die Rolle der Sowjetunion ... für falsch und gefährlich halte“¹¹⁹. Dabei spielte offensichtlich die Tatsache eine wesentliche Rolle, daß Teige mittlerweile die Kulturpolitik Moskaus mit jener Berlins identifizierte. Die unterschiedliche Einstellung gegenüber der sowjetischen Kulturpolitik machte Nezval in einer Rede deutlich, die er am 24. März 1938 im Prager „Gewerkschaftshaus“ vor kommunistischen Studenten hielt: „Dieses Interesse (für die UdSSR) bedingt gele-

¹¹⁹ Vítězslav Nezval, *Rozpuštění surrealistické skupiny v ČSR* (Auflösung der Surrealistischen Gruppe in der ČSR), in: *Rudé právo* Nr. 64, 17.3. 1938, sowie *Tvorba* Jg. XIII, Nr. 11, 18.3. 1938.

gentlich auch die Kritik dieser oder jener Erscheinungen auf kulturellem Gebiet. Und die führenden politischen Stellen haben uns eine solche Kritik nie übel genommen, sofern sie ehrlich war ... Ich habe selbst die Ansichten und Werke einiger sowjetischer Schriftsteller einer äußerst aufrichtigen Kritik unterzogen, vor allem damals, als sich Bezymenskij, Lugovskoj und Tretjakov bei ihrem Prager Besuch (1934) Angriffe auf unsere linke Avantgarde erlaubten. Wir kritisierten die sowjetische Malerei, die Sowjetarchitektur ... Die Kritik der kulturellen Werte der Sowjetunion ist jedoch im Laufe der Zeit degeneriert ... Oberflächlich erforschte Phänomene der zeitgenössischen Sowjetkunst brachten eine Reihe von Intellektuellen bis an den Rand der Konfusion ... Viele unserer Intellektuellen verloren überhaupt das Vertrauen in die Sowjetunion, weil sie gewisse Kunsterscheinungen in der Sowjetunion nur oberflächlich begriffen ... Man muß eine Bresche in die viele Intellektuelle umgebende stückige Kelleratmosphäre schlagen, die sich in letzter Zeit angewöhnt haben, kleinmütig und unkontrolliert falsche und gefährliche Ansichten zu entwickeln. Es muß der Hintergrund für diesen sog. Kampf gegen die linke Kulturreaktion demaskiert werden, auf den sich ein Teil dieser Intellektuellen spezialisiert hat, obwohl die KPČ keinen einzigen Künstler verfolgte bzw. gleichschaltete.¹²⁰ Nezval wollte sich mit seinem Schritt vom „antisowjetischen“ Widerstand der Linksinellektuellen gegen die Stalinsche Kulturpolitik distanzieren, aber auch – unter dem Begriff des „sog. Kampfes gegen die Kulturreaktion von links“ – von den Angriffen der unabhängigen Linken auf S.K. Neumann. Dies hatte er auch schon deutlich in einer Debatte am 7. März verkündet, als er – wie Teige später berichtete – betonte, man müsse „auch solche Taten des Sowjetregimes billigen ... wie etwa die Schließung des Mejerchold-Theaters, von dem er (Nezval) behauptete, dahinter habe Spionage gesteckt“¹²¹.

Die stalinistischen Intellektuellen begrüßten natürlich begeistert die Auflösung der Surrealistischen Gruppe durch Nezval, zumal sie ihnen (Štoll, Soldan, Václavek, Neumann, Taufer, Fučík u. v. a.) schon seit langem ein Dorn im Auge gewesen war. So feierte Fučík den Zerfall des „Tummelplatzes der fünften Kolonne unter der Intelligenz“ und der „obskuren Kneipengesellschaft“, wie er die Surrealisten abqualifizierte, mit den Worten: „Nezvals Tat hilft entschieden, die fünfte Kolonne unter der Intelligenz zu liquidieren. Er brach die von den trotzkisistischen Schwindlern sorgfältig verschlossene Tür auf und ließ frische Luft in diesen Modergeruch, in dem allmählich auch vieles von dem zu verwesen begann, was die moderne tschechische Kultur an wirklich schöpferischem und fortschrittlichem besitzt.“¹²²

Die Freude war allerdings verfrüht, denn als Nezvals Ankündigung in der Presse erschien, sprach ihm Teige – er war in erster Linie betroffen – noch am selben Tag das Recht zur Auflösung der Gruppe ab. Er warf ihm einen „diktatorischen Demo-

¹²⁰ Ders., Rede vor Studenten am 24. 3. 1938 über das Auseinanderbrechen der Surrealisten-Gruppe, vgl. Anm. 107.

¹²¹ Karel Teige, Surrealismus proti proudu, in: Teige, Zápasy, S. 503.

¹²² Julius Fučík, Nezvalův projev (Nezvals Erklärung), in: Tvorba Jg. XIII, Nr. 11, 18. 3. 1938, S. 121 f.

kratiebegriff“ vor und erklärte, die Surrealisten würden niemals ein „Führerprinzip“ anerkennen. Er verwies auf Nezvals Anteil an der Entwicklung des tschechoslowakischen Surrealismus, der auch nach seinem Weggang Bestand haben werde, und betonte, die Surrealistische Gruppe stehe „mit ihrem Widerstand gegen alle Versuche, das Kunstschaffen gleichzuschalten, und mit ihrem Kampf für die Freiheit der künstlerischen und wissenschaftlichen Arbeit fest im antifaschistischen Lager“¹²³. Als Nezval hierauf versuchte, Konstantin Biebl, Jindřich Honzl und Jaroslav Ježek auf seine Seite zu ziehen, verurteilten alle drei öffentlich die „Auflösung“ der Gruppe und bekräftigten ihre Solidarität mit dem gemeinsamen Standpunkt der Surrealisten¹²⁴. Zu diesem war die Gruppe auf einer Versammlung bereits am 14. März 1938, wenige Tage nach Nezvals Geste und noch vor seiner Presseerklärung, gelangt. Im Kern enthalten war er im fünften Artikel der dort verabschiedeten „Formulierung des politischen Standpunktes der Gruppe“. Als Vollmitglieder unterschrieben die Resolution Biebl, Brouk, Honzl, Ježek, Štyrský, Teige und Toyen und als assoziierte Mitglieder Jakobson, Kalandra, Novomeský, František Halas, E. F. Burian, Mukařovský, Jindřich Horejši und der Kunsthistoriker Vincenc Kramář¹²⁵.

Als im April 1938 in Brünn die bereits in Prag gezeigten Bilder Štyrskýs und Toyens ausgestellt wurden, konstituierte sich eine breite, gegen den stalinistischen Konformismus gerichtete Kulturfront. Diesem weit über das Umfeld der Surrealisten hinausragenden Kreis gehörten u. a. Mukařovský, Halas, Burian, Novomeský, Jakobson, Ježek, Jiří Weil, Noha, Mathesius, Vančura, Kalandra, Hoffmeister, Kroha und natürlich auch Teige an¹²⁶. Auf der von Mukařovský eröffneten Vernissage sprachen insbesondere auch Halas und Jakobson. Ersterer betonte in seinem Vortrag über die moderne Poesie, angesichts der zahlreichen Angriffe seitens der Stalinschen Kulturreaktion auf die Avantgarde und vor allem auf den Surrealismus müßten die modernen Autoren zu einem solidarischen Vorgehen finden. Auf Majakovskijs Zitate gestützt, verteidigte Jakobson die Avantgarde und den Surrealismus gegen die jüngsten Attacken, die im Zusammenhang mit Nezvals Liquidierung der Surrealistengruppe in „Tvorba“ und „Rudé právo“ zu lesen gewesen waren. Die Brünnener Ausstellung geriet damit zu einer militanten Demonstration für die Freiheit der Avantgardekunst und zu einem weiteren scharfen Protest gegen die Gleichschaltungspolitik des sowjetischen und tschechischen Stalinismus.

Einen Monat später schloß Teige die Surrealismus-Diskussion durch seine erwähnte Schrift „Surrealismus proti proudu“ ab. Darin skizzierte er noch einmal die Hintergründe der Angriffe auf den Surrealismus und bekräftigte seine eigene

¹²³ Karel Teige, K případu Vítězslava Nezvala a surrealistické většiny (Zum Fall von V. N. und der surrealistischen Mehrheit), in: Ranní noviny Nr. 64, 17. 3. 1938.

¹²⁴ K. Biebl, J. Honzl a J. Ježek se solidarizují se surrealistickou skupinou (K. B., J. H. und J. J. solidarisieren sich mit der surrealistischen Gruppe), in: Ranní noviny Nr. 80, 2. 4. 1938.

¹²⁵ Karel Teige, Surrealismus proti proudu, in: Teige, Zápasy, S. 662 (unveröffentlichter Zusatz).

¹²⁶ Bericht über die Ausstellung von Štyrský und Toyen in Brünn, in: Ranní noviny Nr. 93, 15. 4. 1938; Teige, S. 537.

Position. Er beklagte „die unselige Wende der kommunistischen Kulturpolitik, ... die in den beiden letzten Jahren vor allem aus dem Munde S.K. Neumanns – die neue Kunst und in erster Linie die surrealistische Produktion als dekadent, entartet, volksfeindlich und hysterisch verdammt ... Nezvals Inkubationszeit des Bruchs (mit den Surrealisten) deckt sich in etwa mit jenem Zeitpunkt, als sich der grundlegende Wechsel in der Kulturpolitik der KPČ vollzog ... Wir hielten es keineswegs für unmöglich, Nezval darüber aufzuklären, inwiefern seine jetzige Einstellung unhaltbar und mit dem Surrealismus unvereinbar ist, und in der Überzeugung, die aufgestauten Gegensätze müßten – da durchaus lösbar – nicht zwangsläufig zum Konflikt führen, glaubten wir, auch jetzt sei nicht alle Hoffnung verloren ... Wir leiten aus dem dialektischen Materialismus ... auch jene Schlußfolgerung ab, die uns gebietet, durch nichts die Freiheit der geistigen Diskussion und Kritik zu beschränken und energisch allen Versuchen einer Gleichschaltung entgegenzutreten ... Umso weniger wollten wir damit einen Eid auf jene politisch-ästhetischen Anschauungen ablegen, die uns aus den ‚Izvestija‘ und der ‚Pravda‘ über ‚Rudé právo‘ bis hin zu ‚Tvorba‘ und ‚Lidová kultura‘ entgegenschallen ... Die Surrealisten werden nicht nur alle Schwachseiten der sowjetischen Kulturpolitik einer ideologischen Kritik unterziehen, sondern auch alle Konzessionen der Sowjets an die kleinbürgerliche Mentalität gewisser Schichten der Sowjetbevölkerung.“¹²⁷

Es wird deutlich, daß auch die Surrealismus-Diskussion im Kern um die Stalinische Kulturpolitik und deren Auswirkungen auf die Kontroverse um die tschechoslowakische Avantgarde kreiste. Und Teiges „Surrealismus proti proudu“, im Mai 1938 erschienen, setzte dabei gleichsam den Schlußakzent unter die Krise der tschechischen Linkskultur. Als Antwort der Surrealisten an Nezval, Fučík, Konrad, Neumann, Rybák, Štoll und andere konzipiert, verrät die 80seitige Broschüre Teiges aber auch die völlige Ablehnung des Sowjetsystems – die denkbar radikalste Konsequenz aus seiner kritischen Reflexion der Stalinschen Kulturpolitik. Teiges Studie, die weit über unmittelbare Fragen des Surrealismus hinausgeht, ist eine für ihre Zeit geradezu geniale Analyse des politischen und kulturellen Stalinismus. Sie steht nicht nur in der damaligen tschechischen Kulturszene einzigartig da, sondern nahm auch zahlreiche westliche Analysen des Stalinismus vorweg, ja übertrifft in ihrer geistigen Brisanz und ihrer Spannweite sogar Darstellungen eines Arthur Koestler oder Isaac Deutscher. Als Verteidigungsschrift gegen die Gleichschaltung der Kunst enthält sie die systematischste und konsequenteste Auseinandersetzung mit der reaktionären sowjetischen Kulturpolitik, die je in der Tschechoslowakei, ja in ganz Ost- und Mitteleuropa geschrieben wurde: „Die Sowjetbürokratie“, so schreibt Teige, „legte den progressiven Tendenzen in allen Bereichen der Kunst und einigen Bereichen der Wissenschaft kaum überwindbare Hindernisse und reaktionäre Verbote und Postulate in den Weg ... Der kommunistische Journalismus führt hier analoge Kampagnen, die objektiv die Reaktion und die faschistischen Invektiven gegen jenes Kunstschaffen fördern, das Goebbels als ‚entartete Kunst‘ bezeichnete, Keržencev und die

¹²⁷ Karel Teige, *Surrealismus proti proudu*, in: Teige, *Zápasy*, S. 501 f., S. 504, S. 508 ff.

offizielle Sowjetkritik als ‚degenerierten Formalismus‘ und S.K. Neumann als ‚faulige Frucht der Dekadenz‘ . . . Eine Zensur, die Werke einer wissenschaftlichen und künstlerischen Avantgarde konfisziert, eine Bürokratie, die Autoren verfolgt, und ein Journalismus, der solches Handeln gutheißt, haben nichts, aber gar nichts mit der Linken und dem Sozialismus zu tun . . . Wer auf der Grundlage unserer Feststellung, Keržencevs und Goebbels‘ Wirken glichen sich wie ein Ei dem anderen, den Vorwurf erhebt, wir verglichen die UdSSR mit dem Dritten Reich, arbeitet mit polemischen Tricks. Ist ein Protest gegen die reaktionären Taten eines Keržencev . . . etwa ein Angriff auf die Sowjetunion? . . . Vorerst sind wir gezwungen zu wiederholen, daß in der UdSSR wie im Dritten Reich *dieselbe* neue Kunst mit einem Bannfluch belegt, verurteilt wird . . . mit *denselben* ästhetischen Argumenten . . . in politische Parolen gehüllt, die in beiden Ländern unterschiedliche Farben tragen. Mejercholds Theater könnte in Deutschland ebensowenig existieren wie das von den Nazis liquidierte Bauhaus und Maler wie Paul Klee oder Vas. Kandinskij u. a. . . in der UdSSR nicht existieren könnten . . . Der heutige Zustand des sowjetischen Kulturlebens und einiger wissenschaftlichen Disziplinen zeugt von Stagnation und Verfall, die als notwendige Folge jener bürokratischen Verbote und Postulate erscheinen, welche den freien Gang künstlerischen und wissenschaftlichen Denkens einschnüren . . .

Die sowjetische Kulturreaktion, die eine *Reaktion auf der Basis der Revolution* ist, ein fremdartiges und parasitäres Geschwür im Überbau, diese Reaktion könnte zur objektiven Stütze der *westlichen Reaktion auf der Basis der Konterrevolution* werden. Als die sowjetischen Behörden die künstlerische Avantgarde für vogelfrei erklärten und sie des Lasters eines entarteten und dekadenten Formalismus schuldig befanden, untergruben sie damit die Basis der analogen Kunstrichtungen in den übrigen Ländern . . . Die Verteidigung der demokratischen Freiheiten des künstlerischen und wissenschaftlichen Schaffens gegen den Faschismus wäre wirkungslos, setzte sich in ihrem Rücken eine Zensur fest, die dieselben dichterischen und wissenschaftlichen Manifestationen verfolgt, gegen die der Faschismus den Hauptschlag führt, . . . und wenn wir uns nicht zugleich gegen eine solche Kulturreaktion wehrten, die auch dann eine Reaktion bleibt, wenn sie sich mit sowjetischen Kokarden schmückt . . . Die Manieren von Journalisten, die jeden zum öffentlichen Feind erklären, der Zweifel an der Richtigkeit dieser oder jener politischen oder kulturellen Maßnahme der Sowjetregierung äußert, . . . werden uns nicht zwingen, . . . uns jener plötzlichen Kehrtwendung um 180 Grad anzuschließen, die die kommunistische Propaganda und Kulturpolitik mit ihrem neuen Kurs vollführte . . . Sollte man die neugebackenen Freunde der Sowjetunion – die ‚eindeutig und ohne Vorbehalt‘ (Neumann) gerade jene Schritte der sowjetischen Kulturpolitik billigen, die ein Abrücken von sozialistischen Ideen bedeuten, und die an der Sowjetkunst gerade das bewundern, was uns am ehesten dubios erscheint – gegen uns zitieren, sollte man unsere Kritik der reaktionären Handlungen der Sowjetbürokratie als Feindschaft gegenüber der UdSSR auslegen, es würde sich damit nichts ändern . . .

Mit Knüppeln, Bannflüchen, Verleumdungen und Skandalisierungen antworten

unsere orthodoxen und konformistischen Opponenten auf die Ketzerei, die kritische Einwände gegen die Kulturpraxis in der UdSSR und in der KPC wagte ... Redakteure kommunistischer Journale, konservative Akademie-Mitglieder und vulgäre Kitschproduzenten reichten sich als Verbündete die Hände, um gemeinsam die ‚ismen‘ einer ‚entarteten Kunst‘ auszurotten. Die immer häufigeren Identitäten in den Kampagnen des faschistischen und des kommunistischen Journalismus im Kampf gegen den degenerierten Formalismus sind frappierend ... Nicht etwa die offene Kritik der sowjetischen Kunst- und Kulturpraxis ist falsch, sondern diese sowjetische Praxis selbst ... Wir erklären unser Recht und unsere Pflicht, unter dem Aspekt des Sozialismus die Mängel, Fehler und Vergehen der kommunistischen Kulturpraxis in der UdSSR aufzuzeigen und ... die Wurzeln der Kulturreaktion in der sowjetischen und sozialistischen Welt freizulegen.¹²⁸

Teiges Urteile verraten gelegentlich Widersprüche, wenn er etwa seine Kritik der sowjetischen Kulturpolitik nicht als Antisowjetismus verstanden wissen wollte oder wenn er die Avantgarde – namentlich den Surrealismus – mit dem Marxismus bzw. dem dialektischen Materialismus damaliger Prägung identifizierte. Gleichwohl sind seine Darlegungen in dreierlei Hinsicht von besonderer Bedeutung: Sie weisen die Identität der Kulturpolitik der Nationalsozialisten, bzw. der extremen Rechten, und der Sowjets nach; sie stellen fest, daß die Stalinsche sowjetische Kulturpraxis und deren tschechisches Pendant den Ideen der Linken grundlegend zuwiderliefen; sie ordneten die Produkte dieser Praxis als reaktionär und künstlerischen Kitsch ein.

Die orthodoxen kommunistischen Intellektuellen lehnten derartige Ansichten begrifflicherweise mit Vehemenz ab. Nezval disqualifizierte Teige als „altersschwachen Avantgardisten und trotzkisierenden Allintellektuellen“ und rief an die Adresse seiner Sympathisanten: „O ihr papiernen Galeerensträflinge! Seifenblasen! Aufgeblasene Hampelmänner! Diese Monstren!“¹²⁹ Jiří Taufer, der keineswegs untalentierte Autor der „Roentgenogramme“ (1938), verwarf die „reaktionäre, antisowjetische Tendenz“ und die „Duckmäuserei“ des Teigeschen Buches, das aus „Unwahrheiten und ultralinken Phrasen“ bestehe. Der Hauptgrund für die wachsende Unzufriedenheit der Avantgarde mit der UdSSR sei die „innere Isoliertheit und die hierauf begründete Exklusivität ihres Schaffens“¹³⁰.

Erstaunlicherweise stießen die Äußerungen Teiges auch bei Václav Černý auf Unverständnis, dem prominenten, zwischen dem Linksliberalismus und Reformsozialismus oszillierenden Literaturkritiker. Dieser räumte zwar ein, Teige sei „klar, präzise und nicht im geringsten hysterisch“. Angesichts „dieser Qualitäten seines Geistes und seiner Darstellungsgabe“ werde ihm der Leser gegenüber seinen Gegnern sicherlich Recht geben. Andererseits aber war das Buch für ihn nur „ein Sturm

¹²⁸ Ebenda, S. 487–496, S. 526 f., S. 539 ff. Hervorhebungen im Original.

¹²⁹ Vítězslav Nezval, *Poslední slovo Teigemu a spol.* (Das letzte Wort an Teige und Kons.), geschrieben 28. 5. 1938, in: Ders., *Manifesty, eseje a kritické projevy z let 1931–1941*, Dilo 25 (Manifeste, Essays und kritische Erklärungen. Das Werk Bd. 25), Prag 1974, S. 599.

¹³⁰ Jiří Taufer, *Karel Teige mezi proudy* (K. T. zwischen den Strömen), in: *Ú-Blok Jg. III*, Nr. 3, 25. 11. 1938, S. 224–230.

in einem winzigen Wasserglas“, „viel Lärm um nichts“, weil er darin durchaus keinen Bruch Teiges mit der Sowjetunion bzw. mit der KPČ erblickte. Černý war der irrigen Annahme, es handle sich insgesamt nur um einen Familienstreit innerhalb der KPČ, ja er glaubte, Teige wolle nur seine eigenen Ideen in der offiziellen kulturpolitischen Linie der Partei durchsetzen¹³¹. Václav Běhounek, der Kulturtheoretiker der linkssozialistischen Gruppe, bewertete Teiges Kritik an der Stalinschen Kulturpolitik hingegen positiv und identifizierte sich mit dessen „bissiger Polemik gegen jene Art der ‚Sowjetophilen‘“ und mit dessen Postulat, „den freien, kritisch denkenden Geist in der Kunst dem parteilichen Gehorsam vorzuziehen“. Aber auch er meldete Vorbehalte gegen Teiges Methode an, seine antistalinistische kulturpolitische Kritik als Verteidigung des Surrealismus aufzufassen. Man wird aber wohl Chvatík beipflichten müssen, der in Teiges Auftreten zwar auch „viel Gruppen-Sektierertum, in das der Surrealismus immer tiefer versank“, sah, andererseits aber unmißverständlich hervorhob, die Schrift „Surrealismus proti proudu“ sei nicht von einem professionellen Politiker verfaßt worden, „der fähig gewesen wäre, alle Nuancen des Verhältnisses zwischen Strategie und Taktik abzuwägen, sondern von einem empörten und entrüsteten Kunsttheoretiker, der die Freiheit des künstlerischen Schaffens und des kritischen Denkens gegen die noch namenlose Mythologie des Personenkultes verteidigte“ – und zwar „vom Standpunkt des Sozialismus aus“¹³².

Noch um die Jahreswende 1966–1967, am Vorabend des Prager Frühlings also, führte „Surrealismus proti proudu“ zu einer heftigen Kontroverse zwischen Štoll und „revisionistischen“ Literarhistorikern. Štoll hielt Teige dessen im Namen der nonkonformistischen Linken erfolgte Ablehnung der sowjetischen Kulturpolitik mehrfach vor, zumal sie zu einer Zeit erfolgt sei, da die Tschechoslowakei von Hitler bedroht war. Er lobte Nezval und Neumann, die sich von dieser Art Nonkonformismus distanziert hätten, und verbat sich mit Nachdruck die Gleichsetzung von nazistischer und stalinistischer Kulturpolitik: „Nicht der Hinweis auf Deformationen, sondern die Subsumierung der Kulturpolitik zweier unversöhnlicher Welten unter den gemeinsamen Begriff ‚weltumspannende Gleichschaltung‘, die Reden über die Notwendigkeit eines Kampfes gegen Diktatur von links und rechts – das war es, was konsequent progressive Menschen zu Recht empörte“, schrieb Štoll 1966. „Zur damaligen Zeit rief die Ästhetik der ‚nonkonformistischen Linken‘ auch durch ihre Intoleranz und ihr Sektierertum Verbitterung hervor, denn hieraus resultierte das

¹³¹ Vgl. Václav Černý, Rezension von „Surrealismus proti proudu“, in: KM Jg. I (1938), S. 280–283. Demgegenüber die präzise Analyse mit positiver Bewertung Teiges bei Brabec/Effenberger/Chvatík/Kalivoda, S. 58–61.

Die nachfolgende Stellungnahme Běhouneks enthielt auch folgende Feststellung: „Es wäre mutiger, wenn Teige seinen literarisch politischen Ansichten nicht die Etikette des Surrealismus geben würde. Mit dem Inhalt dieser Ansichten hat der Surrealismus nichts zu tun und es entspricht offensichtlich nur der Mode der kommunistischen Literaten, die Individualität in irgendeinen interessanten Begriff zu kleiden“. Václav Běhounek, *Komunistická literární politika* (Die kommunistische Literaturpolitik), *Dělnická osvěta* XXIV, Nr. 6, 15. 6. 1938, S. 246 f.

¹³² Chvatík, Smysl, S. 12, und Strukturalismus, S. 13 f.

Bestreben, die Kulturpolitik Berlins und Moskaus in einen Topf zu werfen . . . Wenn die Plattform dieser nonkonformistischen Ästhetik in die Lage kam, dem Druck beider antagonistischer Geschichtskräfte ausgesetzt zu sein, und wenn sie nicht fähig war, zwischen der Kulturpolitik Berlins und Moskaus zu unterscheiden, dann beruhte dies nicht auf ihrer marxistisch-kritischen Sicht der Realität, sondern auf ihrer tragischen subjektivistischen Verblendung.¹³³

Eine derartige Logik lehnte Felix Vodička in einem Aufsatz Anfang 1967 ab. Die Vertreter der linken Avantgarde, schrieb er, hätten trotz aller Klagen über die Gleichschaltung von links und rechts immer noch „ganz offensichtlich ihre Zugehörigkeit zur linken Bewegung manifestiert“. Ihre Gegner innerhalb des linken Lagers seien dagegen bemüht gewesen, dessen „Deformationen zu verteidigen oder zu bemänteln“, und deshalb sei ihnen die avantgardistische Linke als Feind erschienen. Vodička schloß mit den Worten: „Ich habe eine solch komplexe Analyse der Situation gefordert, damit sie die Voraussetzungen für die Erstellung von Kriterien zur historischen Bewertung schafft. Ich habe allerdings nicht einmal in dieser Angelegenheit Hoffnung, mich mit Štoll verständigen zu können. Es erscheint mir völlig absurd, Teige 1966 in derselben Weise wie 1938 in die ‚Zange zu nehmen‘ und seinen Protest unter dem Vorwand, er unterscheide nicht zwischen der Kulturpolitik Berlins und Moskaus, als ‚tragische subjektivistische Verblendung‘ zu klassifizieren.“¹³⁴

Noch nachdrücklicher und radikaler verurteilte Miroslav Červenka zur gleichen Zeit Štolls Attacke auf Teige. Seine Antwort verrät, wie aktuell Teige für die progressiven Strömungen des Prager „Vorfrühlings“ war und wie unbequem er den stalinistischen Ideologen noch immer war: „Štolls ‚objektives Kriterium‘ verflüchtigt sich also in der rein subjektiven Wahl eines Lieblingsdichters (S.K. Neumanna), der stets recht hat: es ist wieder nur dasselbe Mäntelchen, unter dem man der Literaturgeschichte . . . seinen persönlichen Geschmack und seine persönlichen Antipathien aufzwingen will, ohne Rücksicht auf möglichen Schaden. Štoll nimmt mit beträchtlicher Selbstsicherheit das Recht für sich in Anspruch, die ‚subjektivistische Verblendung‘ dieser anderen zu brandmarken. Heute ist es jedoch Zeit, über die subjektivistische Verblendung L. Štolls nachzudenken, die umso durchsichtiger ist, als sie nicht mehr die scheinbare ‚Objektivierung‘ durch imposante Konferenzen und Kampagnen durchlaufen kann, durch fühlbare Manifestationen der Macht, durch Eliminierung von Dichtern aus der sozialistischen Kultur . . . Ohne diese Hoffnung auf Pseudo-Objektivität ist Štolls subjektivistische Verblendung kraftlos. Es zeugt allenfalls von Selbsterhaltungstrieb, wenn er sich wissenschaftlich und objektiv gebärdet und in ‚historischen Kriterien‘ Zuflucht sucht . . . Durch Štolls persönliche Sympathien und Antipathien schimmert ganz offensichtlich der Anschein einer ‚objektiv-

¹³³ Ladislav Štoll, Objektívni historická kritéria (Die objektiven historischen Kriterien), in: Literární noviny Nr. 51, 17. 12. 1966.

¹³⁴ Felix Vodička, Subjektivistická zaslepenost (Die subjektivistische Verblendung), in: Literární noviny Nr. 2, 14. 1. 1967.

historischen' Argumentation durch, die nicht ohne Verzerrung von Fakten und den Mißbrauch einer emotionalen Phraseologie auskommen kann."¹³⁵

Diese Demaskierung der Štollischen Teige-„Interpretation“ verweist nicht zuletzt auf Štolls publizistische „Rückfälle“ in den frühen fünfziger Jahren, als er den Staatsapparat zu Eingriffen in die politisch nicht korrumpierte Kultur ermunterte. Zugleich ist sie ein Bindeglied zwischen der Krise der tschechischen Linkskultur, die sich in den Jahren 1936–1938 an der Stalinschen Kulturpolitik und den Diskussionen um die künstlerische Avantgarde entzündete, und ihrer dreißig Jahre später erfolgten „Aufarbeitung“. Štoll trat hierbei nicht nur als „Literaturwissenschaftler“ auf, der das Problem mit zeitlichem Abstand theoretisch abhandelte, sondern zugleich als einer der prominentesten Befürworter der Stalinschen Kampagne gegen den „Formalismus“ und die Avantgarde. Demgegenüber wies Chvatík zu Recht darauf hin, daß sich der damalige Kampf zu einer „schweren Prüfung für die sozialistische Orientierung unserer Künstler auswuchs“, wobei er die Vorstellung überzeugend widerlegte, es habe „damals angeblich keinen anderen Weg gegeben als die aktive Unterstützung des Persönlichkeitskultes oder des Trotzismus“¹³⁶. Darüber hinaus verdeutlichte er, „daß trotz des Abstands von einem Vierteljahrhundert, der uns von den dramatischen Ereignissen des Jahres 1938 trennt – als in Böhmen ... die Zeit der integralen avantgardistischen Konzeptionen und Bewegungen endete –, ... die Fragen der künstlerischen Authentizität der Avantgarde und ihrer politischen Einstellung brennend aktuell sind“¹³⁷. Dies führt zu der Frage, welche Zusammenhänge es zwischen der kulturpolitischen Aktivität der Avantgarde vor fünfzig Jahren und den heutigen kulturpolitischen Problemen gibt.

Obwohl sich die Auseinandersetzungen um die Stalinsche Kulturpolitik ab dem Spätfrühjahr 1938 infolge der verstärkten internationalen Spannungen abschwächten (der Surrealismus-Konflikt wurde durch den Anschluß Österreichs überschattet, „Surrealismus proti proudi“ erschien eine Woche vor der Maikrise), trat die Linkskultur hoffnungslos gespalten in das Endstadium des Kampfes für die Verteidigung der Republik ein; das zeugten etwa die Auseinandersetzungen um die Vorbereitung des Textes und der Unterschriftensammlung für das antifaschistische Manifest von 350 tschechischen Intellektuellen „Věrní zůstaneme“ (Wir bleiben treu) vom 15. Mai 1938¹³⁸. Die Frage nach künstlerischen Verfahren und der Freiheit des künstlerischen

¹³⁵ Miroslav Červenka, *Objektivní kritéria*, in: *Literární noviny* Nr. 1, 7. 1. 1967.

¹³⁶ Chvatík, *Smysl*, S. 63.

¹³⁷ Chvatík, *Strukturalismus*, S. 20. Der hohe Wert dieser Arbeit beruht darauf, daß sie die Avantgarde nachhaltig rehabilitiert und beweist, daß der sozialistische Realismus allenfalls eine von vielen möglichen Formen der linken Kultur repräsentiert. Dementsprechend ist es gemäß Chvatík in jedem Falle unzulässig, Strömungen aus der sozialistischen Kultur auszuschließen, die sich dem sozialistischen Realismus entziehen.

¹³⁸ Václav Běhounek/K. J. Beneš (Hrsg.), *Věrní jsme zůstali* (Wir sind treu geblieben), Prag 1946, S. 147 ff.; Jan Kuklík/Petr Zátka, *Spisovatelský manifest a Petiční výbor „Věrní zůstaneme“* (Das Schriftstellermanifest und der Petitionsausschuß „Wir bleiben treu“), in: *Revue dějin socialismu* (Revue für Geschichte des Sozialismus) Jg. II (1969), S. 201–229.

schen Ausdrucks, die in den dramatischen Disput erörtert worden waren, blieb aber ein weiterhin brennendes Anliegen. Zwar rückten nach 1945 manche Vorkriegskritiker der sowjetischen Kulturpolitik unter den Linksintellektuellen aus Gründen der Konjunktur von ihrem ursprünglichen Standpunkt ab; das gilt etwa für Mukařovský, Mathesius, Burian, Novomeský, Hoffmeister, Kroha, die bald nach der kommunistischen Machtergreifung von Februar 1948 ihre progressive Vergangenheit verrieten und jetzt sogar Neumannsche Positionen von Ende der dreißiger Jahre in „schöpferischer Weise“ erörterten. Die Polarisierung blieb jedoch in den Nachkriegsdiskussionen weiterhin erhalten, etwa bei der „Kritický měsíčník“ oder Burians „Kulturní politika“, im Konflikt um die Prager Ausstellung der sowjetischen Kunst von 1946, in den Diskussions-Abenden über die junge Poesie von 1947 oder in der Polemik zwischen Černý und Bareš¹³⁹. All dies hatte starke Auswirkungen auf die Zerstörung kulturpolitischen Legenden und den Streit um die Freiheit der Kunst zwischen Stalinisten und progressiven Marxisten in den sechziger Jahren. In diesem Sinne besitzen die dramatischen Debatten innerhalb der tschechischen Linkskultur 1936–1938 auch heute noch eminente politische Brisanz, gibt es doch eine Kontinuität zwischen dem Widerstand ihrer größten kreativen Persönlichkeiten gegen die Stalinsche Kulturpolitik und dem Widerstand der heutigen nicht-offiziellen, unabhängigen Kunst gegen die von der Partei verordneten Normen. In diesem Sinne ist der Weg der einstigen Opponenten auch der Weg der heutigen Opponenten¹⁴⁰.

Kurzbiographien

Gustav Bareš (geb. 1910), kommunistischer Journalist, seit 1933 Redakteur der „Rudé právo“, 1939–1945 in der UdSSR, 1945–1946 Chefredakteur der „Rudé právo“, 1946–1952 Mitglied des ZK der KPČ, 1966–1970 Prof. an der Fakultät für Journalistik.

Kamil Bednář (1912–1972), Lyriker existenzialistischer Prägung, debütierte 1937, bis 1959 Verlagsredakteur, 1940 Mitgründer einer Gruppe junger Dichter „Ohnice“ (Ackerrettich).

¹³⁹ Vgl. u. a. Václav Černý, *Boje a směry socialistické kultury* (Kämpfe und Richtungen der sozialistischen Kultur), Prag 1947; Jaroslav Kládiva, *Kultura a politika* (Kultur und Politik), Prag 1968; Jana Neumanová, *Československá kulturní politika 1945–1956* (Tschechoslowakische Kulturpolitik 1945–1956), Wien 1985 (Manuskript).

¹⁴⁰ Die Krise der tschechischen Linkskultur, hervorgerufen durch die Auseinandersetzung um die Stalinsche Kampagne gegen den „Formalismus“ und um die Einordnung der künstlerischen Avantgarde, läßt sich natürlich letztlich nur vor dem Hintergrund der konfliktgeladenen Diskussionen um die Moskauer Schauprozesse von 1936–1938 begreifen. Beide Konflikte bilden einen eng miteinander zusammenhängenden Komplex. Zur Frage der Reaktion der Linkskultur auf diese Moskauer Prozesse vgl. ausführlich Ivan Pfaff, *Der Widerhall der Moskauer Prozesse 1936–1938 in der tschechischen Linken*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 1987, S. 203–254.

Karel J. Beneš (1896–1969), vor 1939 Autor sensationeller, sehr populärer Romane, Sozialdemokrat. Von den Nazis zum Tode verurteilt, aber begnadigt. Nach 1945 realistische historische Romane.

František Bidlo (1895–1945), Zeichner, Karikaturist, Illustrator u. a. in der kommunistischen Presse. Als politischer Karikaturist erlangte er Weltruf. Er starb im KZ.

Konstantin Biebl (1898–1951), Dichter der linken Avantgarde, Kommunist, 1934–1939 Surrealist, 1940–1950 Publikationsverbot, nach Veröffentlichung seiner letzten Gedichtsammlung (1951) beging er Selbstmord.

Emil F. Burian (1904–1959), Kommunist, linker avantgardistischer Dramatiker und Regisseur, 1933–1941 Inhaber eines eigenen Theaters in Prag („D 33–41“), 1941–1945 im KZ, nach 1945 konform mit der Partei.

Václav Černý (1905–1987), linker, nichtkommunistischer Literaturhistoriker (Romanist) und -kritiker, 1938–1942 und 1945–1948 Herausgeber des „Kritický měsíčník“ (Kritische Monatsschrift), nach 1948 und 1968 vom Regime verfolgt.

Vladimír Clementis (1902–1952), slowakischer kommunistischer Intellektueller, 1939–1945 in Frankreich und England, 1945 Staatssekretär im Außenministerium, 1948–1951 Außenminister, 1952 im Slánský-Prozeß hingerichtet.

Emil Filla (1882–1953), Maler, Graphiker, Bildhauer, Kunsttheoretiker, Kubist, Mitglied der Gruppe „Osma“ (Die Acht).

Julius Fučík (1903–1943), kommunistischer Journalist und Kritiker, 1934–1936 in der UdSSR, zahlreiche literar- und theaterkritische Aufsätze im Geiste des Stalinismus; von den Nazis hingerichtet.

Ludovít Fulla (geb. 1902), einer der Gründer der modernen slowakischen Malerei, slowakischer Maler, Graphiker, Illustrator, Bühnenbildner, vor 1945 Kubist und Expressionist.

Josef Gutman (1902–1958), 1929–1933 Präsidiumsmitglied der KPČ, 1933 aus der Partei ausgeschlossen (war gegen die Komintern-Politik in der deutschen Frage), emigrierte 1939 in die USA, wo er starb.

František Halas (1901–1949), kommunistischer Lyriker und Kritiker, Autor meditativer Gedichte, mit katholischen Dichtern befreundet; nach 1948 vom Regime gehetzt.

Jindřich Honzl (1894–1953), kommunistischer Dramaturg, Regisseur und Theatertheoretiker, Anhänger von Tairov, nach 1948 Konflikte mit dem Regime; beging Selbstmord.

Jindřich Hořejší (1886–1941), Lyriker der linken Avantgarde, Autor populärer Gedichtsammlungen mit sozialer Thematik, hervorragender Übersetzer aus dem Französischen.

Roman Jakobson (1896–1982), russischer Linguist, Formalist, später Strukturalist, Mitglied der tschechischen Avantgarde, 1920–1939 Univ.-Prof. in Prag und Brünn, 1926 Mitgründer des international angesehenen „Prager linguistischen Kreises“.

Milena Jesenská (1896–1944), die Freundin Kafkas, kommunistische Journalistin, 1936 aus Protest gegen den ersten Moskauer Prozeß aus der KPČ ausgetreten, dann in linksliberaler Presse tätig. Sie starb im KZ.

Záviš Kalandra (1902–1950), kommunistischer Historiker, Ästhetiker, Publizist u. Theaterkritiker, Mitarbeiter der Surrealisten. 1936 ausgeschlossen aus der KPČ wegen Kritik an der Sowjetunion, danach Troztkist. 1939–1945 im KZ, 1950 hingerichtet.

Václav Kopecký (1897–1961), 1929 KPČ-Abgeordneter und Mitglied des ZK, 1931 Politbüro-Mitglied und Agitprop-Chef, 1939–1945 in Moskau, 1945–1954 Kultur- und Informationsminister der ČSSR.

Jaromír Krejcar (1895–1950), einer der Hauptvertreter der tschechischen architektonischen Avantgarde 1925–1939, Mitglied der Gruppe „Devětsil“ (Pestwurz), 1937 erster Preis auf der Weltausstellung in Paris.

Jiří Mahen (1882–1939), linksliberaler Prosaist und Dramatiker in Brünn, Freund vieler Avantgardisten. Nach dem Nazi-Einmarsch in Prag im März 1939 beging er Selbstmord.

Vincenc Makovský (1900–1966), Bildhauer und Designer, einer der Hauptvertreter der modernen tschechischen Skulptur, verband Monumentalität mit Innerlichkeit.

Bohumil Mathesius (1888–1952), linker realistischer Lyriker, Dramatiker, der beste Übersetzer aus dem Russischen. Nach 1945 Kommunist und Univ.-Prof. für russische Literatur an der Universität Prag.

Jan Mukařovský (1891–1975), strukturalistischer Ästhetiker, Univ.-Prof. in Preßburg, seit 1939 in Prag, Mitgründer des „Prager linguistischen Kreises“, vor 1939 unabhängiger Linker, nach 1945 aktiver Kommunist.

František Muzika (1900–1974), Maler, Graphiker und Bühnenbildner, Mitglied der Gruppe „Devětsil“, Prof. an der Kunstgewerbeschule Prag, malte imaginative Landschaften mit poetischer Atmosphäre.

Zdeněk Nejedlý (1878–1962), 1908–1939 Prof. für Musikwissenschaft an der Universität Prag, ab 1929 Kommunist (Stalinist), 1939–1945 in Moskau, 1945–1962 Regierungsmitglied.

Stanislav K. Neumann (1875–1947), anarchistischer, seit 1921 kommunistischer Journalist, ursprünglich avantgardistischer Lyriker, nach 1934 fanatischer Stalinist und Theoretiker des „sozialistischen Realismus“, militanter Polemiker.

Vítězslav Nezval (1900–1958), glänzender Lyriker der linken Avantgarde der Zwischenkriegszeit, 1934–1938 Vorsitzender der „Gruppe der Surrealisten“, nach 1945 Politdichter der Partei.

Jan Noha (1908–1966), kommunistischer Lyriker, Autor sog. „proletarischer Poesie“, 1935–1937 Mitglied der Gruppe „Blok“, nach seiner Verteidigung André Gides 1938 aus der KPČ ausgeschlossen.

Laco Novomeský (1904–1976), slowakischer avantgardistischer Dichter, kommunistischer Journalist, 1951–1955 als „Nationalist“ im Gefängnis.

Ferdinand Peroutka (1895–1978), unabhängiger linksliberaler Journalist, seit 1924 Herausgeber der Revue „Přítomnost“ (Gegenwart), 1939–1945 im KZ, 1945–1948 Chefredakteur von „Dnešek“ und „Svobodné noviny“, 1948 ging er ins Exil in den USA.

Jan Preisler (1872–1918), symbolistischer Maler und Graphiker, führende kreative Persönlichkeit des tschechischen Jugendstils.

Marie Pujmanová (1893–1958), Lyrikerin und Autorin psychologischer Romane, Kommunistin bürgerlicher Herkunft, verheiratet mit einem katholischen Dramaturgen; nach 1945 Romane mit Parteitendenz.

Josef Rybák (geb. 1904), kommunistischer Journalist, seit 1933 Redakteur des „Rudé Právo“ und der „Tvorba“, 1959–1965 Chefredakteur der revisionistischen „Literární noviny“.

Vojtěch Sedláček (1892–1973), Maler, Graphiker und Illustrator, schuf böhmische Gebirgslandschaften und Bilder mit sozialer Thematik.

Viliam Široký (1902–1972), slowakischer Kommunist, 1935 Abgeordneter und Politbüromitglied, 1941–1945 eingekerkert, 1945–1953 stellvertretender Premier, 1953–1963 Ministerpräsident der ČSSR.

Ladislav Štoll (1902–1981), kommunistischer Journalist und Kritiker, 1929–1938 Autor polemischer Aufsätze gegen die Avantgarde, nach 1948 stalinistischer Reglementierer des Kulturlebens.

Václav Špála (1885–1946), Maler und Graphiker, Kubist, beeinflusst von Munch, eigenständige Farbauffassung der Landschaft und des Süllebens mit Übergewicht des Blauen.

Jindřich Štyrský (1899–1942), kubistischer, dann surrealistischer Maler, 1923 Mitglied von „Devětsil“, 1925–1928 in Frankreich, 1934 Gründungsmitglied der „Gruppe der Surrealisten“.

Max Svobinský (1873–1962), Maler und Graphiker, Prof. der Kunsthochschule Prag, schuf monumentale Öl- und Wandgemälde sowie Porträts.

Jiří Tauffer (1911–1986), kommunistischer Journalist und Lyriker (Nachahmer Majakovskijs), seit 1934 „sozialistischer Realist“, 1939–1945 in der UdSSR, nach 1945 hoher Staats- und Parteifunktionär.

Karel Teige (1900–1951), Graphiker, Kritiker, Literaturtheoretiker, führender Kopf der Avantgarde, seit 1934 des tschechischen Surrealismus, 1938 aus der KPČ ausgetreten (Kritik an den Ereignissen in der Sowjetunion), nach 1945 totgeschwiegen.

Pavel Tigríd (geb. 1917), liberaler Journalist und Kritiker, 1939–1945 in London, emigrierte 1948, seit 1956 Herausgeber der Zeitschrift „Svědectví“ (Zeugnis) in Paris.

Tótyen (1902–1980; eig. Name Marie Čermínová), surrealistische Malerin, 1923 Mitglied von „Devětsil“, 1934 Gründungsmitglied der „Gruppe der Surrealisten“, lebte ab 1947 in Frankreich.

Bedřich Václavěk (1897–1943), kommunistischer Kritiker und Literaturtheoretiker, nach 1934 einer der ersten Anhänger des „sozialistischen Realismus“, führendes Mitglied der Gruppe „Blok“. Er starb im KZ.

Vladislav Vančura (1891–1942), Kommunist, führender avantgardistischer Romancier, Novellist und Dramatiker, zeitweise Annäherung an die Surrealisten. Neben K. Čapek der größte tschechische Prosaist der Zwischenkriegszeit. Er wurde von den Nazis hingerichtet.

Jiří Voskovec (1905–1981), linker avantgardistischer Schauspieler, Dramatiker und Übersetzer. Mitgründer des Prager „Befreiten Theaters“ 1927 („Dada“-Humor, dann engagiertepolitische Satire); 1939–1946 und nach 1948 in den USA.

Alois Wachsman (1898–1942), Maler und Bühnenbildner, Mitglied von „Devětsil“, imaginative Malerei in der Nähe des Surrealismus.

Jiří Weil (1900–1959), realistischer Prosaist und Übersetzer aus dem Russischen, 1934–1936 in der UdSSR, nach dem Erscheinen seines Romans „Moskau-Grenze“ aus der KPČ 1937 ausgeschlossen.

Jan Werich (1905–1980), bis 1948 gemeinsamer Lebens- und Kunstweg mit J. Voskovec. Nach 1948 Leiter verschiedener Prager Theater. 1969–1977 wegen der Verurteilung des Einmarsches von 1968 totgeschwiegen.

Jan Zrzavý (1890–1977), Maler, Graphiker, Illustrator, Bühnenbildner. Seine poetische Malerei verband den Kubismus mit dem Symbolismus und Expressionismus.

HANS-ALBERT WALTER

DAS PARISER KPD-SEKRETARIAT, DER
DEUTSCH-SOWJETISCHE NICHTANGRIFFSVERTRAG UND DIE
INTERNIERUNG DEUTSCHER EMIGRANTEN IN FRANKREICH
ZU BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Im Frühjahr 1939 schien sich für die deutsche politische Emigration in Frankreich ein neues Verhältnis zu ihrem Gastland anzubahnen, ein Einverständnis wenigstens in einer zentral wichtigen politischen Grundfrage. Zuvor hatte die Ära des Appeasement eine tiefe Kluft zu den Westmächten geschaffen, und das Abkommen von München hatte den Tiefpunkt des beiderseitigen Verhältnisses markiert. Die Wendung zum Besseren datierte, seitdem die Westmächte die reichsdeutsche Okkupation des tschechischen Rumpfstaaes (15. März 1939) mit ihrem Hilfsversprechen für Polen beantwortet hatten, weiteren deutschen Expansionsversuchen damit erstmals sichtbar Paroli bietend. Leopold Schwarzschild, Herausgeber des Pariser „Neuen Tage-Buchs“ und zweifelsohne der bedeutendste politische Publizist der deutschen Emigration, qualifizierte diesen Schritt als „Anfang eines neuen Geschichtskapitels“ und als „überhaupt entscheidende Wendung in dem ganzen Verhältnis zwischen Welt und Hitler“¹. Was die Exilierten über Jahre vergebens gefordert hatten, begann zur Maxime des politischen Handelns der westlichen Demokratien zu werden. Auf der Basis dessen, was in Paris und London zuvor als Parteibefangenheit der deutschen Emigration abgetan worden war, herrschte nunmehr Einvernehmen über den aggressiven Charakter der Hitlerdiktatur, und es schien wenigstens ein Minimalkonsens zwischen den politischen Interessen der Exilierten und denen ihrer Gastländer hergestellt zu sein.

Das Verhältnis zu den Westmächten war nun endlich auf den Stand gebracht, der im Verhältnis zur Sowjetunion schon seit langem zu bestehen schien. Die Sowjetunion war ja, so schien es, der gleichsam naturgegebene Bündnispartner der Emigration, weltweit ihr verlässlichster (und über lange Jahre einziger) politischer Freund von Gewicht. Aus solcher Perspektive war es eine selbstverständliche Erwartung, daß die westliche Abkehr von der Appeasementpolitik in eine gegen die NS-Diktatur gerichtete Vereinbarung mit der Sowjetunion einmünden müsse und werde. Nicht eben wenige Exilierte glaubten der westlichen Festigkeit, dieser Tugend allzuneuen Datums, erst trauen zu dürfen, wenn sie in einem Ost-West-Bündnis vertraglich besiegelt und erhärtet worden war. Das Bündnis war jedenfalls

¹ Das Neue Tage-Buch, Paris-Amsterdam (künftig zitiert: NTB), 7. Jg., Nr. 13 v. 25. 3. 1939, S. 298.

die allgemeine Zielperspektive, und daß die Exilierten dieser Abwehrkoalition in einem mehr als nur ideellen Sinne angehörten, das war zumindest in deren eigenen Augen eine Art Gemeinplatz. Bundesgenossen schon lange vor Begründung des Bündnisses, Bundesgenossen zur Unzeit sozusagen, durften sie nun, da die Zeit endlich gekommen war, erwarten, daß aus ihrer politischen ‚Rehabilitierung‘ (wenn man es einmal so nennen will) praktische Konsequenzen gezogen werden würden.

Schon während der Sudetenkrise hatte Ernst Toller – damals vergeblich – der britischen Regierung „für den Fall der Not“ seine Dienste angeboten, „gleich vielen meiner hier lebenden Landsleute“, wie er hinzugefügt hatte². Nach der Beseitigung des tschechischen Rumpfstaates war es freilich nicht die britische, es war die französische Regierung, die für solche, unter den Exilierten in Frankreich ebenfalls bestehende Bereitschaft die rechtlichen Voraussetzungen schuf, damit jenes politische Grundeinverständnis herstellend, von dem eingangs gesprochen wurde. Die in Paris am 12. April 1939 erlassene „Verordnung über die Erstreckung der Verpflichtungen, die den Franzosen durch die Rekrutierungs-Gesetze und das ‚Gesetz über die Organisation der Nation in Kriegszeiten‘ auferlegt sind, auf die das Asylrecht genießenden Ausländer“³ – dieses erste von mehreren einschlägigen Dekreten ermöglichte nicht nur den Heeresdienst von im Lande lebenden Ausländern, es dehnte die Militärdienstpflicht sogar ausdrücklich auf diese aus. Zur gleichen Zeit erließ der „Nationalverband der mobilmachungspflichtigen Franzosen“ samt Politikern bürgerlicher Parteien einen Aufruf an die in Frankreich lebenden Ausländer, sich im „Groupement des étrangers volontaires pour la défense de la nation française“ zusammenzuschließen. Die Vereinigung, die sich allen politischen, konfessionellen oder rassischen Zielen streng versage, sei bestimmt, „aus den zur freiwilligen Teilnahme an der nationalen Verteidigung bereiten Ausländern die besten Elemente auszulesen, sie zu sammeln und ihre Aktivität einzig und allein auf dem Gebiete der Verteidigung der großen Interessen des Landes, der Zivilisation und des Friedens zu koordinieren“⁴. Am 27. Mai 1939 erfolgte per Dekret die Einrichtung von besonderen „Ausländereinheiten“ in der französischen Armee⁵ (nicht zu verwechseln mit der Fremdenlegion), und wie man sehen wird, wurden bis tief in den Juli 1939 hinein weitere Ausführungsbestimmungen erlassen. Mit einem Wort, die Dritte Republik war mit bemerkenswerter Konsequenz und Zielstrebigkeit dabei, den deutschen Antifaschisten jenen Platz und Status zu gewähren, der in der Logik der neuen französischen Politik lag, und den die Betroffenen, ihrem eigenen Selbstverständnis nach, seit langem beanspruchen durften.

² Die Neue Weltbühne, Paris (künftig zitiert: NWB), 34. Jg., Nr. 41 v. 13. 10. 1938, S. 1298. – Das Zitat ist einer Rede entnommen, die Toller am 29. 9. 1938, also auf dem Höhepunkt der Krise, in London gehalten hatte.

³ Im Wortlaut abgedruckt in: NTB, 7. Jg., Nr. 17 v. 22. 4. 1939, S. 408.

⁴ Ebenda, S. 386.

⁵ Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik 1933–1944, in: Hanna Schramm, Menschen in Gurs. Erinnerungen an ein französisches Internierungslager (1940–1941), Worms 1977, S. 209.

Wie nicht anders zu erwarten, haben die politisch-publizistischen Wortführer der Emigration in den letzten Friedens- und ersten Kriegstagen naheliegende Folgerungen gezogen, indem sie – auch und gerade nach dem überraschenden Dazwischentreten des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages – ihre Anhänger und Leser zum Kampf an der Seite der westlichen Alliierten aufforderten. Die Bandbreite, auf der solche Aufforderungen ergingen, war nach links hin übrigens größer, als es die vom Nichtangriffsvertrag verursachten Umstände erwarten lassen. So selbstverständlich es angesichts der politischen Haltung ihres Herausgebers war, daß die „Zukunft“, die Zeitschrift des aus der KPD ausgeschlossenen Willi Münzenberg, einen solchen Aufruf druckte⁶, so bemerkenswert war es, daß die von Hermann Budzislawski geleitete und seit Jahren auf (verdeckt) kommunistischem Kurs gesteuerte „Neue Weltbühne“ einen entsprechenden Appell an ihre Leser richtete: „Wir fordern die ganze Gemeinschaft unserer Leser schon jetzt auf, sich im Kriegsfall in die Reihen aller derjenigen einzuordnen, die an der Seite der Demokratien kämpfen. Niemand darf in dem gewaltigen Existenzkampf, der jetzt vielleicht anhebt, abseits stehen – es geht um die Erhaltung und Wiedereroberung jener Dinge, die allein das Leben lebenswert machen. Es geht um unser aller Zukunft!“⁷ In diesem, die Nummer vom 31. August 1939 abschließenden, im genauen Wortsinn allerletzten redaktionellen Textbeitrag der „Neuen Weltbühne“ – das nächste Heft der Zeitschrift konnte schon nicht mehr erscheinen – fanden die Verlegenheiten mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag einen ungewöhnlichen Ausdruck, Schwierigkeiten, die vor allem für die im westlichen Exil lebenden deutschen Kommunisten charakteristisch gewesen sind⁸. Vorerst kommt es uns lediglich auf das bemerkenswerte Faktum an, welches das für ein kommunistisch geführtes Blatt erstaunliche Plädoyer darstellt. In jenen Tagen zwischen Krieg und Frieden galten die zitierten Sätze für die deutsche Emigration in Frankreich insgesamt, und erst recht durfte allgemeine Gültigkeit beanspruchen, was Budzislawski in dem (gleichfalls denkwürdigen) Leitartikel der letzten „Weltbühne“-Nummer im Hinblick auf die Westmächte gesagt hatte: „daß die Erpressung mit dem deutsch-russischen Pakt geplatzt war“⁹. Diese Feststellung galt auch für die deutsche Emigration in Frankreich, und den besten Beweis liefert die Tatsache, daß bei Kriegsbeginn Exilierte aller politischen Richtungen Anstrengungen unternahmen, um sich der französi-

⁶ Vgl. z. B. den Aufruf der Fédération des Émigrés d'Allemagne in: Die Zukunft, Paris (künftig zitiert: DZ), 2. Jg., Nr. 36 v. 6. 9. 1939, S. 3. – Zur politischen Position Willi Münzenbergs nach seiner Trennung von der KPD vgl. meine Analyse von „Die Zukunft“ in: Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Band 4, Exilpresse (künftig zitiert: Band 4), Stuttgart 1978, S. 128–184.

⁷ NWB, 35. Jg., Nr. 35 v. 31. 8. 1939, S. 1112.

⁸ Vgl. dazu die Darstellung bei Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 334 ff. und S. 351 ff., ferner die apologetisch resp. anklägerisch gefärbten Darstellungen, die zwei in führender Position Beteiligte gegeben haben: Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939. Erinnerungen, Band 2, Berlin 1977, S. 362–455; Alexander Abusch, Der Deckname, Berlin 1981, S. 466–490.

⁹ NWB, 35. Jg., Nr. 35 v. 31. 8. 1939, S. 1083.

schen Armee anschließen zu können. Der parteipolitisch ungebundene liberale Journalist Franz Schoenberner ist hier ebenso zu nennen wie der Schriftsteller Gustav Regler, der sich gerade zu seinem langwierig-langwährenden Abschied von der KPD aufmachte, der parteitreue Kommunist Rudolf Feistmann ebenso wie der fast am entgegengesetzten Ende der politischen Skala beheimatete Hans Habe¹⁰.

In dem weltgeschichtlichen Augenblick, da die Westmächte politisch die Sprache des deutschen Exils zu sprechen begannen und zu dessen Verbündeten zu werden sich anschickten, kam es für die Exilierten und Emigranten in Frankreich indessen ganz anders. Die französische Regierung schlug sie just da fast unterschiedslos der feindlichen Seite zu, als sie zumindest verbatim die Positionen bezog, die zu beziehen das Exil von ihr jahrelang vergeblich gefordert hatte. Statt die Exilierten und Emigranten zum französischen Heer einzuziehen, wie es noch im Juli geplant worden war, wurden sie, in Gestalt einer Masseninternierung, die ersten (und für geraume Zeit einzigen) Opfer der von ihnen ersehnten neuen französischen Politik.

Diese abrupte Kehrtwendung der französischen Regierung ist ebenso erstaunlich wie rätselhaft und verdient Aufmerksamkeit. Das gleiche Interesse ziehen einige Reaktionen von Exilierten auf sich, insbesondere ein beinahe verzweifelter Versuch führender deutscher Kommunisten in Frankreich, das Schicksal womöglich doch noch zu wenden und der deutschen Emigration die Internierung zu ersparen. Bei den letztgenannten Vorgängen haben wir es mit einem Gegenstand von einiger Brisanz zu tun, mit einem von der kommunistischen Geschichtsschreibung tabuisierten

¹⁰ Franz Schoenberner, *Innenansichten eines Außenseiters. Erinnerungen 2*, Icking und München 1965, S. 99f.; Gustav Regler, *Das Ohr des Malchus. Eine Lebensgeschichte*, Frankfurt am Main 1960, S. 439; Hans Habe, *Ich stelle mich. Meine Lebensgeschichte*, München 1954, S. 303; Heinz Voßke (Hrsg.), *Im Kampf bewährt. Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstandskampf von 1933–1945*, Berlin 1969, S. 562f. – Der Hinweis auf Feistmann ist dem Beitrag von Wilhelm Eildermann in Voßkes Sammlung entnommen und wird hier noch einmal eigens angeführt, weil es sich, wenngleich kaschiert, um eines der wenigen autobiographischen Zeugnisse handelt, das auch die Teilnahme der kommunistischen Parteibasis an diesen Anstrengungen dokumentiert. Eildermann gibt ein Gespräch wieder, das angeblich im Juli 1939 stattgefunden haben und sich um Kriegs- und Internierungsgefahr gedreht haben soll. Das Referat dementiert allerdings diese Datierung, denn es wird ein Thema berührt, welches im Juli 1939 noch keineswegs aktuell war, wohl aber Ende August: „Wir sprachen bei Kaffee und Kuchen über die Kriegsgefahr und die Möglichkeit unserer Internierung. Rudolf Feistmann glaubte, daß wir uns zum Kampf bereithalten müßten. Er glaubte anscheinend, daß wir im Bund mit dem offiziellen Frankreich gegen Hitler kämpfen könnten. Ganz klar war die Sache nicht, und Rudolf fügte auch hinzu: Wenn es soweit wäre, sollten wir die notwendigsten Sachen – Bekleidung, Schuhzeug, Decke usw. – in einen Rucksack packen und uns bei den französischen Behörden melden. Wer sich bei Aufforderung nicht meldete, müsse damit rechnen, als deutscher Spion betrachtet und entsprechend behandelt zu werden.“ Ganz offenkundig hat man es hier mit einem Reflex innerparteilicher Auseinandersetzungen zu tun, die der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag auslöste, und wenn es auch unklar bleibt, auf welcher Seite der Verfasser Eildermann damals gestanden hat, so ist es doch eindeutig, daß er den (in der DDR 1950 durch Selbstmord geendeten) Feistmann en passant des politischen Irrtums und Fehlverhaltens bezichtigt. Es war dies aber eben keine individuelle „Abweichung“, ja im Paris des Sommers 1939 nicht einmal eine „Abweichung“ überhaupt, sondern, wie man sehen wird, Folge der Entscheidungen Franz Dahlems.

Thema zudem, da hier ja die Identitätskrise und der Loyalitätskonflikt berührt werden, in die die deutschen Kommunisten durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag geraten waren. Im Folgenden soll eine Durchleuchtung dieser in der DDR ignorierten oder totgeschwiegenen Vorgänge insoweit versucht werden, wie der gegenwärtige Quellenstand das erlaubt, und es soll auch der enge sachliche Zusammenhang dargestellt werden, der zwischen der Erstreckung der französischen Wehrpflicht auf deutsche Exilierte und Emigranten, den Masseninternierungen des September 1939 und dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag besteht.

Juristische Voraussetzungen und politischer Hintergrund der Masseninternierung

Nach der am 3. September 1939 erfolgten französischen Kriegserklärung an Deutschland wurde in der französischen Presse und durch Plakatierung im ganzen Lande eine öffentliche Aufforderung des Kriegsministeriums an alle „nationaux du Reich“ gerichtet: „A) Les ressortissants du sexe masculin de l'Empire allemand ayant plus de dix-sept ans et moins de cinquante ans devront rejoindre immédiatement et sans délai le centre de rassemblement fixé par les affiches. B) Les ressortissants des deux sexes de l'Empire allemand devront se présenter immédiatement et sans délai à la mairie ou au commissariat de police de leur résidence pour y faire connaître leur situation et obtenir, s'il y a lieu, les pièces d'identité nécessaires; ils ne peuvent jusqu'à nouvel ordre quitter sans autorisation spéciale la localité où ils habitent. Ils seront immédiatement mis en état d'arrestation s'ils contreviennent à ces dispositions“¹¹.

Die Verfügung, deren erster Passus am 14. September 1939 auf Männer zwischen dem 50. und dem 65. Lebensjahr ausgedehnt wurde, traf unterschiedslos Reichsdeutsche, die dem nationalsozialistischen Regime loyal waren, und Exilierte und Emigranten. Für Letztere blieb auch unerheblich, ob sie noch die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen oder durch Ausbürgerung bereits staatenlos geworden waren. Ob die rasch erfolgte Plakatierung im ganzen Land die Vermutung gestattet, daß die Internierung von langer Hand geplant gewesen sei? Man kann daran, wie man sehen wird, erhebliche Zweifel anmelden. Gleichwohl wird man einräumen müssen, daß es dafür in Gestalt des Dekretgesetzes vom 12. November 1938¹² schon seit geraumer Zeit eine ausreichende Rechtsgrundlage gab. Unmittelbar nach den deutschen Novemberpogromen waren die Ministerien des Inneren und der Kolonien durch dieses Dekretgesetz ermächtigt worden, Ausländer gegebenenfalls auch in

¹¹ Barbara Vormeier, *Quelques aspects de la politique française à l'égard des émigrés allemands 1933–1942*, in: Hanna Schramm et Barbara Vormeier, *Vivre à Gurs. Un camp de concentration français 1940–1941* (künftig zitiert: *Quelques aspects*), Paris 1979, S. 245 ff.

¹² Hans-Albert Walter, *Deutsche Exilliteratur 1933–1950*, Band 2, *Europäisches Appeasement und überseeische Asylpraxis* (künftig zitiert: Band 2), Stuttgart 1984, S. 92 f.

Lager einzuweisen. Was in der akuten Situation von Ende 1938 eine klare Vorsichtsmaßnahme gegen einen befürchteten Flüchtlingszustrom aus Deutschland gewesen war, ließ sich im Kriegsfall natürlich auch anderweitig anwenden. Barbara Vormeier macht weiter auf einen in den zwanziger Jahren abgeschafften, 1935 aber reaktivierten Artikel der französischen Strafprozeßordnung aufmerksam, der die Präfekten ermächtigte, „bei Verbrechen und Delikten gegen die innere oder äußere Sicherheit des Landes ohne gerichtlichen Haftbefehl Verhaftungen anzuordnen“¹³. Mit dieser dehnbaren Klausel waren individuell gezielte Verhaftungen aller Art juristisch fundiert, gleichgültig wie es im Einzelfall mit ihrer sachlichen Begründung bestellt war. Endlich hatte aber auch das Faktum der Internierung selbst weitreichende rechtliche Folgen. Aus dem ‚normalen‘ machte es sozusagen automatisch einen feindlichen Ausländer. Als Franzosen waren nämlich, einem am 4. September 1939 verkündeten Dekret zufolge, „alle Ausländer, die sich in Frankreich aufhielten, anzusehen; als Feinde galten all die Ausländer, die sich in den Feindesländern aufhielten, sowie alle in Frankreich internierten Ausländer“¹⁴.

Unabhängig davon waren am 22. August 1939 dienstinterne Anweisungen des Innenministers an die Präfekten ergangen, die Barbara Vormeier so referiert: „De nombreux émigrés allemands et autrichiens militants furent, grâce à des listes préparées à l'avance, déclarés ‚suspects au point de vue national‘ ou ‚dangereux pour l'ordre public‘ et arrêtés. Les listes des personnes suspectes furent ‚complétées‘ en application d'une circulaire du 22 août 1939 dans laquelle Albert Sarraut, ministre de l'Intérieur, donnait des instructions aux préfets pour inscrire à ce qu'on appelait le carnet B tous des étrangers ‚faisant l'objet de toutes mesures d'expulsion ou de refoulement pour des motifs de sécurité nationale‘.“¹⁵ Es war also keine Prüfung der Einzelfälle vorgesehen, vielmehr wurde die bereits bestehende Liste der verdächtigen Ausländer auf Grund von formalisierten Kriterien erweitert und „vervollständigt“. Den im Französischen mehrdeutigen Terminus „militant“ übersetzt man hier wohl am besten mit „politisch aktiv“, und Vormeier hat natürlich recht, wenn sie vor allem zu deutschen und österreichischen Kommunisten eine Verbindung herstellt – Sarrauts ergänzendes Rundschreiben datiert wohl kaum zufällig vom selben Tag, an dem die Presse die DNB-Meldung von Ribbentrops Flug nach Moskau in großer Aufmachung veröffentlichte. Gleichwohl dürften die vorbereiteten Listen erheblich umfangreicher gewesen sein. Die Ereignisse der folgenden Wochen geben jedenfalls allen Anlaß, dies zu unterstellen. Und da sich die französischen Behörden bedauerlicherweise noch immer nicht zu einer rückhaltlosen Öffnung ihrer Archive haben durchringen können, kann man hier vorerst nur auf Grund solcher Indizien urteilen.

Nicht minder wichtig als der juristische ist freilich auch der allgemeine Hintergrund, auf dem sich Verhaftungen wie Internierungen bei Kriegsbeginn vollzogen haben, die politische Lebensatmosphäre in der Dritten Republik, die deren Asylpoli-

¹³ Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik, S. 223.

¹⁴ Ebenda, S. 222.

tik und -praxis mindestens seit dem Frühsommer 1938 wesentlich beeinflusst hatte. Der politische Grundkonsens mit der Emigration, der sich in der Erstreckung der Wehrpflicht auf die das Asylrecht genießenden Ausländer manifestierte, war ja nur ein Aspekt der französischen Verhältnisse, und man tut gut daran, von dieser Teilsicht nicht auf das Ganze zu schließen. Um die komplexe Situation zu charakterisieren, müssen hier ein Verweis¹⁵ und einige verallgemeinernde Stichworte genügen. Kennzeichnend für das Klima im Lande war eine in der französischen Bevölkerung weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit im Allgemeinen; ein Chauvinismus, der sich bevorzugt gegen den deutschen ‚Erbfeind‘ richtete, von dem man zuletzt in München so schlagend gedemütigt worden war, ein Chauvinismus, der seine Affekte aber nicht gegen diesen selbst entlud, sondern gegen die exilierten Deutschen kehrte; ein längst nicht mehr nur latenter Antisemitismus; als Folge des Scheiterns der Volksfront schließlich Antimarxismus und Antisozialismus. Kurzum, Frankreich war ein sattes und müdes Land, das keinen sehnlicheren Wunsch hatte, als in Ruhe gelassen zu werden, in Ruhe gelassen um nahezu jeden Preis, und es glaubte, den Störenfried nicht im Feind jenseits der Grenzen erkannt zu haben, sondern in denen, die vor diesem Feind am eindringlichsten warnten.

Diese komplexe Stimmungslage, die Thomas Mann in seiner polemischen Schrift „Dieser Friede“ als „entsittlichte und lügenhaft-überflüssige Friedensliebe“ gekennzeichnet hat, war in Frankreich offenkundig viel mächtiger als die aktivistische Gegenströmung, die sich nach dem 15. März 1939 an der politischen Oberfläche zu regen begann – etwas zu geräuschvoll, um wirklich glaubhaft zu sein. Der Defaitismus, ja, die kampflöse Selbstaufgabe, bevor noch der erste Schuß gefallen war, lagen atmosphärisch wie ein feiner, tödlicher Schleier über dem Land, und sie waren es, die die Mehrheit der Franzosen für jene Ängste empfänglich machte, in deren Gestalt die Wirklichkeit psychisch einzig noch zugelassen war. Das schlechte Gewissen – um es populär zu fassen – fand sein Ventil in einem rapide wachsenden Verschwörungs-, Verrats- und Spionen-Denken, in der hysterischen Furcht vor einer deutschen „fünften Kolonne“ beispielsweise, deren Agenten Frankreich angeblich unterminierten und planvoll kampfunfähig machten. Allein 1938/39 bewirkte dieses Wahngelbilde drei französische Buchpublikationen, eine schreckenerregend kassandrahafter als die andere¹⁶: Unheilsprophetezungen und -bekundungen, die Louis de Jong in seinem eben angeführten Werk längst mit einem für ihre Produzenten und gläubigen Anhänger niederschmetternd negativen Ergebnis untersucht hat¹⁷, deren

¹⁵ Hans-Albert Walter, Band 2, S. 87–112, hier insbesondere S. 101 ff.

¹⁶ Louis de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1959, S. 32.

¹⁷ Mit einem zumindest peinlichen Ergebnis freilich auch für einige deutsche Exilierte, die zur Entstehung dieser Hysterie beigetragen hatten – unfreiwillig, gewiß, und ganz sicher nicht mit der Absicht, die später eingetretenen Wirkungen hervorzurufen, nichtsdestoweniger aber leichtfertig: beispielsweise die Verfasser der 1935 in den von Willi Münzenberg geleiteten Editions du Carrefour anonym erschienenen, angeblich aus sowjetischen Quellen gearbeiteten Darstellung „Das braune Netz“. Unzweifelhaft hatten sie mit dieser Enthüllungsschrift über angebliche NS-Umtriebe im Ausland die ausländische Öffentlichkeit aufrütteln und vor dem deutschen Faschismus warnen wollen. Sie

epidemisches Aufsprießen in den Vorkriegsmonaten indessen eines überzeugend belegt: die Angst war zu einem politischen Faktor von beträchtlichem Gewicht geworden. Und da Hitler seine Agenten so massenhaft in die Welt schickte, was lag da wohl näher, als sie unter jenen Landsleuten Hitlers zu suchen, die sich in der Tat massenhaft im Lande aufhielten – ebenso massenhaft wie unerwünscht?

Das zentrale weltpolitische Ereignis der allerletzten Friedenstage, der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag, gab diesen wahnhaften Stimmungen mindestens mittelbar einen weiteren beträchtlichen Auftrieb. Der Vertrag war die größte moralische und politische Niederlage der antifaschistischen Bewegung, und man kann seine demoralisierenden Folgen für Westeuropa nicht hoch genug veranschlagen. In Frankreich besiegelte er für geraume Zeit das Schicksal der Linken, die sich seit dem Scheitern der Volksfront ohnehin schon in einem solchen Zustand der Defensive befand, daß man ihn leicht mit Agonie verwechseln konnte. Der Vertrag zwischen Berlin und Moskau opferte diese Linke vollends, und er gab sie schutzlos der Rache ihrer innenpolitischen Gegner preis – nicht nur die französischen Kommunisten, sondern auch all jene, die in vergangenen Zeiten und unter anders gearteten Umständen ein Bündnis mit der Sowjetunion und den Parteien der Dritten Internationale für möglich und richtig gehalten hatten. Über die aus Enttäuschung und Zorn, Verachtung und Scham gemischten Reaktionen auch der bis dahin nicht a priori antikommunistischen Öffentlichkeit braucht hier nicht gesprochen zu werden. Sie waren ja nur zu begreiflich bei einem Ereignis, das von fast niemandem für möglich gehalten worden war, nicht einmal von den wahrlich an viele taktische Windungen und Wendungen gewöhnten Parteigängern der Sowjetunion.

Nicht ganz verständlich also, wenn der damals in Paris lebende Alexander Abusch (nachmals stellvertretender Ministerpräsident der DDR) sich noch rückblickend, aus dem Abstand von über vierzig Jahren über diese Reaktionen wortreich entrüstet: „Nach dem Paukenschlag aus Moskau brach über die französischen und ausländischen Kommunisten eine Sturzflut an Lüge und Verleumdung herein, wie es sie bisher nie gegeben: etwas Ähnliches wie eine geistige ‚Kristallnacht‘, zwar ohne öffentlich zerschmetterte Scheiben, ein durch Zeitungen und Rundfunk angeheizter politischer Pogrom“¹⁸. Umgekehrt wird ein Schuh draus, denn die hochgehende

hatten es indes (unter der bei solchen Projekten bewährten Leitung von Otto Katz/André Simone) für richtig gehalten, sich des im Hause Münzenberg üblichen Gemischs aus Dichtung und Wahrheit, Zweckklüge und Deduktion zu bedienen, anstatt beweiskräftiger Fakten allein. De Jong: „Dieses Buch schildert die Spionagetätigkeit von 48 000 Agenten. Es enthält Aufzeichnungen über eine Zusammenkunft aller führenden Gestapobeamteten, die mit Auslandsarbeit beschäftigt waren, vom März 1935, an welcher Himmler teilgenommen hatte. In dieser Aufzeichnung ist von 2450 bezahlten und mehr als 20 000 ehrenamtlichen Agenten die Rede“ (Louis de Jong, *Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg*, S. 23 f.). Während das Buch bei seinem Erscheinen sogar in der Exilpresse nur ein sehr begrenztes Echo gefunden hatte, tauchte es jetzt, vier Jahre später, inmitten des defaitistischen Klimas, als wichtiger ‚Beweis‘ in der einschlägigen französischen Horrorliteratur wieder auf. Die 20 000 ehrenamtlichen Agenten begannen, sich auf eine für ihre Urheber höchst unerwartete, fürchterliche Weise zu materialisieren.

¹⁸ Alexander Abusch, *Der Deckname*, S. 478 f.

Woge der Emotionen beweist letztlich ja nur, wieviel moralischen Kredit die Sowjetunion Stalins noch immer und trotz allem besessen – und nun eingebüßt hatte. Es waren ja nicht nur Politiker der Rechten, nicht nur Erzreaktionäre und Imperialisten, es waren auch nicht allein konkurrierende Linke oder Reformisten, es war vor allem die *vox populi*, die den moskautreuen Kommunismus nunmehr des Landesverrats für fähig hielt und die Kommunisten für wenigstens potentielle, wenn nicht gar für bereits überführte Landesverräter ansah. Nicht grundlos hat ja die KPF als erste Reaktion (und vor dem Eintreffen gegenteiliger Weisungen aus Moskau) eine nationale Politik propagiert und befolgt, nicht grundlos hat sie der rechten Regierung Daladier die Kriegskredite bewilligt und wieder und wieder versichert, „die erste Reihe“ in der Landesverteidigung gegen den Hitlerfaschismus beziehen zu wollen: es war dies die einzig mögliche Strategie, mit der sie hoffen konnte, ihr politisches Überleben zu sichern.

Die deutsche Emigration wurde von diesen politisch-psychologischen Auswirkungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags in ihrer Gesamtheit betroffen, obwohl sie nur einen Bruchteil von Kommunisten aufwies. Nunmehr galt auch noch auf einem anderen als dem nationalen Felde ihre ‚Unzuverlässigkeit‘ für erwiesen. Ungeliebte Minderheiten büßen ja stets in corpore für tatsächliche oder vermeintliche Missetaten von einzelnen aus ihrer Gruppe, und so erweiterte sich die Skala des Mißtrauens nunmehr auch um einen ideologisch-politischen Faktor: da jetzt selbst die angeblich entschiedensten Antinazis unter den *réfugiés allemands* sich als Bündnispartner der Nazis entpuppten, waren sie eben alle politisch verdächtig. Diese katalysatorische Wirkung, die der Nichtangriffsvertrag ganz ohne Zweifel besaß, wurde auch dadurch nicht geringer, daß die KPF nach einigen Wochen den Patriotismus ihrer Anfangslosungen desavouierte und sich auf die diametral entgegengesetzte Moskauer Linie begab (bis hin zur Desertion von Maurice Thorez aus der französischen Armee und seiner Flucht in die Sowjetunion), auf diese Weise das kommune Vorurteil bestätigend. Da dessen sogar Franzosen fähig waren – was konnte man von den „*sales métèques*“ Besseres erwarten? Unversehens war so der Kommunismusverdacht zur gefährlichsten unter den vielen schillernden Facetten des fremdenfeindlichen Syndroms geworden, und auf diesem Hintergrund wird man zu verstehen haben und zu würdigen wissen, was Franz Dahlem, der Leiter des Pariser KPD-Sekretariats und ranghöchste Kommunist des Westemigration, zum Klima der letzten Friedenstage in Paris überliefert hat:

„So brachten die entfachte antikommunistische Hysterie und die sie begleitenden Verfolgungen unsere Genossen noch vor Beginn des Krieges in eine schwierige Lage. Unter dem Druck dieser scharfen Attacken des Staates, der reaktionären Presse und der einheimischen Faschisten begannen sich auch die Bande der Solidarität der Bevölkerung mit den Politemigranten zu lockern, vor allem – von Tag zu Tag spürbarer – gegenüber deutschen Antifaschisten. Kennzeichnend für das Aufkommen des französischen Chauvinismus war eine ‚Kleinigkeit‘: Überall konnte man während jener Tage, ausgenommen im Kreise von französischen Kommunisten, das mit Verachtung ausgesprochene Wort ‚*boche*‘ hören. Jenen Schimpfnamen

für die Deutschen kannten die Älteren von uns, vor allem diejenigen aus dem Rheinland und dem Saargebiet, bereits aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Die Zahl der Menschen nahm jedenfalls vor Beginn des Zweiten Weltkrieges täglich zu, die mit den ‚boches‘ nichts zu tun haben wollten. In der Mehrheit der Fälle geschah das keineswegs, soweit unsere Genossinnen und Genossen mit Franzosen zu tun hatten, aus einer chauvinistischen Haltung heraus, sondern aus Furcht vor der französischen Polizei. Es nahmen nämlich sprunghaft die Denunziationen gegen jene zu, bei denen Kontakte mit Ausländern, speziell mit Deutschen, beobachtet worden waren. Der schlimmste ‚Makel‘ allerdings, der einem Emigranten zu jener Zeit anhaftete, war es dennoch, als Kommunist verdächtig zu sein.¹⁹

Das in puncto „Boche“ Gesagte deckt sich weitgehend mit den Erfahrungen, die andere Exilierte seinerzeit in allen Teilen Frankreichs gemacht haben, und ein Fragezeichen wird man lediglich hinter Dahlems Behauptung setzen dürfen, wonach ausgerechnet die französischen Kommunisten vom Antigermanismus frei geblieben sein sollen. Dagegen spricht nicht nur, daß der eine oder andere Exilierte – Henry Jacoby zum Beispiel²⁰ – über gegenteilige Erlebnisse berichtet, dagegen spricht unfreiwillig auch eine viel gravierendere Erfahrung, die niemand anderes als Franz Dahlem selbst in den letzten Augusttagen hat machen müssen: eine Erfahrung, die ihn recht drastisch über die Grenzen der Solidarität aufklärte, welche französische Kommunisten ihren deutschen Genossen entgegenbrachten oder besser: die sie ihnen gerade da nicht bewahrten, als sie in einer Krisensituation dringend gebraucht wurde. Man schrieb den 27. August, als Dahlem, der in der Parteihierarchie ranghöchste deutsche Kommunist in Frankreich, in seiner getarnten Wohnung den unerwarteten Besuch einer subalternen Parteiarbeiterin erhielt. Sie brachte ihm einen „bleischweren“ Koffer und erstattete Bericht:

„Am frühen Samstagnachmittag war sie zum zweiten Treff mit dem Kurier gefahren . . . Sie waren wie üblich zusammengetroffen, und der Genosse nahm ihre Post in Empfang, aber händigte ihr zugleich einen Gepäckschein vom Gare de l'Est mit der Erklärung aus, daß er gezwungen gewesen sei, dort einen Koffer zu deponieren, den ihm einer unserer Kurier, eine Genossin, übergeben hatte. Letztere hatte ihn wiederum von einem französischen Genossen erhalten, der keine Unterstellmöglichkeit mehr wußte, da die bisherigen ‚Besitzer‘ sich strikt weigerten, ihn auch nur einen Tag länger aufzubewahren. Unser Kurier, der darin wichtige Ablagen des Sekretariats vermutete, wußte sich zunächst keinen anderen Rat, als den Koffer auf dem Pariser Ostbahnhof aufzugeben, da er ja damit nicht in der Stadt umherlaufen konnte, wo man sich ohnehin vor Paßkontrollen der Polizei vorzusehen hatte“²¹.

¹⁹ Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 379.

²⁰ Jacoby erwähnt en passant, daß sein Freund, der Soziologe Ludwig (Lewis) Coser mit einer jungen Französin zusammenlebte, „die Mitglied der französischen KP war, wo sie allerdings bald mit scheelen Augen angesehen wurde, weil sie mit einem ‚Boche‘ zusammenlebte, der noch obendrein zu einer ‚trotzkistischen Verschwörerbande‘ gehörte“ (Henry Jacoby, *Davongekommen. Zehn Jahre Exil 1936–1946*, Frankfurt am Main o. J. (1983), S. 49 f.).

²¹ Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 402 ff.

Inmitten einer Millionenstadt, die Hunderttausende französischer Kommunisten zu ihren Bewohnern zählte, wußte sich die deutsche Kommunistin also keinen anderen Rat, als ausgerechnet den führenden deutschen Genossen mit Geheimmaterialien zu behelligen (und zu gefährden). Dahlem hatte demnach tatsächlich Grund zu weiterreichenden Befürchtungen: „Was ist mit den anderen untergestellten Materialien los?“ Noch beunruhigender sei die Ungewißheit gewesen, ob jene „bisher für zuverlässig gehaltenen Menschen in jedem Falle das untergestellte Gepäck zurückgäben, wenn sie es nicht länger behalten wollten, oder ob sie es nicht in dem einen oder anderen Fall an die Polizei ausliefern würden“²². Wie sich anderntags herausstellte, war Dahlems Sorge berechtigt. Er erfuhr, „daß der am Sonntag bei mir gelandete Koffer keineswegs der einzige war, den französische Freunde auf die Wanderschaft geschickt hatten. Es war also eine regelrechte Krisensituation für unsere Arbeit entstanden.“ In der Folge berichtet Dahlem denn auch über weitere einschlägige Fälle, einer dramatischer als der andere, allesamt aber charakteristisch dafür, daß französische Kommunisten ihre deutschen Genossen in einer Gefahrenstunde vielleicht nicht „Boches“ nannten, sie aber fast wie solche behandelten – und auf jeden Fall im Stich ließen.

In der Tat waren nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag von allen deutschen Exilierten die Kommunisten am meisten bemakelt und verdächtig, unschuldige erste Opfer des Vertrags, der sie isolierte; der sie selbst von Gesinnungsgenossen anderer Nationalität trennte, der sie darüberhinaus, viel schlimmer noch, ihres politischen Selbst- und Weltverständnisses, ja, ihrer politischen Identität als Antifaschisten zu berauben drohte. Welche zustimmenden Verlegenheitsphrasen die offiziellen Parteikommuniqués auch immer vorbringen, welche weltpolitischen Apologien sie unter äußerster Strapazierung von Kausalität und Logik bemühen mochten: für den exilierten Kommunisten barg der Nichtangriffsvertrag die Gefahr, daß er den Sinn seines politischen Denkens und Handelns seit 1933 auslöschte, ganz davon zu schweigen, daß er seine ideellen Zukunftsperspektiven ebenso ins Wanken brachte wie er seine künftige Existenz im Gastland in Frage stellte.

Das Internierungslager als Durchgangsstation zur Kriegsteilnahme?

Diese subjektiven Folgen des weltpolitischen Ereignisses mußten wenigstens angedeutet und in ihren Dimensionen grob umrissen werden, damit der Hintergrund sichtbar werde, auf dem und aus dem heraus das von Dahlem geleitete KPD-Sekretariat in Paris, die operative Leitung der KPD im westlichen Ausland, versucht hat, mit der politischen Existenzberechtigung auch die ideologische Identität und die moralische Reputation der in Frankreich lebenden deutschen Kommunisten zu bewahren – indem entgegen dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag und

²² Ebenda.

entgegen den Moskauer Intentionen ihre Aufnahme in die Ausländereinheiten der französischen Armee ermöglicht und so ihre Teilnahme am Krieg gegen Hitler erreicht werden sollte.

Aus der Distanz und mit dem Nachwissen von fast fünfzig Jahren ist diese Absicht nur unrealistisch zu nennen. Verwegen, wenn nicht hasardeurhaft bleibt sie auch dann, wenn man sie in die Zeitverhältnisse stellt, denen sie ihre Entstehung dankte. Inmitten der Irrungen und Wirrungen und Umbrüche des Augusts 1939, vor allem aber auf der Folie der vorangegangenen Jahre betrachtet, wächst dem Plan indessen noch anderes zu. Der verzweiflungsgeladene Mut, mit dem da alles auf eine Karte gesetzt wurde, wirkt nicht nur imponierend, er gibt dem Vorhaben auch eine beinahe tragische Note. Insgesamt ist es mit allen seinen irrealen Elementen – die den Beteiligten freilich nur als Unwägbarkeiten in einer Situation erschienen sein dürften, in der jeder Schritt und jede Verhaltensweise ähnliche, zum Teil sogar größere Risiken in sich bargen – mit all diesen Imponderabilien also ist das Vorhaben aber auch ein charakteristischer Reflex der wesentlich vom Nichtangriffsvertrag geschaffenen bizarren Lage. Der Plan gehört zur Vorgeschichte der Internierungen und ist mit diesen auf vielfältige Weise unlösbar verknüpft, am sichtbarsten durch die spektakuläre, auf dem weiten Feld der Exilorganisationen einzig dastehende Weisung des KPD-Sekretariates an seine Untergebenen, d.h. an alle deutschen Kommunisten, jener Aufforderung der französischen Behörden zur Meldung in den „centres de rassemblement“ Folge zu leisten, die wir oben zitiert haben. Um das Phänomen der Internierung zu verstehen, muß von dem Vorhaben also ausführlich die Rede sein.

Nun wird aber bekanntlich auch Parteigeschichte von den Siegern geschrieben – zu denen das Pariser KPD-Sekretariat innerparteilich nicht gehörte. Seine Absichten und erst recht sein Handeln waren aus der maßgeblichen Moskauer Sicht ein eklatanter Disziplinbruch, wenn nicht Schlimmeres, zumal gegenteilige Anweisungen der Komintern vorgelegen zu haben scheinen. Der Komintern-Kurier Friedrich Runge jedenfalls, unterstellt dem Komintern-Vertreter bei der KPF, Jenö Fried, schreibt in seinen, in einem parteioffiziellen Ostblock-Organ erschienenen „Erinnerungen an die Komintern“: „Unmittelbar vor der Mobilmachung in Frankreich fuhr ich mit Jenö Fried nach Brüssel . . . Noch am selben Tag traf Fried einen Beauftragten der Komintern, der ihm ein Telegramm übergab, das den Befehl für unsere (Inprekorr-)Redaktion enthielt, sofort die Übersiedelung (aus Frankreich - HAW) sicherzustellen, weil ein Krieg vor der Tür stehe. Außerdem sollten ausländische Genossen, die sich illegal in Frankreich aufhielten, unverzüglich abreisen, damit ihre Internierung verhindert werde. Fried durfte nicht mehr nach Frankreich zurück, so daß ich diese Nachricht unserer französischen Partei persönlich überbringen mußte.“²³ Ob dieser Befehl, der über die Abreise der Spitzenkader nur indirekt – im

²³ Bedřich Runge, *Vzpomínky na Kominternu*, in: *Příspěvky k dějinám KSČ*, Prag 1959, H.7, S.67. Für diesen Hinweis und für die Übersetzung der Quelle aus dem Tschechischen danke ich Herrn Dr. Jan Foitzik, Ludwigshafen.

Zusammenhang der Illegalität – etwas sagt, bei der KPF ‚hängengeblieben‘ ist oder ob er Dahlem erreicht hat und von diesem ignoriert wurde, läßt sich nicht ausmachen. Aber wie auch immer, verletzt worden war auf jeden Fall die vielberufene Treue der Kommunisten zur Sowjetunion, die zu beteuern nicht nur die siegreichen Geschichtsschreiber nicht müde werden, sondern in ihren Memoiren selbst noch damals Unterlegene (wenngleich letztere vielleicht nicht immer ganz aufrichtig).

Es versteht sich demnach, daß ein so gravierender Verstoß gegen dieses Prinzip in der historischen Literatur wie in den Memoiren von Beteiligten nicht offen thematisiert werden kann; daß er im Gegenteil tabuisiert und nur insoweit retuschiert und auf Äußerliches reduziert zur Sprache gebracht wird, wie nicht wegzudiskutierende Neben- und Nachwirkungen eine „Erklärung“ unumgänglich machen. Weshalb der damals primär Handelnde – Franz Dahlem – bei seiner Darstellung von dieser Regel keine Ausnahme bildet, sollte keiner Begründung bedürfen; allerdings ist es auch kein Widerspruch, daß er mit beinahe brechtischer List und den Techniken eines Palimpsests die tatsächlichen Vorgänge für den kundigen Leser andeutet. Eher muß erklärt werden, weshalb sich ein Zeuge, der sich – wenigstens post festum – als Widersacher und Opponent der damaligen Intentionen und Entscheidungen des Pariser KPD-Sekretariates zu erkennen gegeben (oder zu stilisieren versucht) hat, den Bruch der Parteidisziplin durch seinen damaligen Fraktionsgegner nicht offen benennt und in seinen tatsächlichen Dimensionen umreißt, sondern sich stattdessen gleichfalls einer verharmlosend-retuschierenden Sprachregelung bedient. Kein Zweifel, daß er – die Rede ist von Alexander Abusch – sich in den frühen fünfziger Jahren ganz anders geäußert haben würde: als Franz Dahlem, der ‚Rivale‘ Walter Ulbrichts, unter anderem wegen seines „kapitulantenhaften Verhaltens“ und wegen des Mangels an Vertrauen zur Sowjetunion aller Parteiämter enthoben worden war. Nach der Rehabilitierung Dahlems im Jahre 1956 und insbesondere nach dem Ende der Ära Ulbricht in der DDR wären solche Attacken aber gleichermaßen inopportun wie chancenlos gewesen.

Da zur Rekonstruktion der Vorgänge weder das Parteiarchiv der SED noch die partiell gleichfalls relevanten Archivalien der französischen Regierung zur Verfügung stehen, muß die Darstellung des tabuisierten Komplexes primär auf das unzulängliche und durch die vielfältigen Verwerfungen der Parteigeschichte von KPD und SED noch zusätzlich getrübt „offizielle“ Quellenmaterial der DDR zurückgreifen, ohne sich aber darauf generell beschränken zu müssen; denn glücklicherweise stehen auch ein paar andere Belege zur Verfügung. Auch muß die einschlägige östliche Memoirenliteratur in einer sorgfältig-kleinteiligen Analyse mit den Ereignissen und Daten des politischen Umfeldes konfrontiert und auf Übereinstimmungen oder Brüche untersucht werden.

Dabei beginnt man wohl am besten mit der Situation der KPD-Emigration in Frankreich während der unmittelbaren Vorkriegsmonate und -wochen. Folgt man Franz Dahlem, so waren Existenz und Tätigkeit des Pariser KPD-Sekretariates von der „uneingeschränkten Legalität und dem politischen Masseneinfluß“ der Kommu-

nistischen Partei Frankreichs als von einer *conditio sine qua non* abhängig²⁴. Eine weitere, zentral bedeutsame Abhängigkeit habe auf dem Felde der „materiellen Unterstützung“ für das „Gros der Genossen“ durch den „Secours Populaire“ bestanden, das französische Pendant der einstigen „Roten Hilfe“²⁵. Im Klartext heißt das, die auf eine Illegalität in Frankreich nicht vorbereitete KPD²⁶ sei in faktisch allen lebenswichtigen Bereichen von der KPF abhängig gewesen – welche ihrerseits auf eine illegale Existenz ebenfalls nicht vorbereitet war, nicht für ihre eigenen Kader und Aktivitäten, erst recht nicht im Hinblick auf die von ihr abhängigen Kommunisten anderer Nationalität. In Parenthese: den in seinen Feststellungen *implicite* enthaltenen Vorwurf an die Adresse der KPF, sie habe eine konspirative und illegale Tätigkeit nicht ins politische Kalkül eingestellt, diesen Vorwurf hat Dahlem aus gutem Grund nicht ausdrücklich thematisiert. Trotz aller Härte der innenpolitischen Konfrontation im Frankreich von 1938/39 hatte für die Massenpartei, die die KPF war, dazu keine Notwendigkeit bestanden. Sie wurde erst durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag auf die Tagesordnung gesetzt, durch ein Ereignis mithin, das auch in den westeuropäischen kommunistischen Parteien niemand für möglich gehalten hatte. Das völlig Unerwartete dieser sowjetischen Kehrtwendung bestätigt selbst Alexander Abusch, der sich in seinen, kurz vor Dahlems Tod erschienenen Memoiren zum scharfen Kritiker an dessen die Internierung betreffender Weisung aufgeworfen hat. Zwar will Abusch durch das im März 1939 auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) gefallene Stalin-Wort von den „Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen“ und denen man nicht die Möglichkeit geben dürfe, „unser Land in Konflikte hineinzuziehen“ – zwar will Abusch durch diese Sentenz irritiert worden sein. Das ist allerdings eine Behauptung, die mangels zeitgenössischen Belegs unüberprüfbar bleibt. Immerhin aber räumt Abusch, seinen angeblichen Weitblick relativierend, selbst ein:

„Rückschauend erinnere ich mich, daß wir nur ein paar Tage rätselten; dann ging das Leben hektisch weiter. Und das Leben war unser unbedingter Kampf für die Kollektivität in der europäischen Sicherheit gegen Hitler. Franz Dahlem und das Sekretariat der Partei waren, da Franz eng Kontakt mit führenden Genossen der

²⁴ Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 386.

²⁵ Ebenda, S. 394.

²⁶ Sie konnte darauf schlechterdings auch gar nicht vorbereitet sein, wenn man allein an das Sprachproblem denkt. Falsche (und das heißt: französische) Identitätspapiere allein hätten ja wenig genützt, selbst wenn man unterstellt, ihre Beschaffung für eine große Zahl von Personen sei möglich gewesen. Der allfallsige Inhaber mußte sich mit ihnen ja auch glaubhaft bewegen können und primär der Landessprache so mächtig sein, bis in den Argot hinein, wie man das von dem französischen Arbeiter erwarten durfte, den er zur Not vorstellen sollte. An der Kenntnis des Französischen fehlte es aber nicht nur bei der proletarischen Basis der KPD. Selbst ein Funktionär der mittleren Führungsschicht wie Abusch lernte die Anfangsgründe der Landessprache erst 1937 durch einen Kurs auf der Berlitz-School kennen, und er überliefert das Faktum mitsamt einem aufschlußreichen Kommentar Walter Ulbrichts: „Einer von uns muß ja schließlich gut Französisch können“ (Alexander Abusch, *Der Deckname*, S. 428).

französischen Bruderpartei hielt, auf diese an sich richtige, den Frieden rettende, die Menschheit vor Millionen Opfern bewahrende politische Linie des Kampfes für die kollektive Sicherheit eingeschworen. Nachträglich erhebt sich die Frage (eigentlich stellten wir sie uns im Ansatz schon ein Dreivierteljahr später, ich gemeinsam mit (Anton) Ackermann, als bereits alles düster geworden war): Haben wir in Paris die Dialektik der Geschichte mit ihren möglichen jähen Wendungen in jenen Monaten voll bedacht? Nein, wir taten es nicht. Technische Pannen von politischer Tragweite sind nur möglich, wenn eine an sich gute Politik nicht auf alle Möglichkeiten hin für die Praxis durchdacht ist. Wir dachten zu sehr an die eine, alles überragende Notwendigkeit – und dadurch: an die eine Möglichkeit ihres Gelingens. Wir sollten die Folgen am eigenen Leib erleben.“²⁷

Was soll der rätselhafte Hinweis auf „technische Pannen von politischer Tragweite“? Sollte damit gemeint sein, daß die von Runge überbrachte Komintern-Weisung zur Abreise aus Frankreich aus irgendeinem Grunde ihre Endadressaten nicht erreichte? Der Seitenhieb ist vorläufig nicht zu klären, und überhaupt müssen wir uns, so reizvoll es auch wäre, Logik und Sprache dieser Passage genauer zu untersuchen, eine solche Analyse versagen. Wichtig ist in unserem Kontext nur, daß Abusch einräumt, auch seine Hoffnungen seien einzig aufs Zustandekommen eines westöstlichen Verteidigungsbündnisses gegen Hitlerdeutschland gerichtet gewesen; daß er zugibt, er habe diese Entwicklung, gleich allen anderen Kommunisten, für die einzig wahrscheinliche gehalten – nicht grundlos bedient er sich des Plurals. Dahlem und das Pariser Sekretariat nennt er auf diese Politik ebenso „eingeschworen“ wie die „führenden Genossen der französischen Bruderpartei“ – quod erat demonstrandum. Und das heißt an dieser Stelle für uns: da dem so war, konnte Dahlem bei Niederschrift seiner Erinnerungen im Jahr 1977 die französische Bruderpartei auch nicht *expressis verbis* kritisieren, weil sie gegen die gänzlich unreal erscheinende Möglichkeit eines Parteiverbots keine Vorsorge getroffen, weil sei keine illegalen Auffangorganisationen geschaffen hatte. Da sich Dahlem 1977 aber nicht nur die Rechtfertigung seiner eigenen Entscheidungen des Jahres 1939 zum Ziel gesetzt hatte, sondern auch die Apologese des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags, mit dem seine Entscheidungen kollidiert hatten: da Dahlem es somit unternommen hatte, die Quadratur des Kreises zu beweisen, mußte er sich hier – und nicht nur hier – bedeckt halten.

Totale Abhängigkeit der KPD von der KPF also, dies ist der Tenor von Dahlems Ausführungen. Insbesondere bei Asylrechtsfragen habe sie zu Konsequenzen geführt, denen das Pariser Sekretariat nicht habe ausweichen können. „Von unserer Pariser Emigrationsleitung (d. h. von der legalen, nicht konspirativ arbeitenden KPD-Organisation im Lande – HAW) wußten wir, daß von der Leitung des *Secours Populaire* unseren Genossen geraten worden war, sich strikt nach den Bestimmungen des französischen Innenministeriums für Ausländer zu richten, damit den Behörden keine Vorwände geliefert würden, gegen unsere Genossen im „Interesse

²⁷ Alexander Abusch, *Der Deckname*, S. 467 f.; vgl. im selben Sachzusammenhang auch S. 476.

der Sicherheit des Landes' vorzugehen"²⁸. Dahlem bettet diesen Rat des französischen Hilfskomitees in das Referat ein, das er vom Verlauf einer Sitzung des KPD-Sekretariates gibt, welche am 25. August 1939 stattgefunden hatte. An diesem Datum war der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag schon zwei Tage alt, und infolge dieses Abkommens war es auch schon zu Repressionen der französischen Regierung gegen die KPF gekommen, obwohl sich die KPF nicht genug tun konnte, ihre nationale Zuverlässigkeit zu beteuern. So war die kommunistische „Humanité“ vom 25. August durch die Polizei beschlagnahmt worden. Als es der KPF am folgenden Tag gelang, legal noch eine Nummer ihres zentralen Organs herauszubringen, enthielt es erneut ein vollmundiges Bekenntnis zur Landesverteidigung²⁹.

Diesen übergeordneten politischen Zusammenhang muß man sich vergegenwärtigen, wenn Dahlem den ‚Rat‘ des *Secours Populaire* zu strikter Befolgung des französischen Ausländerrechtes mit einer von den Behörden angeordneten Ausländerzählung in Zusammenhang bringt; unmittelbar an die eben zitierte Stelle anschließend, heißt es:

„Dieser Hinweis betraf vor allem die am 22. Juli 1939 im ‚*Journal Officiel*‘ abgedruckte Verordnung, deren wichtigste Bestimmungen unsere ‚*Deutsche Volks-Zeitung*‘ unmittelbar danach in ihrer Ausgabe vom 30. Juli ihren Lesern mitgeteilt hatte. Diese Verordnung sah eine allgemeine Zählung der in Frankreich lebenden männlichen Ausländer zu genau ausgewiesenen Zeiten vor, und zwar jener Ausländer, die ‚entweder keine Nationalität besitzen‘ oder die ‚erklären, Flüchtlinge in Frankreich zu sein, und Asyl genießen‘. Die Umgehung dieser Registrierung war vor allem wegen einer Festlegung höchst problematisch, die nämlich besagte, daß diejenigen Ausländer, die bei der Zählung ihre Flüchtlingseigenschaft nicht geltend machen, diese dann auch nicht mehr anführen können, wenn sie in der Folgezeit aus Frankreich ausgewiesen werden sollten. Es hieß in dem Dekret weiter, daß das gleiche für jene gelten würde, die nicht innerhalb von 20 Tagen der Registrierungsanordnung Folge leisten sollten. Im Juli war für diese Ausländerzählung noch ein Zeitraum vorgesehen, der – nach Jahrgängen gestaffelt – bis zum 1. September 1940 reichte. Lediglich Emigranten im Alter von 20 bis 27 Jahren sollten schon bis zum 1. September der Aufforderung zur Registrierung folgen. Nach Kriegsbeginn war für alle die

²⁸ Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 394.

²⁹ Ebenda, S. 366 f. – Dahlem gibt den fraglichen Artikel so wieder: „Unter der Überschrift ‚Einheit der französischen Nation gegen den Hitlerschen Aggressor‘ konnten wir dort lesen: ‚In den ersten Stunden, die unser Land und die Welt erleben, im Moment, in dem die Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung Frankreichs ergreift (gemeint war hiermit die bereits angeordnete Teilnobilisierung der Streikkräfte – F.D.), kommt es für alle jene, die die Unabhängigkeit und die Zukunft der Nation retten wollen, nicht darauf an, sich in verschiedene Interpretationen der Ereignisse zu verlieren . . . Es ist nötig, daß Frankreich unter den bestmöglichen Bedingungen imstande ist, eine Haltung der Festigkeit zu wahren und seine Verpflichtungen gegenüber seinen politischen Verbündeten einzuhalten . . . Die Stunde verlangt die Einheit der Franzosen. Wenn Hitler die Absicht, die er im Schilde führt, zu verwirklichen wagt, werden die französischen Kommunisten in der ersten Reihe der Verteidiger der Unabhängigkeit der Völker, der Demokratie und des gefährdeten demokratischen Frankreichs sein.“

Frist, sich zu melden, auf wenige Tage zusammengedrängt, aber auch dann galt diese Aufforderung zunächst nur für die Männer.³⁰

Der Leser muß bei diesem Referat den Eindruck gewinnen, es handle sich um die eingangs von uns zitierte Aufforderung zur Meldung in den sogenannten „centres de rassemblement“ resp. auf den Bürgermeisterämtern und Polizeirevieren, welche zur euphemistischen Umschreibung für die Internierungen gedient hatte. Dies legt schon der Zeitpunkt nahe, zu dem Dahlem die Verordnung vom 22. Juli 1939 zur Sprache bringt – eben am 25. August, kurz vor Kriegsbeginn. Am stärksten gefestigt wird dieser Eindruck durch den letzten Satz, der ja nur so zu verstehen ist, daß die zunächst auf ein gutes Jahr verteilten „Registrierungen“ nunmehr auf kürzeste Frist konzentriert worden seien – die den Internierungen vorangegangene Aufforderung war ja tatsächlich ganz kurz befristet, in Paris nämlich auf die zeitlich unbestimmte, aber zu höchster Eile gemahnende Formel „immédiatement et sans délai“. Überdies berührt Dahlem den Zweck der Ausländerzählung mit keinem Wort, ganz, als sei es ausgemachte Sache, daß die am 22. Juli angeordnete „Registrierung“ als administrative Vorbereitung auf die erst im September einsetzenden Internierungen angesehen werden müsse.

Tatsächlich diene die Zählung aber einem ganz anderen Zweck als dem, den Dahlem mit Art und Zeitpunkt seiner Darstellung sowie mit seiner Argumentation insinuieren möchte. Sie war im Zusammenhang mit der Militärdienstpflicht für Ausländer angeordnet worden, war also eine Ausführungsbestimmung der oben erwähnten Verordnung vom 12. April 1939, und sie betraf denn auch die waffenfähigen Jahrgänge zwischen 1891 und 1919, zwischen dem 20. und dem 48. Lebensjahr³¹ – will sagen, die zu zählenden Jahrgänge stimmen mit den Altersbegrenzungen nicht überein, die bei der die Internierung präluzierenden Meldeaufforderung vorgeschrieben waren. Ferner und noch gravierender: hier ist generell von Ausländern die Rede und nicht etwa, wie in dem Internierungsaufruf, von den „ressortissants du sexe masculin de l'Empire allemand“. Kurzum, die Verordnung vom 22. Juli 1939 legte den von ihr betroffenen Ausländern, jenen, die zwischen dem 1. Januar 1891 und dem 1. Januar 1919 geboren waren, auf, sich zwischen dem 28. August 1939 und dem 7. Oktober des gleichen Jahres bei den Polizeikommissariaten ihres Aufenthaltsortes registrieren zu lassen³². In einer von Münzenbergs „Zukunft“ abgedruckten Erinnerung an die Leser hieß es dazu unter dem Titel „Meldungspflicht militärpflichtiger Ausländer“:

³⁰ Ebenda, S. 394 f.

³¹ Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantpolitik, S. 216. In dieser ersten Publikation hat Vormeier die Verordnung noch unter die die Internierung vorbereitenden Maßnahmen eingereiht. In der späteren französischen Version (Quelques aspects ...) geschieht das nicht mehr. Kurt R. Grossmann führt die Verordnung sachlich zutreffend unter den die militärische Dienstverpflichtung betreffenden Bestimmungen an, datiert sie allerdings irrtümlich auf den 22. Juni 1939 (Kurt R. Grossmann, Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt am Main 1969, S. 195).

³² DZ, 2. Jg., Nr. 35 v. 28. 8. 1939, S. 12.

„In Durchführung der Verordnung vom 20. Juli 1939 (über die Zählung staatenloser und das Asylrecht genießender Ausländer zur militärischen Verwendung) wird nunmehr die Registrierung im Seine-Departement vorgenommen werden und zwar: 1. der staatenlosen Ausländer männlichen Geschlechts, die zwischen dem 1. Januar 1891 und dem 1. Januar 1919 geboren sind. Infolgedessen müssen sich alle Ausländer, die unter die vorgenannten Kategorien fallen, die Anspruch auf die Flüchtlings-eigenschaft erheben und die Absicht haben, weiterhin in Frankreich zu bleiben, auf das Polizeikommissariat ihres Aufenthaltsortes begeben, und zwar gemäß den Anfangsbuchstaben ihrer Familiennamen an einem der nachfolgenden Tage.“ Daran schloß sich nun die Buchstabentabelle an, beginnend mit A, Meldetermin 28. und 29. August 1939, bis hin zu V, W, X, Y und Z, die auf den 4. bis 7. Oktober 1939 terminiert waren. Danach hieß es weiter, die „Situation dieser Ausländer“ werde „geprüft und, wenn nötig, geregelt werden“. Gemeint war die aufenthaltsrechtliche Situation, und das Wort „geregelt“ stellte die Legalisierung in Aussicht. Weiter: „Die Ausländer, die auf Grund des Rekrutierungsgesetzes (vom 12.4. 1939 – HAW) bereits erfaßt worden sind, werden von dieser Registrierung nicht betroffen. Jene Ausländer, die sich unter den vorstehend wiedergegebenen Bedingungen nicht melden, können in der Folge den Anspruch auf die Eigenschaft von Flüchtlingen nicht mehr für sich geltend machen.“

Man sieht, wo diese Quelle mit Dahlem übereinstimmt und wo sie über seine Darstellung hinausgeht: einmal in der Altersbegrenzung der Meldepflichtigen, vor allem aber beim Zweck des Verfahrens, der Ableistung der Militärdienstpflicht. Indessen ist dieser Rekurs auf eine dritte Quelle gar nicht nötig, um Dahlem zu widerlegen. Es genügt vollauf, wenn wir seine eigene Quelle heranziehen, die kommunistische „Deutsche Volks-Zeitung“ vom 30. Juli 1939. Bei seinem Referat hat Dahlem nämlich zwei entscheidende Sätze weggelassen, den ersten und den letzten des Artikels: „Am 22. Juli 1939 ist im ‚Journal Officiel‘ eine Verordnung erschienen, die einen weiteren Schritt zur Durchführung der Dienstpflicht für Staatenlose und Flüchtlinge bildet.“ Und: „Eine weitere Verordnung wird die Musterung der Ausländer festlegen, sowie die Truppeneinheiten, innerhalb derer sie dienen, sowie die Dienstzeit bestimmen.“³³

Hatte die Ausländerzählung, Registrierung oder Meldepflicht somit zwar nichts mit den Internierungen zu tun – ob das KPD-Sekretariat am 25. August 1939 Verhaftungen befürchtet haben mag, steht auf einem anderen Blatt –, so stellt sich doch ein anderer Zusammenhang ganz zwanglos und unwiderleglich her: der zu dem von Dahlem auszugsweise zitierten Artikel der „Humanité“ mit dem Titel „Einheit der französischen Nation gegen den Hitlerschen Aggressor“. Sofern es also zutrifft, daß der Secours Populaire dem KPD-Sekretariat bzw. einer anderen KPD-Instanz einen „Rat“ oder „Hinweis“ auf die Einhaltung der Asylvorschriften gegeben hat, und sofern dieser „Rat“ oder „Hinweis“ tatsächlich die am 22. Juli 1939 im „Journal Officiel“ abgedruckte Verordnung vom 20. Juli 1939 betroffen hat, dann kann man

³³ Deutsche Volks-Zeitung, Paris, 4. Jg., Nr. 31 v. 30.7. 1939, S. 6.

nur feststellen, daß die politische Substanz der Angelegenheit die asylrechtliche bei weitem überwogen hat. Secours Populaire hätte dann nichts anderes getan, als die deutschen Kommunisten aufzufordern, ihr Scherflein zur französischen Landesverteidigung beizutragen, auf daß man sie, wie die französischen Kommunisten, „in der ersten Reihe der Verteidiger der Unabhängigkeit der Völker, der Demokratie und des gefährdeten demokratischen Frankreichs“ finden möge. Dies, wie gesagt, zwei Tage nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags, auf den die KPF mit ihrer nationalen Losung geantwortet hatte. Angesichts des Rangs, den das KPD-Sekretariat in der Parteihierarchie einnahm, wird man wohl als das mindeste unterstellen dürfen, daß es sich über die politische Tragweite der Angelegenheit nicht im Unklaren gewesen sein kann³⁴.

Es kommt aber noch besser. Am Freitag, den 1. September, begann mit dem deutschen Einfall in Polen der Zweite Weltkrieg, seit 4 Uhr 45 in der Frühe wurde, laut Hitlers zynisch verlogenen Wort, „zurückgeschossen“. Am gleichen Tag ordnete Frankreich zwar die Generalmobilmachung an, mehr aber noch nicht. Die Kriegserklärung an Deutschland erfolgte erst am Sonntag, den 3. September, nachmittags. Am Abend des Generalmobilmachungstags also – aber geben wir Dahlem besser selbst das Wort:

„In den Abendstunden des 1. September suchte mich in der Ivryer Wohnung Genosse Cornavin auf. Er war Mitglied des Zentralkomitees der französischen Bruderpartei und zugleich Deputierter des französischen Parlaments. Er kam im Auftrag von Genossen Thorez und überbrachte mir folgende Mitteilungen: Die französische Partei setze konsequent die von Maurice Thorez am 25. August entwickelte Linie der Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit des Landes gegen den

³⁴ Wie sehr sich Franz Dahlem bei Niederschrift seiner Erinnerungen dieser Tatsache klargewesen ist, zeigen gleich mehrere Faktoren. Einmal seine Retuschen bei Wiedergabe der „Meldepflicht“ resp. „Registrierung“ resp. „Ausländerzählung“, zum zweiten die auffällige Verlagerung des Referats der im Juli erlassenen Verordnung auf den 25. August und drittens endlich eine weitere, bisher hier nicht erwähnte Information. Dahlem behauptet auf S. 379 der Erinnerungen (Band 2): „Bereits in der Nacht vom 23. zum 24. August oder in der darauffolgenden verhaftete die Pariser Polizei die ersten kommunistischen Emigranten in ihren Wohnungen beziehungsweise Hotels und führte sie nach der ‚Santé‘ ab. Es war das jenes bereits seit der Dreyfus-Affäre berüchtigte Gefängnis für ‚staatsgefährliche‘ Gefangene. Allerdings wurde von dieser überfallartigen Aktion nur ein kleiner Kreis unserer Genossen betroffen.“ Keine andere Quelle, auch keine kommunistische, weiß etwas von dieser „Aktion“, und was die DDR-Geschichtsschreibung angeht, so datiert sie die ersten (von den Internierungen zu trennenden) individuellen Verhaftungen völlig zu Recht fast eine volle Woche später (vgl. Dieter Schiller und andere, Exil in Frankreich, Leipzig 1981, S. 381). Für Dahlem ist das angeblich frühe Datum solcher Verhaftungen aber essentiell, denn ihm geht es ja darum, die Zwangslage zu demonstrieren, in der er sich damals befunden haben will. Um seinen politischen ‚Sündenfall‘ zu kaschieren, daß er nach dem Nichtangriffsvertrag dem Militärdienst deutscher Kommunisten im französischen Heer zumindest Vorschub geleistet hat, mußte er bemüht sein, die Befolgung diesbezüglicher französischer Anordnungen als zwangsläufig darzustellen, ohne sie jedoch beim Namen zu nennen. Der „Hinweis“ des Secours Populaire wurde durch Verhaftungen schon am 23./24. oder 24./25. August natürlich noch gewichtiger: das also drohte, wenn man den „Rat“ der Bruderpartei nicht befolgte, sich „strikt nach den Bestimmungen“ zu richten.

faschistischen Aggressor fort. Demzufolge werde die kommunistische Kammerfraktion der Regierung die geforderten Kredite bewilligen, aber gleichzeitig gegen die Verhaftung und Verfolgung der Kommunisten und die Unterdrückung ihrer Presse protestieren und die Aufhebung dieser Ungesetzlichkeiten verlangen. Entsprechend dieser politischen Linie würden die Kommunisten Frankreichs, ihre Deputierten eingeschlossen, den Einberufungsbefehlen Folge leisten. So werde sich Maurice Thorez zu seiner Pioniereinheit nach Arras begeben. Auch für die noch illegal in Paris lebenden Genossen der KPD sei es notwendig, daß sie ihre Papiere in Ordnung brächten, indem sie den Bestimmungen des Innenministeriums Folge leisteten, das heißt, sich ‚registrieren‘ ließen, damit sie nicht unter dem Vorwand der Spionage inhaftiert werden könnten. Dem Protest der französischen Partei sollten wir uns anschließen, um die Wahrung des Asylrechts und die Freiheit der bereits Inhaftierten zu fordern. Mit dem Hinweis auf die während der letzten Tage erfolgten Festnahmen einiger unserer Genossen, denen beim besten Willen keine Spionagetätigkeit für Deutschland unterstellt werden konnte, äußerte ich Zweifel, daß ein solcher Schritt, unsere Papiere in Ordnung zu bringen, tatsächlich eine Sicherheit für uns bedeuten würde. Genosse Cornavin antwortete mir darauf, daß es im Augenblick keine andere Möglichkeit gebe; wenn wir die Legalisierung vollzogen hätten, dann könne man weitersehen.³⁵

Wiederum bildet der nationale Kurs der KPF den Hintergrund zu dem Stichwort „Registrierung“, und wiederum geht aus Cornavins Hinweis auf die „Legalisierung“ hervor, daß damit nur die „Meldungspflicht militärdienstpflichtiger Ausländer“ gemeint gewesen sein kann. Dahlems Bemerkung über die „während der letzten Tage erfolgte Festnahmen einiger unserer Genossen“ hatte freilich jetzt ebenfalls eine reale Grundlage. Kurz zuvor, nämlich in der Nacht vom 31. August zum 1. September, war es zu gezielten individuellen Verhaftungen von Exilierten gekommen; es ist aber nachweisbar, daß es sich bei den Opfern nicht ausschließlich um Kommunisten gehandelt hat. Ob den Verhafteten „Spionagetätigkeit für Deutschland“ vorgeworfen wurde, kann dahingestellt bleiben; Dahlem hätte davon nur etwas erfahren können, wenn es ihm gelungen wäre, zu den Verhafteten Kontakt aufzunehmen. Davon schreibt er aber nichts, und es ist ohnehin auch unwahrscheinlich. Tatsächlich gibt Dahlems Äußerung einen Reflex von der allgemeinen Haltung, welche die Regierung Daladier seit dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags gegenüber Kommunisten im Allgemeinen und gegenüber deutschen Kommunisten im Speziellen eingenommen hatte, eine Haltung, die Barbara Vormeier verallgemeinernd in einem Satz zusammenfaßt: „Le journal du Parti comm-

³⁵ Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 413 f. – Im unmittelbaren Anschluß an diese Gesprächswiedergabe druckt Dahlem Auszüge aus dem Pressecommuniqué ab, das die kommunistische Parlamentsfraktion am 1. September 1939 herausgegeben hatte. Was die Politik der KPF angeht, stimmt es mit den Informationen überein, die Dahlem von Cornavin erhalten zu haben angibt; die französischen Kommunisten erklärten sich erneut zum „besten Verteidiger der Demokratie und der Unabhängigkeit des Landes“. Die Probleme der deutschen Kommunisten werden in der Veröffentlichung natürlich nicht berührt.

uniste allemand (KPD) ayant approuvé la signature du pacte de non-agression entre Staline et Hitler, tous ses dirigeants (qui, dans leur attitude officielle, n'émettaient aucun doute sur la validité du pacte) passèrent pour des alliés virtuels du national-socialisme et furent considérés comme suspects par le gouvernement Daladier.“ Man sieht, wie Dahlem zum Spionagevorwurf gekommen sein kann (auch wenn man die Hysterie von der „fünften Kolonne“ einmal außeracht läßt): deutsche Kommunisten galten der französischen Regierung mindestens als potentielle Verbündete der Nazis.

Es hat für Dahlem also tatsächlich einigen Anlaß zu Befürchtungen gegeben – nur daß sie sich noch immer nicht auf Indizien für eine mit einer „Registrierung“ einhergehende allgemeine Internierung stützen konnten. Man schreibt noch immer Freitag, den 1. September 1939, die französische Kriegserklärung sollte erst am Sonntag, den 3. September erfolgen, und erst nach diesem Datum, genauer: frühestens an dem auf diesen Sonntag folgenden ersten Werktag, am Montag, den 4. September, kamen die Presseaufforderungen und Plakate heraus, mit denen das Kriegsministerium – und nicht das Innenministerium – die „ressortissants du sexe masculin de l'Empire allemand“ zu den jeweiligen „centres de rassemblement“ beorderte. Was schließlich diese „centres“ selbst betrifft, so erfuhr man von ihnen überhaupt erstmals durch die Affichen des 4. September 1939. Nach wie vor geht es also bei den „Registrierungen“ um die Kriegsteilnahme deutscher Kommunisten in den Ausländereinheiten der französischen Armee, und demzufolge ist auch nur sehr bedingt richtig, wenn Alexander Abusch in seinen Memoiren die Dahlem-Unterhaltung mit Cornavin so wiedergibt: „Aus Band 2 der Erinnerungen ‚Am Vorabend des zweiten Weltkrieges‘ von Franz Dahlem erfuhr ich erst in jüngster Zeit Genaueres: nämlich, daß der Genosse Cornavin ... am 1. September 1939 im Auftrag des Genossen Maurice Thorez zu ihm gekommen war und ihm eine Mitteilung überbrachte, die Mitglieder und Mitarbeiter der operativen Leitung sollten sich der Orientierung der französischen Bruderpartei unterordnen, zum Zwecke ihrer Legalisierung der Aufforderung des französischen Innenministeriums Folge leisten und sich während der nächsten Tage zum Stade de Colombes begeben“³⁶.

Kein Wort vom Stade de Colombes, dem Pariser „centre de rassemblement“, bei Dahlem – er klittert viel umsichtiger –, und auch von der Beschränkung auf „Mitglieder und Mitarbeiter der operativen Leitung“ ist die Rede bei ihm nicht gewesen. Abusch sollte eigentlich besser Bescheid wissen, worum es damals tatsächlich gegangen war. In einem Punkt allerdings bringt sein Referat den Vorgang wenigstens aus der Sicht der KPF auf den Begriff: daß nämlich Gaston Cornavin nicht eine bloße „Mitteilung“ gemacht, sondern die deutschen Kommunisten aufgefordert hatte, sie „sollten sich der Orientierung der französischen Bruderpartei unterordnen“. Der KPF mußte in der Tat wesentlich daran gelegen sein, daß die Exil-Dependancen der „Bruderparteien“, daß insbesondere die deutschen Kommunisten sich ihrer Linie vorbehaltlos anschlossen. Unter den westlichen kommunistischen Parteien war die

³⁶ Alexander Abusch, *Der Deckname*, S. 491.

deutsche vom Nichtangriffsvertrag am unmittelbarsten tangiert. Das Verhalten ihrer Spitzengremien in Frankreich war deshalb für die Glaubwürdigkeit der KPF von einer gewissen Bedeutung, wie wenig realen politischen Einfluß diese Operative Leitung der KPD tatsächlich auch besitzen mochte. Eine Distanzierung der deutschen Partei von der nationalen Haltung der französischen hätte auf deren Glaubwürdigkeit mindestens einen Schatten geworfen. Der in allen praktischen Fragen von der KPF abhängigen KPD-Gruppe in Frankreich (und erst recht dem KPD-Sekretariat, der konspirativ arbeitenden Operativen Leitung der Westemigration insgesamt) wuchs hier also plötzlich eine Rolle zu, die zu ihrer tatsächlichen politischen Stärke und Bedeutung in einem grotesken Mißverhältnis stand. Ohne daß die Abhängigkeit der in Frankreich lebenden deutschen Kommunisten von der KPF sich verringert hätte, war nun auch die KPF in einer Hinsicht auf die KPD angewiesen, vorübergehend und, wie gesagt, punktuell.

Es steht nun freilich dahin, wie hier zeitlich und sachlich die Kominternweisung über die Emigration der illegal in Frankreich lebenden ausländischen Kommunisten einzuordnen ist, die Friedrich Runge der KPF überbrachte. Unklar ist schon, was Runge mit „unmittelbar vor der Mobilmachung“ meint: die französische Generalmobilmachung vom 1. September oder die bereits am 24. August, einen Tag nach Abschluß des Moskauer Nichtangriffsvertrags, erfolgte Einberufung von Reservisten? Erst recht liegt das weitere Schicksal dieser Weisung im Dunkeln, wir haben darauf bereits aufmerksam gemacht. Wir wissen nicht, ob die KPF sie weitergegeben hat (was gerade im Falle der deutschen Partei nicht in ihrem Interesse liegen konnte) und ob sie Dahlem überhaupt erreichte. Die Tatsache, daß er selbst sie nicht erwähnt, ist dafür freilich kein Beweis. Die Erwähnung hätte seiner apologetischen Argumentation ja die Grundlage entzogen und gerade das zutage gefördert, was zu verhüllen und zu kaschieren der Zweck seiner Darlegungen ist: den Disziplinbruch. Denn zweifellos wäre, neben zahlreichen illegal im Lande lebenden Genossen an der Basis, die in Frankreich illegal agierende Operative Leitung der KPD von dieser Weisung betroffen gewesen.

Hat das Pariser KPD-Sekretariat also nicht einer Weisung der Komintern, sondern einer der französischen an die deutsche Bruderpartei Folge geleistet? Mit einer unumwunden positiven Antwort mag man zögern, da es zumindest ein Anzeichen gibt, daß sich der kleinere ohnehin schon auf jenen Weg des größeren Bruders begeben hatte, der vom Pfade des Großen Bruders im Osten so bemerkenswert weit abwich: die oben zitierte Aufforderung der „Neuen Weltbühne“ an ihre Leser, sich im Kriegsfall den Westmächten anzuschließen. Diese letzte erschienene Nummer der durch zarte, aber nichtsdestoweniger feste Bande mit der KPD ‚liierten‘ Zeitschrift trägt das Datum des 31. August. Da die „Neue Weltbühne“ aber, wie damals mehr oder minder alle Wochenzeitschriften, ihre Hefte aus Vertriebsgründen vordatierte, waren diese am Erscheinungsort in der Regel schon zwei Tage früher erhältlich. Am Erscheinungs- und Druckort Paris dürfte das fragliche Heft also schon am 29. August an den Zeitungskiosken gewesen sein, und der Redaktionsschluß ist allerspätestens auf den 28., wahrscheinlich aber auf den 27. August anzusetzen.

Selbst wenn man aber diese von den langen und schwierigen Vertriebswegen diktieren technischen Herstellungsbedingungen außer Betracht läßt, hat die kommunistisch affilierte Zeitschrift einen Tag vor dem Besuch des Genossen Cornavin bei Dahlem zu eben dem Verhalten aufgefordert, das jener seinem deutschen Gastgeber erst nahezulegen unternahm³⁷. Das wenigste, was man sagen kann: Cornavins Intervention kam zu spät und war, was den zentralen Punkt betraf, überflüssig, da das letzte Publikationsorgan, das der deutschen Partei noch zur Verfügung stand – die „Deutsche Volks-Zeitung“ war französischerseits schon verboten worden – seinen Lesern bereits eine entsprechende Losung auf den Weg gegeben hatte.

Das war der Stand der Dinge, als am Samstag, den 2. September 1939, das Pariser KPD-Sekretariat zu einer ersten von drei Sitzungen an drei aufeinanderfolgenden Tagen zusammentrat. An ihr nahmen laut Dahlem außer diesem selbst als zweites Polit-Büro-Mitglied Paul Merker, sodann das ZK-Mitglied Paul Bertz und, in der Funktion als Mitarbeiter des Sekretariats, Anton Ackermann teil. Juristisch befand sich Frankreich noch immer im Frieden, und es war inmitten der hektischen diplomatischen Aktivitäten auch nicht klar abzusehen, ob die Westmächte weiterhin Festigkeit bewahren resp. ob ihre Ultimaten in Berlin wider Erwarten doch Wirkung zeigen würden. So mag es auch Ausdruck dieser Ungewißheit über die weitere Entwicklung gewesen sein, daß sich die Sitzungsteilnehmer zunächst mit politischer Rhetorik beschäftigten und namens des Zentralkomitees der KPD eine Erklärung zur Weltpolitik verabschiedeten – statt sich der objektiv drängendsten Frage zuerst zuzuwenden: dem praktischen Verhalten der KPD für die folgenden Tage und den entsprechenden Weisungen für die legal wie illegal in Frankreich lebende Parteibasis. Dahlem zufolge wandte man sich diesem Problem erst am Sonntag, den 3. September, zu, dem Tag der französischen Kriegserklärung. Man ging aber ohne Ergebnis auseinander, sodaß es einer weiteren Zusammenkunft am Montag, den 4. September, bedurfte, um zu dem Beschluß zu gelangen, man werde sich an den Mitteilungen des Genossen Cornavin orientieren³⁸. Dieser Beschluß wurde angeblich einstimmig gefaßt, und ihm zufolge sollten sich auch die Mitglieder und Mitar-

³⁷ Hier ist der Platz, ein Urteil zu revidieren, das ich in meiner Analyse der „Neuen Weltbühne“ über deren letzte Nummer gefällt habe (Hans-Albert Walter, Band 4, S. 70f.): Seine Verurteilung des Nichtangriffsvertrags habe Budzislawski in Gegensatz zur KPD gebracht. In Kenntnis der bei Entstehung dieser Analyse noch nicht vorliegenden Erinnerungen von Dahlem und Abusch muß ich jetzt vielmehr Kurt R. Grossmann recht geben, der – freilich ohne jeden Nachweis – geschrieben hatte, Budzislawskis Artikel sei nach Absprache „mit seinen kommunistischen Freunden“ entstanden (Kurt R. Grossmann, *Emigration*, S. 37). Im Licht dieser Memoirenbände ist das sogar ein zu zartes Wort, denn der letzte Leitartikel der „Neuen Weltbühne“ und die Schlußnotiz an die Leser fügen sich bruchlos in das, was man als ‚Linie‘ der Pariser Kommunisten, deutscher wie französischer, bezeichnen kann.

³⁸ Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 415–426, insbes. S. 423 ff. – Auch hier folgt Dahlem konsequent der selbst verordneten Sprachregelung in puncto Registrierung, wenn er dem Bericht über die Sitzung vom 3. September die irreführende Behauptung vorschaltet, „inzwischen“ seien in Paris die Plakate angeschlagen worden, mit denen deutsche und österreichische Emigranten zum Erscheinen in den „centres de rassemblement“ aufgefordert worden seien.

beiter der Operativen Leitung dieser Orientierung der KPF unterordnen. Letzteres dürfte ein Grund dafür gewesen sein, daß man zu solcher Einstimmigkeit (wenn es sie denn tatsächlich gab: Dahlem war von den Sitzungsteilnehmern der letzte Überlebende) zwei Sitzungen brauchte. Den zweiten Grund lieferten die inzwischen veränderten Umstände. Am 4. September, dem ersten Kriegstag (für und in Frankreich), ging es ja nicht mehr (nur) um die „Registrierung“, „Meldepflicht“ und „Ausländerzählung“, deren Grund mitzuteilen Dahlem so beharrlich vermieden hat. Jetzt stand vielmehr (auch) die Aufforderung zum Erscheinen in den „centres de rassemblement“ zur Debatte, und das war in Paris, statt der zuständigen Polizeireviere, ein Sportstadion. Wie man weiß, hatten sich dort auch keineswegs die wehrpflichtigen Jahrgänge aller Ausländer zu melden, sondern lediglich alle männlichen Deutschen bis zum 50. Lebensjahr.

Erst jetzt ging es wirklich um Repressalien gegen die deutsche Emigration, wahrscheinlich um Massenverhaftungen, und erst jetzt auch stand das KPD-Sekretariat vor der Frage, ob es bei solchermaßen veränderten Perspektiven sich weiterhin den „Orientierungen“ der KPF unterordnen und jene Politik fortsetzen sollte, die, unabhängig von diesen „Orientierungen“, in dem Appell der „Neuen Weltbühne“ zum Ausdruck gekommen war. Ein gewichtiger Faktor zumindest sprach dafür. Die KPF nämlich setzte ja ihre nationale Politik unverändert fort, in welchem Maße, das sollte Dahlem erfahren, als er sich – wegen eines Rats in der neuen Lage? wegen Rückendeckung im Verfolg der bisherigen Linie? – mit ihr in Verbindung zu setzen versuchte: „Ein Kontakt mit der Führung der FKP kam nicht mehr zustande. Genosse Thorez war dem Mobilmachungsbefehl gefolgt und zu seiner militärischen Einheit eingerückt; andere Genossen waren ebenfalls nicht mehr zu erreichen.“³⁹ Begnügen wir uns mit der Feststellung, die KPF habe, von ihrem eigenen Überlebenskampf voll in Anspruch genommen, ihre deutschen Genossen sich selbst überlassen, nachdem ihre Weisung einmal akzeptiert worden war; die Motive ihres taktischen Verhaltens sind für das KPD-Sekretariat ohnehin irrelevant und ohne Bedeutung für sein Dilemma. Klarheit bestand nur in einem Punkt: die Parteibasis würde sich der Anordnung zum Erscheinen in den „centres de rassemblement“ aus denselben Gründen nicht entziehen können, aus denen die Illegalität für sie unmöglich war. Die Frage lautet ja aber nicht, ob sie sich hätte entziehen können, sie lautet vielmehr, weshalb sie trotz aller unabsehbaren Weiterungen, trotz aller laut Dahlem doch so massiven Befürchtungen vom Parteisekretariat ausdrücklich angewiesen wurde, in den „centres“ zu erscheinen und weshalb die Operative Leitung auch sich selbst und ihre Mitarbeiter dorthin beorderte.

Die letztgenannte Entscheidung wirkt noch rätselhafter, wenn Abuschs Angaben den Tatsachen entsprechen, wonach noch am 26. August die „Abreise“, das heißt die Flucht der Operativen Leitung aus Frankreich beschlossene Sache gewesen sein soll: „Am 26. August traf ich wieder Genossen Franz (Dahlem). Ich fragte ihn: ‚Bleiben wir hier in diesem Mauselloch, behindert in jeder Arbeit durch die antikommunisti-

³⁹ Ebenda, S. 424.

sche Hetze und Verfolgung? Er sagte: „Nein, natürlich nicht. Wir haben gestern im Sekretariat die Maßnahmen für unsere Abreise beschlossen. Halte dich bereit, mit dem kleinsten Koffer, ohne Frau und Kind. Im Augenblick geht es nicht anders.“⁴⁰ Bescheid sei ihm für den nächsten Morgen zugesichert worden, über Anton Ackermann, der aber am späten Abend des 26. August selbst „noch nichts Genaues“ gewußt habe. Der Bescheid sei denn auch ausgeblieben. Gerhart Eisler und Albert Norden seien darüber ebenso ärgerlich gewesen wie Abusch, hätten „die Gründe der Verzögerung unserer Abfahrt“ aber auch nicht gekannt. Erst am Tag nach der französischen Kriegserklärung, am 4. September also, will Abusch Dahlem getroffen haben, „der mir mitteilte, die geplante Abreise der Operativen Leitung finde vorerst nicht statt. Wir würden uns bald zu einer Aussprache treffen, um mit den nicht verhafteten verantwortlichen Genossen zu überlegen, was zu tun sei“⁴¹. Der 4. September ist freilich derselbe Tag, an dem das KPD-Sekretariat zu seiner entscheidenden Sitzung erneut zusammentrat, und Dahlem sollte gewußt haben, daß dies das Entscheidungsgremium war. Eine Vertröstung des „Mitarbeiters“ Abusch, der dem Sekretariat nur zu- und untergeordnet war? Wie auch immer, Abusch meint, sich seiner tiefen Empörung darüber erinnern zu sollen, „daß vielleicht eine technische Panne in einem solch entscheidenden Augenblick unsere Operative Leitung der Partei lahmgelegt hatte“. Infolge des „bald darauf überstürzten Gangs der Ereignisse“ sei ihm „erst später“ klar geworden, „daß politische Gründe unsere Abfahrt verhindert hatten“. Das ist ein gewichtiges Wort, freilich auch ein geheimnisumwittertes, denn über die Natur der „politischen Gründe“ sagt Abusch nichts – es sei denn, man nähme seinen Hinweis auf die Intervention des Genossen Cornavin für die Erklärung. Weder damals noch später kann sie ihm aber eigentlich ein großes Geheimnis gewesen sein, denn sie ergab sich ja konsequent aus der Politik der KPF, die in aller Öffentlichkeit und mit beträchtlicher Lautstärke propagiert wurde, und über den engen Kontakt des Genossen Dahlem mit der KPF hat Abusch schließlich an früherer Stelle selbst berichtet. Wenn Abusch endlich in aller Ausführlichkeit Dahlems Ansicht widerlegt, aus Frankreich sei nicht mehr herauszukommen gewesen, so hat er in diesem Punkt zwar völlig recht (und kann das mit der geglückten Flucht einiger Funktionäre auch beweisen, mit der Anton Ackermanns zum Beispiel⁴²), doch diese überzeugende Replik auf ein durchsichtig schwaches Argument führt von den „politischen Gründen“ noch weiter weg.

Bei Dahlem tauchen sie auf, allerdings so widersprüchlich und unüberprüfbar, daß Abusch sich mit ihnen gar nicht erst auseinandergesetzt hat. Dahlem bestätigt, daß in der fraglichen Sitzung des Sekretariats am 25. August 1939 beschlossen worden sei, „durch den technischen Apparat die Voraussetzungen zu schaffen, um die

⁴⁰ Alexander Abusch, *Der Deckname*, S. 482 f. – Dahlem selbst teilt mit, daß er für seine Person eine zu einem früheren Zeitpunkt beabsichtigte Moskaureise aufgegeben habe, infolge von „ernsthaften Überlegungen“ im Sekretariat der KPD am 28. August 1939 (Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 382 f., S. 399).

⁴¹ Alexander Abusch, *Der Deckname*, S. 486 f.

⁴² Ebenda, S. 491 f.

Abreise der Mitglieder des Sekretariats und der politischen Mitarbeiter zu ermöglichen“. Daß es dazu nicht kam, begründet er damit, daß „wir, als noch gewisse Chancen zum Verlassen Frankreichs bestanden hatten“, die Kräfte darauf hätten konzentrieren müssen, „unerläßliche Maßnahmen fürs Land, nicht zuletzt die Beseitigung aller nur möglichen Gefahrenquellen für unsere Kader im Lande, zu treffen“. Diese Maßnahmen hätten gegenüber der eigenen Sicherheit den Vorrang gehabt. Folgt die Bemerkung: „Danach zeigte es sich allerdings, daß wir zunächst einmal in Frankreich festsaßen.“⁴³ Das „Land“ ist in Dahlems Sprachgebrauch stets Deutschland. Nun ist freilich nicht zu sehen, welche Gefahrenquellen für die illegalen Kommunisten im Lande von Paris aus hätten beseitigt werden können, umsoweniger, als Dahlem bereits am nächsten oder übernächsten Tag einräumt, Nachrichten „aus dem Lande“ seien bei ihm „nun aber schon spärlicher“ eingelaufen, „da es immer schwieriger wurde, für sie einen sicheren Weg zu uns nach Paris zu bahnen“⁴⁴. Der Hinweis auf die Illegalen in Deutschland könnte indessen ein trefflicher Paravent dafür sein, daß am selben 25. August 1939 die KPF als Reaktion auf den Nichtangriffsvertrag ihre nationale Politik beschloß und daß dies der Grund – oder auch nur der erwünschte Anlaß – gewesen ist, um die „Abreise“ der Operativen Leitung abzusagen. Da man zur gleichen Zeit tagte, konnte man im KPD-Sekretariat noch nicht wissen, zu welchen Ergebnissen die Bruderpartei kommen würde. Spätestens am 26. August erfuhr man darüber, und sei es aus der „Humanité“, von der an diesem Tag ja noch eine Ausgabe erschien. Sollte dies, entgegen von Abuschs unschuldsvoller Ahnungslosigkeit, doch der maßgebliche politische Grund gewesen sein? Auch entgegen den Versicherungen Dahlems über die Vorsorge für die „Kader im Lande“? Dann allerdings würde sich auch der Appell der „Neuen Weltbühne“ an ihre Leser zeitlich erklären: zum Redaktionsschluß der Zeitschrift kam diese ‚Orientierung‘ ja gerade noch passend.

Wie steht es aber in diesem Licht mit dem Beschluß, auch die Operative Leitung solle sich in die „centres de rassemblement“ begeben? Widerspricht er nicht nach wie vor aller politischen Vernunft und Voraussicht? Dahlem kleidet seine Begründung in ein fiktives Gespräch mit seiner Frau ein, die ihn „immer wieder“ gedrängt habe, doch lieber unterzutauchen. Käthe Dahlem hat hier die Aufgabe, als Stichwortgeberin alle die Vorwürfe auszusprechen, die andere ihrem Manne später gemacht haben:

„Ihre Argumentation hielt ich zwar für richtig, aber ich lehnte die daraus gezogene Schlußfolgerung ab. Ich wies darauf hin, daß es sich hier nicht darum handeln könne, meine Person in Sicherheit zu bringen. In der Tat, so gab ich Käthe zu verstehen, wäre das sicherlich möglich, wenn auch unter großem Risiko. Jedoch das sei es nicht, was mich von einem solchen Schritt abhalte. Für mich sei das in erster Linie eine politische Frage, und sie müsse deshalb auch politisch entschieden werden. Als Kommunisten gelte für uns nur eine Disziplin, an die jeder, unabhängig von seiner

⁴³ Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 392 f.

⁴⁴ Ebenda, S. 398.

Funktion, gebunden sei. Sie – Käthe – könne von mir nicht erwarten, daß ich mich einem Beschluß entzöge, der die anderen Genossen aus dem Sekretariatsbereich zu diesem Schritt verpflichtete und dem ich ebenfalls zugestimmt hatte. Mein Platz sei jetzt bei den Genossen, die sich zu vielen Hunderten im Stadion Colombes versammeln müßten, da es für sie . . . keinen anderen Ausweg gebe. Weitere Hunderte von Genossen und Kameraden aus den Interbrigaden befänden sich immer noch hinter Stacheldrahtverhauen in Südfrankreich, und auch für ihr Schicksal würde ich mich nach wie vor verantwortlich fühlen. Alles, was zu tun unerlässlich gewesen war, sei inzwischen geschehen. Nun bleibe mir nichts anderes übrig, als jenen schweren, allerdings durchaus auch ungewissen Weg anzutreten“.⁴⁵

Bei so viel Edelmut und Altruismus könnte man fast an dem Bild irre werden, das Geschichtskennntnis und Lebenserfahrung einen vom Denken und Tun führender Politiker haben gewinnen lassen. Indessen ist auch hier noch nicht aller Tage Abend, und unmerklich gleitet Dahlem in vertrautere Bahnen, wenn er schreibt:

„Natürlich sei ich keineswegs so vermessen, um anzunehmen, daß ich als einzelner etwas an der Lage unserer Genossen zu ändern vermöchte, aber wenn die vielen Hunderte Genossen fest zusammenstünden und organisiert handelten, dann würden wir dennoch, ungeachtet aller Schwierigkeiten, politisch etwas ausrichten können. Allein, auf mich selbst gestellt, und ohne die Billigung und Unterstützung der französischen Partei für eine solche individualistische Aktion wäre ich ein Nichts – politisch ohne jegliches Gewicht.“⁴⁶

Wenn Dahlem tatsächlich, wie er über Dutzende von Seiten fortwährend vorgibt, eine politisch motivierte Inhaftierung befürchtet hat, wie um Himmelswillen, sollten er und seine Mithäftlinge dann „organisiert handeln“, wie sollten sie gar „politisch etwas ausrichten“ können? Wieder nur ein Guß salbungsvoller Rhetorik? Die so absurd klingenden Sätze gewinnen einen Sinn, wenn man die an dieser Stelle scheinbar überflüssige Erwähnung der „französischen Partei“ nicht nur in negativer Hinsicht ernst nimmt – daß nämlich Dahlem beim Versuch, unterzutauchen, von den Genossen der KPF im Stich gelassen worden wäre –, sondern auch in positiver Hinsicht; wenn man also unterstellt, Dahlem habe noch immer auf Wirkungsmöglichkeiten auch für die deutschen Kommunisten gehofft, und zwar analog zur Politik der KPF. Unter einer Voraussetzung war der Weg ins Stade de Colombes für die führenden Funktionäre der KPD nicht nur geboten, sondern unerlässlich: sofern sie nämlich die Aussicht hatten oder die Hoffnung hegten, das Stadion mit einem deutschen Bataillon in der französischen Armee wieder zu verlassen, sei es in Reih und Glied, sei es an seiner Spitze.

Tatsächlich kursierten in Paris Gerüchte, die eine solche Unterstellung zu bestätigen scheinen. Der vermutlich in der Nacht vom 31. August zum 1. September ‚individuell‘ festgenommene, zunächst im Justizpalast festgehaltene, später in ein „centre de rassemblement“ überführte Schriftsteller Gustav Regler legt sie in seinen Lebens-

⁴⁵ Ebenda, S. 437 f.

⁴⁶ Ebenda, S. 438.

erinnerungen Arthur Koestler in den Mund. Dieser habe erzählt, „daß die deutsche Partei in Paris ein groteskes Dokument an den französischen Premier Daladier gesandt habe: sie habe ihn ihrer Mitarbeit versichert, wenn er den Pakt der Nazis mit Rußland nicht länger einen Verrat nenne“⁴⁷. Sicherlich ist Reglers ‚gestaltete‘ Autobiographie eine oftmals höchst problematische Quelle, zumal was die Darstellung von Reglers eigenem Denken und Tun angeht: eine apologetische Schrift, verfaßt mit dem Blick auf ein antikommunistisches Publikum, abgefaßt aber auch mit starker Rücksicht auf die Selbstliebe des Autors, die gewisse Wahrheiten und gewisse, das einstige kommunistische Engagement betreffende Tatsachen ebensowenig ertragen konnte wie – vermutlich – die westdeutschen Leser in den Jahren des Kalten Krieges.

Grund genug also zur Vorsicht im Umgang mit dieser Lebensgeschichte, und das gilt auch für die äußeren Umstände der hier zur Debatte stehenden Episode. In ihrem Kontext sucht Regler den Eindruck zu erwecken, er habe mit der KPD bereits definitiv gebrochen gehabt, als er im Internierungslager des Stadions Roland Garros zu Paris mit Arthur Koestler zusammengetroffen sei. Andere wissen es anders. Der kommunistische Journalist Bruno Frei, der gleichfalls in diesem „centre de rassemblement“ einsaß, hat mitgeteilt, Regler sei dort „Vertrauensmann der Kommunisten gegenüber der Lagerleitung“ gewesen⁴⁸. Arthur Koestler wiederum tut in seinen (gleichfalls ‚gestalteten‘) autobiographischen Schriften dieser Episode, soweit ich sehe, nirgendwo Erwähnung. Es ist auch unwahrscheinlich, daß Regler die fragliche Information von ihm erhalten hat. Koestler war schließlich schon seit längerer Zeit offen auf Distanz zur KPD gegangen, ohne deswegen zum vertrauten Kreis der Regierung Daladier zu gehören. Wohl oder übel muß das Gerücht aber in kommunistischen oder in Zirkeln der französischen Regierung umgelaufen sein. Während für Koestler beides nicht in Frage kam, könnte aber sehr wohl der „Vertrauensmann der Kommunisten“ im Stadion Roland Garros aus dem Munde eines seiner Genossen von der Sache erfahren haben. Bei anderer Gelegenheit hat Regler denn auch eine Version verbreitet, die dieser Deutung nahekommt: als er sich nämlich 1942 im mexikanischen Exil gegen Anschuldigungen der dortigen KPD-Gruppe zur Wehr setzte, er habe der französischen Polizei als Denunziant gegen deutsche Kommunisten gedient. Jetzt ‚spielt‘ die Episode freilich nicht mehr im Pariser Stadion Roland Garros, sondern in dem, in den Pyrenäen gelegenen, Straflager Le Vernet, wohin Regler im Oktober 1939 mit anderen Kommunisten transferiert worden war, und der Informant ist jetzt nicht mehr Arthur Koestler, sondern Siegfried Rädcl, der Leiter der legalen KPD-Landesgruppe in Frankreich:

„Jene Parteifunktionäre behaupten, daß ich, als ich im Konzentrationslager Vernet in Frankreich war, zwei Lagergefährten denunziert hätte, die kommunistischen Führer Dahlem und Rädcl. Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Liberalen dieser Welt

⁴⁷ Gustav Regler, *Das Ohr des Malchus*, S. 440.

⁴⁸ Ralph Schock, *Gustav Regler. Literatur und Politik (1933–1940)*, Frankfurt am Main 1984, S. 465. – Schock stützt sich auf eine briefliche Mitteilung von Frei.

erfahren, was für Vögel auf Befehl der Komintern Führer der europäischen Arbeiterbewegung geworden waren: es waren die ‚Genossen‘ Dahlem und Eisler, die den Genossen Rädcl der Polizei denunzierten; es bestand für uns gar keine Notwendigkeit, es zu tun. Das ist die authentische Version, die ich nicht verbreitet hätte, wenn diese Leute nicht versucht hätten, mich . . . zu beschuldigen. Acht Tage nach seiner Ankunft in Vernet bat Rädcl, der bis dahin der Verantwortliche für die deutschen Emigranten im Distrikt Paris gewesen war, mich, ihn zu einer leeren Baracke zu begleiten, um mir die Kopie eines Briefes zu zeigen, den das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, interniert im Konzentrationslager Colombes, an den Ratspräsidenten Daladier geschickt hatte. Dieser Brief war wenige Tage nach dem russisch-deutschen Pakt geschrieben und abgeschickt worden und bot Daladier die Hilfe des Zentralkomitees der KP im Kampf gegen Hitler an, sofern der Minister(präsident) sich jeglicher Kritik an der Sowjetunion enthalte und nicht mehr gegen den Pakt Stellung nehme. Ich war von der stupiden Naivität dieses Briefes überrascht, den alle Mitglieder des Zentralkomitees als solche unterzeichnet hatten. Als ich Rädcl fragte, wie sie darauf gekommen wären, etwas so Sinnloses wie Provokatives zu tun, antwortete er mir mit größter Selbstverständlichkeit: ‚Es geht hier doch nicht um Daladier; es geht darum, daß wir einen Beweis unserer Unterordnung gegenüber Moskau in der Hand haben, der uns später nützlich sein kann.‘ Allerdings fügte er hinzu, und es klang wie eine Beschwerde, daß er nicht sehr sicher sei, ob sie damit das Richtige getan hätten. Darauf erwiderte ich, daß der Brief erklärtermaßen seine Unterschrift als Mitglied des Zentralkomitees verzeichne, was ihm das überraschende Geständnis entlockte, daß seine Unterschrift ohne sein Wissen auf jene freiwillige Selbstdenunziation gestempelt worden war, denn er war seinerzeit nicht in Colombes inhaftiert, sondern im Gefängnis der Santé.⁴⁹

Daß Regler den gegen ihn gerichteten Vorwurf der Denunziation mit dem Gegenvorwurf der freiwilligen Selbstdenunziation führender Kommunisten beantwortete, diese polemische Auseinandersetzung kann in unserem Zusammenhang außer Betracht bleiben. Sehr wohl aber interessieren die Verschiebungen, die er in den Erinnerungen vorgenommen hat, denn sie berühren die Glaubwürdigkeit auch dieser sehr viel früheren (und sehr viel wahrscheinlicher klingenden) Quelle. Im „Ohr des Malchus“ sucht Regler den Eindruck zu erwecken, als habe die Nachricht vom Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags zu seinem völligen Bruch mit der KPD geführt. Für Unterredungen mit führenden Kommunisten wie Rädcl nach dem 23. August 1939 ist deshalb in diesen Memoiren kein Platz mehr. Da Regler indes auf die Mitteilung des Sachverhaltes offenbar Wert legte, mußte diese Information einem anderen Gewährsmann ‚zugeteilt‘ werden, und dabei ist er,

⁴⁹ Gustav Regler, Erklärung vor der Liga Pro-Cultura Alemana, Mexico-City, Februar 1942, in: Marcceau Pivert/Victor Serge/Gustavo Regler/Julian Gorkin, La G.P.U. prepara un nuevo crimen! Serie Documentos, Edición de „Análisis“, Mexico D.F. 1942, S. 48 f. – Für den Hinweis auf diese Quelle und für die Übersetzung aus dem Spanischen danke ich Herrn Dr. Fritz Pohle, Hamburg.

mit erstaunlich wenig Phantasie, auf seinen Freund Arthur Koestler verfallen. In Wirklichkeit hatte Regler nicht so abrupt mit der KPD gebrochen, wie er das später gerne wahrgehabt hätte. Was stattfand, war vielmehr ein Ablösungsprozeß, der sich bis ins Jahr 1941 und bis in sein übernächstes Asyl Land Mexiko erstreckte. Die einzelnen Stadien dieses Prozesses liegen vorläufig noch im Dunkeln, und wahrscheinlich werden sie ganz nie zu erhellen sein. Es ist jedoch nachweisbar, daß Regler noch 1940 in den USA und in Mexiko zum Teil recht intensive Kontakte zu kommunistischen deutschen Intellektuellen unterhalten hat⁵⁰, und das legt die Vermutung nahe, daß dem auch im Oktober 1939 in Le Vernet so gewesen sei.

Reglers Version aus dem Jahre 1942 jedenfalls verdient die Aufmerksamkeit, die seine Darstellung in den Memoiren des Jahres 1958 nur bedingt für sich beanspruchen kann, dies umso mehr, als der von ihm erwähnte Brief der im Stade de Colombes internierten KPD-Führer auch in anderen Quellen aufscheint. So macht ein französisches Autorenteam, nachdem es die „Weisung“ des KPD-Sekretariats zur Meldung in den „centres de rassemblement“ referiert hat, im Bezug auf Dahlem eine überraschende Mitteilung: „Dahlem semble avoir été persuadé qu'il serait remis rapidement en liberté.“⁵¹ Gestützt auf einen im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED archivierten Bericht des Kommunisten Walter Vesper, gleichfalls eines Insassen des Stade de Colombes, heißt es dann weiter:

„Les dirigeants communistes internés à Colombes décidèrent d'adresser sans retard une lettre de protestation (rédigée par Franz Dahlem, Paul Bertz et Paul Merker) au président du Conseil, Daladier, dans laquelle ils exposaient la position du KPD sur les événements récents et en particulier sur le pacte germano-soviétique. D'après Walter Vesper, Franz Dahlem fut ramené le 16 septembre de Colombes à Paris et eut une entrevue avec le Préfet de police, Langeron, qui se serait déclaré prêt à transmettre la lettre du KPD au président Daladier. Cette démarche n'eut aucune suite pratique: au bout de quarante-huit heures, Dahlem fut ramené à Colombes et parqué de nouveau dans la ‚cage aux suspects‘.“

In diesem Zeugnis eines parteitreuen Kommunisten wird das Schreiben an Daladier also gleichfalls erwähnt, und obwohl das Inhaltsreferat des französischen Autorenteams unergiebig bleibt, erhalten wir doch zwei wichtige Hinweise. Das Schreiben wurde von französischer Seite offenbar für so bedeutsam gehalten, daß der Pariser Polizeipräfekt selbst mit Dahlem sprach und die Weiterleitung seines Schreibens übernahm. Zum zweiten ist es diesem französischen Beamten richtig erschienen, Dahlem 48 Stunden lang sozusagen ‚in Wartestellung‘ in Paris zu behalten: bis zu einer Antwort aus dem Büro des Ministerpräsidenten, wie man vermuten darf. Bei Dahlem findet sich darüber eine ganz, ganz andere Version, wir werden weiter unten sehen, welche, und diese Divergenz ist dem französischen Autorenteam eben-

⁵⁰ Vgl. zum Beispiel Gustav Regler, „Personal Diary 1940“, in: Uwe Grund/Ralph Schock/Günter Scholdt (Hrsg.), Gustav Regler – Dokumente und Analysen, Saarbrücken 1985, S. 15–110.

⁵¹ Gilbert Badia und andere, Les barbelés de l'exil. Etudes sur l'émigration allemande et autrichienne (1938–1940), Grenoble 1979, S. 176 f.

falls aufgefallen. Zur Bekräftigung Vespers hat es deshalb auf Reglers oben zitierte Memoiren-Äußerung verwiesen, ohne sie allerdings expressis verbis anzuführen. Zur Gänze wäre Vespers Bericht natürlich erst zu bewerten, wenn man seinen Wortlaut sowie Datum und Umstände seiner Entstehung kennte, damit auch seinen innerparteilichen Kontext. (Es ist wohl nicht ganz abwegig, zu vermuten, daß er im Umkreis von Dahlems Absetzung im Mai 1953 steht und zu den Anklagematerialien gegen den wegen „kapitulantenhaften Verhaltens“ Gemaßregelten und seiner Parteiämter Enthobenen gehört.) Indessen findet sich noch eine dritte, eine überaus zuverlässige und seriöse Quelle – die Aufzeichnungen von Herbert Wehner. Die seinerzeit nach Moskau gelangten Informationen über die Pariser Vorgänge sind darin so wiedergegeben:

„Als der Krieg erklärt worden war, hatte das Sekretariat der deutschen Partei, das seinen Sitz in Paris hatte, die in Frankreich lebenden deutschen Kommunisten aufgefordert, der Anordnung der französischen Regierung nachzukommen und sich freiwillig zur Inhaftierung in Konzentrationslagern zu melden. Bis auf wenige Ausnahmen haben die leitenden Funktionäre diese Aufforderung durchgeführt, über die es im Sekretariat zu einer schweren Auseinandersetzung gekommen war, weil Bertz sich dagegen ausgesprochen hatte. Dahlems Auffassung ging aus zwei Briefen hervor, die er aus dem Konzentrationslager an Daladier gerichtet hatte. In diesen Briefen berief er sich auf die Loyalität der deutschen Kommunisten gegenüber dem französischen Gastland, bezeichnete die Festhaltung der freiwillig in Haft gegangenen Kommunisten als Bruch eines Versprechens, sie nur einige Tage zum Zwecke der Registrierung und Gewinnung einer Übersicht zu behalten, und forderte die *Einreichung der deutschen Antinazisten in deutsche Einheiten in der französischen Armee*. Die Verbindungen, die die deutsche Leitung zu Organisationen im Lande gehabt hatte, waren durch diese Ereignisse zerstört worden.“⁵²

Beginnen wir mit Wehners letztem Satz, um die Nebensache zuerst zu klären. Mit „im Lande“ ist auch hier Deutschland gemeint, und dies gesagt, erkennt man, daß Dahlems oben zitierte einschlägige Bemerkung nicht in erster Linie an den Memoirenleser der siebziger Jahre gerichtet war. Vielmehr ist sie eine verspätete Replik an seine Ankläger und Fraktionsgegner in der KPD resp. SED, die schon unmittelbar nach den Ereignissen so argumentiert haben müssen, wie Wehner das hier als Faktum wiedergibt: infolge von Dahlems Weisung seien die Verbindungen nach Deutschland zerstört worden. Dahlems wesentlichstes Gegenargument wird dabei scheinbar en passant vorgebracht: daß es nämlich schon vor Kriegsbeginn „immer schwieriger wurde“, den Nachrichten aus Deutschland „einen sicheren Weg zu uns nach Paris zu bahnen“. Unausgesprochene Fortsetzung: im Kriege waren wir von diesen Nachrichten vollends abgeschnitten – und wie erst hätten wir von uns aus durch die Fronten hindurch Verbindungen aufrechterhalten sollen?

Dies geklärt, kann man sich der Hauptsache zuwenden, und hier bestätigt Wehner voll und ganz nicht nur die Äußerungen von Regler und Vesper über Dahlems

⁵² Herbert Wehner, Zeugnis, hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982, S. 239f. – Hervorhebung von mir.

Brief an Daladier, sondern auch die Folgerungen, die wir aus der Untersuchung der Pariser Quellen und der ‚gegen den Strich‘ gelesenen Autobiographien von Dahlem und Abusch gezogen haben. Die einzige kritische Einschränkung gegen Wehners Aufzeichnung betrifft ein Detail: Dahlem hatte die KPD-Emigration nur zur freiwilligen Meldung und Registrierung aufgefordert, nicht aber zur freiwilligen „Inhaftierung in Konzentrationslagern“. Denn nicht nur, daß er diese Konsequenz seiner Anweisung nicht mit Sicherheit hatte voraussehen können, seine Politik lief ja gerade darauf hinaus, sie abzuwenden und das „centre de rassemblement“ für dessen Insassen zu einer Durchgangsstation, damit zu einer bloßen Episode zu machen. Nicht grundlos hat Dahlem in seinen Memoiren etwas kryptisch formuliert, er habe mit dem Gang ins Stade de Colombes einen „schweren, allerdings auch durchaus ungewissen Weg anzutreten“ gehabt. Nicht allein sein Erfolg, auch sein Scheitern war in der Tat ungewiß, und die Schwere des Gangs war eine Funktion von Erfolg oder Mißerfolg. Auf dem Hintergrund des von Wehner überlieferten, von Vesper und Regler bestätigten bzw. ergänzten Faktums läßt sich Dahlems Part im fiktiven Dialog mit seiner Frau also auch als hochgradig verschlüsselte Information lesen.

Es war wirklich, genau wie Dahlem es darstellt, eine politische Entscheidung, sogar eine von größter Tragweite, daß sich auch die KPD-Spitzenfunktionäre der Internierungsaufforderung stellten, und es war obendrein für diese selbst eine politische Notwendigkeit. Nur sie konnten gegenüber den französischen Behörden als Repräsentanten der vielen hundert internierten Kommunisten auftreten, nur sie mit einiger Aussicht auf Gehör für dieses Fußvolk sprechen. Ihr Wort besaß dann umso größeres politisches Gewicht, wenn ihre Intentionen mit der Politik der KPF übereinstimmten – kein Zufall, daß Dahlem die „französische Partei“ auch in diesem ‚eigentlich‘ überflüssigen Zusammenhang erwähnt: wie seine Loyalität die ihre bestätigte, so bürgte ihre für die seine. Ebenso wenig war aber auch sein Rekurs auf die in den südfranzösischen Camps einsitzenden deutschen Angehörigen der Internationalen Brigaden ein Zufall. Kriegserfahrene und kampferprobte Männer allesamt, hätten diese Veteranen des Spanischen Bürgerkriegs zum militärischen Rückgrat eines deutschen Regiments, wenn nicht einer deutschen Division in den Ausländereinheiten der französischen Armee werden können, am Ende sogar zum Herzstück einer erneuerten Internationalen Brigade, die heute in und mit Frankreich gegen Hitler kämpfte, wie ihre Vorläufer es gestern in Spanien getan hatten. Mochte die militärische Bedeutung dieses ‚Angebots‘ angesichts der nach Millionen Männern zählenden regulären französischen Armee begrenzt sein, die politische Wirkung, die von der Existenz einer solchen Truppe ausging, wäre jedenfalls kaum hoch genug einzuschätzen gewesen – und auch hier liest sich Dahlems Text wie ein Palimpsest, wenn er bemerkt, daß die „vielen Hunderte Genossen“ bei organisiertem Handeln „politisch etwas ausrichten können“. Kurzum, hier wird eine Konzeption sichtbar, die die Wirkungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages zu eliminieren suchte, indem sie das Interesse der deutschen Arbeiterklasse (wie das der westeuropäischen Proletariate insgesamt) von den nationalen Interessen der Sowjet-

union trennte – genau wie das Hermann Budzislawski mit seinem spektakulären Leitartikel in der letzten Nummer der „Neuen Weltbühne“ getan hatte:

„Der russische Staat hat unter den außenpolitischen Möglichkeiten, die ihm in der gegenwärtigen Situation zur Verfügung standen, nicht etwa jene Variante ausgewählt, in der sich die Interessen der europäischen Proletariate mit denen der Sowjetunion vereinigten, also das Bündnis mit dem Westen, sondern gerade jene Variante, in der die Interessen sowohl der französischen wie auch der deutschen Arbeiter mit denen Rußlands divergierten. Eine solche Politik konnte nicht offen vorbereitet werden, man mußte sie insgeheim einfädeln und dann versuchen, den angeschlossenen Parteien zu oktroyieren. Damit wurden diese Parteien mindestens vorläufig ruiniert . . . Sollte es für diese Haltung der Sowjetunion Gründe oder gar Rechtfertigungen geben, so könnte ich sie nur auf dem Gebiet der russischen Staatsraison sehen, und somit träfen diese Gründe für Menschen, die nicht Sowjetbürger sind, keinesfalls zu.“⁵³

Budzislawski hat den politischen Sinn von Dahlems Vorgehen klar beschrieben. Es galt, die KPD so gut wie möglich vor dem „mindestens vorläufigen“ Ruin zu bewahren, und Dahlems Handeln dürfte von dieser Absicht wohl im gleichen Maße bestimmt worden sein wie von der Tatsache, daß die KPF aus vergleichbarem Grunde den gleichen Weg eingeschlagen hatte.

An diesem Punkte angelangt, sieht man freilich, daß ein Teil der eben für Dahlems Verhalten gegebenen Aufklärung seinerseits aufklärungsbedürftig ist. Die Frage ist nämlich, wieso sich Dahlem von seinem (oder seinen) Schreiben an Daladier Erfolg, ja, weshalb er sich überhaupt Aufmerksamkeit für sie versprechen konnte. Man muß sich schließlich vergegenwärtigen, daß Dahlems Funktionen in der KPD konspirativ geheimer Natur gewesen sind (obgleich sie vermutlich der französischen politischen Polizei bekannt gewesen sein dürften), daß somit ein politischer ‚Niemand‘ es unternahm, aus dem Internierungslager heraus mit dem französischen Ministerpräsidenten in Korrespondenz zu treten. Wenigstens ebenso auffällig ist das von Vesper referierte Verhalten des Pariser Polizeipräsidenten. Was konnte diesen hochrangigen Beamten veranlassen, inmitten der Turbulenzen der ersten Kriegstage den Brief eines politischen Internierten so ernstzunehmen, wie er das anscheinend getan hat? Oder anders gefragt: hatte es bereits zu einem früheren Zeitpunkt Kontakte zwischen den beiden Parteien gegeben, die nunmehr, unter gründlich veränderten Umständen, von Dahlems Seite aus fortgesetzt werden sollten?

Wenngleich vorerst auch hier kein sicherer Aufschluß zu erlangen ist, so sprechen vorderhand doch zwei Indizien für diese Annahme, Indizien, die überdies einen

⁵³ NWB, 35. Jg., Nr. 35 v. 31. 8. 1939, S. 1085 f. – Auffällig auch hier die Akzentuierung auf die Arbeiter und auf die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands, obwohl Budzislawskis Feststellungen zweifellos auch für alle anderen Proletariate und „angeschlossenen“ Parteien galten. Der ‚Sonderweg‘ der französischen Partei sowie der deutschen, soweit sie in Frankreich ‚beheimatet‘ war, zeichnet sich auch hier ab.

engen sachlichen Bezug zu Dahlems Zielperspektive einer deutschen Truppe in den Ausländereinheiten der französischen Armee aufweisen. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die in Südfrankreich, vor allem im Camp de Gurs, aber auch in anderen Lagern seit ihrem Grenzübertritt im Februar 1939 internierten Angehörigen der ehemaligen Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Dem fiktiven Dialog Dahlems mit seiner Frau haben wir entnommen, daß sich Dahlem „für ihr Schicksal . . . nach wie vor verantwortlich“ fühlte. Auffällig an der Formulierung ist der Einschub „nach wie vor“, und in der Tat scheint Dahlems Verantwortungsgefühl sozusagen älteren Datums gewesen zu sein, scheint es eine Vorgeschichte gehabt zu haben. Konkret: Indizien deuten darauf hin, daß es Überlegungen gegeben hat, die internierten Angehörigen der Internationalen Brigaden in die französische Streitmacht zu integrieren. Die Initiative dazu war anscheinend von französischer Seite ausgegangen. Dies muß man jedenfalls annehmen, wenn man Barbara Vormeiers Darstellung folgt: „Dès le mois de février 1939, quelques jours après l'ouverture de la frontière franco-espagnole aux réfugiés espagnols et aux soldats de l'armée républicaine, une circulaire du ministre de l'Intérieur avait recommandé aux préfets de vérifier ‚discrètement‘ si l'on ne pouvait recruter une partie des miliciens des Brigades pour la Légion étrangère.“⁵⁴ Bei dem Ruf, den die Fremdenlegion genoß, ist es begreiflich, daß die ehemaligen Interbrigadisten wenig Neigung verspürten, sich ihr anzuschließen, so katastrophal und entwürdigend die Umstände und Bedingungen ihrer Internierung auch waren. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen spricht Barbara Vormeier denn auch von Pressionen der Lagerbehörden auf die zum Eintritt in die Fremdenlegion Unwilligen; insbesondere nach Kriegsbeginn sei es zu solchem Druck gekommen und jede Weigerung als ein gegen Frankreich gerichteter feindlicher Akt interpretiert worden.

Uns interessiert nun freilich nicht die Zeit nach Kriegsbeginn, sondern die mehrmonatige Spanne zwischen dem Februar und dem September 1939, jene Zeit, während derer sich Franz Dahlem anscheinend für das Schicksal der internierten Interbrigadisten „verantwortlich“ gefühlt hat. Walter Janka, einer der Gurs-Internierten im Range eines Majors der republikanischen spanischen Armee, hat bekundet, daß dieses Verantwortungsgefühl nicht nur platonischer Natur gewesen sei. Es habe sich auch nicht in der Organisation materieller Hilfe für die in der Tat schwer darbedenden Internierten erschöpft. Vielmehr erinnert sich Janka an „wochenlange Verhandlungen“ mit der französischen Regierung über ihre Aufnahme in die französische Armee. Als kommunistische Gesprächspartner der französischen Regierung hat Janka den französischen KP-Funktionär André Marty und – Franz Dahlem benannt. (Beide waren in Spanien gewesen und hatten dort hohe Funktionen bekleidet.) Von seiten der Regierung sei nur der Eintritt in die Fremdenlegion angeboten worden, Dahlems Verhandlungsziel sei dagegen gewesen, „ob den Deutschen ein ähnlicher Status eingeräumt werden könne wie in Spanien“, nämlich in den Internationalen Brigaden. Dort hatten die Deutschen eigene militärische Einheiten gebildet.

⁵⁴ Gilbert Badia und andere, *Les barbelés de l'exil*, S. 239.

Janka war sich sicher, daß die Verhandlungen vor Kriegsbeginn stattgefunden hätten – alles andere wäre auch mehr als unwahrscheinlich – und daß sie durch ein unerwartetes Ereignis unterbrochen wurden: „Dann kamen die Russen mit dem Pakt dazwischen.“⁵⁵ Gegenwärtig läßt sich nicht nachprüfen, wie weit Janka nach mehr als viereinhalb Jahrzehnten die Vorgänge aus der Erinnerung richtig wiedergegeben hat, Vorgänge, die ihm, der im Camp de Gurs der mittleren Funktionärschicht angehörte, offensichtlich nur in Umrissen bekannt gewesen sind. Erst die Öffnung der französischen Archive wird hier verläßlich Aufschluß geben können.

Für Jankas Darstellung spricht, daß er die französische Verhandlungsposition so beschreibt, wie Barbara Vormeier sie für die Anfänge der Episode den Akten hat entnehmen können. (Es muß dabei freilich Veränderungen und Fortschritte gegeben haben, denn wenn die Regierung auf ihrer Eingangsposition verblieben wäre, hätte man kaum wochenlang verhandelt.) Zugleich stimmt Jankas Darstellung mit Dahlems Bemerkung über seine Verantwortung für das Schicksal der internierten Interbrigadisten überein, ja, dieses kryptische Wort wird überhaupt erst auf dem Hintergrund von Jankas Äußerung als politisch gewichtige Aussage erkennbar. Endlich aber würde diese Vorgeschichte erklären, weshalb Dahlem es unternehmen konnte, aus dem Internierungslager an Daladier zu schreiben, zum zweiten, weshalb der Pariser Polizeipräfekt die Mitteilungen Dahlems überhaupt für weiterleitenswert gehalten hat: es handelte sich um die Wiederaufnahme älterer Verhandlungen. Daß Dahlems Interessen in dieser allerletzten Phase bei weitem nicht mehr nur den Interbrigadisten gegolten haben, ist nicht allein durch Wehner bezeugt. Die Interbrigadisten waren anscheinend aber der Anknüpfungspunkt, der es Dahlem ermöglichte, in wirklich letzter Minute noch einmal die Initiative zu ergreifen, um seine Strategie zu vollenden und das Schicksal aller zu wenden. Mehr läßt sich beim gegenwärtigen Quellenstande nicht sagen, doch ist durchaus denkbar, daß bei Öffnung der französischen Archive für diesen Punkt noch Überraschungen auf uns warten.

Welche Folgen sich aus Dahlems Gesamtkonzeption für das Verhältnis zur Sowjetunion, zur Komintern und selbst nur zu den deutschen Kommunisten in Moskau ergaben, bedarf kaum einer Erläuterung. Im übrigen werden diese Folgen schon durch die von Wehner erwähnten Auseinandersetzungen innerhalb des Pariser KPD-Sekretariats schlaglichtartig illustriert. Die Dauer und die Intensität der laut Wehner zwischen Dahlem, Merker und Ackermann (der als Gefolgsmann von Dahlem galt) einerseits, Bertz andererseits geführten Kontroverse erklären sich ebenso sehr aus den unmittelbaren praktischen Konsequenzen der zu beschließenden Internierungsweisung an die Parteibasis und insbesondere an die Spitzenkader, wie aus den langfristigen politischen Perspektiven, die sie in sich barg⁵⁶. Unabhängig

⁵⁵ Mündliche Information von Walter Janka an Dr. Fritz Pohle bei einem Hamburg-Besuch am 9. und 12. November 1985. Janka, in Mexiko Gründer und Leiter des kommunistischen Exilverlags El Libro Libre, in der DDR bis zu seiner im Zusammenhang mit der Harich-Affäre 1956 erfolgten Verhaftung Leiter des Ost-Berliner Aufbau-Verlags, lebt heute in der DDR.

⁵⁶ Übrigens war Bertz nicht der einzige Spitzenfunktionär, der sich Dahlems Strategie widersetzte. Dahlem selbst räumt ein, daß auch Johann Koplenig, der Vorsitzende der KPÖ, der nach der Anne-

vom Erfolg des von Dahlem proponierten gewagten Schrittes könnte hier sogar der Hauptkonfliktstoff gelegen haben, und dies gesagt, wird auch das erste Risiko von Dahlems Politik sichtbar. Es stand dahin, ob sie von der gesamten Parteibasis akzeptiert werden würde, wenn erst einmal ihre langfristigen Konsequenzen zutagegetreten waren: der Dissens mit Moskau. Die zweite Unwägbarkeit stellte die Haltung der KPF gerade für den Fall dar, daß die Parteiführung ihre nationale Politik weiterbetrieb. In vergrößertem Maßstab bestand dort ja die gleiche Problematik wie bei der KPD-Emigration, nur daß eine Spaltung der Partei in moskautreue und in ihrem Staate loyale französische Kommunisten für die politische Praxis viel folgenreicher gewesen wäre; folgenreicher somit auch für die von der KPF weitgehend abhängige deutsche Partei.

Den größten Unsicherheitsfaktor in diesem aus der Not geborenen verzweifelungsvollen Hasard bildete aber ganz ohne Zweifel die Regierung des Gastlandes. Das Kabinett Daladier, das nach „München“ mit Sozialisten und Kommunisten endgültig gebrochen hatte und seitdem zäh und erfolgreich darum bemüht war, die sozialen Reformen der Volksfrontära Stück für Stück zu liquidieren, diese immer weiter nach rechts zunächst abdriftende und schließlich zielbewußt steuernde Regierung des Klassenkampfes von oben wäre ja zwangsläufig der Gesprächspartner für Dahlems Intentionen gewesen. Dem emotionsbeflügelt hektischen Eifer, mit dem diese Regierung für die sozialen Ängste Rache nahm, die der französische Kleinrentier in den Volksfrontjahren (zum guten Teil grundlos) ausgestanden hatte, diesem Eifer würden zwar, so mußte man annehmen, durch die nationale Politik der KPF und mehr noch dadurch Zügel angelegt werden, daß ein beträchtlicher Teil der französischen Armee kommunistisch wählte. Schon aus Disziplinargründen konnte die militärische Führung kaum ein Interesse an der Kriminalisierung der Kommunisten haben. Gleichwohl lag auch hier ein beträchtliches Risiko für Dahlems Strategie, und es war völlig offen, wie und wo der Weg in die „centres de rassemblement“ für die deutschen Kommunisten enden würde. Es war aber in der Tat nur ungewiß, und keineswegs stand der Mißerfolg von Anfang an fest. (Die durch das Umschwenken der KPF von der national loyalen auf die von der Sowjetunion verordnete ‚defaitistische‘ Linie entstandene neue Lage, die in der Desertion und Flucht ihres Generalsekretärs Thorez nach Moskau einerseits, in dem Verbot der KPF und der Kassierung ihrer Parlamentssitze andererseits weithin sichtbare Markierungen fand – diese neue Lage kann hier unberücksichtigt bleiben, da sie erst Ende September 1939 eintrat, etwa einen Monat nach den Tagen, in denen Dahlem seine Entscheidungen getroffen hatte.)

Es braucht kaum ein Wort darüber verloren zu werden, welch (folgen)schwerer

xion Österreichs dem ZK der KPD kooptiert, dieser aber nicht untergeordnet war, es ablehnte, sich der Internierungsweisung zu fügen (Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 424f.). Tatsächlich gelang Kopenig die Flucht aus Frankreich in die Sowjetunion. Die angebliche Opposition von Abusch, die dieser in den Memoiren post festum so deutlich hervorkehrt, wird man hier indes vernachlässigen dürfen. Schließlich hat Abusch im Herbst 1939 der Weisung Folge geleistet.

Fehleinschätzung Dahlem unterlegen ist. Er räumt das – natürlich nur im Hinblick auf die Registrierungs-Anweisung, wie sich versteht – auch selbst ein, wenn er schreibt: „... inzwischen bestand bei mir darüber Klarheit, daß unser Gang zur Registrierung, ungeachtet der für diesen Schritt maßgebenden Umstände, ein Fehler gewesen war“⁵⁷. Ob Dahlem diese Einsicht tatsächlich schon am 16. September 1939 gewonnen hat, wie er in seinen Erinnerungen vorgibt, erscheint im Lichte des Berichts von Vesper zweifelhaft; dieser Quelle zufolge ist Dahlem am 16. September zur Pariser Präfektur gebracht worden, wo er 48 Stunden zugebracht haben soll, und wenigstens bis zu dem den Fehlschlag seiner Konzeption offenbarenden Rücktransport ins Stade de Colombes war der „Gang zur Registrierung“ noch immer eine politische Grundvoraussetzung dieser Konzeption. Erst nach dem Scheitern kann auch jene politische Erklärung entstanden sein, die Dahlem zum zentralen Gegenstand seiner „Vernehmung“ in der Präfektur stilisiert hat und die im Camp als „Kettenbrief“ unter den internierten Kommunisten kursiert sein soll.

In ihrem ersten Punkt („a“) enthält sie eine vorsichtige Distanzierung von der national loyalen Politik der KPF (und allerdings auch eine Desavouierung der bis dahin verfolgten Linie des KPD-Sekretariats): „Der Kampf zum Sturz Hitlers und zur Einsetzung eines neuen Regimes in Deutschland ist die ureigenste Sache des deutschen Volkes. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nicht notwendig, einen mörderischen Krieg zu führen, dessen Opfer vor allem Millionen Deutsche und Franzosen sein würden“⁵⁸. Man muß wohl nicht erläutern, weshalb diese Floskel auch in der damaligen politischen Situation nur peinlich war. Immerhin läßt die „Erklärung“ hier wie anderwärts aber die Formel vom „imperialistischen“ Charakter des Krieges zwischen Hitlerdeutschland und den Westmächten vermissen, die für parteioffizielle Lesarten bestimmend war und auf die die sowjetische Politik sich in der Folgezeit immer starrer zurückziehen sollte⁵⁹. Kennzeichnend für Dahlems „Erklärung“ ist vielmehr, daß sie mit vielen Worten fast nichts Substantielles sagt und sich trotz einer ausdrücklichen, wortreichen Salvierung des Nichtangriffsvertrags sorgfältig alle Wege offenhält: den ‚patriotischen‘ an die Seite Frankreichs ebenso wie den ‚defaitistischen‘ an die der Sowjetunion. Es steht denn auch zu vermuten, daß die „Erklärung“ weniger für die französische Regierung als vielmehr für die kommunistischen Mithäftlinge bestimmt gewesen ist, denen Dahlems zweitägige Abwesenheit schließlich nicht verborgen geblieben war. Mit seiner erfolglosen Rückkehr ins Stade de Colombes jedenfalls waren nicht allein Dahlems persönliche Hoffnungen auf baldige Freilassung gescheitert, von denen die französischen Forscher sprechen – „Dahlem semble avoir été persuadé qu’il serait remis rapidement en liberté“ –, gescheitert war zugleich der Versuch, trotz des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags die politische Identität der deutschen Kommunisten als Kommunisten und antifaschistische Deutsche zu bewahren. Mit diesem Scheitern rückt Dahlems Kon-

⁵⁷ Franz Dahlem, Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Band 2, S. 446.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Hans-Albert Walter, Band 4, S. 406.

zept in die Nähe des Tragischen, denn sein einziges Ergebnis war die fast vollzählige Internierung der exilierten Kommunisten, zu der das KPD-Sekretariat mit seiner Weisung unbeabsichtigt Vorschub geleistet hatte.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag als Ursache der Masseninternierung

Die Betrachtung des politischen Vor- und Umfeldes von Dahlems Plan wie von den Internierungen im Allgemeinen wäre auf fahrlässige Weise fragmentarisch, enthielte sie nicht wenigstens einen Orientierungsversuch zum Verhalten der anderen Seite, der französischen Regierung. Wie überall in diesen querelles françaises, so stößt ein solcher Versuch auch hier sehr schnell an jene engen Grenzen, die von den französischen Archivierungspraktiken und Verschlussfristen gezogen sind. Es wird selbst dann überaus schwierig, die Motive der französischen Regierung zu erkennen und nachzuvollziehen, wenn man sich intensiv in ihre Lage zu versetzen sucht, ihre Gedankenwelt dabei ebenso berücksichtigend wie die von außen erkennbaren politischen Handlungsvoraussetzungen und -spielräume. Wie das zitierte französische Autorenteam unter Gilbert Badia scheint man sich dem Thema nur in Form einer naiven Frage nähern zu können:

„Pourquoi le gouvernement Daladier a-t-il pris la décision d'interner les réfugiés? La question mérite d'être posée naïvement, car cette mesure semble irrationnelle à plus d'un titre: ‚Techniquement‘, on le verra, rien n'est prêt pour résoudre ne fût-ce que les problèmes ‚logistiques‘ posés par un internement aussi massif, dont le coût global est élevé, même si les conditions d'hébergement sont désastreuses. L'effort de guerre français – en particulier en matière d'armement – est compromis par la mobilisation de plus de 5 millions d'hommes, qui manquent à la production. Il est paradoxal de ne pas utiliser cette ‚armée productive de réserve‘. Allemands et Autrichiens, mais aussi Espagnols, Polonais et Tchèques n'auraient-ils pas été plus utiles ailleurs que dans des camps? Le risque de laisser en liberté des ressortissants d'un pays en guerre avec la France ... n'a pas paru démesuré à certains des alliés de la France: la comparaison avec la Grande-Bretagne, est à cet égard significative. Sur les 47 000 Allemands et 6500 Autrichiens qui y ont trouvé refuge, 486 seulement sont encore internés au 15 janvier 1940“⁶⁰.

Man tut tatsächlich gut daran, den französischen Forschern zu folgen und den Internierungsbeschluss in das zu stellen, was sie „le contexte politique général“ nennen. Ob es allerdings richtig ist, darunter die politischen Ereignisse der auf den Internierungsbeschluss folgenden Monate zu verstehen? So gravierend Pressezensur, Beschränkungen der bürgerlichen Grundrechte, Reduzierung der Parlamentsbefugnisse, drastische Erhöhung der Wochenarbeitszeit, Verbot der KPF etc. für das politische Leben im Frankreich des „Drôle de guerre“ gewesen sind: die Eingangsfrage

⁶⁰ Gilbert Badia und andere, *Les barbelés de l'exil*, S. 171.

nach dem Internierungsbeschuß hat mit alledem ursächlich nichts zu tun. Wer auf sie eine Antwort sucht, wird vielmehr genötigt sein, den „contexte politique général“ der Vormonate ins Auge zu fassen. Mit dem Hinweis auf den im Lande grassierenden Antisemitismus und auf die Spionenhysterie (Stichwort: „fünfte Kolonne“) greift das französische Autorenteam immerhin auch einige der relevanteren Aspekte auf, wenngleich bei weitem nicht alle jene, die wir anderen Orts wenigstens grob zu umreißen versucht haben. In Form von fast nur noch rhetorischen Fragen wird sodann auch ein Fazit gezogen, das ausgezeichnet zu dem Bilde paßt, welches man sich von Daladier und seinem Kabinett (zu Recht) macht:

„Est-il tout à fait invraisemblable qu'on ait voulu réserver l'avenir, et ne rien faire qui pût compromettre un nouveau Munich, en internant les antifascistes? De toute évidence, le gouvernement français hésite. Pendant toute la ‚Drôle de guerre‘, on peut se demander quel pays la France considère comme son principal ennemi; l'Allemagne, ou l'U.R.S.S. Alors qu'on reste immobile sur le front avec l'Allemagne, on vole au secours de la Finlande, on masse des troupes et des avions au Proche-Orient, on veut bombarder Bakou . . .“⁶¹

Ist es also ideologische Verrannt- oder Borniertheit, ist es nicht vielleicht sogar Schlimmeres gewesen, nämlich Kryptofaschismus und absichtsvoller Landesverrat, von dem sich die französische Regierung bei ihrem Internierungsbeschuß hat leiten lassen? Ein neues München, im Voraus als Exempel statuiert an den deutschen Antifaschisten? Merkwürdig genug jedenfalls, daß ein in einem extrem anderen politischen Lager beheimateter Kritiker Daladiers (wenn auch nicht unbedingt alles dessen, wofür dieser Name steht) die Internierungen implicite da mitkriusiert, wo er zu den Verfolgungsmaßnahmen gegen Kommunisten generell Stellung nimmt – Manès Sperber:

„Die französische Regierung, die kaum einen Fehler vermied, befreite sie (die exilierten Kommunisten – HAW) aus ihrer Ratlosigkeit (infolge des Nichtangriffsvertrags – HAW), indem sie die meisten dieser Männer internierte, zusammen mit den anderen österreichischen und deutschen Emigranten, da sie ja Angehörige eines feindlichen Staates waren. Sie verbot die kommunistische Partei und ihre Presse, nahm ihre Führer fest und ließ ihre Parlamentsabgeordneten wegen Untergrabung des Wehrwillens und tätiger Sympathie für den Landesfeind verurteilen. Mit diesen Maßnahmen retteten Daladier und seine Minister die kommunistische Partei, die es dank dem Verbot vermeiden konnte, sich öffentlich zu ihrer russischen Politik zu bekennen, die für ihre Mitglieder und Mitläufer eine Herausforderung war. Umgekehrt brachte die Märtyrerposition den Kommunisten allmählich Sympathien zurück, da sie ja von einer Regierung verfolgt wurden, die ihre Armeen nicht gegen den Feind schickte, sondern nur die Polizei gegen Andersmeinende einsetzte.“⁶²

Man sieht, von welchen Gegenpositionen man zu einer übereinstimmenden Kritik an einem Faktum gelangen kann. Der philokommunistische Erklärungsversuch ist in

⁶¹ Ebenda, S. 172.

⁶² Manès Sperber, *All das Vergangene . . .*, Wien 1983, S. 791 f.

seiner ideologischen Versimpelung freilich ebenso unbefriedigend wie der antikomunistische mit dem Allerweltspsychologismus, der ihm zugrundeliegt und der Daladier schlicht der politischen Dummheit zeiht. Beide Argumentationsweisen versagen bezeichnenderweise vor einigen sachlichen Ungereimtheiten und Widersprüchen, die man im Vorfeld leicht entdecken kann; die philokommunistische Daladier-Kritik benennt einen dieser Widersprüche sogar *expressis verbis*, aber nur, um ihn im weiteren Argumentationsgang gänzlich aus den Augen zu verlieren.

Nimmt man einmal das Argument ernst, mit dem die Internierungen politisch begründet wurden – Bedrohung der nationalen Sicherheit durch feindliche Ausländer –, so kann die Frage nicht lauten, ob dieses Argument die Internierungen rechtfertigte; sie muß vielmehr lauten, ob die französische Regierung für den Kriegsfall seit langem und unter allen Umständen die Isolierung aller deutschen Männer innerhalb gewisser Altersmargen beabsichtigt hat. Mindestens drei gewichtige Tatsachen sprechen gegen diese Annahme.

Als wirklich und unter allen Umständen die nationale Sicherheit gefährdend konnte unter den Personen deutscher Abstammung ein Teil jener Reichsdeutschen gelten, die mit den NS-Behörden in Deutschland auf korrekt-einwandfreiem Fuß waren. Diesen Personenkreis zu eliminieren, mußte das Interesse einer jeden französischen Regierung sein, ungeachtet ihrer politischen *Couleur*. Dieser Kreis kann aber nur recht bescheidene Dimensionen gehabt haben, und er dürfte auch dadurch nicht eben vergrößert worden sein, daß die deutsche Reichsregierung, Louis de Jong zufolge, am Vorabend des Krieges in Frankreich befindliche deutsche Staatsangehörige aufgefordert hatte, das Land so schnell wie möglich zu verlassen. De Jong verdanken wir hier auch einige, auf eine offiziöse deutsche Publikation, das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“, gestützte Zahlenangaben über die nazifizierte Elemente der in Frankreich lebenden Auslandsdeutschen: „1937 gehörten in ganz Frankreich knapp 3000 Personen der ‚Deutschen Gemeinschaft‘ an, welche die Auslandsorganisation der NSDAP für diejenigen Deutschen geschaffen hatte, die eine gewisse Verbindung mit dem Dritten Reich aufrechterhielten. In demselben Jahr nahmen in Paris, wo mehr als die Hälfte aller Reichsdeutschen lebte, etwa 130 Personen (Männer, Frauen und Kinder) an dem demonstrativen Eintopfen teil.“⁶³ Knapp dreitausend nominelle Nationalsozialisten in ganz Frankreich und nicht einmal 150 ‚echte‘ Nazis, die sich bei einer politischen Paradeveranstaltung in Paris sehen ließen. Mit anderen Worten: die Zahl der wirklichen Nazis unter den in Frankreich lebenden Reichsdeutschen war minimal und rechtfertigte keine Repressionen, die alle Personen deutscher Abstammung betrafen. Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß dieser spezifische Personenkreis zumindest in

⁶³ Louis de Jong, *Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg*, S. 195. – Zur Gesamtzahl der in Frankreich lebenden Reichsdeutschen schreibt de Jong am gleichen Ort, sie sei für 1939 nicht bekannt. 1931 seien es „etwa 30000“ gewesen, doch sei die Zahl später zurückgegangen. Sie muß tatsächlich ganz erheblich kleiner gewesen sein, da andernfalls die Zahl der 1939/40 Internierten beträchtlich höher hätte sein müssen.

der Hauptstadt Objekt geheimdienstlicher Observationen gewesen sein dürfte. In wenigstens einer autobiographischen Quelle wird (für Paris) übrigens auch die individuelle Verhaftung von Reichsdeutschen vor und außerhalb der allgemeinen Internierungsmaßnahmen überliefert⁶⁴.

Wie wenig man denn auch ursprünglich an eine Sistierung von politischen Exilierten und jüdischer Massenemigration aus Deutschland gedacht zu haben scheint, zeigt ihre am 12. April 1939 verfügte Heranziehung zum Wehrdienst. Begründet wurde sie laut Vormeier damit, „daß es gerecht sei und dem Volksempfinden entspreche, die Ausländer möglichst in der gleichen Weise wie die Franzosen die durch einen eventuellen Krieg entstehenden Lasten und Verpflichtungen tragen zu lassen“⁶⁵. Wohlgermerkt, dies wird von jenen Ausländern gesagt, „qui bénéficie du droit d’asile sur notre territoire“, und vollends haben die am 20. Juli erlassenen, am 22. Juli verkündeten Ausführungsbestimmungen („Ausländerzählung“) gezeigt, wie eng die französischen Behörden Wehrpflicht und Asylgewährung miteinander verknüpften: der „Legale“, der sich der Meldepflicht entzog, sollte des Asylrechts verlustig gehen, dem „Illegalen“, der sich ihr unterwarf, wurde seine Gewährung in Aussicht gestellt. Dies betraf alle Asylrechtsfälle und Staatenlosen, und es gab keinerlei Sonderregelungen für irgendwelche Herkunftsländer. Zur gleichen Zeit prosperierte übrigens die oben erwähnte, offenkundig von den Behörden protegierte Freiwilligenvereinigung, hinter der laut Grossmann „bedeutende radikalsozialistische Politiker wie Robert Lange, der frühere Ministerpräsident Paul Painlevé und der frühere Außenminister Paul-Boncour standen“. Die dem damaligen Finanzminister Paul Reynaud verbundene konservative Tageszeitung „Le Temps“ widmete der „außerordentlichen Bewegung“ einen überaus wohlwollenden Leitartikel (22. Juli), der in dem Vorschlag gipfelte, den ausländischen Freiwilligen automatisch die französische Staatsangehörigkeit zu gewähren⁶⁶. Bei aller gebotenen Vorsicht wird man also sagen dürfen, daß die französische Regierung sechs Wochen vor Kriegsbeginn mit dem Gros der deutschen Exilierten und Emigranten noch ganz andere Absichten verfolgt hat, als sie zu feindlichen Ausländern zu erklären und zu internieren.

Und schließlich das dritte Faktum, jenes, das von dem französischen Autorenteam so demonstrativ angeführt und anschließend so gründlich ignoriert worden ist: wäre die Internierung seit langer Zeit geplant gewesen, so hätte sie in der Praxis selbst dann anders vonstattengehen müssen, als sie vonstattenging, wenn man bei den ausführenden Organen – dem Kriegsministerium und seinen untergeordneten Instanzen – ein beträchtliches Maß von organisatorischer Unfähigkeit voraussetzt. Man mag hier einwenden, daß bereits beim Übertritt der spanischen Republikaner

⁶⁴ Karl Retzlaw, *Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, Frankfurt am Main 1971, S. 429. – Retzlaw, der am 3. September, dem Tag des französischen Kriegseintrittes, „individuell“ verhaftet worden war, teilte in der Santé die Zelle mit zwei Reichsdeutschen aus seinem „Schub“.

⁶⁵ Barbara Vormeier, *Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik*, S. 208 f.

⁶⁶ Kurt R. Grossmann, *Emigration*, S. 195.

auf französischen Boden – Januar/Februar 1939 – ein kaum vorstellbares Chaos geherrscht habe und sich die organisatorischen Fähigkeiten französischer Militärs im allerrünstigsten Licht gezeigt hätten⁶⁷. Das Argument überzeugt aber nur teilweise. Das Ausmaß der Fluchtbewegung aus Spanien – annähernd 500 000 Menschen – hat man in Frankreich wohl kaum voraussehen können (wenngleich wahr bleibt, daß nicht einmal minimale Vorkehrungen getroffen worden waren); zudem verfolgte Frankreich die Absicht, wenigstens einen beträchtlichen Teil der spanischen Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat zu bewegen, indem man sie in Frankreich so ungastlich wie nur möglich empfing.

Im Frühherbst 1939 und im Falle der deutschen Emigration lagen die Dinge aber anders. Mit dem spanischen Flüchtlingsstrom war sie quantitativ auch nicht entfernt zu vergleichen. Die höchste Schätzung für Paris, das Zentrum der deutschen Emigration, nennt 20–25 000 Internierte (Badia), wohingegen der französische Innenminister am 8. Dezember 1939 vor der Abgeordnetenkammer lediglich von rund 15 000 Personen gesprochen hat, die während der ersten drei Kriegsmonate in ganz Frankreich interniert worden seien⁶⁸. Die Größenordnung belief sich also auf drei bis allenfalls fünf Prozent der Spanienflüchtlinge, und für eine solche Zahl von Menschen sollte es selbst einer wenig flexiblen Bürokratie möglich gewesen sein, Vorsorge zu treffen – sofern die Internierung tatsächlich seit langem beabsichtigt gewesen war. Unterstellt man dies einmal, so hatte die politische Entwicklung seit dem Frühjahr 1939 auch keinen Zweifel daran mehr zugelassen, daß der Eventualfall in absehbar kurzer Zeit eintreten würde. Dies gilt übrigens unabhängig von den Motiven, die hinter der Internierungsabsicht gestanden haben mögen. Ob man die deutsche Emigration als Sicherheitsrisiko betrachtete (dies die amtliche Argumentation) oder ob man sie eliminieren wollte, weil sie einem neuen ‚München‘ hinderlich war (dies die philokommunistische Insinuation des französischen Autorenteam): unter dem Aspekt der Internierungsvorbereitungen war das ziemlich gleichgültig, denn unterbringen mußte man die Leute ja auf jeden Fall.

Indessen widersprach die Praxis in allen nur denkbaren Punkten der These von einer langfristig beabsichtigten Internierung, und das sei an zwei, drei von vielen möglichen Beispielen demonstriert. Die im Stade de Colombes bei Paris Festgehaltenen mußten wochenlang bei primitivsten Bedingungen unter freiem Himmel kampieren, bevor man damit anfang, sie in andere, meist ebenfalls improvisierte und nicht besser ausgestattete Camps weiterzutransportieren. Abusch gehörte zu einem der frühesten Transporte – und verließ das Stade de Colombes doch erst am zwölften Tage seiner Haft⁶⁹. Dahlem, Merker und andere KPD-Spitzenfunktionäre waren sogar über vier Wochen in zwei Pariser Sportstadien – nach Colombes in

⁶⁷ Vgl. Hans-Albert Walter, Band 2, S. 105 ff.

⁶⁸ Barbara Vormeier, Dokumentation zur französischen Emigrantenpolitik, S. 227.

⁶⁹ Alexander Abusch, Der Deckname, S. 497.

Rolland Garros – untergebracht. Erst am 12. Oktober 1939 war über den künftigen Aufenthalt dieser seit dem 6. September unter freiem Himmel Internierten entschieden, und sie wurden aus Paris abtransportiert⁷⁰. Die Verhältnisse in der Provinz unterschieden sich von denen in Paris überhaupt nicht, obwohl die zu Internierenden dort nicht nach Tausenden zählten, sondern oft nur nach Dutzenden. Franz Schoenberner, der das zum „centre de rassemblement“ des Departments Alpes Maritimes erklärte Fort Carré in Antibes aufsuchte – als guter Deutscher tat er es pünktlich, wie es ihm befohlen war, und fand sich schon am Abend des 4. September in dem Kasernengelände ein –, Schoenberner traf dort nur einen schnarchenden Wachtposten: „Aber der junge Mann hatte noch nie etwas von einem camp de rassemblement oder von irgendwelchen deutschen Emigranten gehört, die sich hier angeblich melden sollten. Ein Offizier war nicht anwesend, wie er mir mitteilte, vielleicht könnte ich morgen so gegen 11 Uhr wieder einmal vorbeikommen?“⁷¹ Alfred Kantorowicz, der sich in Toulon zu melden hatte – immerhin ein Kriegshafen mit wichtigen militärischen Anlagen –, fand in dem zum Sammelplatz erklärten Schuppen sogar noch am 8. September ähnliche Zustände: „Wir konnten zunächst gehen und kommen, tun und lassen, was wir wollten – die französischen Beamten, die sich hin und wieder sehen ließen, schienen fast verlegen und wußten nicht recht, was sie mit uns anfangen sollten. Die Österreicher, die sich irrtümlicherweise schon zwei Tage zuvor gestellt hatten, erzählten eine komische Geschichte. Man hatte sie zuvorkommend in einer Schule in Toulon untergebracht. Am nächsten Tag war ein Oberst gekommen, der sie verwundert gefragt hatte, wer sie seien und was sie wollten.“⁷² Schon diese kleine Auswahl aus vielen gleichartigen Zeugnissen belegt, daß die ausführenden französischen Organe von dem Internierungsbeschluß überrascht worden sind.

Zusammen mit den vorher angeführten Fakten legt dieser Stand der Vorbereitungen die Vermutung sehr nahe, daß die Masseninternierung ganz kurzfristig, wohl erst wenige Tage vor Kriegsbeginn beschlossen worden sei. Grossmann bestätigt das, wenn er – leider ohne jeden Quellenvermerk – schreibt, die französische Regierung habe die Internierung am 26. August 1939 angeordnet⁷³. Als politische Erklärung und Motivation dieses die gesamte bisherige Behandlung der deutschen Flüchtlinge (Wehrpflicht) umkehrenden Beschlusses bliebe dann nur ein Ereignis: der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August. Und wirklich wäre diese weltpolitische Wendung geeignet gewesen, deutsche Flüchtlinge in den Augen einer rechtskonservativ-reaktionären Regierung zum Sicherheitsrisiko zu machen. Man vergegenwärtige sich: die Scheidung zwischen potentiell oder faktisch nationalsozialistischen Auslandsdeutschen und a priori antinazistischen Exilierten und Emigranten

⁷⁰ Franz Dahlem, *Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Band 2, S. 450.

⁷¹ Franz Schoenberner, *Innenansichten eines Außenseiters*, S. 104 f.

⁷² Alfred Kantorowicz, *Exil in Frankreich. Merkwürdigkeiten und Denkwürdigkeiten*, Bremen 1971, S. 33.

⁷³ Kurt R. Grossmann, *Emigration*, S. 196.

lag klar zutage, und wie fremdenfeindlich die Maximen der französischen Asyl- und Flüchtlingspolitik auch immer waren, so änderten sie doch nichts an der Überzeugung vom antinazistischen Charakter der Emigration – die Erstreckung der Wehrpflicht auf sie beweist das.

Undurchschaubar und politisch dubios wurde die Emigration aus Sicht der französischen Regierung erst, als aus ihrer Perspektive ein Teil dieser Emigration vom enragierten Feind zum wenigstens potentiellen Verbündeten des nationalsozialistischen Deutschland zu mutieren schien. So jedenfalls stellte sich die Situation nach dem Nichtangriffsvertrag für Politiker der Rechten selbst dann dar, wenn man die Schockwirkung des Vertrags so gering wie nur möglich veranschlagt. Sie war aber bei der französischen Rechten ebenso groß wie bei der französischen Linken, ja, man kann sogar noch weiter gehen und sagen, daß der Nichtangriffsvertrag, so überraschend er kam, für Daladier und seine Parteigänger nur bestätigte, was sie den Kommunisten ohnehin zutrauten. Von welchen antikommunistischen Emotionen diese Repräsentanten der couponschneidenden Mittelschicht beherrscht waren, zeigen zur Genüge die unmittelbar auf den Vertragsschluß folgenden Aktionen gegen die KPF; ironischerweise gegen eine Partei, die ihre nationale Zuverlässigkeit auf geradezu flehentliche Weise zu demonstrieren suchte. Für diese allererste Zeitspanne trifft gewiß die Kritik Sperbers an Daladiers Kommunistenverfolgung zu. Politisch wäre es in diesen späten August- und frühen Septembertagen sehr viel sinnvoller gewesen, die KPF in voller Öffentlichkeit sich selbst und damit jenem ideologischen Ruin zu überlassen, von dem Budzislawski so klar wie sonst selten gesprochen hatte.

Es gab aber eben nicht nur diesen ideologisch-politischen Aspekt. Die Angelegenheit gewann spätestens beim Kriegseintritt eine weitere Dimension. Auch eine kühl wägende französische Regierung, eine, die weit von Daladiers antikommunistischer Hektik entfernt war, hätte sich sagen müssen, daß die oppositionelle Standfestigkeit der KPF gegenüber Moskau durchaus unerprobt sei, und sie hätte ihre weiteren Schritte an dieser Skepsis ausrichten müssen, um nicht grob fahrlässig gegen die nationalen Interessen zu verstoßen. Daladier scheint von der nationalen Parole der französischen Kommunisten nicht nur nicht überzeugt gewesen zu sein, er scheint sie von Anfang an als taktische Finte, wenn nicht als Irreführung betrachtet zu haben. Jedenfalls hat die französische Regierung so und nicht anders gehandelt, und ihre Repressalien gegen die KPF schon in der letzten Augustwoche machen deutlich, daß ihr diese Partei als Agentur einer potentiell feindlichen Macht galt. Das Wendemanöver, mit dem die KPF dann Ende September auf die ‚defaitistische‘ Moskauer Linie einschwenkte, hat das Mißtrauen der Regierung ebenso bestätigt, wie es seinerseits durch dieses Mißtrauen erleichtert worden ist. Kurzum, in Kriegzeiten ist die legale Existenz einer faktisch den nationalen Defaitismus propagierenden Massenpartei auch für die demokratisch prinzipienfesteste Regierung eine Zumutung, wenn nicht eine Unmöglichkeit. Bei dem nicht allzu prinzipienfesten und -treuen Daladier überwog das Sicherheitsrisiko offenkundig von Anfang an die ideologischen Vorteile, die ein sich öffentlich selbst zerfleischender Gegner bot, und

wenn es auch vielleicht nicht zum Vorwand wurde, so bot es doch jedenfalls die ersehnte Gelegenheit zu legaler Revanche für die in den Vorjahren erlittenen Demütigungen und Ängste.

Noch weniger Federlesens machte man in solcher Situation mit einer Ausländergruppe, die der Nichtangriffsvertrag in ein gleich doppeltes Zwielicht gebracht hatte. Als Deutsche ohnehin aus ‚nationalen‘ Gründen mißliebig, wurde nun ein quantitativ nicht genau bestimmbarer, aber möglicherweise beträchtlicher Teil der emigrierten Deutschen auch in weltanschaulich-ideologischer Hinsicht suspekt. Das Sicherheitsrisiko beschränkte sich in französischer Sicht nicht auf die legalen und konspirativen Einrichtungen der KPD, nicht auf bekannte Institutionen und Personen – über sie war sich die politische Polizei, wie spätere Maßnahmen zeigen, bis auf wenige Ausnahmen ziemlich klar. Unklar und schwer durchschaubar war für sie aber, was mit einem bösen neudeutschen Terminus als „sympathisierendes Umfeld“ erscheinen mochte und zum Teil auch begründet so erschien: die kommunistische Tarn- und Infiltrationspraxis bei allerlei parteipolitisch neutral aufgemachten Organisationen und Publikationen, kulturellen wie anderen, hat ja mit Sicherheit nicht zur Transparenz der politischen Verhältnisse in der deutschen Emigration beigetragen. Eine diffuse Szenerie, in der nach dem Nichtangriffsvertrag fast jeder verdächtig war, zumindest für einen Betrachter, der sich nicht sehr gut auskannte, der sich aber die Maxime „Rot = Braun“ zueigengemacht hatte und den deutschen Kommunisten wenigstens für den potentiellen Verbündeten des hitlerischen Deutschland hielt.

Anders als bei den ihre Loyalität betuernden französischen Kommunisten hatte man hier aber von Anfang an völlig freie Hand und brauchte mit kollektiven Maßnahmen nicht zu warten, bis der ‚Gegner‘ eine Zugriffsmöglichkeit bot. Vielmehr konnte man sich des Problems auf die administrativ bequemste Weise prohibitiv entledigen: durch die Isolierung des Kollektivs mit der Maßgabe, anschließend zu differenzierenden Überprüfungen im Einzelfall zu schreiten. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird man also davon ausgehen können, daß es ohne den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag in Frankreich nicht zu den Internierungsmaßnahmen des Septembers 1939 gekommen wäre (mit der zweiten Internierungswelle vom Mai 1940 steht es wohl etwas anders), und mit noch größerer Sicherheit kann man sagen, daß dieser Beschluß nur auf dem Hintergrund und im Zusammenhang der spezifischen innenpolitischen Gemengelage in Frankreich zustande gekommen ist. In Großbritannien mit seinen völlig andersartigen innenpolitischen und sozialen, ja sozialgeschichtlichen Voraussetzungen hat eine gleichfalls extrem konservative Regierung auch auf dem Felde der Flüchtlingspolitik ganz anders auf den Nichtangriffsvertrag reagiert, eben so, wie das französische Autorenteam das knapp skizziert hat: unter Verzicht auf Masseninternierungen. Allerdings hat es in Großbritannien auch keine kommunistische Massenpartei gegeben, somit keine innenpolitisch nennens- und erwägenswerten Rückwirkungen des deutsch-sowjetischen Vertrags; der Antisemitismus war im Vereinigten Königreich nicht annähernd so stark verbreitet und tief verwurzelt wie in Frankreich, und endlich war es nicht die briti-

sche, es war die französische Bourgeoisie gewesen, die von der Volksfront in Angst und Schrecken versetzt worden war.

So also stellt sich nach der gegenwärtigen Quellenlage die Genesis, so stellen sich die Beweggründe des französischen Internierungsbeschlusses dar, einer Maßnahme, die gänzlich „irrational“⁷⁴ nur genannt werden kann, wenn man aus dem „contexte politique général“ jenes Faktum herauslöst, das am tiefsten in diese Zusammenhänge eingegriffen hat.

⁷⁴ Gilbert Badia und andere, *Les barbelés de l'exil*, S. 171.

WERNER BÜHRER

AUFTAKT IN PARIS

Der Marshallplan und die deutsche Rückkehr auf die internationale Bühne 1948/49

Nach gängiger Auffassung erwarb die Bundesrepublik Deutschland ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit in mehreren Schritten: Im September 1949, gleichzeitig mit der Konstituierung der Bundesorgane, trat das Besatzungsstatut in Kraft, das den Drei Mächten die Zuständigkeit für die auswärtigen Angelegenheiten des neuen Staates vorbehielt und damit entsprechenden Aktivitäten der Bundesregierung enge Grenzen setzte. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 erlaubte die Alliierte Hohe Kommission immerhin schon die schrittweise Wiederaufnahme von konsularischen und Handelsbeziehungen. Die sogenannte kleine Revision des Besatzungsstatuts im März 1951 brachte der Bundesregierung einen weiteren Kompetenzzuwachs auf diesem Feld, insbesondere die alliierte Zustimmung zur Errichtung eines Außenministeriums; in seiner neuen, zusätzlichen Funktion als Außenminister unterzeichnete Bundeskanzler Adenauer bereits im April den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den die Bundesregierung über weite Strecken in eigener Verantwortung ausgehandelt hatte. Ihre formelle Souveränität und außenpolitische Handlungsfreiheit – allerdings mit größeren Einschränkungen, als sie seit 1945 für eine Macht von ihrem Zuschnitt ohnehin unumgänglich waren – erlangte die Bundesrepublik erst im Mai 1955, mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Pariser Verträge und dem damit verbundenen NATO-Beitritt.

Zweifellos kann diese Sichtweise ein hohes Maß an Plausibilität für sich beanspruchen, insbesondere dann, wenn Außenpolitik im traditionellen Sinne als Außenverhalten souveräner Staaten verstanden wird. Unterhalb dieser Ebene gab es jedoch schon Ansätze außenpolitischer Praxis, bevor die Bundesrepublik überhaupt aus der Taufe gehoben war. Man braucht dabei noch nicht einmal soweit zu gehen wie der Legationsrat a.D. Eugen Budde, der 1947 die Not zur Tugend erklärte und einen Großteil des Verkehrs deutscher Stellen mit den Besatzungsmächten zum „außenpolitischen Akt“ emporstilisierte¹. Jüngere Veröffentlichungen kommen beispielsweise zu dem Ergebnis, daß im Zuge der Einbeziehung der Westzonen in das European

¹ Eugen Budde, *Gibt es noch eine deutsche Außenpolitik? Betrachtungen zur Politik und Diplomatie eines geschlagenen Staates*, Stuttgart 1947, S. 7.

Recovery Program (ERP), also spätestens seit März/April 1948, auf deutscher Seite nicht nur erste außenpolitische Positionsbestimmungen stattfanden, sondern bereits versucht wurde, das Wirtschaftspotential als Instrument der Außenpolitik einzusetzen, und „außenpolitische Wünsche und Forderungen gegenüber dem westlichen Ausland zur Geltung“ gebracht werden konnten². Unterstützung finden solche Interpretationen in den Erinnerungen damaliger Akteure, aus denen der „Stolz“ auf die „Pionierstellung“ bei den ersten Schritten „in Richtung auf Wiedergewinnung der Eigenstaatlichkeit“ herauszulesen ist, auch wenn diese Schritte „anfangs noch (pro forma) unter alliierter Oberleitung“ getan werden mußten³. War der deutsche Handlungsspielraum im Rahmen der Organization for European Economic Cooperation (OEEC), noch bevor die Bundesrepublik am 31. Oktober 1949 offiziell Mitglied wurde, also größer als bislang angenommen? Betrieben die Verantwortlichen in den westzonalen Verwaltungen und ihr „Außenposten“ in Paris bereits eine eigene Außenpolitik – oder zumindest eine Art „Wirtschaftsaußenpolitik“ nach dem Vorbild Stresemanns –, obwohl sie formell noch den Direktiven der Besatzungsmächte unterworfen waren?

Als erstmals nach Kriegsende westdeutsche Repräsentanten auf der internationalen Bühne in Paris auftauchten, hatten die Westalliierten die entscheidenden Weichen in Richtung Westintegration bekanntlich längst gestellt. Wollten sie größere Konflikte mit den Besatzungsmächten, insbesondere den USA, vermeiden, blieb den Verantwortlichen auf deutscher Seite nichts anderes übrig, „als sich erst einmal in die Initiativen im westeuropäischen Raum – OEEC, Europarat, später Schumanplan – mit einzufädeln“; Außenpolitik im oben angedeuteten, herkömmlichen Sinne war also zunächst nicht möglich⁴. Nicht nur die Entscheidung über die grundsätzliche außenpolitische Orientierung war den Deutschen abgenommen worden – womit nicht behauptet werden soll, daß sie ohne äußere Einflußnahme anders ausgefallen wäre –, sondern auch Stil und Strategie wurden vorgeprägt. Vor eine Wahl zwischen „autonomer“ und „vernetzter“ Außenpolitik wurden westdeutsche Akteure gar nicht

² Vgl. Manfred Knapp, Einleitung u. Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im bizonalen Vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947–1949), in: ders. (Hrsg.), Von der Bizonenegründung zur ökonomisch-politischen Westintegration, Frankfurt am Main 1984, S. 1–12 u. 13–93, das Zitat S. 5; Hans-Jürgen Schröder, The Economic Reconstruction of West-Germany in the Context of International Relations 1945–1949, in: Josef Becker, Franz Knipping (eds.), Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World 1945–1950, Berlin-New York 1986, S. 303–322, bes. S. 317 ff.; Harald Guldin, Außenwirtschaftspolitische und außenpolitische Einflußfaktoren im Prozeß der Staatswerdung der Bundesrepublik Deutschland (1947–1952), in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32/87, S. 3–20.

³ So zuletzt Otmar Emminger, D-Mark, Dollar, Währungskrisen. Erinnerungen eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten, Stuttgart 1986, S. 47. Vgl. auch Karl Albrecht, Das Menschliche hinter dem Wunder, Düsseldorf 1970; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, NL Dankwort: Fragmente aus einem Diplomateneben 1920–1950. Dritter Teil: Aufbau mit dem Marshallplan.

⁴ Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart-Wiesbaden 1981, S. 56. Vgl. auch Hermann Graml, Die Außenpolitik, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Politik, Frankfurt a. M. 1983, S. 331–371, bes. S. 331–337.

gestellt, sie mußten sich von vornherein auf den „neuen Stil koordinierter oder integrierter Außenpolitik“ einstellen: Die Existenz multilateraler Kooperationsorgane erwies sich angesichts der eigenen schwachen Position indes eher als vorteilhaft, da innerhalb solcher Organisationen das Machtgefälle in der internationalen Staatengemeinschaft nicht so deutlich zutage trat; überdies „lernten die bislang international nicht voll zurecht geschliffenen Deutschen, wie man sich einfügt und eben dank der Fertigkeit zur Kooperation den eigenen Interessen dienen kann“⁵. Hier mußte zwangsläufig Neuland betreten werden, denn die in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren gesammelten einschlägigen Erfahrungen lagen nicht nur weit zurück, sie genühten auch nicht den neuen Erfordernissen: Multilaterale Außenpolitik war damals, sieht man vom Völkerbund ab, eher die Ausnahme gewesen und überdies zunehmend als lästig empfunden worden.

Bei der Formulierung der angemessenen außenpolitischen Strategie schien hingegen durchaus ein Anknüpfen an die Praxis der Weimarer Zeit denkbar. Die Feststellung des damaligen Außenministers Stresemann, daß die „einzige große Waffe“ der deutschen Außenpolitik in der „wirtschaftlichen Stellung“ des Landes zu sehen sei⁶, traf auf die Verhältnisse nach 1945 im Prinzip in gleicher Weise zu. Allerdings gab es zunächst, im Unterschied zu den Jahren nach 1918, weder eine deutsche Instanz, die halbwegs „souverän“ über das westdeutsche Wirtschaftspotential hätte „verfügen“ können, noch stand überhaupt das ganze Potential zur „Verfügung“, weil vor allem wichtige Sektoren der Grundindustrien bis in die fünfziger Jahre hinein alliierter Kontrolle unterlagen, von den Einbußen durch Teilung und Gebietsverluste im Westen und Osten ganz zu schweigen. Eine Instrumentalisierung der deutschen Wirtschaftskraft kam, mit anderen Worten, anfangs nur für die Besatzungsmächte in Betracht, insbesondere für die Vereinigten Staaten, die als „Geldgeber“ im Rahmen des ERP und als dominierende Besatzungsmacht eine privilegierte Stellung einnahmen. Soweit die Zielsetzungen annähernd übereinstimmten, konnte die deutsche Seite von der alliierten Interessenwahrnehmung nur profitieren; im gegenteiligen Fall ging es darum, Korrekturen anzubringen oder, gelang dies nicht, damit zu warten, bis die Verantwortlichkeiten in deutsche Hände übergegangen waren. Im Vertrauen darauf, daß Westdeutschland gute Aussichten besaß, über kurz oder lang zu einer Art „économie dominante“ in Westeuropa aufzusteigen⁷, ließ sich diese Zeit

⁵ Hans-Peter Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985, S. 40 und 42.

⁶ Rede Stresemanns v. 14.12.1925 in Berlin, zit. n. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B, Bd. I, 1, S. 727–753, hier S. 729. Vgl. zur Weimarer „Wirtschaftsaußenpolitik“ insbesondere Hans-Jürgen Schröder, *Zur politischen Bedeutung der deutschen Handelspolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, in: Gerald D. Feldman u. a. (Hrsg.), *Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz*, Berlin-New York 1982, S. 235–251; Karl-Heinrich Pohl, *Deutsche „Wirtschaftsaußenpolitik“ 1925/26. Zu einigen Aspekten der Stresemannschen Europa-Politik*, in: Wolfgang Michalka, Marshall M. Lee (Hrsg.), *Gustav Stresemann*, Darmstadt 1982, S. 426–440.

⁷ Zum Begriff vgl. Michael Kreile, *Die Bundesrepublik Deutschland – eine „économie dominante“ in Westeuropa?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 26/78, S. 3–26.

leichter überbrücken. *Explizit* „revisionspolitische“ Überlegungen nach Weimarer Muster blieben im Zusammenhang mit dem Marshallplan auf einen kleinen Kreis ehemaliger Angehöriger des Auswärtigen Amtes beschränkt.

Wenn im folgenden am Beispiel der bizonalen Vertretung bei der OEEC die – aktive und passive – „Einfädelung“ der Westdeutschen und die ersten Gehversuche auf der internationalen Bühne nach dem Zweiten Weltkrieg rekonstruiert und analysiert werden, so sind diese kurz skizzierten Einschränkungen mitzudenken. Der Spielraum für deutsche Initiativen war denkbar gering. Dennoch waren nicht nur erste außenpolitische Standort- und Kursbestimmungen, sondern auch erste *praktische* Schritte möglich. Die OEEC avancierte zur „Teststrecke“ eines neuen außenpolitischen Stils und zeitgemäßer Verhaltensmuster in der internationalen Diplomatie. Die westdeutsche Außenpolitik nach 1945 nahm eher hier ihren Ausgang als vom Deutschen Büro für Friedensfragen und seiner den Rahmen von Denkschriften und theoretischen Entwürfen kaum überschreitenden Tätigkeit⁸.

I.

Die Entscheidung über die Teilnahme der Westzonen am ERP⁹ implizierte, konsequent weitergedacht, auch die Mitarbeit deutscher Fachleute in den zu gründenden europäischen Organen. Fraglich war nur, wann dies der Fall sein würde. Schon wenige Tage nach der Rede des amerikanischen Außenministers Marshall vom 5. Juni 1947, mit der er den nach ihm benannten Plan ankündigte, machte sich der Hauptgeschäftsführer der bizonalen Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie Gedanken über die Möglichkeiten einer engen Kooperation mit den westeuropäischen Ländern¹⁰, und der Präsident des Zweizonen-Wirtschaftsrates gab am 21. Juli, auf der zweiten Vollversammlung, in einer offiziellen Erklärung seiner Überzeugung Ausdruck, daß die „organische Eingliederung Deutschlands ... die Mitwirkung deutscher Sachverständiger ... bei der Ausarbeitung der Pläne notwendig erscheinen“ lasse¹¹. Unter dem Gesichtspunkt größtmöglicher Effizienz – einer Denkweise, die zu Recht insbesondere den Amerikanern unterstellt wurde – war diese Erwartung ja auch nur zu verständlich. Dennoch bleibt die Selbstsicherheit

⁸ Vgl. Heribert Piontkowitz, *Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen*, Stuttgart 1978; Manfred Overesch, *Gesamtdeutsche Illusion und westdeutsche Realität. Von den Vorbereitungen für einen deutschen Friedensvertrag zur Gründung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland 1946–1949/51*, Düsseldorf 1978.

⁹ Der westalliierte Entscheidungsprozeß ist dokumentiert in: FRUS 1947, III, S. 197–484; FRUS 1948, II, S. 75–145. Vgl. auch John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford, Cal. 1976, bes. S. 234–266; Hans-Jürgen Schröder, *Marshallplan, amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration 1947–1950*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/87, S. 3–17.

¹⁰ Vgl. dazu Werner Bührer, *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*, München 1986, S. 85–88.

¹¹ *Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949*, Bd. 2, Nachdruck München-Wien 1977, S. 4.

bemerkenswert, mit der, zwei Jahre nach Kriegsende, politische und wirtschaftliche Kreise in den Westzonen ihren Anspruch auf Mitsprache geltend machten – zu einem Zeitpunkt, als über die Einbeziehung der Westzonen noch nicht einmal endgültig entschieden war; von einer „von Schuldgefühlen genährten Bescheidenheitshaltung“¹² war hier nichts zu spüren, die Mitarbeit westdeutscher Fachleute erschien als pure Selbstverständlichkeit.

Bis dahin war es allerdings noch ein weiter Weg, denn insbesondere aus französischer Sicht war eine Beteiligung der Westzonen keinesfalls gleichbedeutend mit direkter deutscher Einflußnahme auf den Planungs- und Verteilungsprozeß auf europäischer Ebene. So waren in den Schlußbericht der Pariser Marshallplankonferenz vom 22. September 1947 lediglich Informationen der Militärregierungen eingegangen; Westdeutschland interessierte hauptsächlich als Lieferant von Kohle und als Abnehmer solcher Güter, die der Steigerung der Förderleistung dienlich waren¹³. Welche Rolle deutschen Stellen bei der Erarbeitung der Programme zunächst zugeacht war, verdeutlichte das Bipartite Control Office (BICO), das mit der laufenden Überwachung der deutschen Instanzen betraute amerikanisch-britische Kontrollorgan, Mitte Februar 1948: Zwar wurde die Integration der Bizone verbindlich bestätigt, aber eine über die Bereitstellung von einschlägigen Bedarfsziffern und Planungsunterlagen hinausgehende Mitarbeit war nicht erwünscht, und alle Entscheidungen blieben alliierten Stellen vorbehalten¹⁴. Auf höherer Ebene, im Rahmen der Londoner Sechsmächtekonferenz über Deutschland vom 23. Februar bis zum 6. März, versuchte die amerikanische Regierung jedoch, ihre zögernden Verbündeten zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen. Lewis Douglas, der amerikanische Botschafter in London, schlug u. a. vor, daß sowohl die Bizone als auch die französische Zone in der geplanten ständigen Organisation in Paris zumindest durch die Besatzungsbehörden vertreten sein und deutsche Berater nach Bedarf die beiden Delegationen verstärken sollten; weiter setzte er sich für eine möglichst enge Zusammenarbeit in ERP-Angelegenheiten ein sowie für die Wiederzulassung deutscher Warenzeichen, den Schutz deutscher Patente und eine schrittweise Lockerung der Beschränkungen bei Auslandsreisen und -vertretungen. Gerade diese konkreten Vorstöße zur Ankurbelung des privaten Geschäftsverkehrs stießen bei den britischen Unterhändlern auf Bedenken, da sie in diesen Fragen Widerstände bei den übrigen

¹² So Hans-Peter Schwarz, Die außenpolitischen Grundlagen des westdeutschen Staates, in: Richard Löwenthal, ders. (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 27–63, hier S. 31, mit Blick auf die Hinnahme der alliierten Sicherheitsauflagen als legitim.

¹³ Vgl. Die Wiedergesundung Europas. Schlußbericht der Pariser Wirtschaftskonferenz der sechzehn Nationen, Teil I, Oberursel (Taunus) 1948, bes. S. 30 f.; Knapp, Anfänge, S. 38 ff.; Alan S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945–51, London 1984, S. 69–89.

¹⁴ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (AVBRD), Bd. 4, Januar–Dezember 1948, bearbeitet von Christoph Weisz, Hans-Dieter Kreikamp und Bernd Steger, München 1983, S. 343 f.

Teilnehmerländern vermuteten¹⁵. Immerhin konnte Anfang März Einigung darüber erzielt werden, daß die Bizone und die französische Zone durch Repräsentanten der jeweiligen Besatzungsmacht vertreten und deutsche Berater hinzugezogen werden sollten¹⁶.

Die geplante Beteiligung Deutscher an den Arbeiten in Paris sorgte jedoch weiterhin für Unruhe unter den Regierungen Westeuropas. Während die amerikanischen Verantwortlichen mit der Verwendung deutscher Fachleute offenbar am wenigsten Schwierigkeiten hatten, sondern im Gegenteil auf eine bessere Zusammenarbeit hofften, verhielt sich die französische Regierung äußerst reserviert und versuchte, den ersten deutschen Auftritt – ausgerechnet noch in Paris – möglichst hinauszuschieben. Das Foreign Office teilte zwar im Grunde die Position der Amerikaner, wollte aber keinesfalls Gefahr laufen, die übrigen Teilnehmerländer durch ein zu rasches Vorgehen zu verärgern, und schlug deshalb vor, deutsche Berater nach und nach in die aufzubauende Apparatur zu „infiltrieren“¹⁷. Daß unter diesen Umständen der Plan der Militärgouverneure Clay und Robertson, deutsche „Politiker“ wenigstens zur konstituierenden Sitzung der OEEC am 16. April 1948 in Paris einzuladen, den Widerspruch der französischen Regierung hervorrief, dürfte kaum verwundern. Nicht ganz unschuldig daran war freilich auch die durch Indiskretionen hervorgerufene Vorfremde in der westdeutschen Öffentlichkeit über die offensichtlich unmittelbar bevorstehende Rückkehr auf die internationale Bühne. Die Absicht Robertsons, mit dem Oberpräsidenten der bizonalen Verwaltung und CDU-Mitglied Hermann Pünder, dem ebenfalls der CDU angehörenden Präsidenten des bizonalen Wirtschaftsrates, Erich Köhler, und dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf von der SPD, der turnusgemäß dem Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vorsah, zumindest zwei ausgesprochen „politische“ Repräsentanten zur Gründungsfeier der OEEC reisen zu lassen, stieß erwartungsgemäß auf heftigen Widerstand der Regierung in Paris. Sorgfältig wurden alle Hinweise auf mögliche Kandidaten für die Teilnahme an der Gründungsversammlung registriert. Unterstützung in ihren Bemühungen, die Anwesenheit Deutscher zu verhindern, erhielt die französische Diplomatie aus dem Foreign Office. Und mit Blick auf amerikanische Befürchtungen war das offensichtlich auch von Bevin gebrauchte Argument, eine deutsche Beteiligung sei Wasser auf die Propagandamühlen der Kommunisten, sicherlich wirkungsvoll¹⁸. Die Botschaft in Washington protestierte beim

¹⁵ Public Record Office (im folgenden PRO) FO 371/70732/CE 642: Western Germany and E.R.P., Vermerk Nicholls v. 25. 2. 1948. Vgl. zur Diskussion in London auch FRUS 1948, II, S. 75 ff.

¹⁶ Vgl. FRUS 1948, II, S. 117.

¹⁷ PRO FO 371/70732/CE 759: Participation of Western Germany in the CEEC. Note by Foreign Office (im folgenden FO), 15. 3. 1948.

¹⁸ Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche (künftig AOFAA), Eco I A 5 b: Keller (frz. Generalkonsul in München) in Tarbé de Saint Hardouin v. 24. 3. 1948; demnach machte sich auch der bayerische Ministerpräsident Ehard Hoffnungen. Eco I A 5 c: Note an den Chef des Services de Direction du C.C.F.A. v. 30. 3. 1948; SGAAA/G 11/Plan Marshall 1947–50: Telegramm v. 8. 4. 1948.

State Department unter Hinweis auf mögliche „Zwischenfälle“, denen die Deutschen in der französischen Hauptstadt zum Opfer fallen könnten. Bei einem Treffen zwischen Vertretern der Regierungen und Besatzungsbehörden der Drei Mächte prallten die gegensätzlichen Vorstellungen unversöhnlich aufeinander. Der Leiter der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium, Hervé Alphand, wies mit der Bemerkung, es „möge zwar sentimental erscheinen, doch sei es einfach zu früh, Deutsche zur feierlichen Gründungszeremonie im Quai d'Orsay einzuladen“, auf die starken nationalpsychologischen Hemmnisse in Frankreich hin und beharrte darauf, daß „deutscher Sachverstand nicht gebraucht und deutsche Politiker nicht erwünscht“ seien. Eric Berthoud vom Foreign Office schlug die Teilnahme nur eines Deutschen vor, „der hinter dem Repräsentanten der Bizone stehen sollte“. Der Amerikaner Lawrence Wilkinson als Sprecher der Bizone wertete eine mögliche Teilnahme als Zeichen deutscher Bereitschaft, die Verpflichtungen der abzuschließenden Konvention einzuhalten; obgleich noch keine festen Zusagen gegeben worden waren, rechnete er im Falle einer Ablehnung mit einer „tiefen Enttäuschung“ auf deutscher Seite¹⁹.

Aufgrund der massiven französischen Proteste lenkte die amerikanische Regierung, sehr zum Ärger Clays, schließlich ein, und die Repräsentanten der Besatzungsmächte unterzeichneten die OEEC-Konvention für ihr jeweiliges Gebiet in Abwesenheit deutscher Vertreter²⁰. Allzu optimistische Erwartungen in den Westzonen erhielten dadurch einen spürbaren Dämpfer, an eine gleichberechtigte Teilnahme war vorerst noch nicht zu denken. Daß zehn Tage später dennoch erstmals deutsche Sachverständige nach Paris reisen konnten, änderte daran nichts: sie kamen lediglich als „Beobachter“ zu technischen Beratungen²¹. Der Marshallplan, so hatte Sir Cecil Weir, Economic Adviser der britischen Militärregierung, vor Mitgliedern des Verwaltungs-, Wirtschafts- und Länderrates betont, sei eine „wundervolle Gelegenheit für Deutschland“²². Zugleich vergaßen die alliierten Kontrolleure jedoch nicht, ihre Zöglinge an die „richtige“ psychologische Einstellung zu erinnern: „Die Bizonenverwaltung muß den Einschluß der drei Westzonen in das European Recovery Program unbedingt als Beitrag zum Wiederaufbau Westeuropas insgesamt begreifen, und nicht bloß als ein Mittel, Hilfe von außen zu erhalten.“²³

Unterhalb der politischen Ebene war die Hinzuziehung deutscher Fachleute

¹⁹ PRO FO 371/70732/CE 975: Brit. Botschaft in Washington an FO, 3.4. 1948; CE 994: Vermerk Stevens v. 6.4. 1948; Telegramm Nr. 382 an FO v. 6.4. 1948; AOFAA, Eco I A 5 a: Außenministerium an die französischen Botschaften in London und Washington v. 6.4. 1948 (Übers. d. Verf.).

²⁰ Vgl. AVBRD 4, S. 460–463; Milward, *Reconstruction*, S. 178 f.; Wolfgang Krieger, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, Stuttgart 1987, S. 360 f. Für die Bizone unterzeichnete der britische Militärgouverneur Sir Brian H. Robertson.

²¹ Bundesarchiv (künftig BA) NL Pünder, 704: Presse-Verlautbarung des Verwaltungsrates v. 22.4. 1948.

²² BA Z 3 Anh. 5, Bl. 33–35: Vermerk Bespr. mit BICO v. 31.3. 1948.

²³ OMGUS, *Monthly Report*, March 1948, zit n. Draft History of BICO: ERP. IfZ-Archiv, Bestand MF 260, 3/409–1/22 (Übers. d. Verf.).

zumindest auf angloamerikanischer Seite indessen beschlossene Sache, und Frankreich blieb kaum eine andere Möglichkeit, als nachzuziehen²⁴. In der Bizone, der wegen ihrer Vorreiterfunktion im folgenden das Hauptaugenmerk gelten soll, setzten entsprechende Planungen bereits im März 1948 ein. Amerikanische und britische Offizielle regten in Unterredungen mit Hermann Pünder, dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und früheren Chef der Reichskanzlei, Mitte März nicht nur die Einrichtung einer eigens für Marshallplanfragen zuständigen Stelle an – möglichst nicht unter Leitung eines Beamten, sondern eines Geschäftsmannes –, sie sprachen sich zudem für eine rechtzeitige Auswahl deutscher Sachverständiger aus, um selbst bei kurzfristigen Anforderungen aus Paris eine Entsendung zu ermöglichen. Bei der Auswahl sollten zwar parteipolitische Gesichtspunkte mitberücksichtigt werden, wichtiger war jedoch die fachliche Qualifikation der Kandidaten. Auch einige Namen wurden ins Spiel gebracht: Abs, Horatz (Felten & Guillaume), Merton (Metallgesellschaft), Pferdenges²⁵. Wenig später gaben BICO-Vertreter jedoch zu verstehen, daß zunächst geeignete Sachbearbeiter aus den bizonalen Verwaltungsämtern nominiert werden sollten. Zur organisatorischen Unterstützung der Arbeit dieser Sachverständigen war in Paris ein kleines Büro vorgesehen, dem auf ausdrücklichen Wunsch der BICO-Sprecher „nach Möglichkeit keine Damen“ angehören sollten²⁶.

Die Aussicht auf ein eigenes ständiges Marshallplan-Büro am Sitz der OEEC wirkte auf deutscher Seite geradezu elektrisierend: Man erblickte darin „eine erste und zunächst einmalige Gelegenheit, unsere außenpolitische Bevormundung zu durchbrechen und die persönliche Verbindung mit dem europäischen Ausland wieder aufzunehmen“²⁷. Um die gegebenen Möglichkeiten voll ausnützen zu können, sollte die Leitung des Büros weder einem Beamten des mittleren Dienstes noch einem „renommierten Politiker“ anvertraut werden, sondern einer Persönlichkeit, die „neben allgemeinen kaufmännischen, wirtschaftspolitischen und finanztechnischen Kenntnissen über Auslandserfahrungen verfügt und die wichtigsten Sprachen einwandfrei beherrscht.“ Dem „persönlichen Takt“, dem „Einfühlungsvermögen“ und der „Geschicklichkeit“ dieser Persönlichkeit sollte es dann überlassen bleiben, die „entsprechenden Verbindungen mit den Bevollmächtigten der 16 Marshallplan-Länder anzuknüpfen mit dem Ziel, zunächst den deutschen Sachverständigen und später evtl. auch deutschen Politikern den Boden für kommende Verhandlungen vorzubereiten“. Die geplante Besetzung nahm sich recht bescheiden aus: Ein Leiter, ein Assistent und ein oder zwei Hilfskräfte sollten für die Betreuung der deutschen Sachverständigen sowie für die Aufrechterhaltung der Verbindungen zur deutschen Zentrale zunächst genügen.

²⁴ Vgl. AVBRD 4, S. 395–401.

²⁵ BA NL Pünder, 704; Vermerk Pünder v. 13. 3. 1948.

²⁶ Ebenda; Vermerk Pünder v. 19. 3. 1948.

²⁷ BA Z 14, 106; Vermerk betr. Errichtung eines deutschen Marshallplan-Büros in Paris v. 18. 4. 1948; dort auch die folgenden Zitate.

Die Hoffnungen auf eine eigene Vertretung schon zu diesem frühen Zeitpunkt mußten jedoch rasch begraben werden. Möglicherweise hatte es sich überhaupt nur um ein Mißverständnis auf deutscher Seite gehandelt, weil das Angebot zur Entsendung deutscher Vertreter in die bizonale Delegation fälschlicherweise als Aufforderung zur Gründung eines eigenständigen Büros gedeutet worden war; es ist aber auch nicht auszuschließen, daß die Offerte zurückgezogen wurde, als sich in Paris Widerstand gegen eine selbständige westdeutsche Vertretung zu regen begann.

II.

Die Bizonale Ständige Vertretung bei der OEEC nahm im Mai 1948 mit einer Kernbesetzung ihre Arbeit auf²⁸. Die Delegation setzte sich zunächst nur aus Amerikanern und Briten zusammen, doch war eine Erweiterung durch deutsches Personal bereits fest eingeplant; ihre Auswahl sollte sogar schon mit Blick auf ihre Eignung für die spätere vollständige Übernahme der Verantwortlichkeiten erfolgen. Leiter der Delegation wurde der Amerikaner Robert Trier, im Zivilberuf Bankier, als Stellvertreter fungierte der Engländer Eric S. Jackson. Die Finanzierung des technischen Apparats und der vorgesehenen deutschen Mitglieder war so geregelt, daß die Joint-Export-Import-Agency (JEIA) die erforderlichen Beträge aus den Exportdevisen der Bizone bereitstellte und den entsprechenden DM-Gegenwert beim Vorsitz der Verwaltungsrates zu Lasten eines Globalpostens im bizonalen Haushalt einforderte. Die britischen und amerikanischen Bediensteten wurden aus dem Etat der Militärregierungen bezahlt²⁹.

Die Benennung geeigneter deutscher Kandidaten für die Ständige Vertretung oder als Sachverständige gestaltete sich jedoch nicht einfach: Weitere „große Namen“, die in jenen Wochen kursierten – darunter Klöckner-Chef Günter Henle, das frühere geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Ludwig Kastl, und der Ehrenpräsident der Internationalen Handelskammer, Abraham Frowein³⁰, kamen nicht zum Zuge. Als erste deutsche Mitglieder der bizonalen OEEC-Vertretung wurden schließlich Hubert Frommel als stellvertretender Chefstatistiker und Wilhelm Dörr als stellvertretender Sekretär zusammen mit zwei Sekretärinnen am 20. Mai 1948 bestätigt³¹. Zum Chef der von BICO angeregten Koordinierungsstelle für den Marshallplan in der Bizone – der offizielle Titel lautete „Der Berater für den Marshallplan bei dem Vorsitz der Verwaltungsrates“ – ernannte Pünder den mit ihm befreundeten Münchner Bankier und ehemaligen ehrenamtlichen Generalkonsul in Schweden, Otto Schniewind, der von einer

²⁸ Vgl. hierzu Draft History of BICO: ERP, S. 54–59 (wie Anm. 23); Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil II, Boppard am Rhein 1964, S. 286–288.

²⁹ Vgl. BA Z 14, 76: Rieck an Paulssen v. 13. 5. 1949.

³⁰ BANL Pünder, 704: „Vorschläge Dr. Kaufmann“.

³¹ Draft History of BICO: ERP, S. 57 (wie Anm. 23).

Münchener Spruchkammer als „überhaupt nicht Belasteter“ eingestuft worden war³². Am 3. Juni 1948 nahm er als erster Deutscher an einer Ratstagung der OEEC teil.

Nach wie vor fehlte jedoch ein deutscher „Chefdelegierter“ für Paris. Zur Überraschung Pünders brachte der Leiter der Bizonen-Delegation, Trier, Mitte Juni 1948 erneut die Nominierung eines Mannes „größeren Ansehens“ ins Gespräch; er dachte dabei an den früheren Reichsbankdirektor Karl Blessing³³. Als Blessing abwinkte, nannte Trier bei einer weiteren Unterredung als Alternativkandidaten wiederum Abs, den Düsseldorfer Industriellen Helmuth Wohltat, der in der Zwischenkriegszeit gelegentlich als Wirtschaftsdiplomat hervorgetreten war, Vollrath von Maltzan, VFW-Abteilungsleiter für Außen- und Interzonenhandel, sowie, als besonderen Favoriten, den Frankfurter Rechtsanwalt Rudolf Mueller³⁴. Daß angesichts der politischen Verhältnisse in den Westzonen ausgesprochene „Politiker“ nicht für einen solchen Posten in Frage kamen, dürfte kaum verwundern. Bemerkenswert bleibt hingegen die Vorliebe insbesondere der Amerikaner für „große Namen“ aus der Wirtschaft. Warum sich keiner dieser Vorschläge realisieren ließ, ist zumindest im Falle Abs leicht zu beantworten: gegen ihn regte sich in Frankreich noch zwei Jahre später, anlässlich der Suche nach dem Delegationsleiter für die Schumanplanverhandlungen, massiver Widerstand. Blessing und Mueller verzichteten dagegen von sich aus. Es scheint, als sei in den obersten Etagen der Wirtschaft das Verlangen, auf der internationalen politischen Bühne westdeutsche Interessen zu vertreten, nicht sonderlich stark gewesen. Die Erfolgsaussichten waren zu vage, der Rang zu niedrig, der Handlungsspielraum zu gering, als daß es sich zu lohnen schien, seinen „guten Ruf“ zu riskieren. Personen aus der „zweiten Reihe“, politisch in den meisten Fällen ohnehin weniger oder gar nicht belastet, waren für solche Aufgaben zunächst geeigneter.

Zum leitenden deutschen Mitglied der Pariser Delegation wurde denn auch Ende Juli der bis dahin in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung getretene Münchener Bankier Hans-Karl von Mangoldt ernannt. Warum die Wahl gerade auf ihn fiel, läßt sich nicht eindeutig klären. Möglicherweise gab es eine Art „bayerische Seilschaft“, denn mit Schniewind und dem Direktor für Wirtschaft, Ludwig Erhard, waren bereits zwei zuletzt in Bayern tätige Persönlichkeiten in einflußreiche Positionen gelangt. Die Aufgabe, wenigstens ansatzweise so etwas wie eine eigene westdeutsche Wirtschaftsaußenpolitik zu betreiben, lastete also zunächst auf den Schultern dreier Deutscher – von Mangoldt, Frommel, Dörr –, die zusammen mit sieben Amerikanern und sieben Engländern die ständige Vertretung bei der OEEC bildeten. Zumindest von Mangoldt erfüllte die in ihn gesetzten Erwartungen, denn schon nach einem halben Jahr attestierte ihm Schniewind, daß er „mit einer ... außerordentlich glücklichen Verbindung von Sachkunde und taktvollem Auftreten die zunehmende Aufgeschlossenheit der übrigen Delegationsmitglieder gegenüber den

³² Ebenda: Spruchkammerbescheid v. 17. 5. 1947; Vermerk Pünder v. 24. 3. 1948.

³³ BA Z 14, 75: Vermerk Pünder v. 16. 6. 1948.

³⁴ Ebenda: Vermerk Schniewind v. 18. 6. 1948.

deutschen Fragen erreicht habe.³⁵ Diese Einschätzung teilte auch der britische Sekretär der Bizonalen Delegation, Handley-Derry, der ihn als „gewissenhaften und hart arbeitenden Mann mit beachtlicher Reputation“ ohne „aufdringliche politische Bindungen“ charakterisierte.³⁶ Massive Zweifel wurden im Foreign Office dagegen an der Eignung seiner beiden Mitarbeiter laut: Wenngleich die zum Teil vernichtende Kritik – „seine Qualifikationen: Polo, Tennis, Golf, Autofahren, Tanzen“ – nicht ganz ernst zu nehmen ist, da sie sich, einen Tag nach dem offiziellen Dienstantritt formuliert, nur auf vergangene Zeiten beziehen konnte, so wurde doch deutlich, wie wichtig gerade die britischen Verantwortlichen die Auswahl der deutschen Vertreter nahmen. Ein Angehöriger des Foreign Office warnte denn auch mit Nachdruck davor, den Wiederaufbauplan durch inkompetente Delegierte zu gefährden, und plädierte dafür, das alliierte Vetorecht gegen Ernennungen auch auf die fachliche Eignung auszudehnen.³⁷

Aus deutscher Sicht waren es jedoch weniger Fragen der Qualifikation, die einem angemessenen Beitrag zum Gelingen des Marshallplanes im Wege standen, als vielmehr der verschwindend geringe Einfluß der deutschen Berater. Wie begrenzt ihre Möglichkeiten waren, verdeutlichte Pünder vor dem ERP-Ausschuß des Wirtschaftsrates, als er darauf hinwies, daß „wir ... von der Bizone aus weder ein Anweisungsrecht gegenüber diesen deutschen Vertretern (haben), noch einen Anspruch auf Berichterstattung usw.“³⁸ Dementsprechend war auch die Einstellung der deutschen Emmissäre: Sie verstanden sich als Angestellte einer alliierten Instanz, von der sie auch ihre Direktiven erhielten.³⁹

Dennoch versuchten die Spitzen der bizonalen Verwaltungen, eine Art außenpolitischer Generallinie zu formulieren. Noch vor der Gründung der OEEC, im März 1948, hatte sich Pünder vor dem Wirtschaftsrat zu der „schicksalhaften Mitarbeit“ am europäischen Wiederaufbau bekannt mit dem Ziel einer allmählichen „Wiedereingliederung Deutschlands in die Wirtschaft Europas“. Eine enge wirtschaftliche Verflechtung war für ihn nicht nur Voraussetzung des „Aufstiegs auch unserer eigenen Wirtschaft“, sondern gleichzeitig die beste Garantie für einen „echten und dauerhaften Frieden“⁴⁰. Einen Monat später apostrophierte er den Marshallplan vor dem gleichen Gremium als „Wendepunkt“ in der Nachkriegsentwicklung, als „Ausweg aus der Welt der Trümmer, der Zersplitterung und Isolierung“ und als „Hoff-

³⁵ BA Z 14, 8: Vertraulicher Jahresbericht 1948 v. 27. 1. 1949, S. 6 f. Vgl. auch AVBRD 4, S. 699; Albrecht, *Das Menschliche*, S. 126, bescheinigte ihm rückblickend ebenfalls „überzeugende Sachkenntnis und ungewöhnliches diplomatisches Geschick“.

³⁶ PRO FO 371/76938: Secret. Bizonal Delegation to OEEC. Report No. 43.

³⁷ Ebenda, FO 371/70734: The Quality of German Economic Staff, Minute Reichenheim v. 21. 5. 1948.

³⁸ BA Z 14, 8: Rede-Entwurf Pünder v. 6. 9. 1948.

³⁹ So das ehemalige Mitglied der Delegation, Horst-Kraft Robert, im Gespräch mit dem Verfasser am 1. 12. 1986.

⁴⁰ Wörtliche Berichte des Wirtschaftsrates, Bd. 2, S. 361–366, hier S. 363. Vgl. dazu auch Schröder, *Marshallplan*, S. 11; Knapp, *Anfänge*, S. 48.

nung, wieder ein ehrliches und vollberechtigtes Mitglied der europäischen Gemeinschaft zu werden⁴¹. Und wenn Ludwig Erhard auf derselben Vollversammlung in Anspielung auf Weimarer Zeiten davon sprach, daß „die Wirtschaft wieder einmal zum Schicksal zu werden“ drohe, dann war das zwar in erster Linie auf die Überwindung der inneren Schwierigkeiten gemünzt, galt aber auch für den außenpolitischen Bereich⁴². Mit diesen ersten Stellungnahmen waren bereits die wichtigsten Versatzstücke einer westdeutschen Marshallplanrhetorik vorhanden, die künftig nur noch variiert zu werden brauchten. Der Marshallplan, so ließ sich Pünder vor dem ERP-Ausschuß im September 1948 vernehmen, „ist für uns das Instrument, nach den langen Jahren der Abriegelung gegenüber dem Ausland wieder den Anschluß an die Welt draußen zu finden“⁴³. Die Sicherheit, mit der er diese Chance glauben nutzen zu können, schöpfte er besonders aus der bei allen Beteiligten gewachsenen Erkenntnis, „eine wie wichtige Rolle die deutsche Wirtschaft in dem europäischen Handelsaustausch spielt“. Ohne die Wiederherstellung einer „gesunden westdeutschen Wirtschaft“, so versicherte er seinen Zuhörern unter Hinweis auf die einschlägigen amerikanischen Kommissionsberichte, sei „die wirtschaftliche Gesundung von Europa und damit das Ziel des Marshallplans nicht zu erreichen“. Darüber hinaus schaffe die „wirtschaftliche Interessierung“ auch ein Interesse am „allgemeinen Wohlergehen“ Westdeutschlands, d. h. sie bedeute „auch eine politische Interessierung“ am deutschen „Schicksal“. Um möglichen Einwänden zuvorzukommen, es handle sich hier um kaum mehr als eine theoretische Einsicht auf seiten der früheren Kriegsgegner, lobte er ausdrücklich den Einsatz der alliierten Vertreter in Paris und führte als Beleg die Äußerung des Wirtschaftsberaters der amerikanischen Militärregierung an, er habe „bis zum letzten Tage des Krieges als Soldat gegen Deutschland gekämpft, aber mit demselben Eifer“ werde er „jetzt für die Belange des Wiederaufbaues der westdeutschen Wirtschaft kämpfen“. Mit diesem Rückhalt ließen sich bereits wieder Zensuren an die übrigen europäischen Nationen verteilen, die von einer „wirklichen Zusammenarbeit . . . noch weit entfernt“ seien. Zwar konstatierte Pünder generös „erfreuliche Zeichen des Verständnisses für Deutschland“ – für ihn offenbar Ausdruck wahrer europäischer Gesinnung –, doch „im großen Ganzen zeigt sich auch in Paris immer noch das unerfreuliche Bild einer Vernachlässigung der gesamteuropäischen Gesichtspunkte zu Gunsten einer Kirchturmspolitik“, der es nur um den Vorteil für das eigene Land zu tun sei.

Wie sein Vorgesetzter betonte auch Marshallplan-Berater Schniewind in seinem vertraulichen Jahresbericht für 1948 die Vehikel-Funktion des amerikanischen Planes: Er sei ein „besonders geeignetes Instrument“ gewesen, Westdeutschland „den Weg zu normalen internationalen Beziehungen zu eröffnen“. Außerdem lasse sich der Marshallplan als Druckmittel zur Revision der Potsdamer Beschlüsse und der alliierten Demontagepolitik einsetzen. Mittlerweile sei es sogar gelungen, zum Lei-

⁴¹ Wörtliche Berichte des Wirtschaftsrates, Bd. 2, S. 433–436, hier S. 433.

⁴² Ebenda, S. 436–445, bes. S. 443 u. 444 (Zitat).

⁴³ BA Z 14,8: Rede-Entwurf Pünder v. 6. 9. 1948; dort auch die folgenden Zitate.

ter der amerikanischen ERP-Sondermission in Westdeutschland, Norman H. Collisson, eine enge Verbindung herzustellen – aus Schniewinds Sicht die entscheidende Voraussetzung für eine „erfolgreiche Zusammenarbeit“ mit den USA: „Die vertrauensvolle Atmosphäre, die sich aus dem Kontakt ergeben hat, ermöglicht es mir, auch delikateren Fragen an die maßgebenden Stellen in Washington heranzutragen.“ Besondere Hoffnungen setzte er schließlich in die Erweiterung der Zusammenarbeit über die europäischen Mutterländer hinaus auch auf ihre Kolonien, „die in vieler Hinsicht gerade dasjenige bieten, was in Europa selbst fehlt“⁴⁴.

Obwohl von einem kohärenten außenpolitischen Programm noch weit entfernt, lassen diese Überlegungen bizonaler Repräsentanten unschwer die Umrisse einer Strategie der ökonomisch-politischen Westintegration erkennen⁴⁵. Das Wirtschaftspotential Westdeutschlands und seine Bedeutung als Handelspartner der westeuropäischen Länder sollten als Hebel zur Überwindung der außenpolitischen Isolierung und zum Abbau der alliierten Restriktionen benutzt werden, um auf diesem Wege auch politischen Einfluß zurückzugewinnen. Dies schien nur möglich durch eine vorbehaltlose Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Westen auf der Basis einer engen wirtschaftlichen Verflechtung. Die Perspektiven einer solchen Kooperation wurden in den rosigensten Farben geschildert und mit dem Hinweis auf die segensreichen Wirkungen des deutschen Zollvereins im 19. Jahrhundert untermauert. Die neue Europapolitik mußte sich vorrangig um ein auskömmliches Verhältnis zum französischen „Erbfeind“ bemühen, und es war sicherlich von Vorteil, daß mit Pünder auf deutscher Seite ein Mann „verantwortlich“ zeichnete, der nicht nur ein „sicheres Gespür“ für die außenpolitischen Implikationen der Einbeziehung in den Marshallplan besaß, sondern aus den Weimarer Jahren auch über einschlägige Erfahrungen verfügte⁴⁶. Der zweite Pfeiler dieses Integrationsprojekts waren die Beziehungen zu den USA, deren Bedeutung, auch als „Schutzmacht“ westdeutscher Interessen im Rahmen der westeuropäischen Kooperation, die bizonalen Repräsentanten frühzeitig erkannt hatten.

Gaben diese Perspektiven durchaus Anlaß zu vorsichtigem Optimismus, der Alltag der deutsch-alliierten Beziehungen wirkte noch oft genug ernüchternd. Eine der von Schniewind angedeuteten „delikateren Fragen“ und zugleich der größte Dämpfer allzu euphorischer Erwartungen war der bilaterale ERP-Vertrag zwischen der Bizone und den USA, den die Militärgouverneure im April 1948 unterzeichnet hatten und den sie erst Ende Juli deutschen Stellen zugänglich machten. In Abweichung von den anderen bilateralen Verträgen war im „deutschen“ Abkommen nämlich ein Passus enthalten, daß, mit Ausnahme von „bedingter Hilfe“, alle gewährten Hilfeleistungen eine *Forderung* gegen Deutschland begründeten und die künftigen

⁴⁴ Ebenda: Vertraulicher Jahresbericht 1948, S. 2 u. 5.

⁴⁵ Vgl. dazu Knapp, Anfänge, bes. S. 45–52, 71–73; Schröder, Marshallplan, S. 11 f.

⁴⁶ Vgl. dazu Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, bes. S. 79–114. Vgl. auch Wörtliche Berichte des Wirtschaftsrates, Bd. 2, S. 362. Die Charakterisierung Pünders bei Knapp, Anfänge, S. 48.

Exportserlöse für die Bezahlung der Lieferungen verwendet werden sollten⁴⁷. Obgleich Pünder und Schniewind unter Hinweis auf mögliche spätere sowjetische Reparationsforderungen diese als diskriminierend empfundene Vertragsbestimmung zu erklären versuchten – zumindest potentiell stellte sie eine starke Behinderung der westdeutschen außenwirtschaftlichen Bewegungsfreiheit dar. War diese Aussicht schon geeignet, außenwirtschaftspolitische und damit auch außenpolitische Ambitionen zu bremsen, die hierarchische Struktur der ERP-Organisation ließ erst gar keine Zweifel aufkommen, wie klein letztlich der Handlungsspielraum nicht nur der deutschen Vertreter allein, sondern der Delegation insgesamt war⁴⁸.

An oberster Stelle der Hierarchie standen die Militärgouverneure, die die bizonalen Programme vor der Übergabe an die OEEC prüften und mit der Sondermission über die Verwendung der Gegenwertmittel verhandelten. Darunter rangierten die Wirtschaftsberater der Militärgouverneure: Sie vertraten die Bizone im Rat der OEEC und trafen die täglichen Grundsatzentscheidungen über Programme, Programmänderungen und -ausführungen. Das ERP Executive Board, unterstützt durch das ERP-Komitee als Koordinierungsstelle, legte die Maßnahmen fest, die notwendig waren, um die Grundsätze der Militärgouverneure und die Entscheidungen der Wirtschaftsberater in die Tat umzusetzen. Das ERP-Sekretariat/BICO bearbeitete alle ein- und ausgehende Korrespondenz und war für die ständige Koordinierung aller einschlägigen Aktivitäten in Frankfurt, dem Sitz der meisten beteiligten Behörden, zuständig. Die Bizonale Delegation schließlich führte die grundsätzlichen Instruktionen der Wirtschaftsberater und die Arbeitsanweisungen des ERP Executive Board aus. Sie sorgte für eine angemessene Vertretung der Bizone bei der OEEC, koordinierte die Pariser Arbeit der bizonalen Mitglieder der OEEC-Komitees und übernahm die laufende Information der Wirtschaftsberater und des ERP Executive Board über die Entwicklungen in Paris. Der dienstliche Verkehr zwischen den deutschen Stellen und der Pariser Vertretung lief über das ERP-Sekretariat des Zweimächte-Kontrollamtes, obgleich für die deutschen Delegationsmitglieder das Marshallplan-Büro die Funktion einer Stammbehörde wahrnahm. Doch schon im Oktober 1948 erklärte der Leiter der ECA-Sondermission, Collisson, die amerikanische Regierung wünsche künftig Marshallplan-Angelegenheiten direkt mit dem Verwaltungsrat bzw. dem Marshallplan-Büro zu besprechen. Da dieser Vorschlag dem vorgeschriebenen Verfahren zuwiderlief, versprach Collisson im Falle anfänglicher Schwierigkeiten seine Hilfe⁴⁹.

Wenngleich sich somit also recht früh eine zusätzliche Möglichkeit eröffnete, Fragen des Marshallplanes zu diskutieren und zu regeln, der umständliche Weg über die BICO-Instanzen war nach wie vor verpflichtend. Hinzu kam ein weiteres Problem: Die Entsendung deutscher Sachverständiger nach Paris wurde vom Zwei-

⁴⁷ Vgl. Institut für Weltwirtschaft, Kiel/Wirtschaftsarchiv: „Baade – NL“/V ERP, Staatsverträge; Hervorhebung v. Verf.

⁴⁸ Vgl. Parlamentsarchiv, Bestand 2/603: Bipartite Organisationen für das ERP, 30. 4. 1949.

⁴⁹ Vgl. dazu und zum folgenden mit diversen Belegen: BA Z 14,5 u. 8.

mächte-Kontrollamt im Einvernehmen mit der Bizonalen Delegation zunächst geprüft. Im positiven Fall benannte das Marshallplan-Büro einen Kandidaten, der daraufhin von BICO-Vertretern durchleuchtet wurde. Bei Ablehnung des ersten Vorschlages war oft keine Zeit mehr, geeigneten Ersatz zu finden, so daß die geplanten Sitzungen ohne einen deutschen Sachverständigen stattfinden mußten⁵⁰. Verzögerungen verursachten schließlich auch die zahlreichen Reiseformalitäten, die jedesmal zu erledigen waren. Mit anderen Worten: eine angemessene Vertretung deutscher Interessen und Wünsche scheiterte manchmal schon an organisatorischen Hindernissen.

Eingedenk der Bedeutung des Marshallplans für Westdeutschland ließ man sich auf deutscher Seite von der untergeordneten Stellung der Pariser Vertretung und den bürokratischen Prozeduren jedoch nicht beirren, sondern suchte, kaum waren die ersten Positionen besetzt, nach Möglichkeiten und Wegen, den deutschen Einfluß zu verstärken. Ausgangspunkt dieser Überlegungen war, daß zwei Arten von Aufgaben zu bewältigen waren: Erstens die „diplomatische Vertretung der deutschen Interessen mit Schwergewicht auf der Wirtschaftspolitik“, zweitens die Bereitstellung westdeutscher volkswirtschaftlicher und statistischer Unterlagen für die OEEC und umgekehrt. Da die Verschiedenartigkeit dieser Tätigkeiten eine Aufteilung auf zwei Personen sinnvoll erscheinen ließ, war es ratsam, von vornherein auf eine entsprechende Zusammensetzung des deutschen Teils der Delegation zu achten, um im Falle der Überleitung der Verantwortlichkeiten darauf vorbereitet zu sein, auch die wirtschaftspolitischen Aufgaben, deren Wahrnehmung sich die alliierten Delegationsmitglieder reserviert hatten, übernehmen zu können. In Erwartung steigender Bedeutung des mit der Erledigung der laufenden Arbeit betrauten OEEC-Sekretariats waren Schniewind und seine Mitarbeiter überzeugt, daß „ein geeigneter Einfluß auf das internationale Sekretariat . . . für die Vertretung der deutschen Interessen . . . sehr wichtig“ sei und wahrscheinlich „leichter über den Volkswirt und Statistiker als über den Wirtschaftspolitiker“ gewonnen werden könne. Als optimale Lösung erschien die Plazierung eines Deutschen im internationalen Sekretariat, die „auf alle Fälle“ angestrebt werden sollte. Allerdings machte man sich keine großen Hoffnungen auf eine rasche Verwirklichung dieses Vorhabens⁵¹.

Schnellere Erfolge als eine Strategie der personellen „Infiltration“ der entscheidenden Gremien versprach ohne Zweifel die Mitarbeit an der Programmplanung. Die erste Gelegenheit dazu war allerdings schon vorüber, ehe sich die deutschen Vertreter in Paris etabliert hatten. BICO hatte bereits im Februar 1948 den bizonalen Exekutivrat aufgefordert, einen Aufbauplan 1948/49 vorzulegen; der Mitte März vorgelegte Plan, den Pünder mit der Bemerkung präsentierte, noch sei die

⁵⁰ Vgl. IfZ-Archiv, Bestand MF 260, 11/100-1/31-32: Schniewind an BICO v. 23. 3. 1949.

⁵¹ BA Z 14, 106, Bl. 165–169: Gedanken zur Organisation der deutschen Mitarbeit im ERP v. 5. 8. 1948. Verf. war der Direktor des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Gerhard Fürst. Die Aufzeichnung beruhte auf einer Unterredung mit Schniewind, seinem Stellvertreter Martini und Mangoldt.

Bizone „nicht in der Lage, den Beitrag zum europäischen Wiederaufbau zu leisten, der seinen Wünschen und den Erwartungen der europäischen Nationen und der Vereinigten Staaten entspricht“⁵², war erst nach einigen von BICO durchgesetzten Veränderungen – Erhöhung der Schrottausfuhr, Reduzierung des Kohlenimports und des Zahlungsbilanzdefizits – angenommen worden⁵³. Helmut Meinhold von der Verwaltung für Wirtschaft charakterisierte den Aufbauplan als eine große „Fehlbedarfsliste“, die den künftigen Partnern im Westen allerdings Rückschlüsse darauf erlaube, welche Auswirkungen die Unterschreitung der Planziele „nicht nur für den westdeutschen, sondern in viel größerem Maße noch für den westeuropäischen wirtschaftlichen Wiederaufbau“ haben müsse⁵⁴. Die zweite Gelegenheit bot sich mit dem „Long-Term-Program“ der Bizone. Mit diesem Programm, das im November 1948 in Paris vorgelegt wurde, gelang es immerhin schon, den Anspruch Westdeutschlands auf eine baldige „Rückkehr zum Weltmarkt“ anzumelden: Wenn Schniewind rückblickend „mit Befriedigung“ registrierte, daß die für 1953 geplante westdeutsche Exportziffer in Höhe von 2,8 Mrd. Dollar „bei den Beratungen der OEEC zunächst mit gewisser Überraschung zur Kenntnis genommen, dann aber als folgerichtig anerkannt worden“ sei⁵⁵, war dies allerdings eine beschönigende Umschreibung der tatsächlichen Aufregung, die das Programm hervorgerufen hatte. So warnte beispielsweise der Präsident des Board of Trade vor einem „Frontalangriff“ auf die britischen Exportinteressen und einem Wiederaufleben der deutschen Konkurrenz. Gleichzeitig erinnerte er an die Möglichkeiten und Pflichten als Besatzungsmacht, die eigene Industrie zu schützen und der Bizone, „solange noch Zeit dazu“ sei, ein selbstgenügsameres und bescheideneres Programm zu verordnen⁵⁶. Dies lehnte ein Beamter des Foreign Office zwar unter Hinweis auf zu erwartende Probleme mit den Amerikanern ab, doch war auch er sich der „grundsätzlichen Schwierigkeit“ bewußt, die eigene Rekonstruktionspolitik und den Wiederaufbau Westdeutschlands in Einklang zu bringen⁵⁷.

Der Langzeitplan bis 1952/53, um den es in Paris und in den Regierungszentralen der OEEC-Länder soviel Aufregung gab, basierte auf einem von deutschen Experten vorgelegten Entwurf, war aber von BICO in einigen Punkten verändert worden⁵⁸. Die – wie sich zeigen sollte – brisanteste Veränderung bestand in der Heraufsetzung des Exportvolumens von 2,4 auf 2,8 Mrd. Dollar. Diese Zahl wurde nach Berichten deutscher Sachverständiger in Paris als „geradezu sensationell“ emp-

⁵² BANL Pünder, 704: Pünder an BICO v. 13. 4. 1948.

⁵³ Vgl. dazu Parlamentsarchiv, Bestand 2/605: Niederschrift 4. Nichtöffentliche Sitzung des Länderrates am 14./15. 4. 1948; AVBRD 4, S. 413–415, 448–449.

⁵⁴ Helmut Meinhold, Aufbauplan 1948/49, in: Wirtschaftsverwaltung 1 (1948), Heft 3, S. 28–38, hier S. 38.

⁵⁵ BANL Pünder, 704: Allgemeiner Bericht über den Marshall-Plan für 1948 v. 7. 1. 1949.

⁵⁶ PRO FO 371/70737/CE 3479: Long-Term Programme of the Bizone of Germany. Memorandum by the President of the Board of Trade, 23. 11. 1948.

⁵⁷ Ebenda, CE 3625: Minute Nicholls v. 6. 12. 1948.

⁵⁸ Vgl. BA Z 14,124: Vermerk Meinhold v. 30. 9. 1948.

funden: „Die Überraschung darüber, daß Westdeutschland in einem derartigen Ausmaß wieder wirtschaftlich aktiv zu werden plant, war allgemein.“⁵⁹ Auf deutscher Seite war man freilich höchst unsicher, ob der von BICO eingeschlagene Weg der richtige war: Sollte die unter der Obhut der Militärregierung begonnene Politik, „die Umwelt an das zur Lebensfähigkeit Westdeutschlands erforderliche Ausmaß des Außenhandels zu gewöhnen“, fortgesetzt werden, oder sollte eine vorsichtiger Gangart gewählt werden, um eine „gefährliche Schockwirkung und Gegenmaßnahmen der Konkurrenz“ zu vermeiden? Manche Stimmen rieten von der Verkündung von „unnötig erschreckenden Zielen“ ab, um die Diskussion vom politischen auf das wirtschaftliche Feld zu verschieben und Zeit zu gewinnen, bis die westdeutsche Wirtschaft kräftig genug war, den befürchteten Gegenmaßnahmen zu begegnen. Andere, weniger zimperlich, waren davon überzeugt, daß „die prononzierte Betonung des deutschen Wiederaufstiegs bewußter Gegenstand der amerikanischen Außenpolitik“ sei und hielten es für „völlig unmöglich“, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. Diese Kreise schätzten die hohe Exportziffer wegen ihrer „außerordentlichen, sozusagen erzieherischen Wirkung“, weil sie „allen Ländern die Notwendigkeit klar machte, die Bizone als einen äußerst gewichtigen Konkurrenten“ auf den Weltmärkten anzuerkennen⁶⁰.

Bei allen Differenzen in taktischen Fragen herrschte über die einzuschlagende Strategie Konsens: Im Bewußtsein der überragenden Bedeutung Westdeutschlands als Lieferant und Käufer sollten eigene Interessen auch gegen den möglichen Widerstand in den westeuropäischen Nachbarländern verwirklicht werden. Daß die Westdeutschen ihre Interessen in Paris vorerst noch nicht selbst vertreten konnten, war unter dem Gesichtspunkt der Durchsetzungsfähigkeit eher von Vorteil. Auch daß sie nicht mit allen Wünschen und Vorschlägen bei den Besatzungsbehörden durchgedrungen waren, war zu verschmerzen, bedeutete es doch für die „ganze zukünftige Arbeit ein außergewöhnliches Aktivum, daß sich die Militärregierung durch diesen nunmehr offiziell vorgelegten Plan in einer Reihe äußerst grundsätzlicher Fragen weitgehend“ im Sinne der westdeutschen Vorstellungen festgelegt habe. Weniger spektakulär, für den schrittweisen Erwerb außenpolitischer Kompetenzen aber nicht minder bedeutsam war schließlich, daß Ende Oktober alle Delegationsmitglieder einen vom französischen Außenministerium ausgestellten Paß erhielten, mit dem sie den Mitgliedern einer herkömmlichen diplomatischen Mission gleichgestellt waren⁶¹.

⁵⁹ Ebenda: Bericht über die Wirkungen des Bizonen-Außenhandelsprogrammes 1952/53 in Paris, Verf. Helmut Meinhold; dort auch die folgenden Zitate.

⁶⁰ Ebenda: Bericht über die Reise nach Paris am 5.–7. 11. 1948, Verf. Günter Keiser; dort auch das folgende Zitat.

⁶¹ Vgl. BA Z 14,47: Wochenbericht der Bizonalen Delegation v. 25.–30. 10. 1948.

III.

1949 wurde zum Geburtsjahr der ersten offiziellen westdeutschen Auslandsvertretung nach Ende des Krieges. Schon im Frühjahr mehrten sich die Anzeichen, daß die Alliierten gewillt waren, die Aufgaben der Pariser Delegation allmählich vollständig auf deutsches Personal zu übertragen⁶². Die Initiative lag dabei eindeutig auf amerikanischer Seite. Die deutschen Kandidaten hatten ein teilweise kompliziertes und nicht in allen Fällen erfolgreiches „screening“ zu überstehen⁶³. Neben der fachlichen Qualifikation und guten Fremdsprachenkenntnissen kam es auch auf die Fähigkeit an, in international besetzten Gremien mitarbeiten zu können; wichtigstes Kriterium war allerdings immer noch, daß der Bewerber politisch unbelastet war. Der völkerrechtliche Status einer solchen Vertretung – zu einem Zeitpunkt, als es noch keine Bundesregierung gab – bereitete auf deutscher Seite einiges Kopfzerbrechen; man behalf sich schließlich mit dem Vergleich, daß „das Mündel im Auftrag des Vormunds für sich selbst handele“⁶⁴. Der deutsche „Chefdelegierte“, von Mangoldt, sondierte bereits behutsam die Einstellungen der OEEC-Partner zu einer eigenständigen Mission. Da die Besatzungsmächte allem Anschein nach die Pflege der auswärtigen Beziehungen für sich reservieren wollten, interessierte ihn vor allem die Frage, ob es sich um eine politische oder eine wirtschaftliche Vertretung handeln sollte. Seine Gesprächspartner entschieden sich ausnahmslos für die zweite Möglichkeit und hielten es durchaus für denkbar, daß deutsche Repräsentanten trotz der Bestimmungen des Besatzungsstatuts zu einem recht frühen Zeitpunkt die Vertretung bei der OEEC selbst übernehmen würden. Mangoldt riet freilich davon ab, die Entwicklung „über Gebühr zu beschleunigen“, da die internationale Situation für die Deutschen „zweifelloso noch keine leichte“ sei⁶⁵. Mit dieser Einschätzung hatte er sicherlich recht, auch wenn es britische und amerikanische Diplomaten und Besatzungsoffiziere nicht an Unterstützung fehlen ließen.

Welche Probleme die Eingliederung immer noch bereitete, zeigte sich, als im Frühjahr 1949 anlässlich der Neuwahl der Mitglieder des OEEC-Exekutivkomitees auch die Aufnahme Westdeutschlands zur Diskussion stand. Die Einstellung der britischen Militärregierung in dieser Frage war im Prinzip positiv. Für Robertson war ein Sitz in diesem Gremium – und zwar für einen Deutschen – angesichts der großen Bedeutung der Westzonen nur „logisch“. Da die Mitglieder des Exekutivkomitees normalerweise auch in der neugegründeten, aus Ministern zusammengesetzten Konsultativgruppe vertreten waren, befürchtete er aber gewisse Schwierigkeiten: Sobald es einem Deutschen erlaubt sei, einen Platz in diesem Komitee einzunehmen, rechnete er damit, „daß die alliierte Kontrolle nicht nur des Außenhandels, sondern sogar der auswärtigen Beziehungen rasch dahinschwinden“ werde. Hätten

⁶² Vgl. dazu IfZ-Archiv, Bestand MF 260, 11/100-2/4-5.

⁶³ Einige Beispiele ebenda, 11/100-2/2.

⁶⁴ BA Z 14,9: Niederschrift Sitzung ERP-Ausschuß v. 20. 4. 1949.

⁶⁵ BA Z 14,106, Bl. 184: Vermerk Schniewind v. 2. 3. 1949.

sich die anderen Teilnehmer erst an den direkten Verkehr gewöhnt, würden manche von ihnen feststellen, daß sie eine deutsche, nicht eine alliierte Stellungnahme hören wollten; überdies könne ein deutscher Vertreter kaum daran gehindert werden, „in Verbindung mit wirtschaftlichen Angelegenheiten alle möglichen weitreichenden politischen Fragen aufzuwerfen“. Aus diesen Gründen plädierte er zunächst im Fall der Konsultativgruppe für eine Repräsentation durch die Militärgouverneure⁶⁶. Das Foreign Office teilte im großen und ganzen Robertsons Auffassung, hielt es aber angesichts des noch nicht absehbaren Termins der Regierungsbildung und der Komplikationen, die durch einen deutschen Sprecher im Exekutivkomitee und einen alliierten in der Konsultativgruppe möglicherweise hervorgerufen werden könnten, für klüger, den deutschen Beitritt um ein Jahr zu verschieben⁶⁷.

Nach dieser Entscheidung mußte von Mangoldt seine Hoffnung begraben, daß die Alliierten auch im Exekutivkomitee als Wegbereiter agieren könnten: Es würde die spätere Vertretung deutscher Interessen wesentlich erleichtern, so hatte er an seine Stammbehörde berichtet, „wenn die Herren der Militärregierung den deutschen Sitz im Executive Committee schon eine Weile selbst wahrgenommen haben“⁶⁸. Offensichtlich sahen die Deutschen in Paris der Übernahme der Verantwortung mit durchaus gemischten Gefühlen entgegen. Daß sie sich nicht mit gleichem Nachdruck würden in Szene setzen können wie der erste Leiter der bizonalen Delegation, der Amerikaner Robert Trier, dem ein Mitarbeiter des Foreign Office eine „eiserne Faust“ attestierte⁶⁹, verstand sich von selbst. Zwar waren die alliierten Sprecher in der Routinearbeit der OEEC nicht sonderlich in Erscheinung getreten, doch in „kritischen“ Situationen – etwa bei der Verteidigung der Aufbaupläne oder des Langzeitplans – war ihr Einsatz stets ausschlaggebend gewesen. Im Zuge der schrittweisen Übernahme der Dienstgeschäfte sollten nun die Jahresprogramme nicht nur ausschließlich von deutschen Stellen vorbereitet, sondern vor den OEEC-Instanzen auch selbst verteidigt werden. Der Wirtschaftsberater des britischen Militärgouverneurs, Sir Cecil Weir, registrierte angesichts dieser Entwicklung bei den Deutschen „ein wachsendes Bewußtsein“ ihrer Verantwortung: „Sie neigten dazu, die ERP-Programme auf die leichte Schulter zu nehmen, aber nun sind sie bemüht zu lernen und suchen, öfter als früher, Rat und Hilfe bei unseren Leuten in Frankfurt.“⁷⁰ Anlässlich der Prüfung des revidierten Langzeitplans im OEEC-Handelskomitee im Mai 1949 hatten die Deutschen Premiere. Abgesehen von einem einführenden Statement des amerikanischen Delegationsleiters lagen Präsentation und Verteidigung allein in den Händen von Mangoldts und zweier Sachverständiger aus den Verwaltungen für Wirtschaft sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Keiser und Häfner; für die französische Zone sprachen hingegen französische

⁶⁶ PRO FO 371/76937/CE 939: Robertson an Kirkpatrick v. 23.2. 1949 (Übers. d. Verf.).

⁶⁷ Ebenda: Foreign Office an Robertson v. 16.3. 1949.

⁶⁸ BA Z 14,48: v. Mangoldt an Martini v. 7.3. 1949.

⁶⁹ PRO FO 371/76937: Minute Titchener betr. Reputation der Bizonalen Delegation.

⁷⁰ Ebenda, CE 1972: Weir an Nicholls v. 3.5. 1949.

Repräsentanten. Der Auftakt verlief zumindest aus britischer Sicht nicht ganz wunschgemäß. Trotz der Einwände anderer Delegationen gegen ein nach ihrer Ansicht zu optimistisches Investitionsprogramm und eine unrealistische Einschätzung der Entwicklung der *terms of trade* hielten die Vertreter der Bizone an ihrem Plan fest und begründeten dies u. a. mit dem Hinweis, den Deutschen könne kein deutlich unter dem Niveau der Nachbarländer liegender Lebensstandard zugemutet werden. Als Folge dieser Erklärung konstatierte die britische OEEC-Delegation eine deutliche Irritation auf seiten der übrigen Teilnehmer und eine merkliche Abkühlung des allgemeinen Klimas im Komitee⁷¹. Zumindest indirekt bestätigte auch von Mangoldt diesen Eindruck, da er mit dem ersten deutschen Auftritt sehr unzufrieden war⁷².

Die nächste Gelegenheit, Boden wieder gutzumachen, bot sich bei der Präsentation des Aufbauplans 1949/50 im Programm-Komitee. Die Aussichten waren jedoch von vornherein ungünstig, hatte doch schon der erste bizonale Entwurf britische Fachleute zu geharnischter Kritik veranlaßt. Neben der völligen Fehleinschätzung der westdeutschen Situation hatten sie vor allem die Klagen über die Ungerechtigkeiten der Militärregierung im allgemeinen und der Joint-Export-Import-Agency (JEIA) im besonderen so sehr gestört, daß der Vorschlag aufkam, die Autoren ausfindig zu machen und ihnen „eine kräftige Abreibung zu verpassen“⁷³. Im Gegensatz zu der im großen und ganzen überzeugenden Vorstellung der deutschen Experten bei der Verteidigung des Berichts über die innere finanzielle Stabilität einen Tag zuvor, zogen sie sich denn auch bei der Präsentation des Aufbauplans am 23. Juni 1949 mehr schlecht als recht aus der Affäre. Ein Beobachter der ERP Branch des Zweimächte-Kontrollamts konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß „nicht sehr intensiv“ über eine Reihe von Problemen nachgedacht worden sei; im übrigen vertraute er darauf, daß spätestens eine Verringerung der ERP-Zuteilung die Deutschen von der Notwendigkeit überzeugen werde, hochkarätige Leute nach Paris zu schicken⁷⁴.

Die Erfahrungen im Zusammenhang mit den ersten einigermaßen selbständigen Gehversuchen der deutschen Mitglieder der bizonalen Delegation riefen vor allem bei den britischen Planern und Diplomaten Unsicherheit über den künftigen Kurs hervor. Während manche immer weniger geneigt waren, für die Deutschen den Kopf hinzuhalten, und auf die heilsame Wirkung peinlicher Auftritte vertrauten, warnten andere vor den Risiken einer inadäquaten Interessenvertretung. Da eine Kehrtwendung ohne Gesichtsverlust für alle Beteiligten kaum mehr möglich schien, entschied sich BICO für eine vorsichtige Fortsetzung des bisherigen Kurses der sukzessiven Überleitung der Verantwortlichkeiten. Vorsicht war auch die oberste Devise

⁷¹ Vgl. dazu ebenda, CE 2058–2060, 2063 mit div. Telegrammen der brit. Delegation an das Foreign Office.

⁷² BA Z 14, 106, Bl. 115/116: v. Mangoldt an Martini v. 13. 5. 1949.

⁷³ PRO, FO 371/76990/CE 1818: Frankfurt an FO v. 23. 4. 1949.

⁷⁴ Ebenda, CE 2934: ERP Branch/BICO, ERP Situation Report No. 9 v. 29. 6. 1949.

der Deutschen in Paris, die sich keineswegs um die „Alleinvertretung“ rissen, zumindest solange die letzte Entscheidung den Alliierten vorbehalten blieb. Gerade in den Fällen, in denen die Bizone die Programme anderer Länder zu examinieren hatte, plädierte ein Mitarbeiter des Marshallplanbüros dafür, „im Hinblick auf die Gesamtsituation . . . deutscherseits größte Zurückhaltung zu üben“⁷⁵.

Dem Wunsch angloamerikanischer Stellen nach einer spürbaren Aufstockung des deutschen Personalbestands konnten sich die Verantwortlichen in Frankfurt und Paris jedoch schlechterdings nicht entziehen. Dieser Auftrag wurde sogar noch ausgeweitet, als das Zweimächte-Kontrollamt – parallel zu den Aktivitäten im Zusammenhang mit der Pariser Vertretung – Pünder aufforderte, unverzüglich Vorbereitungen für die Übernahme der Verantwortlichkeiten der Washingtoner Mission bei der ECA zu treffen⁷⁶. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Vertretung der Bizone – es handelte sich vor allem um die administrative Abwicklung der Marshallplan-Lieferungen an Westdeutschland – von einer sogenannten ERP-Gruppe innerhalb des US-Heeresministeriums wahrgenommen worden; die übrigen Länder unterhielten entweder eine Einkaufsmision in den USA, oder sie brachten ihre Anliegen durch den Handelssekretär der jeweiligen Gesandtschaft vor. Zum interimistischen Leiter der geplanten eigenen ECA-Mission wurde der Schweinfurter Industrielle Eduard Schneider bestellt, der über langjährige Auslandserfahrungen verfügte. Eine Vorausgruppe, bestehend aus ihm und drei Mitarbeitern, reiste im Juni nach Washington, um sich in die neuen Aufgaben einweisen zu lassen⁷⁷.

Der gleichzeitige Aufbau der Pariser und der Washingtoner Vertretungen bedeutete angesichts des ohnehin kleinen Reservoirs an geeigneten Kandidaten eine zusätzliche Erschwernis. Bei der Auswahl des Personals für den Außenposten in Washington hatten Schniewind und seine Mitarbeiter schon weniger Glück als im Falle der OEEC-Delegation, wenngleich die letzte Verantwortung auch hier bei der Militärregierung gelegen hatte: Bereits ein Vierteljahr nach Aufnahme der Tätigkeit kamen Klagen über nazifreundliche Äußerungen sogar des vorläufigen Leiters der Delegation⁷⁸. Aber auch einige der Kandidaten für die bizonale Delegation in Paris gerieten unter Beschuß, allen voran der frühere Botschaftsrat in Stockholm und spätere Botschafter in Kanada und Brasilien, Werner Dankwort. Alliierte Beobachter hielten ihm zwar zugute, daß er kein „fanatischer Nazi“ gewesen sei, befürchteten aber aufgrund seiner früheren Position dennoch kritische Reaktionen in der westlichen Öffentlichkeit⁷⁹. Am besten schnitt, neben von Mangoldt, der als Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung vorgesehene damalige Oberregierungsrat im bayerischen Wirtschaftsministerium und gelernte Volkswirt Otmar Emminger ab⁸⁰. Das

⁷⁵ BA Z 14,106, Bl. 109–111: Bericht Dumke v. 20. 5. 1949.

⁷⁶ Vgl. BA Z 14,92: Vermerk 4. 11. 1949.

⁷⁷ Ebenda: Mangoldt an Rieck v. 13. 12. 1948; Martini an Schneider v. 2. 6. 1949.

⁷⁸ Ebenda: Aktennotiz Hummelsheim v. 9. 9. 1949.

⁷⁹ Vgl. PRO FO 371/76937 mit div. Belegen.

⁸⁰ Ebenda /76938: Bizonal Delegation to OEEC, Report No. 47. Emminger machte später Karriere bei der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank, deren Präsident er 1977 wurde.

Aufgabenspektrum der künftigen OEEC-Vertretung drückte sich auch in der geplanten Personalausstattung aus: Neben von Mangoldt waren ein Stellvertreter, zwei volkswirtschaftliche Mitarbeiter, ein Spezialist für Fragen des Zahlungsverkehrs sowie eine Reihe von Büro- und Hilfskräften vorgesehen. Die Delegation in Washington war ähnlich konzipiert⁸¹.

Um den deutschen Stellen die Tragweite der personellen Entscheidungen zu verdeutlichen, machte ein Vertreter von BICO mit Nachdruck darauf aufmerksam, es sei „das erste Mal nach diesem Kriege, daß deutsche amtliche Vertreter im Auslande bestellt werden“; es komme daher vor allem darauf an, daß die Deutschen „einen guten Eindruck“ machten.⁸² Auf deutscher Seite sah man indessen – trotz gelegentlicher Gerüchte über massive alliierte Beanstandungen – keine Veranlassung zu einer Änderung der bisherigen Personalpolitik: von Mangoldt hatte schließlich sogar von dem britischen Militärgouverneur Robertson gute Noten bekommen⁸³, und die Fehlentscheidung im Falle des Leiters der ECA-Vertretung ließ sich wegen des auf ein halbes Jahr befristeten Dienstvertrages geräuschlos korrigieren. Lediglich die Aufgaben wurden unter den deutschen Mitgliedern der Pariser Delegation, die ja schon über ein Jahr arbeitete, neu verteilt, um die Überleitung ohne größere Unterbrechungen bewerkstelligen zu können. Die anfallenden Arbeiten waren meist rein technisch-organisatorischer Art und erstreckten sich von der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen der OEEC-Ausschüsse über die Betreuung der nach Paris entsandten Sachverständigen, den Schriftwechsel mit der OEEC, mit BICO und dem Marshallplan-Büro, die Abfassung der Wochenberichte an die Militärregierung und an den Berater für den Marshallplan, die Aufstellung des Wochenplanes bis zur Pflege der Pressekontakte⁸⁴. Mangoldt versuchte offenbar, sich aus der täglichen Routinearbeit herauszuhalten, um genügend Zeit für „diplomatische“ Aktivitäten zu haben. Konzeptionelle Überlegungen zur westdeutschen Außenpolitik waren, wenn überhaupt, von ihm zu erwarten; seine Mitarbeiter waren bis über beide Ohren mit technisch-organisatorischen Aufgaben eingedeckt.

Anders als 1948 fand jedoch im Herbst 1949 auf der Ebene der maßgeblichen deutschen Akteure keine neue „Strategiediskussion“ statt. Bei der damals in politischen und wirtschaftlichen Kreisen weitverbreiteten Einsicht, daß „der Marshallplan im Augenblick in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht das Gebilde ist, von dem der größte Einfluß auf Existenz und Zielrichtung der westdeutschen Bundesrepublik ausgeht“⁸⁵, ist das wohl nicht einmal verwunderlich. Grundsätzliche Alternativen standen ohnehin nicht mehr zur Debatte; die Erwartung der amerikanischen Regierung an die künftige Bundesregierung, daß „Westdeutschland sich zum Vor-

⁸¹ BA Z 14,8: Vermerk interfraktionelle Sitzung ERP v. 23. 5. 1949.

⁸² AVBRD 5, S. 575.

⁸³ Ebenda, S. 901.

⁸⁴ BA Z 14,75: Mangoldt an Martini v. 26. 7. 1949.

⁸⁵ BA Z 14,99: Aufzeichnung Martini betr. Errichtung eines Bundesministeriums für den Marshallplan v. 26. 9. 1949.

kämpfer einer wahrhaft europäischen Wirtschaft machen“ werde⁸⁶, verdeutlichte dies nur aufs neue. Ohne diese Orientierung in Frage zu stellen, wurden jedoch unterhalb der deutschen „Chefetage“ auch ganz andere, weniger bescheidende Überlegungen angestellt.

Bereits im August hatte der eingangs erwähnte Eugen Budde in einem Memorandum ein offen „revisionspolitisches“ Programm entworfen. Am 21. September antwortete ihm sein – zeitweiliger – ehemaliger Vorgesetzter Gerhard Köpke, der seit 1923 die Westeuropa-Abteilung geleitet und von 1929 bis 1935 als stellvertretender Staatssekretär dem Auswärtigen Amt angehört hatte⁸⁷. Budde verband mit der gleichberechtigten Einbeziehung Westdeutschlands in das ERP die Erwartung, daß damit die große „Revisionsplattform“ geschaffen werde, „von der aus den politischen und wirtschaftlichen Niederhaltungsbestrebungen besonders Frankreichs und Großbritanniens systematisch entgegengearbeitet“ werden könne. Besonders bedeutsam „für die deutsche Revisionspolitik“ erschien ihm, daß „die Arbeit in und mit der OEEC in Paris nicht als . . . Fortsetzungsakt der bisherigen Militärgouverneurs-Vormundschaft in Marshallplanfragen“ aufgenommen werde. Deshalb sollten auch alle deutschen Bemühungen in der Frage der Beitrittsmodalitäten mit dem Amerikaner McCloy in seiner Funktion als ECA-Sonderbeauftragter für Westdeutschland – und nicht in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Hoher Kommissar – abgestimmt werden. Köpke sprach seinem früheren Mitarbeiter seine „vorbehaltlose Anerkennung“ aus, empfahl allerdings, die „Revisionsbestrebungen im augenblicklichen Stadium keinesfalls in den Vordergrund treten zu lassen“. Im Unterschied zur Revisionspolitik Weimarer Prägung konzentrierten freilich beide ihre Überlegungen auf den Westen und trugen damit den veränderten internationalen Gegebenheiten immerhin Rechnung: „Auch ohne eine enge Bindung an die USA als Deutschlands Schutzmacht“, so räumte Köpke ein, „wäre ja doch eine von Unbelehrbaren immer noch erhoffte ‚Rapallopolitik‘ im alten Sinne für Deutschland sowieso ausgeschlossen.“

Waren dies nun lediglich Gedankenspielerereien zweier ehemaliger Diplomaten, die in alten Erinnerungen schwelgten? Oder sprachen beide nur offen aus, was die verantwortlichen deutschen Politiker insgeheim dachten? Ein Urteil darüber fällt nicht leicht. Immerhin scheinen auch Pünder und Personen aus seiner Umgebung mit solchen Ideen sympathisiert zu haben; sein Mitarbeiter Johannes von Elmenau sprach beispielsweise im Zusammenhang mit Überlegungen zur Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums für zwischenstaatliche Angelegenheiten davon, daß „die deutsche Handelspolitik künftig in stärkerem Maße als sie es bisher sein konnte, ein Mittel der deutschen Gesamtpolitik – besonders auch der Außenpolitik – sein“

⁸⁶ BA Z 14,5: Vermerk Martini v. 20. 8. 1949.

⁸⁷ BA B 146, 1113: Vermerk Budde v. 12. 10. 1949; Stellungnahme Köpke (Abschrift) v. 21. 9. 1949. Das Memorandum Buddes v. 8. 8. 1949 ist in der Akte nicht enthalten; wörtliche Zitate daraus sind jedoch in der Stellungnahme Köpkes enthalten.

müsse⁸⁸. Inwieweit auch „Newcomer“ wie Blücher und Erhard sich mit Instrumentalisierungsabsichten nach Weimarer Muster trugen, muß offenbleiben. Öffentlich äußerten sie sich erwartungsgemäß vorsichtig. Und für die deutschen Beamten in Frankfurt und Paris standen erst einmal vordringlichere Probleme auf der Tagesordnung.

Wichtiger als die Formulierung einer genuin westdeutschen Außenpolitik, die zunächst ohnehin nur auf dem Papier gestanden hätte, war für das Marshallplan-Büro und von Mangoldt nämlich die Regelung praktischer Probleme: Vor allem mußte ein *modus vivendi* für den Geschäftsverkehr in der Zeit zwischen der Auflösung von BICO im September 1949 und der für Ende Oktober geplanten offiziellen Aufnahme der Bundesrepublik in die OEEC gefunden werden. Nachdem bereits seit Juli alliiertes Personal nach und nach durch deutsches ersetzt worden war, einigte man sich Ende September darauf, daß Sitzungen der technischen Komitees der OEEC fortan nur noch von deutschen Delegierten besucht werden sollten; Erklärungen an die OEEC konnten nunmehr direkt dem deutschen Teil der ständigen Vertretung übersandt werden, allerdings sollte die Übergabe erst erfolgen, wenn die Hohe Kommission dem alliierten „Rest“ der Delegation ihr Einverständnis mitgeteilt hatte⁸⁹. Dieser gleitende, sich über ein halbes Jahr hinziehende Übergang der Verantwortlichkeiten von amerikanischen und britischen auf deutsche Vertreter stellt eine zusätzliche Erklärung für den Verzicht auf eine erneute außenpolitische Positionsbestimmung vor der Aufnahme der Bundesrepublik dar.

Ein weiteres organisatorisches Problem war die angemessene Unterbringung der künftigen deutschen Delegation. Die Bizonale Delegation hatte im Hotel residiert, doch erschien von Mangoldt diese Lösung als nicht ausreichend und zu kostspielig. Der Rückgriff auf ehemaligen Grundbesitz des Deutschen Reiches in Paris, den er zunächst erwogen hatte, erschien ihm doch noch verfrüht, den Einzug in die ehemalige Botschaft hielt er „psychologisch nicht für richtig.“ Die Wahl fiel deshalb auf ein Objekt in der Rue Léonard de Vinci⁹⁰.

Schließlich waren noch die Modalitäten bei der Aufnahme der Bundesrepublik zu klären. Zunächst entspann sich zwischen den Besatzungsmächten, der ECA und der OEEC eine intensive Diskussion über die Form, in der sich die künftige Bundesregierung der Pariser Organisation anschließen sollte⁹¹. Die Alternativen lauteten „Beitritt“ oder „Nachfolge“. Was auf den ersten Blick nach einer formaljuristischen Spitzfindigkeit aussieht, hatte nicht nur aus deutscher, sondern auch aus alliierter Sicht weitreichende Implikationen: „Im großen und ganzen“, so begründete ein Beamter des Foreign Office seine Entscheidung für das Nachfolgekonzept, „dürfte es für uns von Vorteil sein, daß die neue deutsche Regierung von den Militärgouverneuren im Namen Westdeutschlands bereits akzeptierte Verpflichtungen übernimmt

⁸⁸ BA NL Pünder, 718: Vermerk v. Elmenau v. 31. 8. 1949.

⁸⁹ Vgl. BA Z 14,99: Aktennotiz v. Mangoldt v. 29. 9. 1949; Aktennotiz Sachs v. 30. 9. 1949.

⁹⁰ Vgl. BA Z 14,79: v. Mangoldt an Martini v. 12. 5. 1949. Weitere Belege ebenda.

⁹¹ Div. Belege in PRO FO 371/76937. Das folgende Zitat CE 3804: FO an Frankfurt v. 7. 9. 1949.

anstatt möglicherweise ermutigt zu werden, einen neuen Anfang zu wagen.“ Da auch der Quai d'Orsay diesem Verfahren den Vorzug gab, war diese Frage rasch entschieden. Zu klären war nun noch der äußere Rahmen der Aufnahme-prozedur. Die deutschen Vertreter in Paris sprachen sich dafür aus, diesen Schritt während einer Ratssitzung der OEEC zu vollziehen. Da sich die französische Regierung nach anfänglichem Zögern mit dieser „feierlichen Form“ einverstanden erklärte, konnte dem Prestigebedürfnis des neuen Staates sogleich Genüge getan werden. Französische Überlegungen, nach denen zunächst ein Repräsentant der Alliierten Hohen Kommission den „deutschen“ Sitz einnehmen sollte, um dann, nach einer kurzen Unterbrechung, dem neuen, nunmehr deutschen Ratsmitglied Platz zu machen, wurden schließlich ebenfalls fallen gelassen. Daß überdies ECA-Administrator Paul Hoffman am gleichen Tag seine berühmt gewordene „Integrations“-Rede hielt, war vermutlich auch als Geste gegenüber dem neuen Mitglied gedacht⁹².

Nachdem die deutsche Delegation in Washington bereits Anfang Oktober 1949 offiziell ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, folgte die Vertretung in Paris zeitgleich mit dem deutschen OEEC-Beitritt am 31. Oktober nach. Sir Oliver Harvey, der Leiter der britischen Delegation, lobte das „angemessene Verhalten“ Franz Blüchers, der als Repräsentant der Bundesregierung und Minister für den Marshallplan den Beitritt vollzogen hatte, konnte sich aber einen kleinen Seitenhieb gegen die „kraftvoll-romantische“ neue Kodeadresse „Germania, Paris“ nicht verkneifen. Daß der erste Auftritt eines bundesrepublikanischen Ministers auf einer internationalen Konferenz nach Kriegsende positiv aufgenommen wurde, war sicherlich auch dem guten Ruf zu verdanken, den Blücher im Foreign Office genoß⁹³. Auch von Mangoldt hob wenige Tage später „die herzliche Atmosphäre hervor, in der das erste internationale Auftreten Deutschlands nach dem Kriege vor sich ging“, und lobte die Amerikaner, die sich „große Mühe gegeben (haben), Deutschlands Eintritt mit der größten Publizität zu umgeben“⁹⁴. Blücher, der mit dem Bekenntnis, er sei nach Paris gekommen, „um zu lernen und nicht, um andere zu belehren“⁹⁵, als Wortführer einer neuen deutschen Bescheidenheit gegläntzt hatte, schärfte seinen Mitarbeitern „die Wichtigkeit des richtigen persönlichen Auftretens deutscher Vertreter im Ausland“ ein. Notwendig sei vor allem „liebenswürdige Bescheidenheit“. Auch von Maltzan, der Leiter der Außenhandelsabteilung im Bundeswirtschaftsministerium, unterstrich den „beispielhaft glatten Verlauf des deutschen Eintritts in die OEEC,

⁹² Vgl. BAZ 14,48: Emminger an Martini v. 14. 9. 1949. Zur Rede Hoffmans vgl. Ernst H. van der Beugel, *From Marshall Aid to Atlantic Partnership. European Integration as a Concern of American Foreign Policy*, Amsterdam u. a. 1966, S. 178–187; zu den französischen Vorstellungen vgl. AOFAA, Aff. Ecofin, Caisse 2, Paquet 3000 F: Note pour le Président v. 22. 10. 1949.

⁹³ PRO, FO 371/76940/CE 4611: Harvey an FO v. 31. 10. 1949; FO 371/76939/CE 4702: „First attendance of a German minister at an OEEC Council Meeting“ v. 27. 10. 1949.

⁹⁴ BA NL Blücher, 289: Protokoll der Sitzung mit Bundesminister Blücher v. 9. 11. 1949; dort, falls nicht anders vermerkt, auch die folgenden Zitate.

⁹⁵ Zit. n. Die Welt v. 31. 10. 1949: „Die erste Konferenz mit Deutschland“.

der in so erfreulichem Gegensatz zu der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ... gestanden habe“. Die günstige Stimmung in Paris führte er in erster Linie auf den deutschen Beitrag zur Liberalisierung des Handels zurück.

Kaum hatte sich die Runde jedoch einem anderen Tagesordnungspunkt zugewandt, veränderte sich die Tonlage: Zum Problem der weiteren Liberalisierung bemerkte Blücher, daß, nachdem Westdeutschland mit seinen ersten Maßnahmen seinen guten Willen bewiesen habe, „kein Interesse“ daran bestehe, „den guten Schüler zu markieren“. Und im Zusammenhang mit der Diskussion des Programms 1950/51 wies er darauf hin, daß man „an ECA-Befehle nicht gebunden“ sei. Vielmehr verpflichte die „wiedergewonnene staatliche Souveränität“ zu einer „anderen Ausdrucksweise als bisher, Schönfärberei wäre nicht am Platz“. Waren dies nun doch, da der Beitritt vollzogen war, die Umriss einer neuen außenwirtschaftspolitischen oder gar außenpolitischen Linie? Oder waren es nur Profilierungsversuche eines Ministers, der die Existenzberechtigung seines Ministeriums vor sich selbst und seinen Mitarbeitern unter Beweis stellen wollte? Sicherlich spielten beide Faktoren eine Rolle. Ganz so einfach, wie Blücher sich dies vorstellte, war es freilich nicht, aus den Fußspuren von „Uncle Sam“ herauszutreten und eine autonome Politik zu betreiben. Nicht zuletzt die Briten waren keineswegs gewillt, die Delegation der Bundesrepublik in Paris ohne Aufsicht zu lassen. Ihre Bemühungen, eine gemeinsame Front der Besatzungsmächte aufrechtzuerhalten, um der Bundesregierung nicht die Chance des Gegeneinander-Ausspielens zu geben, stieß bei den beiden anderen Mächten jedoch letztlich auf wenig Resonanz⁹⁶. Daß sich die bundesdeutschen Emissäre in Paris dennoch von vornherein keine Illusionen über ihren tatsächlichen Spielraum zu machen brauchten, dafür sorgten nicht allein die alliierten Aufpasser im Hintergrund, sondern auch die politischen Repräsentanten des neuen Staates. Insbesondere Wirtschaftsminister Erhard, der – wenige Tage nach der offiziellen Übernahme der Dienstgeschäfte durch von Mangoldt und seinen Stab – der französischen Regierung einen Besuch abstattete, brachte seine Geringschätzung der OEEC-Arbeit deutlich zum Ausdruck: Abgesehen davon, daß er ihr einziges Auto benutzt habe, so klagte der stellvertretende Delegationsleiter Dankwort einem britischen Kollegen sein Leid, habe er die deutsche Delegation weitgehend ignoriert⁹⁷.

IV.

Als die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OEEC im August 1951, nach dem Aufbau konsularischer und diplomatischer Vertretungen und des Auswärtigen Amtes mittlerweile ihrer außenpolitischen Pionierstellung verlustig gegangen, eine Art Zwischenbilanz zog, hob sie eine Reihe von politischen und wirtschaftli-

⁹⁶ Vgl. dazu PRO FO 371/76940 mit div. Belegen.

⁹⁷ Vgl. ebenda: UK Delegation an FO v. 17. 11. 1949.

chen Verdiensten der OEEC – und damit indirekt auch der bizonalen bzw. deutschen Vertretung – besonders hervor ⁹⁸:

- sie habe dazu beigetragen, den Kontakt mit dem Ausland wiederherzustellen;
- das Klima „ständiger sachlicher Zusammenarbeit“ habe sich als besonders geeignet erwiesen, „die aus der jahrelangen Kriegsatmosphäre herrührenden Antipathien und Vorurteile gegenüber Deutschland Schritt für Schritt zu beseitigen“, das Ausland „an den deutschen Partner wieder zu gewöhnen“;
- sie habe einen großen Anteil am ungewöhnlichen wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik gehabt;
- sie habe durch die Beseitigung der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen mitgeholfen, „der deutschen Ausfuhr den Weg in die europäischen Nachbarländer wieder zu öffnen“.

Auch der Marshallplanminister unterstrich im gleichen Jahr die Bedeutung des deutschen Beitritts: „Die vorbehaltlose Aufnahme und die gleichberechtigte Zusammenarbeit der deutschen Delegation in Paris umschloß nicht nur die de jure und die de facto Anerkennung der jungen deutschen Republik als Subjekt des Völkerrechts, sondern bedeutete implicite auch den ersten Schritt auf dem Wege zur Souveränität des neuen Staatswesens“⁹⁹.

Der Anteil der Delegation in Paris an dieser Entwicklung, welche die Rehabilitation der Deutschen entscheidend beschleunigte, bestand vor allem darin, ein günstiges Klima für die Wiederbelebung bzw. Anbahnung internationaler Kontakte geschaffen zu haben. Sie bereitete einem neuen, demokratischen, integrierten Stil deutscher Außenpolitik den Weg und trug damit maßgeblich dazu bei, die selbstverschuldete Isolierung zu überwinden. Daß es in der Mehrheit diplomatische Neulinge waren ¹⁰⁰, die diese Leistung vollbrachten, verdient Anerkennung, erklärt aber wahrscheinlich auch ihren Erfolg. Bei aller Hochachtung vor dem Pioniergeist der „Männer, die für uns begannen“, sollte freilich nicht in Vergessenheit geraten, daß die Bedeutung des westdeutschen Wirtschaftspotentials für die europäischen Nachbarn und die Vereinigten Staaten viel zu groß war, als daß seine Integration an diplomatischen Ungeschicklichkeiten hätte scheitern können. Ein aktiver Einsatz dieses Potentials als außenpolitisches Instrument war für die westdeutschen „Außenpolitiker“ in diesem frühen Stadium jedoch noch nicht möglich, schon weil entsprechende Kompetenzen fehlten. Hier lag, trotz mancher Parallelen zur Weimarer Republik, ein wesentlicher Unterschied: Anders als damals war Westdeutschland als eigenständiger Machtfaktor zunächst nicht existent. Der Versuch Pünders und anderer von den Weimarer Erfahrungen geprägten Kreise, an die Tradition Stresemanns anzuknüpfen, war deshalb zum Scheitern verurteilt. Realistischer war da

⁹⁸ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Politische Abtlg., 318-02, Bd. 3: Die OEEC und ihre Bedeutung für die Bundesrepublik, bes. S. 24–29.

⁹⁹ Fünfter und sechster Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplanes, erstattet vom Bundesminister für den Marshallplan, Bonn 1951, S. 21.

¹⁰⁰ Vgl. dazu BA Z 14,92: Auszug aus der Süddeutschen Zeitung v. 13. 8. 1949.

schon Erhards Erkenntnis, daß die westdeutsche Handelspolitik „stets nur als Spiegelbild der Gesamtpolitik, vor allem der nach Integration drängenden Kräfte des Westens“, zu verstehen sei¹⁰¹. Die außenpolitischen Standortbestimmungen jener Zeit reflektierten diese Situation durch die Anpassung an die von den USA betriebene Politik der ökonomisch-politischen Integration des Westens. Der Spielraum, der den deutschen „Politikern“ und „Diplomaten“ blieb, war dadurch vorgegeben, und er war äußerst gering. Auch als die Verantwortlichkeiten schrittweise in deutsche Hände übergangen, blieb die letztinstanzliche Entscheidung zunächst den Besatzungsmächten vorbehalten. Eine wirklich eigenständige Außenwirtschafts- oder gar Außenpolitik konnten deshalb weder Pünder noch das Marshallplan-Büro entwickeln und die OEEC-Delegation schon gar nicht – freilich nicht aufgrund eigener Inkompetenz, sondern weil diese Strategie bereits existierte und von der dominierenden westlichen Macht mit einigem Erfolg praktiziert wurde.

¹⁰¹ Ludwig Erhard (Hrsg.), *Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt*, Düsseldorf 1954, S. 41. Vgl. dazu auch Volkhard Laitenberger, *Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker*, Göttingen-Zürich 1986, S. 127–137.

Dokumentation

REINER POMMERIN

DIE MITGLIEDER DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Porträtskizzen des britischen Verbindungsoffiziers
Chaput de Saintonge

Am 1. Juli 1948 überreichten die drei westlichen Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der Westzonen das Dokument Nr. III der „Frankfurter Dokumente“ genannten Schriftstücke, in dem die Grundzüge des Besatzungsstatutes umrissen waren. Es hatte eine Beilage mit folgendem Text: „Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassungsgebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.“¹ Diese Einsetzung von Verbindungsoffizieren, die den Kontakt zwischen den Ministerpräsidenten und dem Parlamentarischen Rat einerseits und den Militärgouverneuren andererseits aufrechterhalten sollten – wobei Beratung natürlich auch Beeinflussung im Sinne der Alliierten hieß –, ging auf Verabredungen zurück, die auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz getroffen worden waren².

Hatten diese Verabredungen ursprünglich ein gemeinsames Auftreten der Verbindungsoffiziere als Gremium auf der Basis von Mehrheitsbeschlüssen vorgesehen, so gelang es der französischen Seite, dies zu ändern³. Auf einer Vorbesprechung⁴ vor

¹ Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1: Vorgeschichte. Bearbeitet von Johannes Volker Wagner, Boppard 1975, Dok. Nr. 5, S. 36.

² Vgl. dazu FRUS 1948, Bd. II, S. 1 ff. – Zum Grad der Beeinflussung vgl. Hans-Jürgen Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse um den Grundgesetzentwurf im Frühjahr 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 393–418.

³ In einer amerikanischen Aufzeichnung zur Sitzung der entsprechenden Political Working Party vom 10. 6. 1948 in Berlin hieß es: „During the Working Party's discussions it developed that the French preferred not to have a committee representing the military governors established to carry out this liaison function, but preferred to maintain such liaison by means of individual representatives. General Clay however insisted that there should not only be a committee but that it should make its decisions by a majority vote. The British agreed with this position but French have reserved their attitude until it can be discussed by three military governors prior to meeting with Ministers-President.“ Murphy an Secretary of State, 10. 6. 1948, in: FRUS 1948, Bd. VI, S. 375 f.

⁴ In einer amerikanischen Aufzeichnung zu dieser Besprechung hieß es: „It was also agreed that the committee of government advisers to remain in liaison with the German Constituent Assembly will not constitute a formal committee but there will be separate representatives of the three military governors. In the event they do not succeed in coordinating their work and indulge in individual lobbying with the Germans, it was decided that in such case the military governors would intervene.“ Murphy an Secretary of State, S. 379.

Überreichung der „Frankfurter Dokumente“, am 30. Juni 1948, konnte General Koenig seine Kollegen Clay und Robertson davon überzeugen, daß es sinnvoller sei, die Verbindungsoffiziere dem Parlamentarischen Rat nicht als Gremium, sondern als Einzelrepräsentanten ihres Militärgouverneurs zu attachieren. Zweifellos hoffte Koenig, damit seinem Verbindungsoffizier bei der Beratung der Ratsmitglieder eine gewisse Unabhängigkeit zu sichern. Konnten die Berater nur als Gremium in Erscheinung treten, so war eine englisch-amerikanische Dominanz unvermeidlich. Im übrigen schienen die Gouverneure gewisse Eigenmächtigkeiten ihrer Verbindungsoffiziere nicht auszuschließen. Für den Fall, daß ihre Verbindungsoffiziere allzu großen persönlichen Einfluß auf die Mitglieder des Parlamentarischen Rates ausübten, behielten sie sich ausdrücklich die eigene Intervention vor.

Als nach längerem Hin und Her – nicht zuletzt aufgrund des Drängens der Verbindungsoffiziere – am 13. August die Entscheidung für Bonn als Tagungsort des Parlamentarischen Rates gefallen war⁵ (noch am 28. Juli hatte der britische Verbindungsoffizier in Frankfurt von der bevorstehenden Entscheidung für die Stadt Karlsruhe nach Berlin berichtet⁶), setzten die Militärgouverneure dort ihren Verbindungsstab ein. Der zuständige regionale Kommandeur in der britischen Besatzungszone, General Bishop, erhielt die Anweisung, für die Verbindungsoffiziere in Bonn eine Unterbringung bereitzustellen, die diesen die angemessene Bewirtung und Betreuung von Gästen, gemeint waren die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, ermögliche⁷. Als britischer Verbindungsoffizier, so konnte Bishop dem Befehl entnehmen, war Chaput de Saintonge vorgesehen.

Rolland Alfred Aimé Chaput de Saintonge, 1912 in Montreal geboren, hatte nach dem Studium an der Syracuse University im Staat New York und der Promotion in Politischer Wissenschaft an der Universität Genf sowie kurzer Lehrtätigkeit an Colleges und Verwaltungstätigkeiten zwischen 1940 und 1946 in der britischen Armee gedient. Von 1946 bis 1948 leitete er im Central Office for Germany and Austria des Foreign Office die G 2-Abteilung. Als zu Beginn des Jahres 1948 das „diplomatische Element“ in der britischen Kontrollkommission in Deutschland durchgehend verstärkt wurde⁸, übernahm Chaput innerhalb der Political Division die Leitung des Governmental Structure Office, das sich mit der Ausgestaltung der westdeutschen

⁵ Zu dieser Frage legt der Verfasser demnächst eine Studie mit dem Titel „Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945“ vor.

⁶ Francomb Frankfurt an Bercomb Berlin, Tel. No. FGCC 53 350, 28.7. 1948, in: FO 1030/88, p. 65 A, PRO London.

⁷ Im Schreiben des Political Adviser der Control Commission for Germany (British Element), C.E. (später Sir Christopher) Steel, an den Gouverneur des Landes Nordrhein-Westfalen, General Bishop, Tel. Nr. BGO 6186, 18.8. 1948, hieß es unter anderem: „In order to ensure that decisions are not taken which might under the London Letter of Guidance jeopardise the approval of the provisional constitution by Military Governors, it has been arranged for the three Liaison Officers to follow the proceedings of the Parliamentary Council. They will need accomodation of a kind to permit modest entertainment. I am sending Chaput de Saintonge, the British Liaison Officer, to visit you on August 20th with a view to these arrangements.“ Ebenda, p. 92 A.

⁸ Vgl. dazu Ulrich Reusch, Die Londoner Institutionen der britischen Deutschlandpolitik

Verfassung und dem Aufbau der künftigen Verwaltung befaßte. Seine Ernennung zum Verbindungsoffizier beim Parlamentarischen Rat war somit nicht überraschend. Nach der Beendigung dieser Tätigkeit im Sommer 1949 wurde Chaput Chef des German Information Department im Foreign Office und verblieb bis 1973 als Diplomat im Staatsdienst. Während seiner Zeit als Verbindungsoffizier in Bonn führte Chaput, wie seine Berichterstattung zeigt, viele Gespräche mit Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, die Arbeit des Gremiums und dessen Mitglieder waren ihm wohlvertraut.

In den Parlamentarischen Rat, in dem neun Parteien vertreten waren, wählten die westdeutschen Landtage und Berlin 70 Vertreter, wobei die Länder (mit Ausnahme Hamburgs) auch Regierungsmitglieder als Abgeordnete entsandten⁹. Chaput porträtierte in seinem Bericht aber nur 61 Ratsmitglieder¹⁰, die fünf Abgeordneten der Stadt Berlin, Jakob Kaiser (CDU), Dr. Hans Reif (FDP) sowie Paul Loebe, Ernst Reuter, Otto Suhr (alle SPD) erwähnte er nicht. Das lag wohl nicht in erster Linie darin begründet, daß diese lediglich „als Gäste mit beratender Stimme“ fungierten¹¹, sondern resultierte wohl eher aus einer gewissen britischen „Verstimmung“. Der Ältestenrat der Stadtverwaltung Berlins hatte die genannten fünf Abgeordneten zunächst mit der Vertretung der Stadt Berlin auf der Eröffnungsfeier des Parlamentarischen Rates beauftragt. Die Wahl dieser Vertreter durch die Stadtverordnetenversammlung aber hatten kommunistische Demonstranten zweimal vereitelt, so daß die Wahl am 6. September nachgeholt werden mußte. In einer während der Konferenz in Niederwald am 31. August stattfindenden Besprechung einer Delegation der Ministerpräsidenten mit den alliierten Verbindungsoffizieren, an der auch Chaput teilnahm, äußerten diese die Auffassung, daß die Zeit „für eine offizielle Vertretung Berlins im Parlamentarischen Rat“¹² noch nicht reif sei. Es bestünden zwar keine Einwände gegen eine Teilnahme der Berliner als Beobachter und Gäste, an den De-

⁹ 1943–1948. Eine behördengeschichtliche Untersuchung, in: Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 100 (1980), S. 421.

⁹ Der Abgeordnete Fritz Löwenthal erklärte am 4. Mai 1949 seinen Austritt aus der SPD-Fraktion und wurde als parteiloses Mitglied im Parlamentarischen Rat geführt. Vgl. dazu Volker Otto, Das Staatsverhältnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf 1971, S. 45 f. – Zu den christlichen Parteien und ihrer Arbeit vgl. Rainer Salzmänn (Bearb.), Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, Stuttgart 1981. – Speziell zu Adenauer vgl. Rudolf Morsey, Die Rolle Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970), S. 62–94. – Vgl. auch Richard Ley, Organisation und Geschäftsordnung des Parlamentarischen Rates, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6 (1975), S. 192–202, hier S. 193.

¹⁰ Allgemeine Angaben über die Mitglieder des Parlamentarischen Rates bei Richard Ley, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Ihre Wahl, Zugehörigkeit zu Parlamenten und Regierungen. Eine Bilanz nach 25 Jahren, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4 (1973), S. 373–391, und Frank R. Pfetsch, Die Gründergeneration der Bundesrepublik. Sozialprofil und politische Orientierung, in: Politische Vierteljahresschrift 27 (1986), S. 237–251.

¹¹ Walter Strauß, Die Arbeit des Parlamentarischen Rates, in: Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 1 (1950), S. 157–173, hier S. 160.

¹² Der Parlamentarische Rat, Dok.Nr. 25, S. 411.

batten sollten sie sich aber nicht beteiligen. Auf den Einwand von deutscher Seite hin, die Berliner könnten, falls sie nicht als Gleichberechtigte teilnehmen dürften, von ihrer Mitwirkung ganz absehen, bestanden die Verbindungsoffiziere nicht mehr auf deren Nichtbeteiligung. Statt dessen empfahlen sie, die Berliner sollten sich in den öffentlichen Verhandlungen politische Zurückhaltung auferlegen.

England und Frankreich hatten wegen des Vier-Mächte-Status' von Berlin allgemein und insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungen in Moskau, von denen sie eine Lösung der Berlin-Krise erhofften, die Teilnahme von Berliner Abgeordneten an den Sitzungen des Parlamentarischen Rates zunächst zu verhindern gesucht. Die Empfehlung der Verbindungsoffiziere folgte aber schließlich dem amerikanischen Vorschlag, den Vertretern der Stadt Berlin einen Beobachterstatus ohne Stimmrecht einzuräumen¹³. Ernst Reuter, der neben Paul Loebe an der Ministerpräsidenten-Konferenz teilnahm, kommentierte diese Entscheidung mit der Versicherung, die Berliner Abgeordneten würden sich bei ihren öffentlichen Auftritten eine gewisse Zurückhaltung angelegen sein lassen, es sei aber Sache des Parlamentarischen Rates, wie die Berliner Vertreter dort begrüßt würden¹⁴. Die Tatsache, daß Ministerpräsident Stock in seiner Rede zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates die Berliner Vertreter in besonderer Weise begrüßte und der Parlamentarische Rat in seiner konstituierenden Sitzung am gleichen Tag beschloß, die Delegierten Berlins als Gäste mit beratender Stimme an den weiteren Sitzungen teilnehmen zu lassen¹⁵, führte britischerseits zu einer starken Verstimmung. In einer Sitzung nach der Eröffnung des Parlamentarischen Rates monierte Chaput – so eine Aufzeichnung des stellvertretenden Leiters des Büros der Ministerpräsidenten, Dr. Luitpold Werz – die demonstrative Begrüßung und die Einbeziehung der Berliner Vertreter; Großbritannien müsse sich erpreßt fühlen. Vor allem aber nehme dieses Vorgehen keinerlei Rücksicht auf die Bemühungen der Alliierten, die Lage in Berlin zu entspannen¹⁶. Diese „Verstimmung“ erklärt wohl das Fehlen der Berliner Vertreter in dem Bericht Chaputs über die Mitglieder des Parlamentarischen Rates.

Weshalb Chaput de Saintonge den Abgeordneten Rudolf Heiland, Bürgermeister von Marl und Mitglied der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, nicht erwähnte, obgleich dieser dem Parlamentarischen Rat durchgehend angehörte, muß offen bleiben. Die Nichterwähnung der drei Abgeordneten Paul, Rönneburg und Walter mag ihren Grund in der Tatsache haben, daß diese dem Rat nur zeitweilig angehörten. Hugo Paul von der KPD Nordrhein-Westfalens war am 6. Oktober 1948 ausgeschieden und durch seinen Parteigenossen Heinz Renner ersetzt worden, für den am 17. Februar 1949 verstorbenen CDU-Abgeordneten Felix Walter aus Württemberg-Baden rückte dessen Parteifreund Adolf Kühn nach, und für den wegen Erkrankung ausfallenden Heinrich Rönneburg von der CDU Niedersachsen

¹³ Vgl. dazu FRUS 1948, Bd. II, S. 415 ff.

¹⁴ Der Parlamentarische Rat, Dok.Nr. 24, S. 404 f.

¹⁵ Ebenda, Dok.Nr. 26, S. 417.

¹⁶ Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 3: Ausschluß für Zuständigkeitsabgrenzung. Bearbeitet von Wolfram Werner, Boppard 1986, S. 1.

zog am 24. Februar 1949 Dr. Werner Hofmeister in den Rat ein. Auch Hubert Hermanns von der CDU aus Rheinland-Pfalz fand keine Erwähnung, der am 5. Mai 1949 den bei einem schweren Autounfall verletzten Dr. Adolf Süsterhenn ersetzte. Gleiches gilt für Anton Hilbert von der CDU Baden (ab 7. März 1949 Nachfolger von Dr. Hermann Fecht), Erich Ollenhauer (ab 20. Mai 1949 Nachfolger von Dr. Otto-Heinrich Greves von der SPD Niedersachsen) und schließlich für Albert Roßhaupter, der am 14. Oktober 1948 für Josef Seifried von der bayerischen SPD nachgerückt war.

Chaput de Saintonge folgte bei seiner kurzen Charakterisierung der Mitglieder des Parlamentarischen Rates einem dreigliedrigen Schema. Nach einem kurzen Abriss des Lebenslaufes folgt die Beschreibung der Tätigkeit des Abgeordneten in den verschiedenen Gremien. Eine Bewertung der einzelnen Persönlichkeit durch Chaput de Saintonge rundet die Kurzporträts in der Regel ab. Gerade diese Bewertungen sind es, die es geraten erschienen ließen, dem Dokument nicht durch eine Übersetzung seinen sprachlichen Reiz zu nehmen¹⁷.

¹⁷ Das abgedruckte Dokument ist als Appendix C, Secret, angefügt dem Schreiben: British Liaison Staff Bonn to Political Adviser to the Military Governor Berlin POL/BLS/(T) 47/30, Confidential, 10. Mai 1949. Es findet sich in: FO 371/7660, C 3992, PRO London. Irrtümliche Angaben zur Person wurden stillschweigend korrigiert.

Dokument

BRIEF NOTES ON THE MEMBERS
OF THE PARLIAMENTARY COUNCIL

ADENAUER, Dr. Konrad, CDU North Rhine-Westphalia, born 1876 in Cologne

1. Having started his career as a barrister, he was, from 1917 to 1933 Oberbürgermeister of Cologne and from 1920 to 1933, President of the Prussian State Council. He was dismissed from office by the Nazis and twice imprisoned. Since 1945 he has devoted himself to the CDU, being Zonal Chairman in the British Zone and Fraktion leader in the North Rhine-Westphalian Landtag.

2. Adenauer was the principal figure of the Parliamentary Council, being President of the Council and Chairman of the Committee of Elders. He was, in addition, a member of the Main Committee but he rarely attended its meetings. He held himself aloof from the general negotiations in committee, devoting his energies to the longterm aspects of the Bonn Constitution in its significance for the future position of his Party in Germany and Germany's position in Europe. His greatest problem was the maintenance of the loose CDU/CSU coalition and in this, as in other matters, his great political experience and his diplomatic skill stood him in good stead. Despite his frequent absences from Bonn, and his olympian position, Adenauer nevertheless kept a grip on the work in the Council and whenever really fundamental problems arose his hand could be perceived directing his Fraktion. During the last months of negotiation he showed himself flexible and realistic, and emerged as one of the greatest figures of present day German politics.

3. Adenauer is a fluent and easy conversationalist even under the most difficult circumstances but dislikes large social gatherings. He is cold and distant. His own staff have remarked on his lack of warmth and geniality in his human contacts. His great ability leads him to underrate other men as inferior. One of the few men he respects is M. Schuman whom he has known for some years and with whom he is in constant touch. He has a profound distrust of British policy, and he is convinced that the present Labour Government favours his political opponents.

BAUER, Hannsbeinz, SPD Bavaria, born 1909 in Wunsiedel (Upper Franconia)

1. Studied law in Würzburg and Munich and after two and a half years banking experience obtained employment with a motor firm in 1936 as head of their Schweinfurt office. He served in the war from 1940, was taken prisoner by the Americans and released in 1946. In the period 1930 to 1933 he was a member of the SPD and active as a speaker for the last Reichstag elections. After release from P.W. camp, he rejoined the SPD and became a member of the SPD executive committee in Würzburg. He was a member of the Assembly for issuing the Bavarian Constitution (Verfassungsgebende Landesversammlung) and now belongs to the Bavarian Landtag.

2. Bauer was frequently present at meetings of the Competence Committee as a representative of full members (usually Menzel) who could not attend. There is no record of his ever having said anything.

BECKER, Dr. Max, LDP Hesse, born 1888 in Kassel

1. Studied in Grenoble, Berlin, Halle and Marburg and after preliminary legal practice in Kurhessen became a solicitor in 1913 and later a notary in Hersfeld. He was in World War I. Before this war he was a member of the Young Liberals' Union and from 1919 member of the German People's Party (DVP). He has been a member of the LDP Hesse since 1945. From 1919 to 1921 he was a member of the Kreistag in Hersfeld and from 1922 to 1933 a member of the communal Landtag Kurhessen and of the provincial Landtag of Hessen-Nassau. In 1945 he became a member of the Hersfeld Magistrat, in 1946 town councillor of Hersfeld and thereafter member of the Kreistag and the Hesse Landtag.

2. Becker was Chairman of the Electoral Law Committee, a member of the Constitutional Court and Administration of Justice Committee, and was often present at meetings of the Main Committee and Organisation Committee always taking a prominent part in deliberations. He fully realised the unenviable position of his party, playing as it did a decisive role in the taking of decisions, and always did his best to find for every question a compromise solution which would be acceptable to both the major parties, rather than arbitrarily to carry a motion in favour of one or the other. These earnest attempts at settling differences of opinion were rarely successful in his own committee and his exasperation at the stubbornness of his colleagues was at one time very apparent. In practice however he and his party tended to agree with the SPD. He was greatly respected for his ability and knowledge, especially of electoral questions, and the motion for the introduction of a presidential system on the American pattern of which he was co-proposer showed courage and originality, despite the adverse criticism the motion received in the Main Committee.

3. Becker is a very fluent and intelligent conversationalist and is in no way reticent on political questions. He talks at great length and with enthusiasm on his particular hobby – horses, but the information he gives is usually of value. Despite his occasional outbursts against the obstinacy of other parties, Becker possesses an unusually good sense of humour and has a pleasant personality.

BERGSTRAESSER, Prof. Dr. Ludwig, SPD Hesse, born 1883 in Altkirch (Upper Alsace)

1. After studying at Heidelberg, he became honorary lecturer at Greifswald in 1910 and in 1920 was summoned to the Research Section of the Reich Archives. He published several works of his own including „The History of the Political Party in Germany“, and was given the task of compiling a history of the Frankfurt Parliament. He was dismissed in 1933 on political grounds. Active politically since 1907, he joined the Democratic Party 1919, becoming, in 1924, Reichstag member for the Potsdam Division. When the Democratic Party changed into the State Party (Staatspartei), he joined the SPD. During the Nazi period he was active in the resistance. From 1946 until recently he was Regierungspräsident of Darmstadt. He is a member of the Hesse Landtag and was Chairman of the Committee which drafted the Land Constitution.

2. Bergstraesser was a member of the Basic Questions Committee and the Standing Orders Committee and on occasion took part in the Main Committee. In the Main Committee he had little to say except on cultural and educational questions, but his academic knowledge and long experience in the German civil service proved of considerable help in the drafting of the basic rights section of the Basic Law.

3. Bergstraesser gives the impression, perhaps intentionally, of being a typical universi-

ty professor, both in appearance and manner. He is quite willing to talk on most subjects except politics, although the conversation tends to develop into a lecture. He is invariably pleasant and sociable. His English and French are fluent.

BINDER, Dr. Paul, CDU South Wuerttemberg-Baden, born 1902 in Stuttgart

1. Studied law and national economy in Tübingen, Rostock and Dijon and had his first practical experience in his father's bank in Stuttgart. He served as supernumerary in several Berlin banks and later worked in the German „Bau und Boden“ Bank in the German „Revisions und Treuhand A. G.,“ Berlin. From 1937 he was deputy director of the Dresdener Bank in Berlin and from 1941 economic adviser on his own account. In October 1945 he became director of finances in the secretariat of Land South Wuerttemberg-Hohenzollern. He was dismissed from the post of Secretary of State by the French Occupation Authorities in 1947 and then took over the trusteeship of the Stuttgart branch of the Dresdener Bank.

2. Binder was a member of the Occupation Costs Sub-Committee of the Occupation Statute Committee and originally Chairman of the Finance Committee. He was regarded by his Fraktion as its particular expert on finance but he suffered from the disadvantages, firstly that he was, as far as the Parliamentary Council was concerned, the supporter of the lost cause of decentralised finance and, secondly, that he was confronted with Hoepker-Aschoff, a financial expert of vastly greater experience and influence. There is no doubt that, as one of the younger delegates, he stood out in a Fraktion which took little heed of young blood, but the trouble he created during the deliberations of the Seven-Man Committee through his finance proposals not being accepted resulted in his being replaced as Chairman of the Finance Committee in the later stages by Kaufmann (CDU) when decisions of a political rather than financial nature were required. He then ceased to participate in its deliberations.

3. Binder is an energetic and conscientious worker with a sense of independence. He is one of the able young men of the CDU and may play a part later as a defender of South German interests.

BLOMEYER, Adolf, CDU North Rhine-Westphalia, born 1900 in Loebne

1. He is a farmer and an active agriculturalist in the Minden area. Before 1933 he was a member of the Deutsch-Nationale Partei and the Stahlhelm. From 1933 to 1945 he was a Sturmführer in a S.A. Reitersturm in Minden. He claims to have become involved in this because he was the owner of a small estate. He was also a paying member of the Nazi Flying Corps from 1935 to 1945 and belonged to one or two other important Nazi organisations. He is now Category V.

2. Blomeyer was a member of the Competence Committee and occasionally took the place of regular members of the Committee for the Constitutional Court and Administration of Justice in their absence. He was, however, merely a voting unit and is not recorded as having made any constructive contribution to the work at Bonn.

BRENTANO, Dr. Heinrich von, CDU South Wuerttemberg-Baden, born 1904 in Offenbach am Main

1. Studied law and, after preliminary legal practice in the judiciary and with the administration, became a solicitor in the Higher Land Court in Darmstadt. He was a member of the Hessian Landtag, the German National Assembly, the Reichstag and the Reichs-

rat and later Minister of the Interior and Justice in Hesse. In 1945 he took part in the foundation of the CDU in Hesse and was later a member of the Commission for Drafting a Constitution, the Land Advisory Committee, the Land Advisory Constitutional Assembly and of the Landtag in Hesse. He is at present a member of the CDU Executive Committee for Hesse, Chairman of the CDU Landtag Fraktion, Chairman of the Darmstadt Committee of the CDU, Chairman of the Constitutional Committee of the CDU and the Joint Working Committee of the CDU/CSU. He is a founder-member of the German Voters' Association and President of the Lawyers and Notaries Chamber in Darmstadt.

2. Despite his comparative youth, Brentano was until recently one of the more influential members of the CDU/CSU Fraktion. He was Deputy Chairman of the Main Committee and of the Occupation Statute Committee and occasionally took the place of a regular member of the Competence Committee. He was also on the first Editing Committee. He was the author of many written motions and his considerable experience was of great assistance in the drafting of articles and inter-fraktionale discussions. His party's trust in him is evidenced by the fact that he was a member of the Five-Man Committee and played a prominent part in all the negotiations which preceded the final compromise on the Basic Law. Although a faithful party man, his legal mind was always ready to see the point of view of a lawyer from another party and he was not infrequently in agreement with Zinn (SPD) on points of detail against the views of his own party. He later disagreed with the policy of his Fraktion and threatened to resign. With the ascendancy of the Lehr wing, his own influence decreased and he voted against the Basic Law in the second reading in the Plenary Session although he voted in favour of the final reading.

3. Brentano is somewhat aloof and independent in his manner. His conversation is serious and usually confined to political matters. He is a man of great integrity and the information he gives is always in good faith and usually reliable. He is thoroughly reliable and sincere and will no doubt emerge as a CDU Minister. He speaks French and some English.

BROCKMANN, Johannes, Zentrum North Rhine-Westphalia, born 1888 in Paderborn

1. Brockmann, who is by profession a schoolmaster, was a member of the Prussian Parliament from 1925 to 1933. He was also Vice-Chairman of the Catholic Teachers Union for Germany until 1933 and Buergermeister of Rinkerode from 1929 to 1933. He is Zonal Chairman of the Zentrum and leader of the Zentrum Fraktion in the Landtag of North Rhine-Westphalia.

2. Brockmann was a member of the Committee of Elders, the Main Committee and the Organisation Committee. The fact that he was the leader of a very small Fraktion resulted in little notice being taken of his views, which were for the most part similar to those of the SPD except on questions concerning religion and the status of small parties, on which themes he was a very impassioned speaker. Despite his lack of influence on the main issues, he was universally respected by his colleagues of all parties, who were always ready to give him a hearing. His manner, together with his somewhat high-pitched voice, gave an impression of nervousness which was belied by his selfpossession in the face of barracking. He was indeed one of the few members of the Main Committee who could not be shaken at any time by the interpolations of the KPD member. He voted against the Basic Law at the last reading.

3. Brockmann is rather quiet and reserved socially but has a distinct vein of humour. He is not addicted to political indiscretions. He has a great admiration for Carlo Schmid.

CHAPEAUROUGE, Dr. Paul de, CDU Hamburg, born 1876 in Hamburg

1. After studying law in Freiburg, Munich and Berlin, Chapeaurouge came to Hamburg in 1903 as an assessor. Two years later he settled down there as a notary. From 1925 to 1933 he was Police Senator but after 1936 returned to his profession as notary. From 1917 to 1933 he was simultaneously a member of the Buergerschaft and Chairman of the German People's Party (DVP). He is at present Chairman of the CDU Fraktion in the Hamburg Buergerschaft and a member of the executive of the Hamburg CDU.

2. Chapeaurouge was a member of the Standing Orders Committee, Occupation Statute Committee, combined Organisation and Administration of Justice Committee and subsequently of the separate Constitutional Court and Administration of Justice Committee. For the most part he followed his party line without much distinction, although his contributions to the drafting work of the Committees were usually of value. The only occasion on which he came into prominence was when he proposed that fifty seats in the future parliament should be reserved for refugees. On this he was defeated on the ground that it would be giving the refugee element, in effect, a double vote.

3. Chapeaurouge is a pleasant but loquacious old gentleman. He will talk on politics in general from the CDU standpoint but will rarely give specific information.

DEHLER, Dr. Thomas, FDP Bavaria, born 1897 in Lichtenfels (Upper Franconia)

1. Studied medicine and law and became a solicitor. During his student years, after World War I, he was active in the German Democratic Party, and during the Nazi period often experienced difficulties. He was finally arrested in 1938 and sent to the forced labour camp at Rositz in 1944, but after some time his friends were able to obtain his release because of ill-health. Following the capitulation, he set out to form a non-party anti-Fascist organisation „Democratic Block“ and, in Bavaria in 1946, founded the Free Democratic Party (FDP) of which he is Land Chairman. In the meantime he had been advocate-general in Bamberg and public prosecutor in the Court of Appeal. He resigned when Loritz became Minister-Extraordinary. In 1947 he became President of the Higher Land Court in Bamberg but in the same year refused the post of Minister of Justice because his party wished to remain in opposition to the CSU Government. In 1948 he was elected President of the Bavarian Constitutional Court but refused the post because it would have debarred him from political activity. He is a member of the Bavarian Landtag.

2. Dehler was a member of the Main Committee and the Organisation Committee. His name appeared on the majority of FDP motions and he was the legal expert behind most of them. His activities were, however, not confined solely to drafting. He had very strong and original ideas which were frequently quite opposed to those of the majority of the members of the Parliamentary Council. His main desire was to see the creation of a strong government and some of his proposals, in particular the suggestion that a presidential system on American lines be adopted, brought the accusation of undemocratic tendencies. He was a member of the Three-Man Editing Committee and took part in many inter-fraktional negotiations. He was also a member of the Editing Committee which produced the final version of the Basic Law.

3. Dehler's character is not particularly sympathetic but it is admittedly strong. He has little interest in discussing politics with members of the Allies but if another German politician is present he will enter into an animated discussion and forget the presence of a third party. In this he is very similar to Zinn (SPD) of whom he is the intimate friend.

DIEDERICHS, Dr. Georg, SPD Lower Saxony, born 1900 in Northeim

1. From 1919 to 1924 studied pharmacy and later political economy, subsequently qualifying both as pharmacist and economist. He joined the SPD in 1930 and worked for the party until 1935, laterly illegally, until his arrest. After World War II he returned to Northeim from British captivity and was appointed Buergermeister there. He held this post until 1946 when he became Landrat in Kreis Northeim. He was a member of the nominated Lower Saxon Landtag and is now a member of the elected body and employed as Secretary of the SPD Fraktion.

2. Diederichs was the acknowledged SPD expert on electoral systems and was consequently Deputy Chairman of the Electoral Questions Committee. He was, in addition, a member of the Occupation Statute Committee. His was a complicated technical task and he carried it out with distinction. The electoral question was one of the most difficult confronting the Parliamentary Council and Diederichs played a prominent part in the negotiations which resulted in the final compromise. His manner of delivery was rather dry but very clear and his word carried great weight not only with his own party but also with many members of the other parties.

EBERHARD, Dr. Fritz, SPD Wuerttemberg-Baden, born 1896 in Dresden

1. Until 1933 he was successively a municipal employee, salesman, teacher and editor. From this date until 1937 he was engaged in illegal political and trade union activity in Germany and between then and 1945 was a free-lance journalist in England. On his return to Germany he was employed at Radio Stuttgart and from the end of 1946 was publisher of the „Stuttgarter Rundschau“. From the same date he has been a member of the Wuerttemberg-Baden Landtag and since 1947 Secretary of State in Wuerttemberg-Baden and head of the „Deutsches Büro für Friedensfragen“ in Stuttgart.

2. Eberhard was a member of the Occupation Statute Committee and, as reserve member, often present at meetings of the Main Committee and Basic Questions Committee. His contribution to the work of the Parliamentary Council was, however, small, as his chief interests lay outside.

3. In company with many members who had spent the war years in Allied countries, Eberhard was cautious in his approach to the Allies and could rarely be prevailed upon to speak on the work of the Parliamentary Council. He was always very pleasant in social gatherings but there was an air of restraint in his manner which could not be dispelled.

EHLERS, Adolf, SPD Bremen, born 1898 in Bremen

1. His original occupation was that of salesman. He took part in World War I and subsequently worked in a shipyard as welder. He has been active in the socialist movement since 1916. He is a shop steward, trade union functionary, editor and organisation secretary. In 1923 he was a member of the Bremen Buergerschaft and in the same year spent several months in military protective custody. From 1927 to 1929 he was a member of the central committee „Rote Hilfe“ in Germany. Between 1924 and 1929 he was twice excluded from the Communist Party on account of political differences. From 1930 to 1945 he was leader of the Socialist Workers' Party (SAP), North Western Region, which was declared illegal after 1933. Until the outbreak of war he was debarred from working in armament factories but during the war was employed as a metal worker and storeman at a shipyard in Bremen. He has been the member of the Bremen Senate in charge of welfare since 1945 and since 1948 has been in charge of internal administration and police. He has been a member of the SPD since 1946.

2. Ehlers was a member of the Competence Committee but his function was a rather restricted one. As the only member from Bremen, his specialised knowledge was used by the Fraktion in discussions on the question of confessional schools which was of particular interest to him. Otherwise, he had little to say in the Parliamentary Council.

3. He is pleasant and approachable and very ready to discuss political problems, particularly if he considers the Allied party to be left-wing in tendency. The information he imparts is usually of more value and is more detailed if any of his party friends are present.

FECHT, Dr. Hermann, CDU South Baden, born 1880 in Bretten (Black Forest)

1. Studied law in Heidelberg, Berlin and Strassbourg. From 1906 he was government assessor, judiciary, and ministerial secretary in the Baden Ministry of the Interior. In 1918 he was plenipotentiary of the Grand Duke of Baden at the Bundesrat in Berlin, and in 1919, Deputy Plenipotentiary of Baden with the Reichsrat. In 1927 he became Ministerialdirektor and in 1931 plenipotentiary of Baden in the Reichsrat and head of the Baden representatives to the Reich. He retired prematurely in 1933. From 1939 until the capitulation he was in the Ministries of Finance and Economics in Baden and from 1944 to 1945 honorary Director of Police in Baden-Baden. Since the beginning of 1948 he has been Minister of Justice in South Baden, town councillor of Baden-Baden and Kreisrat.

2. Fecht was a member of Organisation Committee and occasionally deputised for members of the Main Committee. He was a firm supporter of the federalist cause but was, however, rarely known to speak and took little part in proceedings.

FINCK, Dr. Albert, CDU Rhineland-Palatinate, born 1895 in Herxheim (near Landau)

1. Studied philology and prior to 1933 was chief editor of the „Neue Pfälzische Landeszeitung“, the organ of the Centre Party. He was taken into protective custody in 1933. He taught at the Gymnasium in Speyer and is now teaching in Neustadt an der Haardt. He is one of the most prominent members of the CDU in the Pfalz.

2. Finck was a member of the Organisation Committee and was occasionally present at meetings of the Main Committee. Although a fluent and witty public speaker he took little part in deliberations, though a number of written motions bore his name. For the most part he contented himself with voting loyally for his Party.

3. Though an animated and willing conversationalist, his political conversation is usually on conventional lines and confined to matters of general interest. He is not a fruitful source of information.

GAYK, Andreas, SPD Schleswig-Holstein, born 1893 in Kiel

1. Joined the socialist movement very early and is active chiefly in its youth organisations. He worked as a journalist until 1933 and was editor of the „Schleswig-Holstein Volkszeitung“. After 1933 he was arrested on warrant as an enemy of the state but subsequently published until 1934 a magazine, „Blick in die Zeit“ in Berlin. He was later obliged to go into hiding. After 1945 he was nominated Buergermeister and in 1946 elected Oberbuergermeister of Kiel. He is head of the SPD Fraktion in the Schleswig-Holstein Landtag.

2. Gayk was a reserve member of the Main Committee and the Committee for the Constitutional Court and Administration of Justice. He was, however, rarely called upon to take part in proceedings. He is remembered chiefly for his interruptions in plenary session.

GREVE, Dr. Otto Heinrich, SPD Lower Saxony, born 1908 in Rostock

1. Studied law and political science in Munich, Heidelberg, Paris, Nancy and Rostock and after passing first and second examinations was temporarily employed in the Ministry of Justice, Schwerin, and then in the public prosecutor's department in Rostock. He was dismissed in 1933 because of political unreliability and was refused permission to practise. He was subsequently syndic and sales director in industry until 1945 and after the capitulation became Landrat in Greiz. Since 1946 he has been a solicitor in Hannover. His political life started in 1924 with the Democratic Youth League (DJV) and he was in the Reichsbanner and later in the Democratic Students' League and German Democratic Party. In 1945 he was a founder member of the FDP and a member of its zonal executive but on 1st May 1948 joined the SPD. He has been a member of the first elected Landtag of Lower Saxony since 1947.

2. As a member of the Finance Committee and the Main Committee Greve followed his own line which, although invariably a socialist one, was not always in agreement with his party's, and he voted on occasions against SPD colleagues. His impatient outbursts at various CDU/CSU points of view and his very audible interpolations had often to be checked by Schmid (SPD), the Chairman of the Main Committee, when they threatened to affect inter-party relations adversely at particularly delicate junctures.

3. Greve's excitable temperament sometimes leads him into making incautious remarks which seem to display contempt for parties other than his own. Such party arrogance is however understandable in one who has recently joined the SPD. His jovial manner, too, does much to lessen the sting and in consequence he may be relied on to take part in social functions involving several political parties without causing embarrassment. He is more than willing to talk on political subjects, expressing his views loudly and forcibly. His command of English is good.

HEILE, Wilhelm, DP Lower Saxony, born 1881 in Diepholz (near Hannover)

1. First went to sea as assistant marine-engineer and was then in publishing business in Danzig and editor of the „National Zeitung“ in Berlin. After returning from World War I he worked with Naumann for the latter's „Mittel Europa“, and as representative of the German Democratic Party Fraktion was a member of the Weimar National Assembly.

After 1933 he was repeatedly arrested. In 1945 he became Landrat of Kreis Hoya and in 1946 deputy Minister President of the Hannover Government. He was founder member of the FDP and for some time its President. He is now a member of the German Party Fraktion in the Lower-Saxon Landtag.

2. Heile was considered by his colleagues as an ineffectual curiosity as far as the Parliamentary Council was concerned. He admitted himself that, although a member of the DP, he was a complete individualist and recognised no party. He took part in practically no debates or committees and was indeed mistrusted by his colleague Seebohm. He could however, always be relied upon to vote with the extreme federalists.

3. Heile's is an unpleasant personality. His entry into the DP followed a concerted effort by leading members of the FDP to remove him from their party. He has recently been stripped of his self-assumed title of „Professor“ in a slander action. His conversation is usually egocentric or, if political extremely federalistic. His idea of a solution for Germany is for all Laender to join a European Union separately as individual and independent states.

HEUSS, Prof. Dr. Theodor, LDP Wuerttemberg-Baden, born 1884 in Brackenheim

1. Studied political economy and the history of art, graduating in Munich in 1905. From 1905 to 1912 he was editor of Neumann's „Hilfe in Berlin“ and from 1912 to 1918 editor of the „Neckar Zeitung“ in Heilbronn. He was active in the direktion of the German „Werkbund“ in 1918 and from 1920 to 1923 lectured in the Hochschule fuer Politik in Berlin. From 1924 to 1928 and from 1930 to 1933 he represented the German Democratic Party (DDP) in the Reichstag. In 1945 he became licensee of the „Rhein-Neckar Zeitung“ in Heidelberg and from September 1945 to December 1946 was Minister of Culture in Wuerttemberg-Baden. Since 1946 he has been a member of the Wuerttemberg-Baden Landtag and since 1947 Chairman of the German Democratic Party (DDP). He was appointed professor at the Technische Hochschule in Stuttgart in 1948 and has published a number of works on politics, literature and art.

2. Heuss, leader of the FDP Fraktion in the Parliamentary Council represented his party on the Committee of Elders, the Main Committee and the Basic Questions Committee. In the technical committee stage of the Basic Law, he was always ready with constructive suggestions regarding wording and form, showing an ability to envisage and avoid likely future pitfalls. In the Main Committee however, and in Plenary Session, he had a tendency to make long speeches which were always delivered with a studied grace. These gave an initial impression of being intended to clarify the vagueness of the issues but they tended after a time to become boring, thus defeating their own object. Despite his theatrical style, however, Heuss usually followed the sound FDP line of finding a compromise and, even in his longer perorations, there could be found a large element of sound common sense.

He often made reference to the Allies but, his thrusts, unlike those of the communists, were delivered in as charming and polite a manner that they could never give offence.

3. Heuss suffered from the usual professorial failing of being unable to distinguish between a conversation and a lecture. His language however at social gatherings is as well chosen as in his speeches. He prefers to talk politics on a general and philosophical basis rather than relating it in detail to the work of the Parliamentary Council and has been known in the presence of members of other parties to steer them skilfully away from their subject when they showed signs of being political indiscreet. On this account he tends to diminish the political usefulness of such occasions.

HOCH, Dr. Fritz, SPD Hesse, born 1896 in Zürich

1. Took part in World War I and then studied law in Marburg, Würzburg and Frankfurt am Main. He qualified in 1921 and took the examination as government assessor in 1923 in Berlin, subsequently working in the office of the Landrat in Dortmund and later with the government in Liegnitz. In 1926 he became Regierungsrat in the Prussian Ministry of the Interior and in 1929 Oberregierungsrat. From 1932 he was with the government in Kassel. During the Nazi period, his superiors repeatedly saved him from the concentration camp. In 1945 he became Regierungspräsident and later Oberpräsident of the Province of Kurhessen, in 1946 member of the Commission for drafting the Hessian Constitution and in 1948 member of the Hessian Cabinet's Commission for administration reform. He has been a member of the SPD since 1919.

2. Hoch was a member of the Competence Committee where he played a fairly prominent part, acting on occasions as rapporteur of the SPD. He was also reserve member of the Organisation and Electoral Questions Committees, sometimes acting on behalf of

absent members. He had little to say in the Main Committee at which he occasionally appeared.

HÖPKER-ASCHOFF, Dr. Hermann, FDP North Rhine-Westphalia, born 1883 in Herford

1. Höpker-Aschoff studied law in Jena, Munich and Bonn. In 1921 he became counsel of the Higher Court (Oberlandesgerichtsrat) in Hamm and 1922 a member of the Prussian Landtag, representing the German Democratic Party (DDP). He refused the post of Prussian Ministerpraesident in 1925 but accepted that of Finance Minister. He was a member of the Reichsbanner and claims to have supported Hindenburg in the 1932 elections. He was dismissed by the Nazis in 1933 and lived in retirement until called up in 1939 and employed in the Main Trustee Office in the East, dealing with Polish assets. On account of this, Military Government refused to sanction his appointment in 1946 as Land Finance Minister and finance member of the ZAC. He was never a member of the NSDAP.

2. Höpker-Aschoff represented the FDP on the Finance Committee and spoke on numerous occasions in the Main Committee, although he was not a member. In his acknowledged capacity as a finance expert he occupied a position of unique influence in the Parliamentary Council as a whole; indeed on finance questions he became, as time went on, as much the spokesman of the Council as of his own party. The drafting of the greater part of the original Articles on finance may be attributed to him. He was a great protagonist of centralism in finance matters and any concessions he made to federalistic tendencies were always made under protest. He expounded his theories with a firmness and aloofness which emphasised his great confidence in the rectitude of his beliefs.

3. Although of an agreeable disposition, Höpker-Aschoff is not a fluent conversationalist except, naturally, on finance, being usually quiet and reserved in company.

KATZ, Dr. Rudolf, SPD Schleswig-Holstein, born 1895 in Falkenburg (Pommern)

1. Studied law and political science and, after participating in World War I, completed his studies at Kiel in 1920, later becoming Referendar there. From 1923 to 1924 he was Syndic in Luebeck and later solicitor and notary in Hamburg-Altona. In 1929 he was SPD delegate, chief of the SPD in the town council Fraktion and a member of the Schleswig-Holstein Städtetag. On account of his Jewish origin he left Germany for Nanking at the beginning of the Nazi period where he became League of Nations Adviser in Municipal Affairs to the Chinese Government and a member of the Chinese National Economic Council. In 1935 he went to the United States, where he became a scientific assistant at Columbia University and in 1938 editor of the „Neue Volkszeitung“ in New York. He was also a member of the directing staff of the „New Leader“ and secretary of the German Labour Delegation, an affiliated body of the A. F. L. He became an American citizen in 1941 and returned to Germany with Bürgermeister Brauer in the summer of 1946 as a delegate of the A. F. L. In December 1947 he became a member of the Schleswig-Holstein Landtag and was appointed Minister of Justice, thus regaining automatically his German nationality.

2. Katz was deputy Chairman of the Organisation Committee and was frequently present in the Main Committee. He brought his influence to bear in many debates. He was universally respected for his ability to sum up a situation in a clear-cut, if somewhat abrupt, manner. Although he followed the party line for the most part he gave the im-

pression of having a broader outlook than many of his party colleagues, undoubtedly as a result of his wide experience abroad. He always deplored the continued evasion of contentious points, advocating a clear defining of the issues rather than vague discussion of ideas.

3. Although a good English speaker, Katz has not been a great source of information. His natural dignity and reserve are perhaps accentuated by his wish to avoid any accusation, which might result from his recent re-acquisition of German nationality, of running with the hare and hunting with the hounds. During the short time since he regained German nationality, Katz has undoubtedly made his mark and is one of the more promising members of the SPD.

KAUFMANN, Theophil, CDU Wuerttemberg-Baden, born 1888 in Frankfurt am Main

1. Studied theology, philosophy and history in Tübingen, New York and Göttingen. He was head of the Clerical Workers' Union in North Germany and chief editor of „Der Handelsstand“. After dismissal, for political reasons, from his post as political and social adviser to the Hamburg radio in 1933, he lived retired at Ettlingen in Baden until 1945 when he founded the CDU there. Since the end of 1946 he has been Chairman of the Wuerttemberg-Baden Gemeindegtag, member of the administrative court in Karlsruhe, member of the CDU Land Committee of North Baden and a member of the Economic Council.

2. Kaufmann was a member of the Standing Orders Committee and the Main Committee. Though not entering frequently into debate he showed himself, on the few occasions on which he spoke, a firm supporter of Länder interests without being as dogmatic as his colleagues from Bavaria. He was also a member of the five-man interfraktionale committee which effected the working compromise between the views of the major parties for the Basic Law, and was prominent in the negotiations between the Allies and the seven-man committee. In one plenary session he was Fraktion spokesman for the majority electoral system in the debate on the electoral law.

3. Kaufmann is a fluent conversationalist, though he is inclined to talk more on local Land subjects rather than West German problems. He has a good knowledge of English but prefers to speak in his native language. His benign and dignified appearance, partly attributable to his luxuriant beard, gives one a false impression of his age. His voice is, in contrast, strong and youthful.

KLEINDINST, Dr. Joseph Ferdinand, CSU Bavaria, born 1881 in Mering (near Augsburg)

1. Studied law and political science and took the Bavarian State examination. In 1913 he became a member of the Augsburg Town Council, later adopting municipal service as his profession. He has published a series of leaflets and books on administration policy and ranks as an expert on constitutional and administrative questions. He joined the Swabian Government in 1946 and has been a member of the CSU since its foundation.

2. Kleindinst was a member of the Competence Committee and was frequently present at meetings of the Main Committee. In public meetings he was rather insignificant but his long experience was of great help to his party in the drafting of motions; his name appeared on a great number. He was, however, a firm supporter of the ultra-federalistic policy of CSU and voted accordingly. He therefore followed the CSU in voting against the Basic Law.

3. His conversation is interesting and displays a clear, if biased political viewpoint. He does not, however, stand out in larger gatherings.

KROLL, Dr. Gerhard, CSU Bavaria, born 1910 in Breslau

1. Studied law, political economy, philosophy and religion in Vienna and Berlin. After a few months with Siemens and Halske, he became honorary lecturer on political science at the womens' school of the Inner Mission (a Protestant charitable organization). He was unemployed for political reasons during the Nazi period until finally obtaining a position as statistician at the testing station of the textile industry. In 1945 he founded the Bamberg Branch of the CSU and became in 1946 Landrat in Staffelstein (Upper Franconia). He is a member of the Bavarian Landtag.

2. Kroll was a reserve member of the Finance Committee and a member of the Occupation Statute Committee and Electoral Questions Committee. It was at meetings of the last named committee, however, that he was most prominent. He was the acknowledged and ardent protagonist of the majority election system, fighting for the most part a lone battle against the majority of the other delegates. His expositions of the theme were so lengthy and intolerant that Laforet (CSU), the most renowned maker of long speeches, left the meeting on one occasion remarking: „I will return to business when, that fellow has had his say“. Kroll's attitude was too uncompromising for him to have much influence on his colleagues. He followed his party in voting against the Basic Law.

3. Kroll is a fanatic whose chief topic of conversation is the simple majority electoral system. He also has a great admiration however, for other British institutions and was continually in search of information and printed matter concerning British methods. Although his English is not fluent, he has on one occasion had sufficient courage to speak in Hyde Park.

KUHN, Karl, SPD Rhineland-Palatinate, born 1898 in Bad Kreuznach

1. Educated in a training college for elementary school-teachers and studied sociology at Cologne University.

He was dismissed from State service after 1933 and imprisoned in Siegburg. After his release in 1938 he worked as a clerk in a wholesale business. In 1945 he took over the town food office in Bad Kreuznach and from 1947 has been a member of the Landtag in Rhineland-Palatinate, a member of the Advisory Assembly and town councillor. He has been a member of the SPD since 1922.

2. Kuhn was a member of the Organisation Committee and appeared occasionally as reserve member at meetings of the Competence and Occupation Statute Committees. He was not, however, one of the more prominent members of the SPD.

3. His character was not particularly pleasant and he had a tendency to pass on to the Allies, scandal concerning the opposing parties in a way which strongly suggested an attempt to curry favour.

LAFORET, Prof. Dr. Wilhelm, CSU Bavaria, born 1888 in Edenkoben (Pfalz)

1. Studied in Munich and Berlin and after serving in World War I was director of a district court in Ochsenfurt until 1922. From this time until 1927 he was Oberregierungsrat and Ministerialrat in the Bavarian Ministry of the Interior, later becoming Professor of Constitutional and Administrative Law at Würzburg University where he produced many papers on these subjects. In 1945 he was a member of the committee for drafting a constitution for Württemberg-Baden and from 1946 has been a member of the Bavarian Landtag. He belonged to the Bavarian People's Party from its foundation until 1933 and from then until 1945 experienced considerable hostility from the Nazis. He has been a member of the CSU since 1945.

2. Laforet was the acknowledged spokesman of the extreme Federalists. He considered any question first in its relation to the rights of the individual Laender, by which term he only really understood „Land Bavaria“. This led him into frequent and lengthy expositions of minor points which did little to further the cause he represented. This was apparent both in the Competence Committee and Main Committee of which he was a member. It was noticeable that he had eventually to be restrained by his own party.

3. The lack of a sense of proportion shown by Laforet and his inability to agree to any sort of compromise prevented him having any great influence in committee but members of other parties respected him personally not only for his scholastic standing but because, out of committee, he was a different personality. He has been known to apologise after a meeting for taking up his colleagues' time, remarking „nine-tenths of what I say I believe and the other tenth I am ordered to say“.

LEHR, Dr. Robert, CDU North Rhine-Westphalia, born 1883 in Celle

1. Studied law in several German universities finally graduating in Heidelberg and in 1912 became court assessor in Kassel. From 1924 until 1933 was Oberbürgermeister of Düsseldorf until dismissal and a brief spell of imprisonment under the Nazis after which he was active in the resistance until 1945. He then took over general administration in the North Rhine provincial government becoming Oberpräsident and later President of the nominated Landtag in North Rhine-Westphalia. He played an active part in the formation of the CDU and, as an influential evangelical member belonged to the central committee. He was also deputy Chairman of ZAC and is considered an expert in administrative and constitutional fields.

2. In Bonn, Lehr was Chairman of the Committee for the Organisation of the Federation and a member of the Main Committee. On the latter, in view of the continued absence of Drs. Adenauer and Pfeiffer, he acted as Fraktion leader. In both committees Lehr used his not inconsiderable influence to reconcile the views of CSU and SPD/FDP elements and, since the moderate nature of his views on all disputed issues was as unchallenged as his loyalty to his party once a decision had been taken, even though it might have been contrary to his own views, he played a most useful role. His necessarily close connections with heavy industry led to a rejection of the South German conceptions of federalism as unsuited to a modern state just as his temperament led him to favour the Senate principle for the Upper House. On the other hand his deep religious convictions and opposition to SPD social policy placed him firmly in the right-wing group of the CDU. During the discussions of the final compromise he took a leading part and became leader of the CDU part of the Fraktion.

3. Despite a forbidding appearance, Lehr is readily approachable and possesses a sense of humour which permits him to joke at alleged British suspicions of his reactionary views.

LENSING, Lambert, CDU North Rhine-Westphalia, born 1889 in Dortmund

1. Son of the well-known Zentrum politician and publisher Lambert Lensing. He was Stadtrat (Zentrum) until 1933 in Dortmund, and from 1928 to 1945 edited „Tremonia“, a Catholic newspaper in Arnsberg. He was banned from journalism and publishing by Military Government in 1945 as a result of the pro-Nazi tone of his newspaper during the Nazi period. He is now Category V. He was co-founder of the CDU in Westphalia and is deputy Chairman of the CDU for Westphalia, a member of the personnel committee of the CDU. He was a member of Zonal Advisory Council.

2. Lensing was a member of the Finance Committee and reserve member of the Basic Questions Committee. He was not a prominent member of the Parliamentary Council.

Since the establishment of the CDU he has tended increasingly to withdraw from active Party life while placing his wide administrative, constitutional and industrial knowledge at the disposal of the party as and when it may be needed. Little interested in day-to-day party politics, Lehr is interested in building a political structure which will preserve those German national and social characteristics incorporated in the civic and industrial traditions of Western Germany.

LÖWENTHAL, Dr. Fritz, SPD North Rhine-Westphalia, born 1888 in München

1. He is a solicitor and before 1933 was Communist representative in the Reichstag and head of the legal section of the Communist party. He emigrated to Moscow in 1933, returning in 1945 to the Russian Zone of Germany, where he worked for the Central Administration of Justice. He fled to the West in 1947 and joined the SPD.

2. Löwenthal was a member of the Constitutional Court Committee and was present on frequent occasions at meetings of the Main Committee. His unfortunate political history, however, so warped his outlook that he was of very little use to the SPD as a speaker. He usually entered into debates solely for the purpose of indulging in embittered exchanges with the communist members of the Parliamentary Council. His experiences made him impatient of party discipline and, as a result of an article he wrote on this subject, he was latterly excluded from the SPD Fraktion and became the only independent member of the Council.

3. Löwenthal has a colourless personality and it is practically impossible to engage him in conversation. He has undoubted ability in his own field but is completely unresponsive on political subjects and will only discuss his experiences with the Russians and the various things he has written on this theme. He strikes an unfortunate note in most social gatherings and is usually ignored by his SPD colleagues.

MAIER, Friedrich, SPD South-Baden, born 1894 in Karlsruhe

1. He attended training college and was an elementary school master in Mannheim and Gegenbach, becoming in 1945 senior master and in 1947 headmaster. He was later political referent in the South-Baden Ministry of the Interior and Ministerialrat and head of the department for reconstruction. He became a member of the SAJ in 1920, has been a member and functionary of the SPD in Mannheim, Kreis youth leader of the Workers' Gymnastic and Sports League for Baden, Palatinate, and Saar, and contributor to the Mannheim „Volksstimme“. After the capitulation he became Chairman of the Gegenbach branch of the SPD and member of the Gemeinde Council, Kreis Council Offenburg, the Land Advisory Assembly and the Constitutional Committee.

He has been leader of the SPD Fraktion in the South-Baden Landtag since 1947 and the second Chairman of the SPD in Bezirk Baden since August of that year.

2. Maier was a member of the Main Committee and the Committee of Elders and was also frequently present at meetings of the Electoral Questions Committee in his capacity as reserve member. He did not take part to any great extent in the debates of the Parliamentary council but on the few occasions when he did speak showed a good if somewhat biased grasp of the situation. His political activity was more in evidence outside the public debates of Parliamentary Council, and his influence behind the scenes was considerable.

3. It is apparent that Maier is in touch with reliable confidential sources of information on many topics and his patently pro-British attitude makes him a most useful acquaintance. He is always most willing to discuss political questions with, and impart information to, anyone on the British side especially if he feels that they have left-wing tendencies. He has a certain lack of humour which is, however, offset by his frankness and generosity. He is very friendly and approachable and useful as a go-between.

MANGOLDT, Prof. Dr. Hermann von, CDU Schleswig-Holstein, born 1895 in Aachen

1. Mangoldt took part in World War I and subsequently studied constructional engineering and jurisprudence in Danzig and law in Königsberg, where he sat the state examination in 1933. He was outside tutor in Königsberg until 1936, when he went to Tübingen. He experienced difficulties through not joining the NSDAP but was finally made Professor-in-Ordinary. He was called up into the navy in 1943 but was discharged in 1944 on health grounds, becoming attached to Kiel University as a lecturer in the Institute of World Economy. He was confirmed a dean of his faculty by Military Government in 1945, subsequently becoming Rektor of Kiel University in 1947; he is now Prorektor. He was a member of the first two nominated and the first elected Landtag of Schleswig-Holstein and was Minister of the Interior from April to October 1946. He is Referent of the CDU Fraktion in the Landtag Committee for Internal Affairs and the Food, Educational and Constitutional Committees.

2. Mangoldt was Chairman of the Basic Questions Committee, a deputy member of the Constitutional Court Committee and a member of the Main Committee. With his legal knowledge he was invaluable as the Chairman of the first of these, especially in drafting matters, and was commendably impartial in his handling of contentious points. In the Main Committee he was the originator of many proposed amendments, many of which were accepted by both sides. He was not however the entirely disinterested lawyer in all cases and many of his alleged „editing changes“ were clever attempts to twist meanings, to the evident annoyance of the SPD. He appears to have been used by his own Fraktion as legal adviser and had a hand in most of their proposals. His delivery in committee was not very distinct but he maintained a steady flow of language and was never ruffled by interruptions. He later replaced von Brentano in the final drafting committee when the latter's attitude prevented his co-operating.

3. In private conversation, Mangoldt is inclined to be either pedantic or reminiscent, talking at great length either on legal points or on his experiences in the German navy. As a source of detailed political information he is of little use.

MAYR, Dr. Karl Sigmund, CSU Bavaria, born 1906 in Nürnberg

1. Studied commercial and social science in Nürnberg and later political science at Tübingen. He qualified as a political economist in 1929 and from 1932 was a chartered accountant and economic trustee in Nürnberg. After participating in World War II he entered politics. He was elected to the Bavarian Land Assembly for issuing a Constitution and was simultaneously Chairman of the CSU Bezirk, Central Franconia. He is a member of the CSU Land Directorate.

2. Mayr was a member of the Basic Questions and Finance Committees and a reserve member of the Electoral Questions Committee. In company with many of the younger members of the Council, however, he did not come to any great prominence. He was one of the two CSU Members who voted in favour of the Basic Law.

MENZEL, Dr. Walter, SPD North Rhine-Westphalia, born 1901 in Berlin

1. Studied jurisprudence, political science and economy in Berlin and Freiburg, passing his Referendar examination in Breslau in 1925. After his assessors examination (1927) in the Prussian Ministry of Justice he became government assessor at the Police Presidium in Essen and in 1931 Finanzrat in the Prussian Finance Ministry. Until 1933 he was Landrat in Weilburg an der Lahn and in 1934 settled in Berlin as a lawyer. In 1945 he was an adviser to OMGUS and subsequently General-Referent for the Interior in the Westphalian Provincial Administration. He is on the Zonal Vorstand of the SPD and since 1946 has been Minister of the Interior in North Rhine-Westphalia. He is the son-in-law of Karl Severing.

2. Menzel, after Carlo Schmid the most influential member of the SPD Fraktion of the Parliamentary Council, was a member of the Main Committee, Finance and Electoral Law Committees, though he rarely appeared at the meetings of the last named committee. As one of the most ardent centralists in a centralist party, he headed the opposition to the federalistic policy of the CDU/CSU in finance questions and his arguments had the weight of his past experience in finance administration behind them.

Unlike Höpker-Aschoff (FDP), however, he was, as well as being a typical German civil servant, an experienced politician who could see complications other than those of a purely technical financial nature. Menzel did not speak as frequently in the Main Committee as some other members but when ever he had something to say it was usually concise, objective and to the point. He was, however, particularly voluble on his two hobby-horses, police and the status of civil servants. He was of especial value to his Fraktion in inter-party negotiations outside committee and negotiations with the Allies where his skill in formulating acceptable texts and working out compromise solutions was very much in evidence. He acted throughout as the Chief contact between Schumacher and the Bonn Fraktion.

3. Menzel, on first acquaintance, gives the impression of being shy and reserved but he soon dispels this idea by the humour and fluency of his conversation. His views are very firm and he is pleased to discuss the political questions of the moment from his point of view. His outlook is, however, by no means restricted to these subjects and he is deeply interested in developments outside Germany, particularly in England. His admiration for many of the institutions and usages of Britain is patent, but he clearly cannot envisage the possibility of their adaptation to Germany. Though reluctant to make use of it, he has a fair knowledge of the English language especially the official vocabulary.

MÜCKE, Dr. Willibald, SPD Bavaria, born 1904 in Buchenlöh (Upper Silesia)

1. Studied jurisprudence at Greifswald and settled in Breslau as a lawyer in 1933. He worked in a legal capacity with the directing staff of an industrial combine until he was called up. In 1945 he fled to Bavaria where he opened a legal practice in Munich in 1946. He has been a member of the SPD since 1945 and is in the SPD Refugees Committee for the Land, the Refugees Council of the Party Directorate, SPD Directorate of Land Bavaria and Chairman of the Bavarian Main Committee for Refugees.

2. Mücke was a member of the Organisation Committee and occasionally took the place of regular members on the Constitutional Court, Occupation Statute and Basic Questions Committees. As the chief representative of the interests of the refugees, however, he usually only entered debates when questions affecting this issue were raised. On such occasions, however, he spoke with conviction and vigour.

3. Mücke is always anxious to speak with Allied representatives but the sole topic of conversation is, naturally, the refugee question. Being one himself and, furthermore, in a Land the inherent conservatism of which works to the disadvantage of „foreign elements“, he feels very strongly on the subject.

NADIG, Friederike, SPD North Rhine-Westphalia, born 1897 in Herford

1. A nurse by profession. She has been a member of the SPD since 1916. In 1929 she was a member of the Westphalian Provincial Council. She is now a welfare officer, a member of the Landtag, Zonal Advisory Council and the SPD Refugees Committee.

2. Frau Nadig was a member of the Basic Questions Committee and a reserve member of the Competence Committee. The only occasions on which she spoke were when questions concerning the rights of parents and children arose. She had a clear and concise manner in committee and gave an impression of confidence.

3. Her political views in private conversation are conventionally SPD and usually related to matters which concern German women. In company with most of the other women delegates she rarely accepted Allied social invitations.

PFEIFFER, Dr. Anton, CSU Bavaria, born 1888 in Rheinzabern (Pfalz)

1. Studied modern languages, history, political science and economics in Munich and was Secretary General of the Bavarian People's Party from 1918 to 1933. He was subsequently party representative in the Landtag until 1933. He was founder and publisher of „Politische Zeitfragen“ and author of many political papers. In 1926 he founded the Amerikanische Institut in Munich. During the Nazi period he spent several weeks in detention and frequently suffered disciplinary transfer. From 1945 he acted as Staatsrat in, and later as chief of, the Bavarian Staatskanzlei.

2. Pfeiffer, as Head of the CDU/CSU Fraktion of the Parliamentary Council was, after Adenauer, the leading personality of the CDU/CSU at Bonn. He was a member of the Committee of Elders, the Main Committee and the Basic Questions Committee. His influence was perhaps not as great as that of the SPD Fraktion leader, Schmid, because, in the first place, he was partially obscured by the shadow of Adenauer and, secondly, because he was a member of the CSU. Considering the Party to which he belonged however, Pfeiffer was very moderate in his views and made genuine attempts to reach a compromise on contentious points. He voted against the Basic Law purely because of party discipline as he had privately expressed himself in favour of it.

3. Pfeiffer is a polished and diplomatic conversationalist with an excellent knowledge of English and French. He is always prepared to discuss the political situation in detail without reticence and can be relied upon to give accurate factual information, though, naturally, his political appreciation is biased.

REIMANN, Max, KPD North Rhine-Westphalia, born 1898 in Elbing (East Prussia)

1. After leaving school, Reimann was a miner in the Ruhr. He joined the KPD in 1919 and by 1933 had become a Bezirk Leader of the RGO (Revolutionary Trade Union Organisation). Prior to 1933, he was KPD Secretary in Bezirk Essen. During the Nazi period he was active in the resistance movement. He fled to Czechoslovakia in 1939 but was captured on his way to England and interned at Sachsenhausen, where he remained until the end of the war. He has been Chairman of the KPD in the British Zone and in the three Western Zones since 1946. He was a member of the Zonal Advisory Council. Reimann played a leading part in the formation of the KPD-SED joint organisation.

2. Reimann was theoretically a member of the Committee of Elders, Main Committee and Electoral Questions Committee and reserve member of the Occupation Statute and Standing Orders Committees but his appearances at the Parliamentary Council were infrequent. The fact that he was released from prison for the sole purpose of continuing his work in the Council did not induce him to increase the number of his visits. He usually appeared when matters of definite public interest were under consideration in order to deliver declarations and put forward motions on the usual party line. His speeches were well delivered and forceful but found not the slightest sympathy. Needless to say when his attempts to sabotage the Basic Law had failed, he voted against it.

3. Reimann is not happy in a mixed crowd. He remains the ghost at the feast and rather enjoys it. Alone with plenty of coffee, however, he has been known to unbend.

RUNGE, Hermann, SPD North Rhine-Westphalia, born 1902 in Conradsthal (Silesia)

1. Runge is a locksmith by trade. In 1931 he became secretary of the SPD in Kreis Moers and he was a member of the SPD Fraktion in the Moers Town Council until 1933. In 1935 he was arrested and sentenced to nine years' imprisonment. In 1945 he took over the transport organisation in Kreis Moers and participated in refounding the SPD, becoming the leader in the Kreis. He is now a member of the executive committee of the SPD in Bezirk Lower Rhine and a member of the Landtag of North Rhine-Westphalia.

2. Runge was a member of the Organisation Committee and reserve member of the Basic Questions Committee. His contribution, apart from his vote, was small.

SCHÄFER, Dr. Hermann, FDP Lower Saxony, born 1892 in Remscheid

1. Schäfer studied economics, political science and newspaper production. After World War I and a period of French captivity, he became manager, editor and managing director of „The Union of Higher Black Coated Employees“. In 1935 he was employed by the Hanseatic Assurance Company, of which he became chief in 1946. From 1941 to 1944 Schäfer was compulsorily employed on the Four-Year Plan. Prior to 1914 he was a member of the Young Liberals Union and after 1920 a member of the German Democratic Party (DDP), which later became the „Staatspartei“. From 1925 to 1932 he was on the Reich Committee of these parties. For a time he was a member of the Rhine Province Landtag and a town councillor in Cologne. He has published several papers on economic and political questions. He was a member of the Reichsbanner, the Reichsbund and the Austrian-German Peoples League but was politically inactive during the Nazi period. Since 1946 he has been deputy Chairman of the Hamburg FDP and became Zonal deputy Chairman in 1947. He was a member of the Zonal Advisory Council. Schäfer was a co-founder of the Liberal International in Oxford. Since 1946 he has been Chairman of the Central Committee of the German Blackcoated Workers' Health Insurance Company and of the German Workers Insurance Company.

2. Apart from being Second Vice-President of the Parliamentary Council, Schäfer came little into prominence. He was a member of the Standing Orders Committee and Occupation Statute Committee, neither of which held many sessions, and signed his name to a number of motions but in the main he left the deliberations to his party colleagues.

3. Schäfer has a pleasant speaking voice which he can use to good effect and his conversation is usually useful from a political point of view. Socially, however, his contact with the Allied representatives was slight.

SCHLÖR, Dr. Kaspar Gottfried, CSU Bavaria, born 1888 in Dettelbach (Lower-Franconia)

1. Schlör studied law and economics in Munich and Würzburg. He served in World War I. From 1920 to 1929 he was an official in the Reich Ministry of Finance and also an Oberregierungsrat. He was at that time a member of the Centre Party (1926–1933). From 1929 he was employed in Berlin as a solicitor, an economic adviser and a tax adviser. In 1946 he returned to government service in Bavaria in the finance office in Amberg. After 1945 he joined the CDU in Berlin and later the CSU in Bavaria.

2. Schlör was a member of the Finance Committee but took little part in its debates. When he spoke his opinions were firmly federalistic and he voted solidly with the CSU, except for the final vote on the Basic Law when he abandoned them and joined the majority.

SCHMID, Prof. Dr. Carlo, SPD South Wuerttemberg-Hohenzollern, born 1896 in Perpignan

1. After studying law in Munich and Tübingen, he became a lecturer in the latter university in 1928 and subsequently Professor of International Law. He took both state examinations in law. In 1945 he was nominated President of the State Secretariat of South Wuerttemberg-Hohenzollern. In 1946 he became Professor of Public Law in Tübingen and in the same year he has been Chairman of the SPD. 1948 he became deputy State President. As Staatsrat he took part in the cabinet sittings of Wuerttemberg-Baden, the constitution of which he evolved. He has published many technical and aesthetic works and has the reputation of being an outstanding authority on international law.

2. As head of the SPD Fraktion and Chairman of the Main Committee, Schmid was one of the most important members of the Parliamentary Council. He was, in addition, Chairman of the Occupation Statute Committee and a member of the Committee of Elders and Basic Questions Committee. His great academic ability and legal training were invaluable in the technical work on the Basic Law and his word carried great weight with members of all parties. In his handling of the Main Committee meetings he showed great tact in the many difficult and complicated situations which arose and his moderate approach to political problems was appreciated by opposing Fraktionen. It was largely owing to his influence that the uncompromising attitude of the Hannover executive committee of the SPD was sufficiently modified by the Fraktion at Bonn to avert the crisis after Christmas 1948 and bring about the original CDU/SPD/FDP compromise. Schmid's temperament is his greatest weakness and he has a tendency to make rash statements when ruffled. This caused himself and his party some embarrassment when such statements were made to the press.

3. Schmid's French background has not only given him a bilingual knowledge of the language but also a gallic charm which stands him in good stead in company. He has however a certain pomposity which makes him vulnerable to flattery and on occasions he can be somewhat indiscreet. He is rarely averse to discussing frankly current political problems. He also speaks Italian fluently and understands English.

SCHÖNFELDER, Adolph, SPD Hamburg, born 1875 in Hamburg

1. Educated in an elementary school and apprenticed to a carpenter, he followed this trade until 1905. He then became trade union secretary and Chairman of the Central Union of German Carpenters. He served in World War I and has been active for more

than fifty years in the Workers Movement. In 1919 he was a member of the Buergerschaft, 1925 elected to the Senate, and Chief of Police until 1933 when he was arrested on a charge, subsequently dropped, of high treason. From 1945–1946 he was second Buergermeister of Hamburg. He was a member of the nominated and President of the elected Buergerschaft.

2. Schönfelder is not one of the more brilliant members of the SPD but enjoys a unique position in his party owing to his long devotion to the Workers Movement, and it was on this basis that he was elected first Vice-President of the Parliamentary Council and deputy-President of the Aeltestenrat. He was also a member of the Main Committee, the Standing Orders Committee and was frequently present at the Competence Committee. He proved himself a rather unsatisfactory President of Plenary Session on the frequent occasions when he deputised for Adenauer, and had comparatively little to say in committee but he occasionally pleaded the special cause of Hamburg and came to the fore with the question of confessional schools. His long experience in politics however gave him a great advantage over the less hardened campaigners and he had a great faculty for assuming an air of stupidity when it suited his purposes.

3. He has a very jovial and paternal manner which becomes progressively accentuated in social gatherings. He has however on no occasion been known to indulge in political indiscretion and is practically useless as a source of information. It is practically impossible to force him to commit himself if he does not want to.

SCHRAGE, Josef, CDU North Rhine-Westphalia, born 1881 in Olpe

1. After World War I, Schrage became secretary of the Christian Metal Workers' Union in Siegerland and in Olpe. He was a Centre Party member of the Provincial Landtag until 1933 and was dismissed from his post as Director of the Labour Office in the same year. In 1945 he became Buergermeister of Olpe, Chairman of the Olpe CDU and a member of North Rhine-Westphalia Landtag.

2. Despite the fact that he was a member of the Basic Questions Committee and Electoral Questions Committee and, in addition, reserve member for the Main, Organisation and Occupation Statute Committees, Schrage said next to nothing, contenting himself with voting on the party line.

SCHRÖTER, Carl, CDU Schleswig-Holstein, born 1887 in Neustadt

1. Schröter studied at Kiel and Halle Universities. While a student, he lost the sight of his right eye as the result of a duelling accident and was therefore exempted from military service in World War I. He became a schoolmaster and after the war travelled throughout Europe. He was DVP Reichstag member for Schleswig-Holstein from 1924 to 1928 and during this time he visited England. He was at that time a protégé of Stresemann. In 1928 he gave up his political activities with the DVP, having been appointed Studienrat at Kiel Gymnasium and the German Naval School, a post which he held until 1933, when he was removed from the University by the Nazis on a Gestapo charge of having spread a rumour of a U-boat sinking. In 1945 he was a co-founder of the Democratic Union in Schleswig-Holstein and in 1946 led the group into the CDU. He is a member of the CDU Committee for the British Zone and, as Chairman of the CDU group in the Schleswig-Holstein Landtag, is leader of the Opposition.

2. Schröter was a member of the Electoral Questions Committee and reserve member of the Competence and Organisation Committees. His chief contribution to the work of

the Parliamentary Council was, however, on electoral questions. He was used by his Fraktion as rapporteur on this subject in the Main Committee. His delivery was somewhat abrupt and cutting and tended to arouse a certain amount of resentment from the opposing parties.

3. Schröter speaks freely to persons he knows and can be a useful source of information.

SCHWALBER, Dr. Josef, CSU Bavaria, born 1902 in Fürstfeldbruck

1. After studying law and political science in Munich he took the Bavarian State examination for the higher judiciary and administrative service in 1928. From 1929 to 1943 he practised as a lawyer in Dachau, of which town he was elected Buergermeister in 1946. He belonged to the Bavarian People's Party from 1929 until his arrest in 1933, and from this date was politically inactive until 1945 when he played a leading role in the formation of the CSU in Bavaria. He is now a member of the Bavarian Landtag and Secretary of State in the Ministry of the Interior.

2. Schwalber was a deputy member of a number of committees but was a full member of only one, namely, the Organisation Committee. He also spoke in Plenary Session. His career in the Parliamentary Council was not particularly brilliant and all that can be said of him is that he is a typical right-wing Bavarian, supporting his Land's cause with the same enthusiasm as his other CSU colleagues. His attitude to the various problems was as uncompromisingly federalistic as that of his senior colleague, Laforet. The thought of compromise never once entered his head. For this reason he, rather than Pfeiffer, read out the CSU declaration indicating that the majority of the party would vote against the Basic Law.

3. Schwalber is an intelligent but not original conversationalist, and a difficult guest on social occasions since the presence of members from other parties, or even the CDU, causes him to fall silent. When alone or in the company of other Bavarians he talks fluently, but naturally in a biased way, on political subjects and his conversation is at all times characterised by the natural charm and politeness of Southern Germany.

SEEBOHM, Dr. Hans Christoph, DP Lower Saxony, born 1903 in Emmanuelssegen

1. Studied in Freiburg and Munich and in the technical high schools of Munich and Berlin and qualified as a mines assessor. From 1931 to 1933 he was in the Prussian Ministry of Commerce and from then until 1938 deputy director of the Öhringen Mining Company, subsequently holding leading positions in various mining companies. In 1945 he joined the Lower Saxon Party (later the German Party – DP) in which he is a member of the Directorium and deputy Chairman. He is president of the Brunswick Chamber of Commerce. He was elected to the Lower Saxon Landtag in 1947 and in the same year became Minister of Labour, Reconstruction and Health.

2. In the Finance Committee and Main Committee (of which he was a member in addition to being a member of the Aeltestenrat) Seeböhm took every opportunity of advancing the interests of the Laender and the churches, with the result that in the majority of questions he voted as a CDU man. This was especially evident in his support of the extreme federalist wing of the CDU/CSU on finance administration and also in the case of the motion designed to codify the relations between church and state (to the advantage of the former) and to preserve the Reichskonkordat. It was the unsatisfactory solution to these questions which led him to vote against the Basic Law.

3. In view of his family connections with the Rowntree family it is not surprising that Seebohm attempts to model his conduct on his conception of „the English gentleman“. His undoubted sense of humour and tolerant approach to all questions (except those affecting the church and Laender), however, appear to be perfectly natural. His good social presence coupled with his knowledge of the English language make him an asset to Anglo-German social gatherings.

SEIBOLD, Dr. Kaspar, CSU Bavaria, born 1914 in Lenggries

1. Seibold was the son of a farmer. He studied at agricultural high schools in Munich and Weihenstephan. He took part in World War II. After 1945 he became a politico-social referendar of the Farmers Union and Bavarian representative for food, agriculture and forestry in the Stuttgart Laenderrat. He was at the same time secretary to Reichminister a.D. Dr. Dietrich. He represents the Bavarian Ministry for Food, Agriculture and Forestry in the Bi-Zonal Economic Council. Seibold is very much interested in the „Junge Union“, the youth organisation of the CSU.

2. Seibold was a member of the Standing Orders Committee and reserve member of the Organisation, Competence, Basic Questions and Occupation Statute Committees. He did nothing more than record his vote which finally was against the Basic Law.

SEIFRIED, Josef, SPD Bavaria, born 1892 in Munich

1. After an intermediate school education, Seifried worked until 1919 in all branches of the newspaper industry in Berlin and Munich. Since 1908 he has been a prominent member of the Free Trade Union of Blackcoated Workers, of which he became leader in 1919. Until 1933 he was an SPD member of the Bavarian Landtag. During the Nazi period he was persecuted and arrested. After 1945 Seifried became a member of Munich town council and Minister of the Interior in the first Bavarian Cabinet. He held the same position in the Ehard Cabinet until the SPD withdrew from the government coalition in 1947. He is still a member of the Bavarian Landtag.

2. Seifried was a member of the Committee of Elders and reserve member of the Finance, Organisation and Electoral Questions Committees. His contribution to debate was insignificant.

SELBERT, Dr. Elisabeth, SPD Lower Saxony, born 1896 in Kassel

1. After studying commerce in a higher commercial school, Frau Dr. Selbert studied law in Marburg and Göttingen and took the assessors' examination in 1934. Since then she has practised law in Kassel. She has been a member of the SPD since 1918 and stood as a candidate for the Reichstag. After 1945 Frau Dr. Selbert resumed political work and was elected to the Land and Zonal Executives of the SPD. She is a member of the Kassel Town Council and, as an SPD representative in the Landtag, was a member of the committee for issuing the Hessen constitution.

2. Because of her legal training and experience she was made a member of the Committee for the Constitutional Court and Administration of Justice. She did not, however, enter frequently into debate.

Her principal contribution to the work of the Council was in the Basic Questions Committee and, as reserve member, in the Main Committee where she delivered impassioned speeches on the rights of women and cultural questions. She is a highly intelligent person and it is unfortunate that her manner of address is poor.

STOCK, Jean, SPD Bavaria, born 1893 in Gelnhausen (Hessen-Nassau)

1. He is self-taught in economics and politics. After taking his apprentice- and master-printers' examination he joined the Printers' Union (Free Trades Unions) and the SPD in 1911. He took part in World War I and subsequently became Secretary of the Free Trades Unions. In 1919 he was town councillor in Aschaffenburg, a member of the Bavarian Landtag and manager of the Aschaffenburg SPD newspapers until 1933 when he founded his own printing establishment. After 1933 he was arrested on numerous occasions and finally in 1943 his business was closed, and in 1944 he was imprisoned in Dachau. After his release in 1945 he became Oberbürgermeister and Landrat of Aschaffenburg and later Regierungspräsident of Lower Franconia. He has been Chairman of the SPD Fraktion in the Bavarian Landtag since 1946.

2. Stock was a member of the Main Committee, Electoral Questions Committee, and Finance Committee but showed little originality in debate. He is an old and faithful supporter of the SPD cause and could be relied upon always to vote with his Fraktion. It was evident, however, especially in the debates of the Main Committee that he was looked upon more as a voting unit than as someone from whom motions were required, and Schmid (SPD), the Chairman took no pains to disguise his impatience on the few occasions when Stock insisted upon speaking. His faithfulness to the party line can partly be accounted for by the fact that he comes from Bavaria where the SPD are forced to maintain a rigid discipline in order to exist at all in such a right-wing area. He is hardly of the same calibre as others of his colleagues in the Parliamentary Council.

3. His pleasant homely personality and his kindheartedness make him a pleasing social companion and prevent any embarrassing exchanges in company involving other parties. His political horizon however is so restricted that he is normally an unreliable source of information.

STRAUSS, Dr. Walter, CDU Hesse, born 1900 in Berlin

1. Strauss studied history, economics and jurisprudence in Freiburg, Heidelberg, Munich and Berlin and in 1923 passed the referendar's examination. From 1927 to 1928 he was a judge in Berlin and subsequently a referendar in the Reich Ministry of Economics. He was compulsorily retired in 1935. He then held an economic advisory post until 1943 and then worked in a factory until 1945.

Since the Occupation he has managed hospitals and has been Secretary of State in Hesse and a member of the Directorate of the Länderrat. In 1947 he became deputy director of the Bizonal Economic Administration and 1948 chief of the Legal Section. Strauss became a member of the Berlin CDU on its inception and is now a member of the Hesse CDU, although he was not politically active before 1933. He is the author of many economic works.

2. As deputy Chairman of the Competence Committee and Constitutional Court and Administration of Justice Committee, Strauss played a leading part in the detailed work of the Basic Law. In company with the other lawyers of the Council, he was always prepared to agree with legal members of opposing fraktionen on points of detail but in general policy he was firmly CDU. Many of the written motions presented to the Main Committee (of which he was reserve member) by his Fraktion were drafted with his assistance and he took a prominent part in debate. He was also a member of the Occupation Statute Committee. Strauss' rather autocratic manner was often resented by other members of the Parliamentary Council, especially by the KPD with whom he clashed

frequently. The dislike was mutual. On one occasion, after a session of the Main Committee, he and Reimann almost came to blows in the corridor outside.

3. Strauss has an excellent knowledge of English and is a polished conversationalist. His exposes of political problems are sound and logical but he tends to go deeply into the finer legal points. A certain intolerance and acerbity in his manner discourages light conversation but at social gatherings he will talk at length with members of his own profession.

SÜSTERHENN, Dr. Adolf, CDU Rhineland-Palatinate, born 1905 in Cologne

1. After studying jurisprudence in Freiburg and Cologne he practised from 1932 as a lawyer in Cologne and was Centre Party representative on the town council. From 1933 to 1944 he was defending counsel in many legal cases and in 1945 became Chairman of the Commission for the Preparation of a Constitution for Rhineland-Palatinate and was a member of the Land Assembly for issuing the constitution. Since 1946 he is Minister of Justice and Culture of Rhineland-Palatinate.

2. Süsterhenn was a member of the Committee of Elders and of the Main Committee and a deputy member of the Organisation and Basic Questions Committees. As well as being an ardent defender of federalism on authentic CDU lines he was the acknowledged spokesman for Roman Catholic interests. This was especially evident in debates on confessional schools, the rights of parents and the status of the churches. Despite SPD threats to bring economic matters into the basic rights section should the CDU/CSU insist on the inclusion of cultural questions. Süsterhenn stubbornly persisted in his attempts and showed no spirit of compromise whatsoever. Indeed, when defeated in the third reading in the Main Committee, he declared that he and his supporters would continue the fight if necessary within the framework of the future Government.

As a result of his championship of the Church cause, Süsterhenn became *mal vu* by Adenauer and lost the position he had achieved in the CDU Fraktion. He had a serious motor car accident the day after he agreed a compromise on the question of religious education. Many Catholics claimed that this was an act of God to punish him for his abandoning the Church position. He had to resign from the Parliamentary Council a week before the final vote on the Basic Law.

3. Süsterhenn is one of the most pleasant personalities in the CDU/CSU Fraktion of the Parliamentary Council. He is an asset at social gatherings involving members of other parties and can be relied upon to create a congenial atmosphere. He will talk reasonably on all subjects, including political ones, with members of the Allies and of other German parties providing he can be kept from subjects with a religious significance on which his ideas are somewhat fanatical. He has been a fair source of information. He has some knowledge of English and French.

WAGNER, Friedrich-Wilhelm, SPD Rhineland-Palatinate, born 1894 in Ludwigshafen

1. Wagner studied jurisprudence, political science and philosophy in Tübingen, Munich, Heidelberg, Berlin and Würzburg. He has been a lawyer in Ludwigshafen since 1922 and, prior to 1933, defended many court cases. In 1930 he became a member of the Reichstag and Chairman of the Reichsbanner for Palatinate, Saar and Nahe. In 1933 he was arrested but escaped via Switzerland to France, where he lived until 1941. He then went to the United States and returned to Germany in 1947. Wagner is now a member of the Rhineland-Palatinate Landtag and Chairman of its legal and main committees.

2. Wagner, while not being one of the major personalities of his Fraktion was nevertheless a strong character with a mind of his own. In addition to being Chairman of the

Competence Committee, he was a member of the Occupation Statute Committee and reserve member of the Organisation and Occupation Statute Committees. His views were very strongly centralist and he frequently had sharp clashes with members of the opposing parties. He was one of the principal advocates of the abolition of the death sentence.

3. As a result of his sojourn abroad, Wagner's English is fluent and his outlook broader than that of many of his colleagues. He is an animated and forceful conversationalist and is quite willing to impart political information and express his views.

WEBER, Dr. Helene, CDU North Rhine-Westphalia, born 1881 in Elberfeld

1. Frau Dr. Weber passed the intermediate teachers' examination in 1900 and, after studying in Bonn and Grenoble, passed the higher teachers' examination in 1909.

Until 1916 she taught in Bochum and Cologne and in 1917 became director of the Social School of the Catholic German Women's League in Cologne. In 1918 she became Chairman of the League of Catholic German Social Welfare Officers. Frau Weber was elected to the Weimar National Assembly and in the same year became a referendar. In 1920 she was appointed Ministerialrätin in the Prussian Ministry of Welfare. Until 1933 she was a member of the Reichstag and for some time also a member of the Prussian Landtag. She was Chairman of the Reich Women's Advisory Council and deputy Chairman of the Catholic German Women's League. In 1933 she was dismissed from public office and obliged to retire. After being a member of the North Rhine nominated Landtag for a short time in 1945, she was appointed to the Zonal Advisory Council and was Chairman of its committee for culture.

2. As reserve member of the Electoral Questions Committee, Frau Weber occasionally took the place of full member but rarely had anything to say. Her chief interest in, and main contribution to, the work of the Parliamentary Council lay in the problems connected with the rights of women and the churches. She talked at length on these subjects both in the Basic Questions Committee, of which she was a member, and at meetings of the Main Committee when the relevant articles were under discussion. On the rights of women she spoke well, though in the opinion of the other women members, not sufficiently seriously, but when, towards the close of the work of the Main Committee, she had to take over from Suesterhenn (who was injured in a car accident) the task of ensuring the inclusion in the Basic Law of the cultural provisions desired by the Church, she was practically ignored by the male members of the Council.

WESSEL, Helene, Zentrum North Rhine-Westphalia, born 1898 in Dortmund

1. Frau Wessel attended a commercial school and later a welfare school and passed the state examination in youth welfare. She holds a diploma as welfare officer from the German Academy for Social Work in Berlin. In 1915 she became secretary of the German Centre Party in Dortmund-Hörde and in 1928 was elected to the Prussian Landtag. Since 1939 she has been chief welfare officer in the central office of the Catholic Welfare Union. In 1945 she became deputy Chairman of the German Centre Party and she represents that party in the North Rhine-Westphalia Landtag.

2. Frau Wessel was theoretically a member of the Competence and Standing Orders Committees but owing to the fact that the Zentrum Fraktion consisted only of herself and Brockmann, she was frequently at meetings of the other committees. As was the case with the other women members, she concerned herself largely with cultural questions.

3. In social gatherings she is a pleasant and unaffected conversationalist and showed interest in a variety of subjects. She rarely discusses political matters.

WIRMER, Ernst, CDU Lower Saxony, born 1910 in Warburg

1. Wirmer studied jurisprudence in Berlin, passing the first examination in 1932 and the second in 1936. Because of his „political unreliability“ he was refused the right to practise. He was called up at the outbreak of war. Wirmer was arrested in 1944 because of his brother's activities in the resistance movement. On his release from military detention camp in April 1945, he took up employment in the Staatsministerium in Oldenburg. He is still employed in the Oldenburg administration, in the office for refugees.

2. Although a member of the Constitutional Court and Administration of Justice Committee and reserve member for the Basic Questions, Organisation and Main Committees Wirmer, apart from voting firmly for the CDU cause, made little contribution to the work of the Council.

WOLFF, Dr. Friedrich, SPD North Rhine-Westphalia, born 1912 in Essen

1. After studying economics and social science in Cologne, Bonn and Munich, he became, in 1936, economic editor to the „Frankfurter Zeitung“ and retained this post until called to the Army in 1943. Released from French captivity in early 1946 he became, at the suggestion of his party, Stadtdirektor of Essen, a post he is filling with considerable distinction. Wolff, in spite of his youth was already a member of the SPD before 1933, having graduated through the SAJ (Socialist Workers Youth) and SPD Students League.

2. Wolff was a member of the Committee of Elders, the Main Committee and the Finance Committee. On the last named he was present as the SPD expert on finance and, though naturally somewhat overshadowed by Höpker-Aschoff (FDP), played an active and constructive part in the work of the Committee; he advocated, naturally, a strong finance administration. A second question of great interest to Wolff was the position of the public servant in politics and he was convinced that public servants should have not merely the right but the duty to be politically active. In the Committee of Elders Wolff was one of the most active supporters of the project to hold a plenary session of the Parliamentary Council in Berlin.

3. Wolff has always had an ambition to make a career of politics and has regarded his other occupations as means to this end. His professional qualifications, as demonstrated by his appointment to the „Frankfurter Zeitung“, are excellent and this coupled with strong views and great energy tend to make him rather intolerant of opposition, which he regards as causing unnecessary delay. Although a voluble talker who enjoys informal discussion, compromise seems unknown to him. He has hinted at close connections with the Hannover Committee of his party and may probably with justice be regarded as a most ardent supporter of the most centralist-minded wing and the particular form of nationalist feeling characteristic of the present SPD.

WUNDERLICH, Hans, SPD Lower Saxony, born 1899 in Munich

1. Wunderlich has been a journalist since the age of 20 and has been politically active in the SPD since the age of 21. He gave up these activities in 1933 but returned to his old profession in 1946 and in a short time became co-founder and licensee of „Nordwestdeutsche Rundschau“.

2. Wunderlich entered to a certain extent into the debates of the Basic Questions Committee, of which he was a member, but for the most part his role in the Council was a minor one.

ZIMMERMANN, Gustav, SPD Wuerttemberg-Baden, born 1888 in Liedolsheim

1. Zimmermann has been a mechanic, a sailor, a technical assistant and a commercial assistant and at the age of 20 was already active in journalism. He was badly wounded in World War I. After the war he became an editor and later a publishing director, which post he held until 1933. For the whole of this period he was SPD Fraktion leader in the Mannheim town council, and a functionary of the German Co-operative Wholesale Societies. He was at the same time deputy Chairman of the SPD in Baden and subsequently of Wuerttemberg-Baden. Zimmermann was arrested in 1933 and taken into protective custody. He later spent three months in prison for publishing a banned newspaper but was acquitted in appeal proceedings. He was unable to obtain employment until 1936, when he became an executive in a paper goods factory. From 1937 to 1945 he represented a German and foreign export firm. In 1945 he became adviser for reconstruction and deputy Oberbürgermeister of Mannheim and Minister of the Interior of Land Baden. He was a member of the assembly for issuing a constitution for Wuerttemberg-Baden and, since November 1946, has been first Vice-President of the Landtag.

2. Zimmermann was a member of the Main Committee and the Standing Orders Committee and reserve member of the Finance, Occupation Statute and Electoral Questions Committees. His contribution to the work at Bonn was small.

ZINN, Georg-August, SPD Hesse, born 1901 in Frankfurt am Main

1. After completing his legal studies in Berlin, Zinn practised as a lawyer in Kassel from 1931 until called up in 1941. He was active in the resistance movement and experienced political persecution and protective custody.

In 1945 he was nominated Minister of Justice in the first Hessian Cabinet, a position he still holds, and played an important role in the drafting of a constitution for Hesse. His SPD connections go back to 1920; in 1924–26 he was Chairman of the Social Democratic Students League in Berlin and from 1928 a member of the SPD Gauleitung Kassel.

2. In Bonn he played a very active part, first as a member of the Basic Problems Committee and then as Chairman of the Committee for the Constitutional Court and Administration of Justice. The quality of his work in these capacities received recognition when he was appointed SPD representative on the important 3-man Editing Committee which, on the first reading, was permitted to make material alterations. Zinn was characterised by his rapid grasp of a situation or proposition, a genuine desire to seek an agreed solution and the force and clarity with which he expounded his views. His conceptions were by no means narrowly Marxist but reflected the centralist and rather nationalist spirit of Hannover, as for instance in the Berlin question. On subjects on which he felt strongly he was not afraid to oppose the official party line; an example being his outspoken support for the FDP proposal of a strong President with a constitutional position similar to that of the American President. He later led the groups which opposed further concession on the Basic Law. In the final negotiations he took a leading part and was the main support of the drafting committee which produced the final text of the Basic Law.

3. Socially, Zinn is convivial and a voluble talker but tends to confine his conversation to experiences in the Army and adventures during the Nazi period, unless another German politician is present, on which occasion he is quite content to talk „shop“ to his colleagues in Allied hearing. He is clear headed and very able and should prove one of the leaders of the SPD in the Federal Government.

Notizen

EUROPÄISCHE VEREINIGUNG FÜR HISTORISCHE UMWELTFORSCHUNG

Da die natürliche Umwelt ein Wesenselement unseres Lebenszusammenhanges ist, gewinnt auch die Frage nach dem Gewicht ökologischer Determinanten im historischen Prozeß an Bedeutung. In den letzten Jahren hat die Zahl der einschlägigen Publikationen rasch zugenommen. Aber es fehlte bisher ein institutionalisiertes Netz zum Austausch von Informationen, und es fehlte die Möglichkeit zur Herstellung persönlicher Kontakte unter den auf diesem Gebiet tätigen Forschern.

Mit Unterstützung der Werner-Reimers-Stiftung hat nun vom 29. Februar bis zum 3. März 1988 in Bad Homburg ein erster internationaler Workshop für Historische Umweltforschung stattgefunden, an welchem 21 Wissenschaftler aus 11 west- und osteuropäischen Ländern teilgenommen haben. Bei den Referaten und Diskussionen ließen sich fünf Schwerpunkte erkennen:

Eine erste Gruppe (Karlheinz Blaschke, Friedewald DDR; Jean-Paul Deléage, Paris; Alberto Caracciolo, Rom; Ilja Mieck, Berlin; Joachim Radkau, Bielefeld) beschäftigte sich mit methodischen Grundproblemen der neuen Teildisziplin, mit Fragen nach ihrem Gegenstand, ihrer inhaltlichen Reichweite, einer sinnvollen Periodisierung und einer Typologie historischer Umweltschädigung.

Ein zweiter Ansatz thematisierte den Prozeß der Urbanisierung sowie die Verschmutzung von Boden, Luft und Wasser durch Entsorgungsprodukte von demographischen Ballungsräumen, Nebenprodukte von gewerblicher Tätigkeit und von industriellen Anlagen (Hermann Diederiks, Leiden; Franz-Josef Brüggemeier, Hagen; Engelbert Schramm, Darmstadt; Peter Brimblecombe, Norwich).

In einem dritten Themenbereich gingen einige Referenten vom Energiefluß und den Stoffkreisläufen in Ökosystemen aus und suchten nach Beziehungen zu Nahrungsketten und den Produktions- und Reproduktionsweisen der darin integrierten Gesellschaften (Rolf Peter Sieferle, Neckargemünd; Christian Pfister, Bern; Jörn Sieglerschmidt, Mannheim; Pier Paolo Viazzo, Cambridge). Der Paläobotaniker Frank Oldfield, Liverpool, illustrierte Methoden zur quantitativen Erfassung der Bodenverschmutzung seit dem Beginn der Industrialisierung, Jean Vogt, Strasbourg, die Bedeutung der Bodenerosion unter dem Ancien Regime.

Die Referate einer vierten Gruppe behandelten das Verhältnis von Umweltwahrnehmung und menschlichem Bewußtsein (Jan Thelander, Lund), Umwelterziehung als Sozialdisziplinierung (Nicole Lange, Hamburg) und den Stellenwert landschaftlicher Schönheit für die Entstehung des schweizerischen Nationalbewußtseins (François Walter, Genève).

Istvan Kiss, Budapest, Yrjö Vasari, Helsinki, und Teresa Dunin-Wasowicz, War-

schau, präsentierten Fallstudien aus ihren Ländern. Die Referate sollen in einem Sammelband in deutscher Sprache publiziert werden, ein Teil davon außerdem in Englisch.

Die Teilnehmer am Workshop beschlossen die Gründung einer „Europäischen Vereinigung für Historische Umweltforschung“. Sie soll einen Newsletter herausgeben, der das umweltgeschichtliche Schriftgut in den einzelnen Ländern erschließt, über Forschungsaktivitäten und Tagungen berichtet und den Informationsaustausch unter den auf diesem Gebiete Tätigen fördert. Kontaktadresse für Interessenten: Prof. Christian Pfister, Historisches Institut der Universität, Engehaldenstr. 4, CH-3012 Bern.

Christian Pfister

Golo Mann zu Ulrich von Hehl, Die Kontroverse über den Reichstagsbrand, in: VfZ 36 (1988), S. 259–280

In dem Artikel „Die Kontroverse über den Reichstagsbrand“ von Ulrich von Hehl, ursprünglich dessen Antrittsvorlesung in Bonn, finden sich zwei Bemerkungen über den Unterzeichneten, gegen die ich Protest erheben muß.

1. Seite 268: Ich hätte in einem Brief an Herrn Fritz Tobias die Ergebnisse seiner Forschungen über den Reichstagsbrand als mir „volkspädagogisch unwillkommen“ bezeichnet. Ja, das habe ich, jedoch nicht ohne hinzuzufügen: „Aber ich werde der Erste sein, Ihre These zu vertreten, wenn Sie sie beweisen können, denn Wahrheit muß Wahrheit bleiben.“ (Damals war nur die Serie im „Spiegel“ erschienen, noch nicht das dicke Buch). Meinen Nachsatz hat Tobias nicht veröffentlicht. Ich habe es selber tun müssen, ein halbes Dutzend mal, zum Beispiel in einem Leserbrief an den Spiegel, aber völlig vergeblich, wie die Art der Zitierung durch Herrn von Hehl einmal mehr beweist.

2. Seite 274 behauptet Herr von Hehl, ich hätte mich in meinen 1986 erschienenen Jugenderinnerungen als ein „engagierter Verfechter einer Nazitäterschaft“ bekannt. Nein, das habe ich nicht. Vielmehr habe ich die verschiedensten Denkmöglichkeiten durchgespielt; ich nenne nur die beiden wichtigsten. A. So wie die Machtverhältnisse damals lagen, konnten die Richter in Leipzig nur einer einzigen Spur nachgehen, der kommunistischen, von der sie sehr bald ahnten, daß sie nicht taugte. In irgend einer anderen Richtung zu forschen und Zeugen, die es gegeben hätte, zu befragen, war offenbar unmöglich. Was aber im Jahre der Tat nicht geschah, kann 55 Jahre später nicht mehr nachgeholt werden. Folglich wird die Frage in aller Ewigkeit offen bleiben. B. Auch ich sehe die Möglichkeit einer Alleintäterschaft van der Lubbes, ein wie fantastisches Glück sie auch für Hitler bedeutete: Die Tat an sich, und daß sie eine Woche vor den Reichstagswahlen geschah. Acht Tage später, dann waren die Wahlen vorüber, und zwar ohne eine Mehrheit der Hitler-Koalition im Parlament. Mein Resümee: „Dann bliebe nur noch der Zufall, um die Tat eines

Einzelnen zusamt deren unermesslichen Folgen, nicht zu erklären, Zufall erklärt nicht, sondern stellt nur fest: ein Irrer aus der Fremde tat das und das in der und der Nacht und tat zufällig, was binnen wenigen Stunden zur Basis der Hitler'schen Gewaltherrschaft wurde. Unmöglich ist das nicht. Das unwahrscheinlichste – hier wäre es Ereignis geworden.“ ... Soviel gegen Herrn von Hehl.

Was Herrn Calic betrifft, so habe ich mich schon vor vielen Jahren von ihm getrennt, nachdem ich meine eigenen Erfahrungen mit ihm habe machen müssen.

Seinerseits scheint Herr Fritz Tobias nicht zu wissen, daß Hitler schon am 13. August 1932 von dem Reichspräsidenten von Hindenburg eine Stellung forderte, „wie sie Mussolini in Italien besitzt.“ Er war also schon damals zur Alleinherrschaft, mithin zur Vernichtung der Demokratie entschlossen und war es seit eh und je.

Golo Mann

Geschichte der Gesetzgebung in Deutschland

(Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, Band 24)

Von weill. Dr. Wilhelm Ebel,
ordentlicher Professor an der Universität Göttingen

Um Nachträge erweiterter Neudruck der 2. Auflage 1958, besorgt von Dr. Friedrich Ebel,
Professor an der Freien Universität Berlin

1988. 112 Seiten. Kart. 28,80 DM. ISBN 3-509-01421-9

Wilhelm Ebels „Geschichte der Gesetzgebung“ erwies sich schon kurz nach Erscheinen als bahnbrechender Entwurf, als Anstoß zu vielfältiger neuer Fragestellung an das überkommene Material der Gesetzgebung in Deutschland. Die zahlreiche inzwischen erschienene Literatur zum Thema „Geschichte der Gesetzgebung“ greift vielfach die Thesen Wilhelm Ebels auf, entwickelt sie weiter und fügt Neues hinzu. Eine Einarbeitung all dessen hätte eine völlige Veränderung der Konzeption des Buches mit sich gebracht, die Wilhelm Ebel zu Lebzeiten erklärtermaßen nicht hatte vornehmen wollen. Ein unveränderter Neudruck war also das Gebotene. Darüber hinaus erschien es Friedrich Ebel sinnvoll, die Literaturhinweise zu aktualisieren; der Leser erhält von hier aus Zugang zum aktuellen Stand der Diskussion, zugleich auch einen Einblick in die enorme Tiefe der Wirkung dieses Werkes einer deutschen Gesetzgebungsgeschichte. In die Fußnoten wurde nicht eingegriffen, weil sie sich unmittelbar auf den nicht veränderten Text beziehen. Die Literaturhinweise finden sich am Ende der jeweiligen Kapitel, angefügt wurde eine Übersicht von Neuauflagen zittierter wichtiger Werke.

Verlag Otto Schwartz & Co., Annstr. 7, 3400 Göttingen

Abstracts

Richard J. Overy, „Blitzkriegswirtschaft“? Finance, Living-Standards and Labour in Germany 1939–1942

The German economy in the early years of the Second World War is usually regarded as a ‚peace-like‘ war economy. The evidence supports a quite different interpretation. Hitler ordered general mobilisation of the economy in September 1939 and maintained such heavy demands for armaments thereafter, that the economy was rapidly converted from civilian to war production, though not without difficulty. By 1941 almost two-thirds of the industrial workforce was employed on orders for the armed forces, almost as high as 1944. This picture conforms with the experience of ordinary Germans, who faced higher taxes and declining living-standards as consumption was cut back. By 1941 per capita consumption had fallen further than in Britain. Women played an important part in this. Female labour was re-distributed to war industries, agriculture, administration etc. away from consumer production. Women made up a higher proportion of the workforce in 1939 than the peak reached in Britain in 1944. Germans did not have an ‚easy war‘ under Hitler, though inflation and hunger were avoided by better rationing and price controls. Arms output remained low not because of the *Blitzkrieg* economy, but because of the inefficiency and inflexibility of the military economy, poor central control and lack of rationalisation.

Ivan Pfaff, Stalin and the Czech Leftist Culture. The Campaign against „Formalism“ in the Arts 1936–1938

Stalin’s campaign against „formalism“ in the arts and, consequently, Soviet grip on cultural life caused a sharp conflict in Czech leftist culture between 1936–1938. Stalinist communists supported the Soviet cultural policy and used their defense of Soviet cultural practices for extremely violent attacks against the Czech avant-garde, even though they remained a minority; the critics of the Soviet course consisted of independent leftist intellectuals – although predominantly also communist. The conflict led to a crisis and finally to a rupture in Czech leftist culture. The major supporter of Stalin’s cultural policy, the communist poet S. K. Neumann, acted as the leader of the offensive against the avantgarde. The opposing front was represented by the surrealist theoretician Karel Teige. He made a brilliant analysis of Stalinism and absolutely rejected the Soviet system whose cultural policy he identified with Nazism.

Hans-Albert Walter, The Paris KPD Secretariat, the German-Soviet Non-Aggression Pact and the Internment of German Emigrés in France at the Beginning of World War II

In spring 1939 the French government ordered all male aliens of a certain age-group living in France to be called up for military service. However, after the beginning of World War II, the German emigrés were excluded from this order and interned as en-

emy aliens. This decision came as a result of the German-Soviet Non-Aggression Pact. The pact caused the French authorities to be suspicious of German emigrés as a whole although only some were in fact communists. The Moscow Komintern, foreseeing this development, had ordered the leading functionaries of the exiled KPD to leave France early on. Franz Dahlem, head of the German communists in France and rival of Walter Ulbricht in the party headquarters, took no notice of this order. To save the political identity of German communists, which was threatened by the Non-Aggression Pact, he tried by appealing directly to Prime Minister Daladier even after the beginning of the war, to achieve the incorporation of German anti-Nazis into the French army's foreign batallions. Dahlem's attempts failed, and they were, indeed, a sensational breach of party discipline, the only endeavour of a leading German communist as yet known, to evade the consequences of the Non-Aggression Pact. GDR historians remain silent on this subject to this day.

Werner Bührer, First Steps in Paris. The Marshallplan and Germany's Return to the International Stage 1948/49

It was within the framework of the OEEC that Western Germany was allowed to take its first steps on the international political stage since the end of World War II. Immediately after the Allied decision on the integration of the Western zones into the European Recovery Program, German officials, convinced of their country's economic strength, were busy formulating some kind of foreign economic and even foreign policy strategy. At first, as members of the Anglo-American Bizonal Delegation at Paris, and then with a growing degree of responsibility and self-confidence, German representatives tried to carry through their own ideas. The scope for action was, however, very small. They failed to develop a genuine German foreign economic programme – not because of their lack of knowledge, but because such a strategy already existed and was already being pursued by the dominating Western power with considerable success.

Reiner Pommerin, The Members of the Parliamentary Council, portrayed by the British Liaison Officer Chaput de Saintonge

An addendum to the "Documents of Frankfurt", which had been handed over by the three Military Governors to the Minister Presidents of the three western occupation zones on July 1st 1948, suggested the installation of three Liaison Officers to the Parliamentary Council. In order to ensure that decisions were not taken which might under the London Letter of Guidance have jeopardized the approval of the provisional constitution by the Military Governors, it had been arranged for the three Liaison Officers to follow the proceedings of the Council. The British Liaison Officer was Chaput de Saintonge, a former officer in the Foreign Office, who, with his typical British humor, portrayed very realistically nearly all members of the Parliamentary Council in an official report he sent to the Foreign Office after the Council had finished its work in May 1949. In order to preserve Chaput's unique style the document is printed in its original English version.